



Denkt doch an die Wirtschaft!

Wenn die AfD in Sachsen-Anhalt an die Macht käme, wäre das auch für den Schraubenbauer in Zerbst schlecht
25–27

Humor als Rettung

Früher war Tülin Sezgin lustig, um zu überleben. Dann machte sie Comedy zu ihrem Beruf
28–29

4 193489 605203
€ 5,70 Ausland, € 5,20 Deutschland
Ausgabe Nr. 197
www.taz.de

wochen

taz

15. – 21. 8. 2026

15 seiten mietenkampf

2 Zimmer mit Aussicht auf Klassenkampf

Sie zahlen 500 Euro für ein halbes Bett oder leben nur zur Unteruntermiete: Eine Sonderausgabe über Wohnzustände in deutschen Städten – und Menschen, die daran etwas ändern wollen



5 dinge, die wir gelernt haben

1 Alle Trumpist*innen gehen irgendwann
2024 brach Karoline Leavitt ihren Mutterschutz ab, um ihrem Chef nach dem versuchten Attentat in Pennsylvania beizustehen, im April tat sie Ähnliches nach einem Schusswechsel in Washington. Hat Donald Trump mehr Pflegebedarf als ihre Kinder? Wahrscheinlich. Ihrer Fürsorgepflicht geht Leavitt nur ab sofort nicht mehr nach. Die Sprecherin des Weißen Hauses hört auf, weil sie sich jetzt doch voll auf ihre Familie fokussieren wolle. *Cry, baby, cry.*

2 Die Rente beginnt im Kinderzimmer
Das gilt auch für diese kürzlich verlautete Meldung: Kinder sollen ab ihrem sechsten Geburtstag bis zur Volljährigkeit monatlich 10 Euro vom Staat bekommen. Einen „wichtigen Beitrag für mehr Chancengleichheit“ nennt Lars Klingbeil (SPD) die Frühstartrente. Blöd nur, dass die 10 Euro auch an jene Kinder

fließen, deren reiche Eltern sich mit cleveren Investments bestens auskennen. Für solche, die weniger haben, sind 1.440 Euro aber natürlich ein großzügiges Geschenk: Alt gewordene Kinder könnten sich davon eine einzige noble Zahnkrone leisten.

3 Die Klimakrise ist doch für was gut
So kann man das jetzt natürlich auch nicht sagen, denn auf Skelette von Nazis, die durch den Pegeltiefstand der Donau freigelegt wurden, hätten wir vermutlich alle ganz gut verzichten können. Andernorts führt das Niedrigwasser aber wirklich zu erfreulichen Nachrichten. Das einzige Atomkraftwerk Rumäniens soll heruntergefahren werden, weil es nicht mehr genug Donauwasser bekommt, das es zur Kühlung braucht.

4 In Frankfurt spielt die Musik
Für manche zu spät, für andere zu laut. Nach nur zwei Songs brach Boy George, der kürzlich einen

Solidaritätssong für Israel veröffentlichte, sein Konzert im Waldstadion ab, weil er durch laute Töne in seinem In-Ear-Kopfhörer seine eigene Stimme offenbar kaum hören konnte. Den Tontechnikern wirft er jetzt Sabotage vor. Einen erfolgreichen Auftritt legte die Gymnastin Darja Varfolomeev bei der WM in der Festhalle hin. Und das, obwohl die Olympiasiegerin versehentlich ihre Kür begann, bevor die Musik einsetzte.

5 Die Potterheads leben noch
Und Dobby ist tot, das wissen wir ja alle. Mit einem Messer in der Brust verblutet der kleine Hauself im siebten Harry-Potter-Film am Strand von Freshwater West in Wales. Eine Tragödie. Bis heute legen Fans hier Steine mit der Aufschrift „Here lies Dobby“ ab. Ausgerechnet durch diese Dünen sollte nun eine teure Stromleitung verlegt werden. Aber nicht mit den Potterheads! Sie protestierten so lange, bis die Trasse umgeleitet wurde. *(kaffe)*

Der gekaperte Staat

„Was Moskau in Georgien getan hat, kann es auch in Deutschland oder Frankreich tun“, sagt Ex-Präsidentin Salome Surabischwili
11



Foto: privat



Da braut sich was zusammen: Aktivist*innen von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ über den Dächern Berlins Foto: Florian Boillot

Eigentum ernst nehmen

Mit ihrem Geld finanzieren Mietende üppige Aktionärs-Dividenden. Dabei sind es die Bewohner*innen, die der Stadt erst ihren Wert verleihen. Für eine neue Praxis der Wertschätzung

Von Mitsuo Iwamoto

Die Wände sind feucht, die Zimmer dunkel. Mitte des 19. Jahrhunderts füllt der Geruch des Aborts aus dem Innenhof die Räume vieler Berliner Mietskasernen. Oft teilen sich bis zu zehn Arbeiter*innen und Kinder ein einziges Zimmer. Hauswirte und Besitzer machen Betten zur doppelten Einnahmequelle, indem sie sie tagsüber an sogenannte Schlafgänger aus der Nachtschicht vermieten.

„Syphilitische und Brustkrankheiten herrschen in einer Ausdehnung, die kaum zu glauben ist“, schreibt der Fabrikantensohn Friedrich Engels über die Behausungen der Arbeiter*innen in seiner Heimatstadt Wuppertal. Der Berliner Fotograf Heinrich Zille kommt zu dem Schluss: „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt.“

Vom Tod durch Wohnen bleiben die meisten Mieter*innen in Deutschland heute verschont. Trotzdem ist das Thema für viele existenziell. Denn wer in Städten heute seine Wohnung verliert, dem bleibt oft nur der Stadtrand, weit entfernt von der eigenen Schule, dem eigenen Verein und den eigenen Freund*innen. Manchen bleibt auch nur die Straße. Der Median der Angebotsmieten in Frankfurt am Main liegt bei 17,80 Euro kalt pro Quadratmeter, in Köln bei 16 Euro. Junge Familien drängen sich oft in viel zu kleinen Wohnungen. Ältere trauen sich nicht, ihre alten Mietverträge für zu groß gewordene Wohnungen aufzugeben.

Während sich die Durchschnittsmiete bei Neuvermietungen bundesweit seit 2006 verdoppelt hat, stiegen die Gehälter nur um rund 50 Prozent. Die Angst vor der Verdrängung reicht mittlerweile bis tief in die Mittelschicht. Wie sind wir hier gelandet? Und was muss sich ändern, damit aus der Ware Wohnraum wieder ein Zuhause für alle wird?

Es ist das Jahr 2009, als in den Excel-Tabellen von Großinvestoren eine Zahl aufploppt, die einigen von

ihnen wieder Hoffnung macht. Gerade erst hat die Immobilien- und Bankenkrise in den USA die Weltwirtschaft durchgeschüttelt, Millionen Menschen verloren ihr Zuhause und ihre Jobs. Aber Fonds, Pensionskassen und Versicherungen haben ein anderes Problem: Wo lässt sich ihr Geld jetzt noch sicher und mit hoher Rendite anlegen?

Für viele heißt die Antwort deutsches Betongold. Die Zahl, die sie überzeugt, ist die 20. So niedrig ist 2009 das Verhältnis von Kaufpreis zu Jahresmiete bei Eigentumswohnungen. Heißt übersetzt: Bei niedrigen Zinsen können die Käufer den kompletten Preis einer Immobilie innerhalb von 20 Jahren wieder drinhaben. Im internationalen Vergleich sind deutsche Wohnungen damit ein Schnäppchen. Und das Angebot ist groß. Die Aufhebung der Wohngemeinnützigkeit unter Helmut Kohl und der hunderttausendfache Verkauf von kommunalen Wohnungen in den 1990er und 2000er Jahren haben den Markt geflutet. Der Run auf die heiße Ware beginnt. Das Ergeb-

Eigentum hat ein hehres Ziel. Es soll die Früchte der eigenen Arbeit vor dem Zugriff anderer schützen

nis: Das jährliche Volumen der Finanzunternehmen gekauften Mietwohnungen in Europa steigt von 2009 bis 2020 um mehr als 700 Prozent auf über 60 Milliarden Euro – der größte Teil der Deals entfällt auf Deutschland.

Für Mieter*innen ist das eine schlechte Nachricht. Denn die Finanzunternehmen wollen Rendite sehen. Konzerne wie die 2015 durch die Fusion mehrerer Immobilienkonzerne ent-



mietenkampf

Die Mietenkrise ist existenziell. Wie ist es dazu gekommen? Warum drängen sich Studierende in Mehrbettzimmern, während Immobilieninfluencer Reichtum durch Mietrendite versprechen? Wie können sich Mietende wehren? Und was bedeutet der Erfolg von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ für die Berlinwahl am 20. September? Alle Texte des Schwerpunkts finden Sie auf taz.de/mieten

standene Vonovia machen es sich zur Aufgabe, bei möglichst niedrigen Kosten möglichst hohe Dividenden an ihre Aktionäre auszuschütten. Bereits vorhandene Rasenflächen, Supermärkte in der Umgebung oder als Modernisierung verbuchte „smarte“ Rauchmelder: Keine Begründung ist Vonovia zu weit hergeholt, um nicht die Miete zu steigern. Dass die Mieterhöhungen vor Gericht regelmäßig für illegal erklärt werden, ist für den Konzern kein Problem. Denn dem überwiegenden Teil der Mieter*innen fehlt die Energie, sich gegen Vonovias Maschen zu wehren.

Für viele ihrer Bewohner*innen ist die Stadt wieder zu einem feindlichen Ort geworden. Ein Mietendeckel könnte kurzfristig Abhilfe schaffen. Gleichzeitig würde er eine bessere Verteilung von Wohnraum ermöglichen, indem er Umziehenden die Angst nimmt, bei Neuvermietung den doppelten Quadratmeterpreis zahlen zu müssen.

Doch um die Ausbeutung von Mieter*innen nicht nur abzumildern, sondern wirklich zu überwinden, braucht es mehr als nur Regulierung. Es braucht ein neues Verständnis davon, wem die Stadt gehört.

Die Bodenbesitzer und Aktionäre, die von der Verdoppelung der Neuvermietungen in den letzten 20 Jahren profitiert haben, wännen sich im Recht. Sie meinen, dass es ihre Investitionen, ihre Modernisierungen und ihr Kapital seien, die den Wert des städtischen Wohnraums ausmachen. Für sie gilt der Grundsatz: Wer einen Wert erzeugt, dem gehört er auch. Doch sind

es wirklich sie, die dem Leben in der Stadt seinen Wert verleihen?

Lage, Lage, Lage – es gibt wohl keinen Spruch, den angehende Immobilienmakler*innen häufiger hören. Aus gutem Grund: Nichts entscheidet stärker über den Wert einer Immobilie.

Lage bedeutet im städtischen Kontext aber vor allem: Anbindung an soziale Infrastruktur. Wie nah ist die nächste U-Bahn-Station, gibt es einen Glasfaseranschluss oder Fernwärme? Wie weit ist es bis zur nächsten Schule, Kita oder Bibliothek? Gibt es Zugang zu Parks und ein Krankenhaus? Finden sich gute Jobs, Einkaufsmöglichkeiten und Sportvereine in der Umgebung? Wie lebendig ist die Zivilgesellschaft?

Nichts von alledem ist das Verdienst von Hauseigentümer*innen. Vielmehr sind es die öffentliche Hand, Kleinstbetriebe und die Stadtgesellschaft, die jeden dieser Werte schaffen, die die Stadt erst „in Wert setzen“, wie es die Philosophen Niklas Angebauer und Tilo Wesche beschreiben. Ihre Kreativität, ihr Gemeinsinn und nicht zuletzt ihre Steuern, die die städtische Infrastruktur finanzieren, machen die Attraktivität von Städten aus. Doch profitiert haben von dieser Attraktivität nur die Besitzenden, in Form von höheren Verkaufspreisen und Mieteinnahmen.

Eigentum hat ein hehres Ziel. Es soll die Früchte der eigenen Arbeit vor dem Zugriff anderer schützen. Wendet man dieses Prinzip konsequent an, müsste die Stadt all jenen gehören, die ihr als Lehrerinnen, Krankenpfleger, Fußball-

trainerinnen, Müllwerker, Straßenbahnfahrerinnen und Künstler erst ihren Wert verleihen. Eigentum ernst zu nehmen, würde bedeuten, sie davor zu schützen, dass Vermietende und Immobilienkonzerne den von ihnen geschaffenen Mehrwert abschöpfen.

Privateigentum an städtischem Boden sei vor allem eine „riesige Umverteilungsmaschine“ von unten nach oben, sagt der kritische Wohnungsforscher Bernd Belina. Wie sie funktioniert, sehen Mieter*innen jeden Monat auf ihrem Konto. Und wer sich fragt, wie viel seiner Miete nicht in den Erhalt seiner Wohnung, sondern in die Taschen von Aktionär*innen fließt, findet die Antwort in einer Studie der Bürgerbewegung Finanzwende. Für das Jahr 2021 kommt sie für vier untersuchte Immobilienkonzerne zu dem Ergebnis, dass im Mittel 41 Prozent der Mieteinnahmen als Dividende fließen. Im Jahr 2025 waren es bei Vonovia von jedem Euro gezahlter Miete immer noch ganze 30 Cent.

Diese stille Enteignung der Stadtbewohner*innen gilt als normal. Dabei ist die Alternative – kollektives Eigentum an städtischem Boden – für viele längst gelebter Alltag. In Wohnungsgenossenschaften sind Mieter*innen die gemeinschaftlichen Besitzer*innen ihres Wohnraums. In Wien gilt das Wohnen schon seit über hundert Jahren als Teil einer öffentlichen Infrastruktur, die von sozialen statt kommerziellen Grundsätzen geleitet sein soll. Und in Berlin hat der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ gezeigt, dass 58 Prozent der Menschen dafür sind, städtischen Wohnraum der Profitlogik des Marktes zu entziehen.

Im Prinzip ist es eine Rückkehr zu den Wurzeln deutscher Wohnungspolitik. Denn auch der soziale Wohnungsbau der 1920er Jahre, durch den mithilfe von Sondersteuern und Enteignungen für Wohnungszwecke Hunderttausende gemeinnützige Wohnungen entstanden, war keine Idee der Privatvermieter. Sondern ein hart erkämpfter Sieg aller Mietenden.

5,50

Euro Kaltmiete pro Quadratmeter reichen, um Wohnungen wirtschaftlich und nachhaltig zu unterhalten

Quelle: Rosa-Luxemburg-Stiftung

11

Prozent der Deutschen sind durch ihre Wohnkosten überlastet, zahlen also mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens fürs Wohnen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Kampf um die Hauptstadt

Das Gespenst der Enteignung geistert auch in diesem Jahr durch den Berliner Wahlkampf. Entscheidet es gar, wer künftig die Hauptstadt regiert?

Von Erik Peter und Timm Kühn

Der Mann, der sich als Peter vorstellt, ist nicht gerade einer, den man für einen typischen Enteignungsaktivisten halten könnte: Er ist weder jung noch international, noch sonst der linken Szene zuzuordnen. Stattdessen berlinert der vielleicht 60-jährige Urspandauer deutlich und trägt ein knallgelbes Bienenhemd samt Hosenträgern. Seit über sechs Jahren ist er Aktivist in der Spandauer Ortsgruppe von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ (DWE). Er findet, gerade das Milieuübergreifende sei das Besondere an dem Volksentscheid, „dass wir gezeigt haben, dass es für soziale Anliegen deutliche Mehrheiten gibt, wenn wir nur jenseits von Parteipolitik schauen“.

An einem Juliabend hat die Spandauer Ortsgruppe in den Treffpunkt Regenbogen unweit der Spandauer Altstadt eingeladen, um das von der Initiative verfasste Vergesellschaftungsgesetz vorzustellen. Gekommen sind ein Dutzend Leute, auch hier entsprechen viele nicht dem Klischee: Kaum einer ist unter 60, getragen werden Jack-Wolfskin-Regenjacken und Strickpullis. Viele hier sind seit Jahren für die Vergesellschaftung aktiv, haben Unterschriften gesammelt und Plakate geklebt. „Dass wir am Ende selbst im als konservativ geltenden Spandau eine Mehrheit erkämpfen konnten, macht mich richtig stolz“, sagt Peter.

„Viele Leute warten nur darauf, dass sie wieder Unterschriften sammeln können“

Ralf Hoffrogge, Historiker und Mietenaktivist bei „Deutsche Wohnen & Co enteignen“

Es ist keine Frage, das Gespenst der Enteignung hat Berlin verändert, seit 2021 knapp 58 Prozent der Berliner:innen für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne gestimmt hatten. Eine Mehrheit gab es damals in elf von zwölf Bezirken, Unterstützer:innen kamen längst nicht nur aus linken Parteien. Seither wird die Umsetzung zwar blockiert, doch die Politik steht angesichts des nicht umgesetzten Volkswillens weiter unter Druck. Nun, fünf Wochen vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus, entwickelt sich das Thema erneut zur Gretchenfrage: Gelingt ein mögliches Linksbündnis aus der Linken, den Grünen und der SPD, oder scheitert es?

Grund dafür sind SPD und Linke, die beide jeweils die Enteignungsfrage zur roten Linie erklärt haben, allerdings aus unterschiedlichen Perspektiven. „Dann muss die Linke wohl allein regieren“, twitterte der Spitzenkandidat der SPD, Steffen Krach, nachdem die Linke-Chefin auf Bun-

desebene, Ines Schwerdtner, klargestellt hatte: „Es wird mit der Berliner Linken in der Regierung vergesellschaftet werden.“ Krach erklärte, er werde keiner Koalition beitreten, die die Enteignung zur Bedingung macht. Die Spitzenkandidatin der Berliner Linkspartei, Elif Eralp, wiederum vermied in ihrer Reaktion auf die Debatte, die rote Linie von Schwerdtner noch dicker zu ziehen. Sie sagte lediglich, bei Koalitionsgesprächen würde „auch die Vergesellschaftung auf dem Tisch liegen“.

Konzernkampagnen gegen Vergesellschaftung

Die Drohung von SPD-Mann Krach ist durchaus ernst zu nehmen. Bereits nach der Wiederholungswahl 2023 ließ die damalige Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) ein neues rot-grün-rotes Bündnis platzen, für das es damals wie heute eine stabile Mehrheit gab. Sie entschied sich damit gegen die eigene Regierungsführung und für eine Juniorpartnerschaft mit der CDU. Nicht wenige in der Berliner Landespolitik vermuten, dass ein wichtiger Grund für diese Entscheidung die Enteignungsfrage war.

Seit 2023 haben sich allerdings die Mehrheitsverhältnisse geändert. Die SPD führt das Mittel-links-Lager nicht mehr an, sondern hängt in den Umfragen weit abgeschlagen mit 12 Prozent fast zehn Prozentpunkte hinter der Linken, die derzeit stärkste Kraft ist. Schwarz-Rot, die amtierende Koalition, hat ihre Mehrheit verloren. Die Linke würde Koalitionsverhandlungen deshalb wohl aus einer starken Position heraus anführen – wäre aber weiterhin auf die SPD angewiesen.

Es dürfte diesen guten Aussichten der Berliner Linken geschuldet sein, dass auch Wirtschafts- und Immobilienverbände derzeit mobil machen. In einer Kampagne mit Werbung im öffentlichen Raum und auf Social Media warnen Lobbyverbände vor den Folgen der Vergesellschaftungspläne. Diese würden Berlin von internationalen Investoren abschneiden und in die Pleite führen. So heißt es auf einer Werbetafel etwa: „Für 36 Milliarden Euro kann man 225.000 bestehende Wohnungen verstaatlichen. Oder einfach 150.000 neue bauen.“

Im Kern geht es „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ darum, die Bestände der großen privaten Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin in Gemeineigentum zu überführen – insgesamt etwa 220.000 Wohnungen von etwa einem Dutzend Konzernen. Rechtlich ist das möglich, wie eine Expertenkommission des Senats festgestellt hat. Während der Marktwert der Immobilien auf 36 Milliarden Euro geschätzt wird, rechnet DWE mit Entschädigungskosten von 8 bis 17 Milliarden Euro. Laut Grundgesetz muss bei der Ermittlung der Kosten das Interesse der Allgemeinheit berücksichtigt werden. Finanziert werden soll die Vergesellschaftung



Ein Banner von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ am Kottbusser Tor Foto: M. Golejewski/Adora Press

tion nicht aus dem Landeshaushalt, sondern über 100-jährige Schuldverschreibungen, die aus den Mieteinnahmen getilgt werden könnten.

Wie weit weg die privaten Konzerne mit ihren Kampagnen von den Nöten der Berliner:innen sind, die zu 80 Prozent zur Miete wohnen, zeigt eine aktuelle Posse. Vonovia, der größte private Immobilienbesitzer der Stadt, gab eine Umfrage zur Enteignung des eigenen Wohnungsbestands in Auftrag, um zu zeigen, dass sich die Stimmung in der Stadt inzwischen gedreht hat. Ergebnis: Die Mehrheit der Berliner:innen will den Konzern immer noch aus der Stadt jagen. Vonovia versuchte die Veröffentlichung der Studie zurückhalten, allerdings vergeblich.

Hektisch tätig geworden sind auch die Enteignungsgegner:innen in der Politik. Stefan Evers, der seit dem Rückzug von Kai Wegner Spitzenkandidat der CDU ist, brachte auf der Finanzministerkonferenz Ende Juni Vorschläge ein, wie Vergesellschaftungen nach Artikel 15 Grundgesetz durch ein Bundesgesetz verhindert werden könnten. Der Antrag wurde schließlich als Brief an Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) weitergeleitet. Anfang Juli einigte sich das Bundeskabinett darauf, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen – allen verfassungsrechtlichen Bedenken, jüngst sogar formuliert von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD), zum Trotz.

Ein Deckel gegen Enteignung

Die Aktivist:innen von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ finden sich mit ihrem Anliegen so unverhofft im Mittelpunkt des Berliner Wahlkampfes wieder. Auf einem über und über grün bewachsenen Balkon in einer Seitenstraße in Nord-Neukölln saten an einem Dienstagvormittag bei mehr als 30 Grad Ralf Hoffrogge. Er ist Historiker, Mietenaktivist bei DWE seit ihren Anfängen 2017 und mit seinem Buch „Das laute Berlin“ Chronist der Bewegung. Im schwarzen Shirt und mit schwarzer Basecap sieht er aus wie ein Altagonomer, doch Hoffrogge will keine Häuser besetzen, sondern das System auf legalem Weg verändern.

„Wir sind im Aufwind durch deren schrille Reaktion“, sagt er über die Kampagnen seiner Gegner. Auch das „Bundessperrgesetz“, wie Hoffrogge

das angekündigte Bundesgesetz nennt, entmutigt ihn nicht. Er glaube nicht, dass es rechtlich umsetzbar ist. Und doch bereite ihm Bauchschmerzen, dass der Rechtsstreit über das Gesetz die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne erneut um Jahre verzögern könnte.

Dass der Berliner Senat die Umsetzung des Volksentscheids bereits jahrelang verschleppt hat, scheint Hoffrogge mit Gleichmut zu ertragen. Er sagt: „In der Zeit wurden viele Forderungen erfüllt, die wir nie gefordert haben.“ Er nennt an erster Stelle den Berliner Mietendeckel, mit dem der damals rot-rot-grüne Senat 2020 weltweit Schlagzeilen machte. Der Mietendeckel stoppte die Mieterhöhungsspirale und führte sogar dazu, dass überhöhte Mieten wieder abgesenkt werden mussten – damals ein Novum der Mietenpolitik unter kapitalistischen Bedingungen. Der Deckel wurde zwar ein Jahr darauf vom Bundesverfassungsgericht wegen fehlender Landeskompetenz wieder gekippt. Der Eindruck, was möglich ist, wenn die Politik nur will, blieb jedoch.

Ein weiterer Erfolg der letzten Jahre sei die Vergrößerung der Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsunternehmen. Auf 270.000 Wohnungen war der Bestand infolge der Privatisierungspolitik geschrumpft, die alle Parteien, auch die PDS, bis Anfang der 2000er Jahre mitgetragen hatten. Inzwischen gehören den sechs landeseigenen Gesellschaften durch Neubau und Zukäufe wieder mehr als 400.000 Wohnungen. Teilweise wurden dafür große Bestände, auch von Vonovia, übernommen, es wurden aber auch einzelne Häuser im Rahmen des Vorkaufsrechts erworben.

Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik

Und auch die aktuelle Debatte über wohnungspolitische Maßnahmen sieht Hoffrogge in einem deutlichen Aufschwung. Linke und Grüne werben im Wahlkampf jeweils mit Gesetzesinitiativen, mit denen sie private Vermieter:innen dazu zwingen wollen, einen Teil ihrer Wohnungen zu festgelegten Miethöhen an Menschen mit geringem Einkommen zu vermieten. Dabei soll dieser Anteil steigen, je mehr Wohnungen ein Vermieter besitzt. Im Konzept der Linken müssten die

166

Euro fließen aus jeder Vonovia-Wohnung jeden Monat als Dividende an die Aktionäre des Konzerns

Quelle: „Surplus“-Magazin

43

Prozent lagen die Wiedervermietungsmieten im Jahr 2025 im Bundesdurchschnitt über den Bestandsmieten

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



Für viele Berliner:innen klar: ohne große Immobilienkonzerne lebte es sich besser Foto: Stefan Boness

großen Vermieter mit mehr als 1.000 Wohnungen jede zweite frei gewordene Wohnung bezahlbar vermieten. 17.000 erschwingliche Wohnungen sollen so pro Jahr hinzukommen.

Ralf Hoffrogge spricht angesichts dieser Gesetzesinitiativen von einer „Wende“, die der Debatte über Mietpreisregulierung neuen Schwung verleihe. Nach dem Urteil zum Mietendeckel habe sich dagegen jahrelang nichts bewegt, während die Mieten in Berlin so stark gestiegen seien wie in keiner anderen deutschen Stadt.

Angesichts der bevorstehenden Wahl scheinen gerade Dinge möglich, mit denen noch vor nicht allzu langer Zeit kaum jemand gerechnet hätte. Kürzlich begann etwa der Senat damit, aus eigener Initiative heraus Wohnungsangebote auf großen Portalen nach ihrer Miethöhe auszuwerten. Ergebnis: Bei der Hälfte lag eine überhöhte Miete vor, oft um mehr als 50 Prozent und damit im Bereich des strafbaren Mietwuchers. Gleichzeitig wurden Stellen auf Landesebene und in den Bezirken geschaffen, um Mietwucher zu verfolgen.

Ebenso hat sich der schwarz-rote Senat auf ein Mietenkataster geeinigt. Dieses soll Vermieter:innen künftig verpflichten, detaillierte Angaben über Wohnungen und Mietverhältnisse auf einer zentralen Plattform einzutragen. Somit sollen auch in bestehenden Mietverhältnissen überhöhte Mieten herausgefiltert werden. Zwar müssten Mieter:innen dann immer noch selbst tätig werden, um ihre Mieten abzusenken. Und doch stehen beide Maßnahmen für ein neues, aktives Eingreifen der Politik in den Berliner Wohnungsmarkt. Insbesondere für eine CDU-geführte Regierung ist das ein Paradigmenwechsel nach Jahren, in denen die zuständigen Senatsparteien auf Forderungen nach neuen Schutzmechanismen für Mieter:innen hin stets nur die Hände hoben und auf den Bund zeigten.

Doch ruhigstellen lassen sich die Aktivist:innen von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ durch die neue Mietenpolitik nicht. Angesichts der politischen Blockade des Volksentscheids haben sie viele Spendengelder gesammelt und in Zusammenarbeit mit einer Kanzlei selbst ein Vergesellschaftungsgesetz erarbeitet. An einem zweiten Gesetz wird gerade noch gefeilt. Darin soll ausbuchstabiert sein, wie die vergesellschafteten Wohnungen verwaltet werden sollen. Die

Drohung, die DWE so mit Substanz unterfüttert: Wenn die Politik nicht endlich selbst zur Umsetzung schreitet, gehen wir in ein neues Volksbegehren. Mit einem positiven Entscheid würden die Gesetze sofort in Kraft treten.

Hoffrogge sagt: „Die fertigen Gesetze werden in einigen Monaten auf dem Tisch liegen.“ DWE sei auch nach all den Jahren voll handlungsfähig. Es gebe Kiezteams, Arbeitsgemeinschaften, regelmäßige Veranstaltungen. Die „Zähigkeit des Misserfolgs“, nennt Hoffrogge das. Auf das erneute Erzwingen eines Volksentscheids sei die Initiative vorbereitet. „Viele Leute warten nur darauf, dass sie wieder Unterschriften sammeln können.“

Auch die SPD brachte vor einigen Monaten einen Vorschlag zur Umsetzung des bestehenden Volksentscheids ins Spiel; maßgeblich aus der Feder des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg stammt ein Vergesellschaftungskonzept, mit dem dieser sich an dem Kunststück versuchen will, ihn zu verwirklichen – ohne die Immobilienkonzerne tatsächlich zu enteignen. Schlüsselburg bezeichnet sich als „demokratischen Sozialisten“ und gehört zum linken Parteiflügel der SPD. Erst Anfang vergangenen Jahres ist er aus der Linkspartei ausgetreten. An einem heißen Julitag sitzt er vor einem Spätkauf in Marienfelde, seinem Wahlbezirk, und erklärt sein Modell.

Vergesellschaften, ohne zu enteignen – wie soll das gehen? Schlüsselburg beruft sich auf die genaue Formulierung des Vergesellschaftungsartikels 15 im Grundgesetz. Nach dieser kann der Wohnungsmarkt entweder „in Gemeineigentum“ oder aber auch „in andere Formen der Gemeinwirtschaft“ überführt werden. „In Gemeineigentum“, das bedeute dann Enteignung, erklärt Schlüsselburg. Mit „anderen Formen der Gemeinwirtschaft“ könnte dagegen auch ein stark reglementierter Wohnungsmarkt gemeint sein, in dem das Privateigentum fortbesteht. Unter anderem soll so ein neuer Mietendeckel möglich werden. DWE hält das Vorhaben für eine „Nebelkerze“, das die Vergesellschaftung aushöhlen soll.

Danach gefragt, warum er das Eigentum der Konzerne für so schützenswert hält, spricht Schlüsselburg von der großen Krise der Demokratie. „Wir haben es doch mit dem Mietendeckel verkackt“, sagt er. Dieser sei zwar „mutig“ gewesen, doch man habe den Berliner:innen Hoffnungen

gemacht, die sich am Ende nicht erfüllt hätten. „Das können wir uns nicht noch einmal leisten. Deshalb müssen wir uns ganz sicher sein, wenn wir Artikel 15 anwenden“, sagt er. „Rechtssicherer und günstiger“ sei es, auf seine Weise interpretiert zu vergesellschaften.

Ein weiterer Grund für dieses Konzept dürfte allerdings sein, dass der SPD-Linke so versucht hat, die Vergesellschaftung nicht den anderen Parteien zu überlassen. Doch Schlüsselburgs eigene Partei wollte nicht mitspielen – und macht nun Politik gegen die Vergesellschaftung. Er habe „im Strahl gekotzt“, als Bundesfinanzminister Klingbeil das Vorhaben verkündete, die Vergesellschaftung auf Landesebene verbieten zu wollen, erzählt Schlüsselburg.

Wie rot ist die Linie der Linken?

Ein rot-rot-grünes Bündnis, für das es in Berlin seit 1990 schon immer Mehrheiten gab, könnte an der Enteignungsfrage scheitern. Sebastian Schlüsselburg will das verhindern und sieht die Linkspartei in der Verantwortung. Er verweist auf den drohenden AfD-Sieg in Sachsen-Anhalt und den globalen Rechtsruck. „Wenn die Linke in dieser Situation sich die Möglichkeit einer Mitte-links-Landesregierung entgehen lässt, wäre das Wahnsinn“, sagt er. Das „Hoffnungsprojekt Rot-Rot-Grün“ dürfe man in diesen Zeiten nicht wegen verschiedener Auffassungen, wie die Vergesellschaftung auszusehen habe, scheitern lassen.

In der Linken sieht man dagegen die SPD als die Blockiererpartei, die eine Umsetzung der Vergesellschaftung verhindere – und für die Interessen der Immobilienkonzerne auch ein Linksbündnis plätzen zu lassen bereit sei. „Wenn Herr Krach sagt, enteignen gehe nur ohne ihn, dann, bitte, machen wir es ohne ihn. Der Weg nach Hannover ist frei“, sagt etwa Rouzbeh Taheri, Direktkandidat der Linken im Bezirk Neukölln. Krach ist derzeit als Regionspräsident von Hannover beurlaubt. Taheri steht vor einem Neuköllner Mietshaus und hält zwei Plastikstühle unter dem Arm. Gerade baut er eine Mieter:innenversammlung ab, die seine Partei hier abgehalten hat.

Der Grund: Seit 19 Tagen leben die Mieter:innen des Hauses ohne Strom. Etwa 50 Bewoh-

ner:innen in Flip-Flops waren gekommen, darunter auch Kinder. In seiner Rede sagte Taheri: „Das Haus gehört einer amerikanischen Investmentfirma, die interessieren sich nicht für einfache Mieter.“ Applaus aus dem Publikum. Und weiter: „Wir wollen das Thema grundsätzlich angehen, dazu gehört auch die Vergesellschaftung.“ Anschließend riefen Aktivist:innen der Linkspartei in roten Westen die Mieter:innen dazu auf, einen kollektiven Mängelbescheid auszufüllen, den die Partei dem Vermieter per Gerichtsvollzieher zustellen will.

Dass die Linkspartei im Mietenwahlkampf inzwischen so stark auf Basisarbeit setzt, ist auch Taheri zu verdanken. Seit 20 Jahren ist er Mieteraktivist, jahrelang war er der Sprecher und das Gesicht von DWE. Dass er bei der Linken gelandet sei, habe er sich vor einigen Jahren noch nicht vorstellen können, sagt er im Anschluss an die Mieter:innenversammlung. „Aber die Partei ist nach links gerutscht, sie hat nicht nur Praktiken aus der Bewegung übernommen, sondern auch die Leute.“ Nach dem Bekanntwerden des rechtsextremen „Remigrations“-Geheimtreffen in Potsdam Anfang 2024 sei er der Partei beigetreten wie viele Tausend andere auch. Darunter nicht wenige, die zuvor bei DWE aktiv waren.

Das hat auch die Position der Linken in der Enteignungsfrage unnachgiebiger gemacht. 2021 hieß es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag lediglich, man „respektiere“ den Volksentscheid und werde „verantwortungsbewusst damit umgehen“. Eine Formulierung, die heute nicht mehr möglich wäre, sagt Taheri: „Die Vergesellschaftung ist eine rote Linie. Ohne Umsetzung des Volksentscheids wird es keine Koalition mit der Linkspartei geben.“ Parteiintern sei ein anderslautender Koalitionsvertrag inzwischen nicht mehr durchzubekommen. „Wir würden schlicht implodieren“, glaubt Taheri.

Am 20. September wählen die Berliner:innen ihr neues Landesparlament. Spätestens im Zuge darauffolgender Koalitionsverhandlungen wird sich zeigen, ob bezahlbares Wohnen in der Hauptstadt wieder für alle möglich werden könnte und ob Berlin sich daran wagt, Eigentumsverhältnisse zu verändern. Oder ob es dafür erst einen erneuten Vergesellschaftungsvolksentscheid braucht.

Anzeige

Mietabzocke stoppen!

Mietendeckel: führen wir bei den 400.000 Landeseigenen Wohnungen ein

Gegen Mietenkriminalität: schaffen wir eine Berliner Behörde zur konsequenten Verfolgung von überhöhten Mieten

Immobilienkonzerne enteignen: den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ werden wir endlich umsetzen

Am 20.09. Elif Eralp und Die Linke wählen!
[berlin-bezahlbar.de](https://download.taz.de/DL15082026TTTPA.pdf)



Politische Anzeige | Transparenzhinweis: <https://download.taz.de/DL15082026TTTPA.pdf>

1,03

Millionen
Sozialwohnungen gibt es heute bundesweit weniger als noch im Jahr 2006

Quelle: Statista

der leitartikel

Gestapo-Assoziationen sind mit Blick auf den Verfassungsschutz Unsinn

Von **Christian Rath**

Aus den deutschen Nachrichtendiensten sollen echte handlungsfähige Geheimdienste werden, verspricht Innenminister Alexander Dobrindt (CSU). Dagegen erinnern Kritiker an die Lehren aus dem Faschismus mit der Geheimen Staatspolizei, der Gestapo. Vermutlich wird sich in der Praxis aber weniger ändern als versprochen oder befürchtet.

Diese Woche beschloss die Bundesregierung einen dicken Gesetzentwurf. Er soll dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz neue Aufgaben und neue Befugnisse geben. Neben der Beschaffung und Auswertung von Informationen sollen BND und Verfassungsschutz erstmals auch aktive Operationen ausführen. Relevant ist das vor allem für den BND, den deutschen Auslandsgeheimdienst. Er soll Bedrohungen gegen Deutschland nicht mehr nur prognostizieren, sondern auch bekämpfen. So soll er die Geräte feindlicher Hacker

und die Fabriken feindlicher Drohnenbauer zerstören dürfen. Ob das dann klappt und die hybride Bedrohungslage spürbar entschärft, ist eine ganz andere Frage.

Die Gestapo-Assoziationen betreffen aber vor allem den Verfassungsschutz als deutschen Inlandsgeheimdienst.

Die Polizei erhält seit Jahrzehnten immer mehr geheimdienst-ähnliche Befugnisse

Auch er soll künftig aktive „Schutzmaßnahmen“ ergreifen dürfen, etwa die Funktionen potenzieller „Tatmittel“ wie Drohnen zu beeinträchtigen oder Angreifer durch falsche Informationen zu verwirren. Diese neuen aktiven Befugnisse werden beim Verfassungsschutz in der Praxis aber wohl deutlich

seltener zum Einsatz kommen als beim BND. Denn der Verfassungsschutz soll nur dann „operativ“ eingreifen dürfen, wenn dies der Polizei nicht möglich ist. Es handelt sich also um eine Art Reservekompetenz. Dass es darüber so viel Aufregung gibt, erstaunt etwas. Aber letztlich hat sich Minister Dobrindt das mit seinen vollmundigen Ankündigungen von der „Revolution“ und der „Zeitenwende“ selbst zuzuschreiben.

In diesem Zusammenhang von Gestapo zu reden, ist eine Verharmlosung des Faschismus. Die Gestapo steckte Regimegegner ins KZ, folterte sie und brachte sie um. Auch die schärfsten Kritiker des heutigen Verfassungsschutzes befürchten derzeit keine Wiederkehr der Gestapo. Die Kritik zielt auf eine fortgesetzte Trennung von Polizei und Verfassungsschutz. Und die ist auch bei der geplanten Reform gewährleistet. Der Verfassungsschutz darf auch weiterhin niemanden verhaften. Er darf keine Waffen tragen, und er darf keine Wohnungen „durchsuchen“. Neu ist nur, dass er künftig in Wohnun-

gen einbrechen können soll, um zum Beispiel Computer zu manipulieren.

Wer eine Geheimpolizei verhindern will, sollte eher die Polizei selbst in den Blick nehmen, denn sie hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr geheimdienstähnliche Befugnisse erhalten. Die Polizei darf heimlich Telefone abhören und in Computer eindringen. Sie darf V-Leute und verdeckte Ermittler einsetzen. Und zugleich darf die Polizei Leute festnehmen, Waffen tragen und Wohnungen durchsuchen.

Wichtig ist aber auf jeden Fall, dass die neuen aktiven Befugnisse von BND und Verfassungsschutz wirksam kontrolliert werden, damit sie nicht aus dem Ruder laufen. So müssen die aktiven Maßnahmen laut Gesetzentwurf künftig vorab vom Unabhängigen Kontrollrat (UKR) genehmigt werden, der zum neuen zentralen Gremium der Geheimdienstkontrolle werden soll. Der UKR ist zwar kein normales Gericht, aber er arbeitet „gerichtsähnlich“. Sieben von neun UKR-Mitgliedern müssen vorher Bundesrichter:in gewe-



Foto: privat

Christian Rath

geb. 1965, ist rechtspolitischer Korrespondent der taz und promovierter Jurist.

sen sein. Die Entscheidungen des UKR sind zwar zunächst geheim. Doch geheim ist eine Entscheidung des Ermittlungsrichters auch, wenn er vorab die Telefonüberwachung durch die Polizei genehmigt.

In der Diskussion um die Geheimdienstreform, die angesichts der hybriden Bedrohung insbesondere aus Russland eine gewisse Plausibilität hat, geht es jetzt darum, mögliche Fehlentwicklungen zu verhindern. So müsste deutlicher als bisher festgeschrieben werden, dass die neuen aktiven Befugnisse der Geheimdienste nur gegen Terror und ausländische Angriffe eingesetzt werden dürfen und nicht gegen die innenpolitische linke und rechte Opposition. Der BND sollte ausdrücklich auf Maßnahmen im Ausland beschränkt werden. Dem Verfassungsschutz sollten Einbrüche in Wohnungen generell verboten werden.

was für eine woche

„In einer Region, in der so viel Unrecht geschieht, setzt Libanon ein starkes Zeichen“

Julia Neumann

Als erstes Land in Westasien hat Libanon die Todesstrafe abgeschafft. Stattdessen soll es nun lebenslange Haft geben, in schweren Fällen verbunden mit Zwangsarbeit. Zwar wurde in dem kleinen Mittelmeerland seit 2004 niemand mehr hingerichtet. Gerichte verhängten aber weiterhin Todesurteile. Derzeit sitzen mehr als 80 zum Tode verurteilte Menschen in Libanons Gefängnissen. Ihnen bleibt die Vollstreckung nun offiziell erspart.

Das ist ein bemerkenswerter Schritt. Vor allem mit Blick auf die Nachbarländer. Israel hat erst im März die Todesstrafe verschärft – mit einem Gesetz, das de facto nur Palästinenser*innen trifft. Jordanien, Ägypten, Syrien, Irak, Kuwait, Oman und Jemen vollstrecken regelmäßig Todesstrafen. In einer Region, in der so viel Unrecht geschieht, setzt Libanon ein starkes Symbol der Menschlichkeit und eines humanitären Verständnisses von Strafe.

Aktuelle Bilder aus Syrien werfen derweil aber eine Frage auf. Dort feierten Angehörige von Opfern der Assad-Diktatur in dieser Woche drei Todesurteile: gegen Ex-Machthaber Baschar al-Assad, seinen Bruder Maher und seinen Cousin Atef Nadschib. Was ist die gerechte Strafe für Kriegsverbrecher? Die Todesstrafe jedenfalls nicht.



Foto: Wolfgang Borris

Julia Neumann ist Auslandskorrespondentin der taz für Westasien mit Sitz in Beirut.

„Vor den Wahlen in Russland steigt die Spannung, wer hätte das gedacht“

Barbara Oertel

Von Josef Stalin ist der scharfsinnige Befund überliefert, es komme nicht darauf an, wo die Menschen ihr Kreuz machen, sondern wer die Stimmen auszählt. Da ist Russlands Präsident Wladimir Putin schon weiter. Im Sinne des sparsamen Einsatzes menschlicher Ressourcen werden die Stimmzettel vor den Duma-Wahlen im September entkernt – vielleicht kommen ja weniger Wähler*innen.

Am Montag wurde die liberale russische Oppositionspartei Jabloko per Gerichtsbeschluss von den Wahlen ausgeschlossen. Ihr Slogan „Für Frieden und Freiheit“ sowie hohe Beliebtheitswerte bei jungen Wähler*innen – diese Mischung war dem Kreml wohl zu gefährlich.

Doch so einfach ist es nicht, die Partei politisch auszuschließen. Vertreter*innen von Jabloko, die sich um Direktmandate bewerben, sind noch im Rennen um den Einzug ins russische Parlament. Auch dagegen gibt es erprobte Mittel: spontanes Ableben, tödliche Stürze aus Fenstern von Plattenbauten, Verhaftung wegen vermeintlich extremistischer Umtriebe oder Fremdfinanzierung der Kandidat*innen aus dem feindlichen westlichen Ausland – der Putin'sche Einfallsreichtum ist schier grenzenlos. Es bleibt also spannend, wer hätte das gedacht.



Foto: Wolfgang Borris

Barbara Oertel leitet gemeinsam mit Dominic Johnson das Auslandsressort der taz.

„Nur schade, dass es dann kalt sein wird, vielleicht Eisregen fällt“

Sophie Fichtner

Hitzeschutz wird in Deutschland bislang behandelt wie eine glitschige Kröte. Keiner will die Sache so richtig in die Hand nehmen. Der Bund verweist an die Länder – Föderalismus und so. Die Länder sehen die Kommunen in der Pflicht, die aber haben leere Kasse und fordern finanzielle Unterstützung, um Hitzeschutzmaßnahmen umzusetzen. Plätze verschatten, Trinkbrunnen bauen, Klimaanlage installieren – all das kostet.

Mit einem Wort möchte Umweltminister Carsten Schneider (SPD) diese Verantwortungsrängelei jetzt beenden, er will Klimaanpassung zur „Gemeinschaftsaufgabe“ erklären. Endlich! Dann dürfte der Bund Geld in Hitzeschutzmaßnahmen pumpen, die die Kommunen alleine nicht finanzieren können – und vernachlässigen, weil sie freiwillig sind. Bevor der Hitzeschutz aber gemeinschaftlich angegangen werden kann, muss über eine Änderung im Grundgesetz abgestimmt werden.

Schneider möchte in den nächsten Monaten vorschlagen, wie diese Änderung aussehen könnte. Nur schade, dass es dann kalt sein wird, vielleicht Eisregen fällt und viele Bundestagsabgeordnete die mittlerweile 12.500 Hitzetoten dieses Sommers vergessen haben werden.



Foto: privat

Sophie Fichtner ist Redakteurin im taz-Ressort Reportage und Recherche.

„Hegen wir eine geheime Leidenschaft für weit entfernte Himmelskörper?“

Eva Fischer

Am Mittwochabend konnte man in Deutschland eine partielle Sonnenfinsternis beobachten, das Phänomen also, dass sich der Mond vor die Sonne schiebt. Das Interesse daran war immens. So immens, dass das Zeiss-Großplanetarium in Berlin die Polizei rufen musste, weil Tausende Menschen noch kurzfristig versuchten, dort eine Schutzbrille zu ergattern. Die Veranstalter:innen konnten den Andrang nicht mehr bewältigen.

Was steckt hinter der Faszination, beobachten zu können, wie die Sonne kurz zu einer Sichel wird? Hegen wir eine geheime Leidenschaft für weit entfernte Himmelskörper? Für die Sonne, ohne die unsere Erde als Eiskugel ziellos durch das All schießen würde? Für den Mond, bei dem Wissenschaftler:innen rätseln, wo er herkommt; der, einer Theorie zufolge, einen Teil der Erde in sich trägt? Geht es um unseren Platz im Sonnensystem, von dem aus wir in die große Schwärze blicken? Oder liegt es schlicht daran, dass das Gefühl, etwas Einzigartiges zu verpassen, ein zerfressendes ist? Vielleicht führt uns eine Sonnenfinsternis neben Kreisen und Sicheln noch etwas anderes vor die Augen: Gelegenheiten sind nicht unendlich. Das Weltall und unsere Neugier könnten es aber sein.



Foto: privat

Eva Fischer ist Themenchefin, Nachrichtenchefin und Chefin vom Dienst im Onlinereport der taz.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia |
alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | MDV GmbH & Co. KG,
35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht
vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
44,80 €



KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Hitzetote und Niedrigwasser – wie die Klimakrise Baden-Württemberg trifft

Ein Teil unserer Auflage enthält
Beilagen von: Plan International
Deutschland e.V., Eine Bahn für alle,
Musicboard Berlin GmbH



Ulrike Winkelmann
Ernsthaft?

Soll der Söder sich doch mal beweisen – und eine Bundes-CSU aufmachen

Man darf ja keinen Gedanken ungedacht, keinen Stein unumgedreht lassen, wenn es darum geht, die AfD von der Macht fernzuhalten. Gut ist, wenn DemokratieforscherInnen helfen, die Fantasie dabei strapazierfähig zu halten. „Nun verziehen Sie doch nicht so das Gesicht“, sagte Robert Vehrkamp, als ich auf einen seiner Vorschläge mit spontaner mimischer Abwehr reagierte. Vehrkamp, der an der Uni Lüneburg lehrt, hatte verkündet: „Es braucht eine Bundes-CSU.“ Die CSU, so die Idee, müsse bundesweit antreten. Nur sie könne die AfD noch verdrängen. Gemeint ist hier die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl – wenn die denn zum vorgesehenen Termin Anfang 2029 stattfindet (man weiß ja heutzutage nie).

Für eine Bundes-CSU müssten sich idealerweise 15 weitere Landesverbände gründen, die natürlich ein außerbayerisches Programm bräuchten, also ein paar Politikvorstellungen, die nicht allein dem Machterhalt der CSU in Bayern dienen. Schon dieser Teil des Konzepts schien mir abwegig. Vehrkamp aber führte unbeirrt aus: „Als Schwester der CDU bliebe eine Bundes-CSU an die demokratische Mitte angebunden.“ Abgesehen von ein paar eingewachsenen Zweifeln am Begriff der „Mitte“ entdeckte ich langsam die Reize des Plans. Die CDU bekäme Gelegenheit, sich auf einen Kanzlerkandidaten Hendrik Wüst auszurichten, der in Färbung und Ton ausgesprochen merkelhaft daherkommt und Nordrhein-Westfalen geradezu provozierend geräuschlos mit den Grünen regiert, also die rustikaleren Teile der Partei nicht bedient. Friedrich Merz, der nun genau diese Teile in kürzester Frist enttäuscht hat, wird nicht im Ernst noch einmal antreten – wenn er denn die Legislaturperiode überhaupt durchhält, siehe oben.

Strauß piesackte die CDU mit der Idee einer Bundes-CSU

Die CSU aber könnte endlich beweisen, dass sie zu liefern vermag, was ihre gottgleich ewige Führungsgestalt Franz Josef Strauß berühmterweise forderte, „dass es rechts von der CDU/CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben darf“, was ich mir für diese Kolumne extra noch einmal im O-Ton angehört habe. Die Äußerung ist von 1987, als die rechtsnationalen Republikaner der Union Sorgen machten. Strauß sagt hier ausdrücklich, dass er sich dabei „im Übrigen in vollem Einvernehmen mit Helmut Kohl“, dem damaligen Kanzler, befinde, der genau diese Formulierung mit ihm „hundertmal besprochen“ habe. Dieses volle Einvernehmen zwischen Kohl und Strauß war allerdings erst mühsam hergestellt worden. Denn bis in die frühen 1980er Jahre hatte Strauß selbst die CDU mit der Idee einer Bundes-CSU gepiesackt, ihm war Kohl quasi zu merkelig. „Vierte Partei“ lautete das Stichwort dafür, man lebte noch in einer Union-SPD-FDP-Welt.

Nun ist diese Welt ja aber auch in Bayern längst versunken, und die Sache mit „rechts von uns ...“ klappt unter Markus Söder auch nicht mehr. Die AfD bekam 2023 bei der Landtagswahl 14,6 Prozent. Für die Gesinnung der Freien Wähler (15,8 Prozent und seither Koalitionspartner der CSU) mag man auch nicht durchgängig haften. Die letzte Bayernumfrage vom März sah die AfD bei 18 Prozent.

Womöglich bieten die altwestdeutschen Verhältnisse zwar reichlichen und wohligen Anekdotenstoff zum ewigen Konflikt zwischen konservativem und liberalem Flügel der Union, aber eben doch keine Vorlagen für die Bekämpfung des 21.-Jahrhundert-Faschismus. Im oben schon zitierten Gespräch mit Strauß ergänzte der noch: „Wir denken hier nicht natürlich an rechtsradikale Narren“, sondern an „normale demokratische konservative Kräfte, die bei uns ihre politische Heimat behalten müssen“. Vermutlich war diese Grenze schon damals längst nicht so deutlich wie behauptet. Aber in insgesamt geordneteren Zeiten hielten solche Fiktionen eben noch, was sie versprochen.

Ulrike Winkelmann ist Chefredakteurin der taz.

Amnesty International kritisiert eine seiner Säuberungsaktionen: Péter Magyar bei einem Kabinetts-treffen in Ópusztaszer Foto: Robert Hegedus/epa



Hundert Tage Fegefeuer

Rundfunk, Justiz, Präsidentenamt – Ungarns neuer Regierungschef Péter Magyar fackelt das System Orbán schneller ab als erwartet

Aus Wien **Florian Bayer**

Wo anfangen? Das fragte sich Péter Magyar vielleicht, als er am 12. April mit seiner Tisza-Partei als strahlender Sieger aus der ungarischen Parlamentswahl hervorging. Überraschend schnell räumte Viktor Orbán, nach 16 Jahren an der Macht, seine Niederlage ein. Magyar wiederum kündigte an, sein Versprechen einzuhalten: die Rückabwicklung der Ára Orbán, die er später martialisch als „Operation Fegefeuer“ bezeichnete.

Nach 100 Tagen im Amt lässt sich sagen: Der Neue hält Wort, in einem Tempo, das auch erfahrene Ungarnbeobachter überrascht. Kaum ein Bereich der Orbán-Ära blieb von Magyars „Fegefeuer“ verschont,

Medien, Justiz, Staatspräsidentenamt, Außenpolitik. Viele der Reformen, die Magyar versprach, sind schon umgesetzt. Möglich macht das seine Zweidrittelmehrheit im Parlament, die auch Verfassungsänderungen erlaubt.

Für Aufsehen sorgte besonders die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Anfang Juli setzte Magyar die Nachrichtensendungen des staatlichen Senders M1 aus, „so lange, bis unabhängiger Journalismus wieder gewährleistet ist“. Das Führungspersonal wurde ebenso neu bestellt wie die Chefredaktion des Senders. Auch andere mediale Pfeiler, die Orbáns Macht stützten, riss Magyar ein, er beendete etwa das Fördersystem für Printmedien. Werbeaufträge für die Plakatfirma ESMA, über die jahrelang Orbáns Wahlwerbung lief, ließ er streichen.

Wenig später folgte die Justiz. Erster Verfassungsrichter, der gehen musste, war Csaba Hende, der zuvor 20 Jahre lang für Orbáns Fidesz im Parlament saß. Weitere erzwungene Wechsel am Verfassungsgericht stehen im Herbst bevor. Magyar will zudem die Korruption der Orbán-Jahre aufarbeiten und veruntreutes Geld zurückholen. Dazu entstand ein neues Amt.

Auch auf EU-Ebene zahlen sich die Reformen aus, die eingefrorenen EU-Mittel von fast 20 Milliarden Euro wurden nach der Abschaffung der berüchtigten Orbán-Stiftungen freigegeben.

Der symbolträchtigste Schritt war in letzter Zeit wohl die Entmachtung von Staatspräsident Tamás Sulyok, einem Orbán-Vertrauten. Per Verfassungsänderung beendete Magyars Mehrheit sein Mandat vorzeitig. Sulyok kritisierte das scharf, un-

terzeichnete die Änderung am Ende aber doch. Anfang August einigte sich die Tisza-Fraktion auf den Spitzenjuristen András Baka und wählte ihn zum neuen Präsidenten.

Baka war 16 Jahre lang Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und ab 2009 zwei Jahre lang Präsident des Obersten Gerichtshofs Ungarns. Weil er Orbáns Justizreform öffentlich als „verschleierte Säuberung der Justiz“ kritisierte, wurde er 2011 abgesetzt. Nun, an der Spitze des Staats, erfährt Baka eine späte Wiedergutmachung. In seiner Antrittsrede warnte er davor, dass nie wieder eine Partei den Staat an sich reißen dürfe. Bei Gesetzen will er genau hinsehen.

Doch es gibt auch Kritik an Magyars Vorgehen. Amnesty International Ungarn teilte zwar den Befund, dass Sulyok kein unabhängiger Präsident war, hält das Vorgehen gegen ihn aber für rechtsstaatlich bedenklich. Eine Stellungnahme des Europarats wollte Magyar ebenso wenig abwarten wie eine Prüfung durch das Verfassungsgericht selbst.

Mitunter heißt es, Magyar bekämpfe die von ihm beschworene „Mafia“ mit ihren eigenen Werkzeugen: beschleunigte Mehrheitsbeschlüsse, maßgeschneiderte Verfassungsartikel, Personalentscheidungen im Eiltempo. Magyars Fürsprecher argumentieren, dass genau dies unvermeidlich ist, um Rechtsstaat und Demokratie zu reparieren.

Für September hat Magyar eine landesweite Debatte über eine gänzlich neue Verfassung angekündigt. Als Lackmustest gilt, ob die neue Regierung auch das Wahlrecht reformiert. Schließlich war es das von Orbán für den eigenen Vorteil zugeschnittene Wahlsystem, das Tisas Zweidrittelmehrheit mit bloß 53 Prozent aller Listenstimmen möglich machte.

Magyar hat die Amtszeit des Ministerpräsidenten – also seiner selbst – auf acht Jahre begrenzt. Weil die Regelung rückwirkend gilt, ist damit auch eine Rückkehr Orbáns verunmöglichlicht. Ob Magyar seine eigene Machtfülle darüber hinaus begrenzt, wird sich zeigen.

Sonnenfinsternis schauen im Senegal



Nur wenige Ereignisse vereinen die Welt. Die Sonnenfinsternis am Mittwoch war so eines. In Grönland, Island und Spanien verdunkelte der Mond die Sonne komplett. In vielen anderen Teilen der Welt gab es eine partielle Sonnenfinsternis, die von den Menschen fasziniert beobachtet wurde wie hier von zwei Frauen in Dakar im Senegal. Foto: Fatma Esma Arslan Ozdel/Anadolu Agency/imago

Sitzt am
Steuer:
die Bürger-
meisterin
Antje Styskal
vor der
Scheune
Bollewick
Foto: Gordon
Welters



Ein Raumschiff in Mecklenburg-Vorpommern

Bollewick galt als stinkendes Gülledorf und ist heute Vorbild für Strukturentwicklung im ländlichen Raum. Wie kriegt man so was hin? Durch Größenwahn. Eine Ortsbegehung mit der Bürgermeisterin Antje Styskal

Aus Bollewick **Juli Katz**

Es ist, wie es immer ist in Mecklenburg-Vorpommern, sympathisch-surreal. Führt man an einem normalen, leicht regnerischen Dienstagmorgen im Juli von der B198 ab und die schnurgerade Straße entlang, wirkt Bollewick erst mal unscheinbar. Dabei gibt es hier mindestens zwei Attraktionen: Erstens ist der Ort bekannt als Bioenergiedorf, wo Biogasanlagen Haushalte, regionale Betriebe und kommunale Gebäude mit Wärme versorgen. Zweitens steht hier die größte Feldsteinscheune Deutschlands. Hier, irgendwo zwischen Neustrelitz und dem Bärenwald Müritz.

Der Parkplatz ist rappellvoll. Hinten ein Kitagebäude inklusive Spielplatz, dort ein abgesperrter Haufen überdimensionaler Steine, und dann ist sie nicht zu übersehen, die Feldsteinscheune. Sie wirkt zu groß für alles, was es sonst hier gibt. Wie ein Raumschiff, das versehentlich gelandet ist. Für die 125 Meter vom einen Eingang bis zum anderen braucht man in Minuten gemessen knapp zwei.

Die Scheune Bollewick ist einer der wenigen Superlative in Mecklenburg-Vorpommern, die positiv ausfallen. Die negativen: Nirgendwo anders verdient man einem Gehaltsreport zufolge so wenig wie hier, und mehr als jede zweite Gemeinde gilt als „sehr schlecht“ versorgt. Kein Wunder, dass Mecklenburg-Vorpommern im sogenannten Glücksatlas auf dem letzten Platz liegt. Was soll dann so eine Scheune?

Wer ihr Dimension verstehen will, muss das Drumherum sehen. Sie liegt in der Mecklenburgischen Seenplatte, dem flächenmäßig größten Landkreis Deutschlands. Hier passt 18-mal die Stadtfläche Münchens rein oder 6-mal Berlin, während hier gerade mal so viele Menschen leben wie in Spandau. In der Seenplatte liegt Bollewick, 600 Einwohner, und gilt als Vorzeigebispiel für Strukturentwicklung im ländlichen Raum.

Am Eingang der Scheune hängt Waffelgeruch. Das Herz-

stück, der Veranstaltungsraum, wirkt sehr groß und ist dennoch nur ein kleiner Teil der restlichen 10.000 Quadratmeter, heute dunkel, die Bühne leer, ein paar Menschen sitzen herum. Ansonsten stehen hier viele Hütten, die aussehen, als würde man sie vor allem bei Weihnachtsmärkten verwenden. Das muss jetzt mal jemand erklären. Wer trägt hier die Verantwortung? Am Steuer des Raumschiffs sitzt Antje Styskal.

Styskal ist seit 2019 Bürgermeisterin von Bollewick. Ist sie Bollewickerin? Nein, sie stammt ursprünglich aus Dresden, geboren 1967. Wollte sie schon immer

„Der Hit ist momentan der Tanztee, das beste Mittel gegen Einsamkeit“

Antje Styskal, Bürgermeisterin

Bürgermeisterin werden? Auch nein, sie hat Krankenschwester gelernt. Hat sie wenigstens Bezüge in die Region? Zum dritten Mal nein. Außer vielleicht, dass sie auch Ossi ist, wie sie sagt. Zwar zog sie nach der Wende zum Arbeiten über Bayern in die Schweiz und war froh, dass das Ossisein endlich keine Rolle mehr spielte. Zurück in Deutschland habe ihr der sächsische Dialekt geholfen anzukommen. Und zwar in Mecklenburg-Vorpommern, genauer Bollewick.

Weil Styskal ist, wie sie ist, wollte sie nicht nur wohnen, sondern sich auch beteiligen. Erst in der freiwilligen Feuerwehr, dann bei Dorffesten, dann in der Gemeindevertretung – und wieso nicht gleich als Bürgermeisterin? Seit sieben Jahren ist sie jetzt im Amt.

Ihr Vorgänger hatte das Bioenergiedorf vorangetrieben, hat die Landwirte dafür begeistert, die sich in anderen Regionen angeschaut haben, wie sie das dort umgesetzt haben. Er kenntnis: Das geht! Aber wie?

Wie überzeugt man am besten? Styskal erklärt sich das auch damit, dass ein Betrieb von einem Holländer geführt wird, ein anderer von einem Wessi. „Natürlich war das für viele erst mal extrem beängstigend, auch mit dieser neuen Gesellschaft und mit neuen Strukturen umzugehen. Für Menschen aus dem Westen, die diese wirtschaftlichen Prozesse bereits kannten, mag das weniger problematisch gewesen sein.“ Drei Landwirtschaftsbetriebe haben letztendlich Biogasanlagen gebaut. Eine Großabnehmerin der Wärme, die entsteht, ist die Scheune selbst. „Ansonsten ist es häufig in dörflichen Strukturen so, dass der Aufwand für die Leitungsverlegung, die Hausanschlüsse und so weiter zu groß ist.“

Heute führt sie durch die Scheune. Es gibt eigentlich alles. Ein Café, ein Restaurant und ein Hotel mit 60 Betten. Das Stadesamt hat hier eine Außenstelle. Die Feuerwehr hat ein Fahrzeug unten geparkt. Die Dorfsportgruppe trifft sich hier. Im ersten Stockwerk wurde eine Ausstellung mit Linolschnitten des Künstlers Werner Schinko. Am Wochenende gibt es einen Abiball. Im Spielzimmer wurde Altes wieder verbaut, die Kinderutsche stand mal woanders. In seltenen Momenten ist Styskal-Heilpraktikerin von Hauptberuf, Büro im oberen Stockwerk – auch alleine hier. Angst will sie noch nie gehabt haben. „Es ist ein warmer Ort, an dem man gerne ist“, sagt sie, während hinter ihr ein Labrador vorbeiläuft. Auf dem Klo steht ein Extraabfalleimer für Windeln.

Styskal geht mit selbstsicherem Schritt voran. Fragt man sie vorsichtig, ob sie das nicht alles ein bisschen Größenwahnsinnig findet für so ein kleines Dorf, sagt sie nur: „Ja, natürlich.“ Und erzählt die Geschichte der Scheune, erbaut 1881 vom bereits 76-jährigen Baron von Langermann zu Erlenkamp und Spitzkuhn, der ein „Landwunder“ haben wollte. Über Jahre wurde die Scheune vom Kuhstall für 650 Tiere zum Menschaufenthaltsort und steht nun in einem Bioenergie-

dorf, das über Energienutzung, Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung lehrt. Biogasanlagen versorgen mit Wärme, der Strom kommt von Solaranlagen.

Hoffnung nach dem Umbau

Dass so etwas mal in Bollewick existiert, hätte man in den Neunzigern wohl nicht gedacht, als 1990 die LPG nach der Wende zumachte. Überall stank es. „Das Dorf war verschrien als stinkendes Dorf, weil vorne und hinten Gülle rauslief“, erklärt Styskal.

ABM-Kräfte sollten das Problem lösen. Mit dem Umbau kam auch Hoffnung und Arbeit. Denn als später zu einem Handwerkermarkt mehrere Tausend Leute kamen und es ob des Ansturms zu wenige Dixi-Klos gab, war klar: Das kann noch was werden.

Weil es Bedarf gab, konnten neue Fördergelder beantragt werden, um den Innenausbau fortzusetzen. Den Wahnsinn aufzugeben, wäre Wahnsinn gewesen. Es hat sich gelohnt: Der Wahnsinn ist jetzt, was Menschen anzieht. Auch das niederländische Königspaar war schon zu Besuch.

Wieso funktioniert das? Auf diese Frage antwortet Styskal nicht direkt. Aber sie tut es durch viele kleine Erzählungen. Da ist zum Beispiel die Geschichte, dass sie die erste Zeit als Bürgermeisterin während der Coronapandemie damit verbracht hat, hier in der Scheune im Nähladen Masken zu nähen für die freiwillige Feuerwehr.

Styskal wollte aus dem Tourismusort auch einen machen, in dem Einheimische etwas für sich finden, vor allem Kinder und Jugendliche. Das Thema Bildung ist ihr wichtig, in der Scheune gibt es Kreativ- und Bildungsangebote für die Bollewicker. Styskal gewann mit der Idee sogar eine Förderung.

Antje Styskal ist ernst und lustig, skeptisch, trocken und herzlich bei Witzversuchen, offen bei Nachfragen, bemüht beim Präsentieren ihres Ortes. So gesehen also doch wie eine typische Mecklenburgerin. Selbst als

sie aufzählt, was hier schon alles stattgefunden hat, bleibt sie gelassen: ein Treffen des Angler- und des Jagdhundeverbands inklusive Hirschrufer, na klar. Hochzeiten, na klar. „Der Hit ist momentan aber der Tanztee“, na klar. Das sei „das beste Mittel gegen Einsamkeit“.

Irgendwie passt es dann halt schon hierher, das Raumschiff. Niemand kann sich leisten, grantig zu sein – jeder ist Besatzung, jeder wird gebraucht. Das ist auch Styskals Strategie in der Gemeindevertretung: „Ich will am Ende nicht die sein, die alleine entscheidet. Als demokratisches Gremium müssen alle anderen ihre Meinung kundtun können. Wenn jemand mal anderer Meinung ist, ist das auch okay.“

Aber gibt es nicht doch welche, die alles blöd finden? Immerhin gingen auch bei der Bundestagswahl 2025 in Bollewick die meisten Zweitstimmen an die AfD, die mit 33,9 Prozent deutlich vor der CDU lag. Styskal zuckt mit den Schultern. „Wenn, dann lassen sie mich auf jeden Fall in Ruhe“, sagt sie. Angegriffen worden sei sie noch nie.

Es gab mal Kritik, dass sie bei einem Bauvorhaben zu geheimniskrämerisch gewesen sei. „Wahrscheinlich ist das auch den dörflichen Strukturen geschuldet“, sagt Styskal heute. Nun will sie alle immer von Anfang an ins Boot holen, legt alle Beteiligten offen, verteilt Telefonnummern von Menschen, die man bei weiteren Nachfragen anrufen kann. Momentan aber geht es um Menschen, die nachrücken wollen. Styskal wird kommandes Jahr 60. Sie gibt dann ihr Amt ab, bleibt der Scheune aber treu.

Ortskundige wissen, dass man sich hier Freundinnen macht, wenn man den Namen des Dorfes richtig aussprechen weiß: „Bolléwick“, mit Akzent auf dem e. Wieso das so ist, dazu ranken sich die Mythen. Nicht mal Antje Styskal weiß das.

Bei der Dorfbegehung Bollewicks auf der wohl geradesten Straße Mecklenburgs schreitet sie schnell voran, grüßt fast alle, die entgegenkommen. Dass es Straßen namens Unterm Regenbogen und eine „Milchtankstelle“ gibt, wird jetzt niemanden mehr überraschen. Vor dem Bollewicker Labyrinth, ein paar Hundert Meter von der Feldsteinscheune entfernt, verabschiedet sich Styskal. Sie muss zum nächsten Termin.



Wetten, die Demokratie gewinnt?

Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26



Sachsen-Anhalt Wetten, dass ... die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September in Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.

Infos & Anmeldung unter: taz.de/talk

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr

Moritzhof, Moritzplatz 1, 39124 Magdeburg
Eintritt frei

taz: Frau Wegge, Herr Merkel, soll die AfD verboten werden?

Carmen Wegge: Kurz und knapp – ja. Ich bin dafür, beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf Überprüfung der Verfassungskonformität der AfD zu stellen.

Wolfgang Merkel: Kurz und knapp – nein. Es sprechen zu viele normative, demokratietheoretische und politische Argumente gegen ein Verbot.

taz: Welche?

Merkel: Der wichtigste Grund ist, dass dies eine grobe Verletzung der Volkssouveränität wäre. Laut Artikel 20 des Grundgesetzes geht alle Gewalt vom Volke aus. Und zwar vermittelt Wahlen. Das würde durch ein AfD-Verbot für ein Viertel der Wählerschaft verletzt.

taz: Ist das plausibel, Frau Wegge?

Wegge: Nein. Laut Artikel 21 des Grundgesetzes sind wir eine wehrhafte Demokratie. Das bedeutet, dass verfassungswidrige Parteien verboten werden können. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes wollten damit verhindern, dass nach 1933 noch mal eine demokratisch gewählte Partei die Demokratie abschafft. Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Urteil gesagt, dass Parteien, ausreichend groß sein müssen, um verboten zu werden. Das ist bei der AfD der Fall. Das Grundgesetz verpflichtet uns dazu, einen Antrag zu stellen, wenn unsere Demokratie in Gefahr ist. Deshalb kann ich keinen Verstoß gegen das Demokratieprinzip erkennen.

Merkel: Die wehrhafte Demokratie ist ein konservatives Konzept der Adenauer-Ära, geboren aus der Erfahrung des Totalitarismus. Nicht alles, was 1948/49 überzeugend war, ist heute tauglich. Seit 1950 ist in Westeuropa keine annähernd so große Partei verboten worden. Ein AfD-Verbot wäre ein deutscher Sonderweg, der die Gesellschaft weiter polarisiert. Hans Kelsen, einer der bedeutendsten Rechtstheoretiker und Verfassungspraktiker des 20. Jahrhunderts argumentiert, dass eine Demokratie, die Parteien verbietet, ins Illiberale abrutscht. Parteienverbote kennzeichnen Diktaturen, nicht Demokratien.

Wegge: In Diktaturen werden demokratische Mitbewerber verboten, um die Alleinherrschaft einer Partei zu sichern. Deswegen darf bei uns keine Partei willkürlich verboten werden, sondern nur explizit verfassungswidrige Parteien, die die Demokratie abschaffen möchten. Man kann die willkürlichen Verbote in Diktaturen nicht mit dem Parteienverbot in der Bundesrepublik gleichsetzen.

Merkel: Frau Wegge, wir teilen die gleichen normativen Überzeugungen. Aber wenn wir wegen dieser normativen Überzeugungen eine Partei verbieten, hat das einen autoritären, paternalistischen Zug. Hans Kelsen argumentiert, dass eine Demokratie nur tolerant und liberal bleibt, wenn sie auch antidemokratische Anschauungen zulässt. **Wegge:** Ich kann Ihnen nicht folgen. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Natürlich muss die Demokratie verfassungsfeindliche Meinungen aushalten. Aber die Demokratie muss es nicht aushalten, von innen heraus abgeschafft zu werden. Man kann sich auf den Standpunkt stellen: Wenn die Bevölkerung die Demokratie nicht mehr möchte, dann ist es halt so. Wir haben uns aber bewusst für die wehrhafte Demokratie entschieden. Die Demokratie ist als Staatsform explizit im Grundgesetz verankert. Deshalb gibt es Mittel zu verhindern, dass eine Partei, die die Demokratie abschaffen oder beeinträchtigen will, an die Macht kommt.

Merkel: Das klingt, als wäre 1932. Aber die Situation ist doch verschieden. Wir werden heute von der AfD, einer rechtsautoritären Partei, herausgefordert. Ob die tatsächlich eine Diktatur anstrebt, ist Kaffeesatzleserei. Ich halte das eher für einen Popanz. Die FPÖ ist in Österreich vermutlich so radikal, rassistisch und fremdenfeindlich wie die AfD. Die FPÖ war zweimal Teil der Regierung und hat nichts an der Struktur der Demokratie in Österreich geändert. Die bundesdeutsche Demokratie ist viel stabiler und hat mehr Selbstvertrauen als jene der Weimarer Republik. Es gibt auch keine existenzielle Krise der De-

mokratie. Deutschland zählt derzeit zu den 15 besten Demokratien weltweit.

Wegge: Ja, wir leben in einer fantastischen Demokratie. Und wir haben das lange für selbstverständlich gehalten. Jetzt müssen wir alle Mittel nutzen, um diese Demokratie zu schützen. Man kann in den USA, in Polen und in Ungarn sehen, was passiert, wenn Rechts-extreme regieren. Polen zeigt, wie schwer es ist, das Playbook der Rechten – Zerstörung der Unabhängigkeit der Justiz, Abschaffung von Frauenrechten und unabhängigen Medien – wieder zurückzudrehen.

Merkel: Ungarn und Polen haben vor allem gezeigt, dass in einigermaßen fairen Wahlen autoritäre Regierungen abgewählt werden konnten. Die Schäden zu reparieren, ist wegen der Verfassung in Polen schwierig, weil der rechte Präsident ein starker Vetospieler ist. Aber was hat das mit unserer Debatte zu tun? Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist nicht so schwach. Die demokratischen Parteien sind nicht so schwach. Haben wir keine demokratietauglichen Instrumente, um uns vor diesem Angriff zu schützen? Müssen wir undemokratische Mittel wie eine Teilentmachtung des Souveräns anwenden, um die Demokratie zu schützen? Wir sollten nicht den letzten Schritt gehen und das schärfste Schwert ziehen, bevor wir die ersten Schritte getan haben.

Wegge: Es gibt eine lebendige Zivilgesellschaft. Aber wir müssen trotzdem überlegen, wann sich das Zeitfenster schließt. Wenn die AfD so groß ist, dass es keine politischen Mehrheiten mehr für ein Verbotsverfahren gibt, ist es zu spät. Herr Merkel, Sie sagen, wir sollten nicht frühzeitig das scharfe Schwert des Verbots ziehen. Was wäre denn Ihrer Ansicht nach der richtige Zeitpunkt? Und gibt es dann noch eine Mehrheit für ein Verbot?

Merkel: Dieses Schwert wird vom Bundesverfassungsgericht geführt, wenn eine der drei Verfassungsorgane einen solchen Antrag stellt. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sollten aber nicht auf einen Verdacht hin das Verfassungsgericht anrufen oder weil sie fürchten, dass die demokratischen Parteien weiter an Zuspruch verlieren. **Wegge:** Das ist keine Antwort auf meine Frage. Und beim Motiv für den Verbotsantrag widerspreche ich. Der wird nicht gestellt, weil demokratische Parteien Wahlen verlieren und die AfD Erfolg hat. Es ist unsere demokratische Pflicht, das Parteienverbot zu beantragen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

taz: Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) hat ein 1.600 Seiten umfassendes Gutachten vorgelegt, das Verstöße der AfD gegen das Demokratieprinzip auflistet. Die AfD zeigt Minister in Haft – droht also mit politischer Verfolgung. Und sie will Deutsche mit Migrationshintergrund zu Bürgern zweiter Klasse machen und Frauen mit Kopftuch den Zugang zu Bibliotheken oder Krankenhäusern verwehren. Macht dieses Gutachten ein Verbotsverfahren plausibler?

Wegge: Das Gutachten hat Lücken geschlossen, die der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz lassen musste, weil er Äußerungen im Parlament und Gesetzesinitiativen nicht berücksichtigen durfte. Die Datenlage ist nun breiter geworden. Das Gutachten liefert zusätzliche gute Argumente für ein AfD-Verbot. Deshalb sollte es als Anstoß dienen, endlich ein Prüfverfahren einzuleiten und von staatlicher Seite alles Beweismaterial zu sichten und final zu bewerten. Wenn es danach eine überwiegende Aussicht auf Erfolg gibt, gilt es den Antrag zu stellen.

Merkel: Vorab: Wir halten beide die AfD für eine demokratiefeindliche Partei mit problematischen Funktionen. Nach meiner Meinung reicht es aber nicht, wie es das GFF-Gutachten tut, hunderte Seiten lang demokratiefeindliche Äußerungen von Funktionären aufzulisten. Die rote Linie ist die Gewalt. Wenn diese nicht überschritten wird, müssen in einer Demokratie Parteien auch für ein anderes System werben dürfen. Das ist eine der Paradoxien und Schwächen der Demokratie. Aber sonst rutschen wir in eine illiberale Demokratie, in der die Macht des Souverän autoritär durch die Sicht der „Aufgeklärten“ beschnitten wird.

Soll die AfD verboten werden?

Die AfD ist demokratiefeindlich, da sind sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge und der Politologe Wolfgang Merkel einig. Doch bei der Frage, ob Karlsruhe die Partei überprüfen und verbieten soll, vertreten sie unterschiedliche Standpunkte

Moderation **Stefan Reinecke**



Foto: Stefanie Loos

Carmen Wegge, Juristin, 36, ist seit 2021 für die SPD im Bundestag. Sie ist Sprecherin der Parlamentarischen Linken sowie Sprecherin für Recht und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion. Schon 2024 gehörte sie zu den Initiator:innen für einen interfraktionellen Antrag, die AfD vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

„Wir müssen jetzt alle Mittel nutzen, um diese Demokratie zu schützen“

Carmen Wegge,
SPD-Bundestagsabgeordnete



Wegge: Doppelter Einspruch: Gewalt ist Ihre persönliche rote Linie, aber nicht die des Grundgesetzes. Laut Artikel 21 sind Parteien verfassungswidrig, die „darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“. Diese Parteien können vom Verfassungsgericht verboten werden. Von Gewalt ist nicht die Rede. Das GFF-Gutachten zeigt, dass die AfD planmäßig gegen demokratische Prinzipien verstößt. Zweitens gibt es gewalttätige Rechts-extreme wie die Terrororganisation um Prinz Reuß, der auch eine Ex-AfD-Bundestagsabgeordnete angehörte. Die gewaltbereiten „Sächsischen Separatisten“ bestanden fast ausschließlich aus AfD-Mitgliedern.

Merkel: Die obskure Vereinigung von Prinz Reuß stellte doch keine Gefahr für die Demokratie dar. Ich will die AfD gewiss nicht verteidigen, aber man sollte sie nicht zu einer Partei stilisieren, die mit Terror die Demokratie vernichten will.

Wegge: Das habe ich nicht gesagt. Und das muss die AfD auch gar nicht. Sie kann die Demokratie mit Wahlen von innen heraus abschaffen.

Merkel: Schaffen wir deshalb die freien Wahlen ab und schränken paternalistisch den Pluralismus ein? Das ist Ihre Logik: Wir beschädigen die Demokratie, weil wir ihre Beschädigung verhindern wollen.

Wegge: Natürlich schaffen wir freie Wahlen nicht ab. Ich will den Weg gehen, den das Grundgesetz vorsieht. Dort sind die Hürden für ein Parteienverbot zu Recht extrem hoch. Damit wird vermieden, dass das Volk, der Souverän, den Eindruck hat, es könnte willkürlich eine Partei nicht mehr wählen dürfen.

taz: Im September kann die AfD in Sachsen-Anhalt mehr als 40 Prozent holen und eventuell allein regieren. Was bedeutet das für einen möglichen Verbotsantrag?

Wegge: Nicht viel. Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat können einen Verbotsantrag stellen. Im Bundesrat sind 35 Stimmen nötig. Wenn in Sachsen-Anhalt die AfD regiert, ändert das für ein Verbotsverfahren wenig.

Merkel: Juristisch ist ein Verbot auch möglich, wenn es einen AfD-Ministerpräsidenten gibt. Aber es ist politisch unklug. Ein Verbot würde bedeuten: Wir sagen eventuell mehr als 40 Pro-



Publikum bei einer AfD-Veranstaltung in Halle, Sachsen-Anhalt, ausgestattet mit Merchandising-Artikeln der Partei
Foto: Rafael Heygster/laif

”

„Müssen wir undemokratische Mittel wie eine Teilentmachtung des Souveräns anwenden, um die Demokratie zu schützen?“

Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler



Foto: Müller/Stauffenberg/Julstein bild

Wolfgang Merkel, 74, ist Politikwissenschaftler. Von 2004 bis zu seiner Emeritierung 2020 war er Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin und Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Demokratieforschung an der Humboldt-Universität. Seit 1998 ist er parteiloses Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

zent der Wähler in Sachsen-Anhalt – eure Stimme zählt nicht. Das verfügen wir, weil wir tiefere Einsicht in die Demokratie haben.

Wegge: Viele denken: Solange die AfD auf dem Wahlzettel steht, kann man sie wählen, egal ob sie gesichert rechtsextrem oder verfassungsfeindlich ist. Wir müssen die Grenze ziehen, wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung angegriffen wird. Und diese Partei verstößt mit ihrem Programm sowohl gegen die Menschenwürde als auch gegen das Demokratieprinzip. Ich kenne viele in Sachsen-Anhalt, die fürchten, nach einer absoluten Mehrheit der AfD bedroht und verfolgt zu werden und überlegen, das Bundesland zu verlassen. Ein AfD-Verbotsverfahren würde zeigen, dass wir die berechnete Angst dieser Menschen ernst nehmen.

Merkel: Sie greifen zu schnell zu illiberalen Mitteln, obwohl unsere Demokratie gewappnet ist. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die AfD unsere Demokratie leichtfertig in ein autoritäres Regime verwandeln kann. Wir sollten uns eher fragen, warum die AfD so stark geworden ist. Der demokratische Selbstreflexionsmechanismus sind Wahlen. Sie zwingen gegebenenfalls die politischen Repräsentanten nachzudenken, warum sie nicht mehr gewählt werden. Die SPD, der wir beide nahestehen, ist von diesem Wählerverlust massiv betroffen. Ein Verbot bügelt die Selbstreflexion und die Frage, was man falsch gemacht hat, weg. Wir verbieten – also müssen wir unsere Politik nicht wesentlich ändern.

Wegge: Nein, selbstverständlich setzen sich Union und SPD damit auseinander, warum die AfD wächst. Die Union hat versucht die AfD mit der scharfen Migrationswende zu bekämpfen. Das war der falsche Weg. Wer die Inhalte der AfD übernimmt, macht sie salonfähig. In der SPD setzen wir uns intensiv mit der AfD auseinander. Wir erarbeiten ein neues Grundsatzprogramm, um klarzumachen, welche Vision und Werte wir vertreten. In der Koalition sagt niemand – alles super. Es gibt kritische Selbstreflexion.

taz: Es gibt keine politische Mehrheit für ein Verbot. Die Union ist äußerst zögerlich. Wird sich das ändern – zum Beispiel im Bundesrat?
Wegge: Es gibt Bewegung. Einzelne CDU-geführte Bundesländer wie Berlin und Schleswig-Holstein sind für

ein Verbot. In NRW wird viel diskutiert. Wir als SPD fordern eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Wenn die zu dem Ergebnis kommen sollte, dass ein Antrag Erfolg beim Bundesverfassungsgericht haben wird, dann kommt der Verbot.

taz: Für ein Parteienverbot müssen sechs von acht Bundesverfassungsrichtern die Hand heben. Diese Zweidrittelmehrheit gab es bei den letzten beiden Verbotverfahren gegen die NPD nicht. Wie groß ist das Risiko, dass ein AfD-Verbotsantrag scheitert? Und wie groß wäre der politische Schaden?

Wegge: Natürlich darf man einen Verbot nur stellen, wenn er wahrscheinlich Erfolg hat. Falls er doch scheitern sollte, werden viele das für einen Persilschein für die AfD halten – verfassungskonform. Das wäre in der Tat schwierig. Aber der größere Schaden für die Demokratie ist es, nichts zu tun und einen erfolgreichen Verbot zu verhindern.

Merkel: Der Schaden eines gescheiterten Antrags wäre immens. Es wäre ein Fiasko für die antragstellenden Parteien, die vergeblich versucht hätten, einen erfolgreichen Konkurrenten aus dem Wettbewerb zu verbannen. Zudem könnte sich die CDU für Kooperationen nach rechts öffnen. Es würde den konservativen Kräften in der Union nutzen, die das Bündnis mit der SPD nicht wollen und sich zur AfD öffnen.

Wegge: Das Kooperationsverbot mit der AfD bröckelt jetzt schon. Gerade im Europäischen Parlament ist das deutlich, wo die Christdemokraten mit den Rechtsextremen zusammenarbeiten. Die Union wird immer ein Argument finden, wenn sie mit der AfD zusammenarbeiten will. Dafür muss sie nicht auf ein gescheitertes Verbotverfahren warten.

taz: Es gibt Alternativen zu einem AfD-Verbot. Wäre es klüger zu versuchen, der Partei die staatliche Finanzierung zu entziehen?

Merkel: Das ist ein weiches Mittel. Es wirkt nicht annähernd so polarisierend wie ein Verbot und würde die AfD-Anhänger nicht so stark radikalisieren. Aber auch ein Entzug staatlicher Gelder bleibt ein Eingriff in den fairen Parteienwettbewerb, weil es die Chancen einer Partei mindert und damit den Wettbewerb verzerrt. Man macht

sich damit auch die „Hände schmutzig“ (Sartre), aber viel weniger als bei einem Parteienverbot.

Wegge: Der Entzug der Finanzierung hat rechtlich genau die gleichen Voraussetzungen wie das Verbot. Wenn ein Verbot rechtlich möglich ist, dann sollte man das auch realisieren. Zudem haben Milliarden wie Elon Musk ein wohlwollendes Auge auf die AfD geworfen – die Partei könnte also eine fehlende staatliche Finanzierung ausgleichen. Deswegen nutzt das wenig.

taz: Was passiert, wenn die AfD am Ende verboten würde?

Merkel: Ein Verbot, ausgesprochen vom Bundesverfassungsgericht, müsste sofort von der Exekutive durchgesetzt werden. Fast 10.000 gewählte Mandatsträger der AfD müssten von ihren Posten von der Kommune bis hin zum Bundestag entfernt werden. Büros und Parteizentralen werden geschlossen. Dass die AfD-Kader einfach ihren Mac zuklappen und friedlich nach Hause gehen, ist unwahrscheinlich. Vor allem in Ostdeutschland würde es eine Welle der Gewalt geben, der die Exekutive entgegenzutreten muss. Es droht eine Gewaltspirale, die niemand wollen kann.

Wegge: Die Frage, was passiert, wenn eine Partei mit vielen Wählern verboten wird, ist hochinteressant. In Europa gab das nicht, nur in Thailand, und das ist schwer vergleichbar. Das ist also ein Blick in die Glaskugel. Aber ich warne davor, das dunkelste Szenario an die Wand zu malen. Das Bundesverfassungsgericht verfügt über eine sehr hohe Akzeptanz, auch bei AfD-Wählern. Deshalb kann man vermuten, dass ein Verbot akzeptiert würde. Laut Rechtspopulismusforschung hat nur eine Minderheit der Wählerinnen und Wähler der AfD ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Die Mehrheit des AfD-Anhangs wäre für demokratische Parteien wiederzugewinnen. Es spricht viel dafür, dass ein Verbot weitgehend friedlich über die Bühne geht.

Merkel: Das kann für die konservativen Teile der Wählerschaft gelten. Die Funktionäre aber haben ein erhebliches Potenzial, Gewalt auszulösen. Wir können der AfD nicht sogar den Umsturz der Demokratie zutrauen – aber gleichzeitig glauben, dass die AfD-Kader nach einem Verbot aus Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht brav nach Hause gehen. Das ist ziemlich unwahrscheinlich.

gesten der macht

Frau Wagenknecht will ins TV

Sahra Wagenknecht ist wieder in den Schlagzeilen. Wie schafft man das als Gründerin einer kleinen Partei, die angesichts bescheidener Umfragewerte auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit ist? Wagenknecht und ihre Truppe setzen auf den „Flirt mit dem Tabu“, wie es einige Medien nennen. Klingt spielerisch, kann aber bitterer Ernst werden. Das BSW dient sich der AfD als „Königsmacherin“ an. Steigbügelhalter wäre der treffendere Begriff: In Sachsen-Anhalt könnte es die erste rechtsextreme Regierung seit 1945 geben.

Die AfD liegt dort bei knapp über 40 Prozent, die CDU bei knapp über 20, die Linke bei 13, alle anderen im Bereich der Fünfprozenthürde, auch das BSW. Bisher inszenierte sich das BSW als Antibrandmauerpartei und stellte klar: Sein Ziel ist die CDU-Abwahl. Und wie hält es das BSW mit der AfD? Bei der Antwort blieb man nebulös. Jetzt, drei Wochen vor der Wahl, verkündet die BSW-Spitze: Sollte das BSW den Sprung ins Magdeburger Parlament schaffen, wird es dem AfD-Spitzenkandidaten den Weg in die Staatskanzlei ebnen. Bei der Ministerpräsidentenwahl würde sie sich im dritten Wahlgang – wo der AfD eine einfache Mehrheit reicht, um an die Macht zu kommen – enthalten.

Der Schritt wurde in den letzten Wochen fein orchestriert. Als erfahrene Talkshowpolitikerin beherrscht Wagenknecht die Klaviatur der Aufmerksamkeitsökonomie. Es gab einen Brief der BSW-Chefs an die AfD-Spitze mit der Bitte an Alice Weidel, gemeinsame Wahlkampfauftritte mit Wagenknecht zu bestreiten, angeteasert als Duelle, schließlich würden beide von den Öffentlich-Rechtlichen ausgegrenzt. Anbiedernd als Antibrandmauersignal, das generiert Aufmerksamkeit für das BSW und ist eine Machtofferte für die AfD. Für das BSW ist es außerdem ein Manöver, um taktische Wähler aus dem AfD-Milieu abzugreifen. In letzter Zeit lancierte das BSW immer harscher seine Forderung nach einer „Bürgerregierung“ mit überparteilichem Ministerpräsidenten, der mit wechselnden Mehrheiten regiert, auch mit der AfD. Für die demokratischen Parteien ist das ein vergiftetes Angebot.

Davon versteht nicht nur Wagenknecht was, sondern auch Björn Höcke, der ihr anbot, sie zur Ministerpräsidentin in Thüringen zu machen. Eine Offerte mit doppelter Sprengkraft, dort gehört das BSW zur Regierungskoalition unter einem CDU-Ministerpräsidenten. Und Thüringens BSW-Landesverband ist der einzige, den Wagenknechts autoritär-kadermäßig geführter BSW-Apparat nicht im Griff hat. Wagenknecht erteilte Höcke eine Absage und forderte ihn stattdessen zu einem TV-Duell auf. Nach der Devise, wenn schon nicht mit Weidel, dann halt mit Höcke. Martina Mescher

Ein Mädchen mit seinem Vater in einer Schule in Kabul im Juli 2026. Dass Mädchen nach der Grundschule nun nicht mehr schulisch weitergebildet werden, erbittert auch konservative Väter
Foto: afp



Sie schießen auf die Beine

Vor fünf Jahren übernahmen die Taliban das ganze Land. Besonders drastische Folgen hat das für das Leben von Frauen in der Islamischen Republik Afghanistan. Derweil ist die Opposition zersplittert

Von Thomas Ruttig

Als afghanische Offiziere am Morgen des 2. Juli 2021 auf den amerikanischen Teil des Militärstützpunkts Bagram bei Kabul kamen, schlug ihnen Stille entgegen. In der Nacht zuvor hatten die letzten US-Soldaten dort das Land verlassen. Damit ihre afghanischen „Verbündeten“ das nicht sofort bemerkten, hatten sie das Licht auf dem Gelände brennen lassen.

Sechs Wochen später, am Morgen des 15. August, als der Truppenabzug offiziell endete, kontaktierten die Taliban den zuständigen US-Kommandeur, was denn nun mit Kabul sei. Im Abzugsabkommen hatte man abgemacht, dass sie bei ihrem Vormarsch vor dessen Toren stehen bleiben sollten, bis der letzte Amerikaner weg war. General Ken McKenzie antwortete, man kümmere sich nur noch um den Flughafen. Das war das grüne Licht dafür, dass die Taliban Afghanistan wieder ganz übernehmen konnten. Eine Machtteilung mit der Regierung in Kabul war vom Tisch. Präsident Aschraf Ghani verließ per Helikopter das Land. Seine Islamische Republik brach zusammen. Eine Massenflucht setzte ein.

Die Taliban machten sich daran, umzusetzen, was sie immer angekündigt hatten: die Errichtung eines „wahrhaft islamischen Staates“. Das Ergebnis war so einmalig wie rückwärtsgewandt. Frauen und Mädchen wurden systematisch entrechtet und aus der Öffentlichkeit gedrängt. Arbeiten und lernen dürfen sie bis heute nur räumlich getrennt von den Männern und Jungen. Schulen ab Klasse 7 und Universitäten bleiben ihnen ganz verschlossen. Oft wirkt das Mikromanagement der Taliban kurios, sorgt aber für massenhafte Traumatisierung und Depressionen: Zuletzt untersagten sie Frauen sogar, bei – sowieso schon nach Geschlechtern getrennten – Hochzeitsfeiern Parfüm zu benutzen. Aktivist*innen sprechen von „Gender-Apartheid“, wollen das bei der UNO als Verbrechen gegen die Menschlichkeit festschreiben und so juristisch verfolgbarmachen.

Jegliche, auch friedliche Opposition gilt heute per Gesetz als „antislawisch“ und kann mit dem Tod bestraft werden. Trotzdem flackert, wenn auch seltener, öffentlicher Pro-

test auf. Im Juni gingen im westafghanischen Herat nach Festnahmen angeblich unzureichend verschleierter Frauen erstmals Männer und Frauen gemeinsam auf die Straße, 400 Personen waren es laut Augenzeugen. Die Taliban hätten auf ihre Beine geschossen; ein Teenager verblutete. Online angekündigte Folgeproteste wurden nach Warnungen der Taliban abgeblasen.

Deren brutales Vorgehen sorgt dafür, dass sich Aktivitäten der Frauengruppen in die Onlinesphäre verlagern. Dort vernetzen sie sich auch international, etwa mit der Gender-Apartheid-Kampagne. Selbst Treffen in privaten Räumlichkeiten sind nicht sicher.

Auch bewaffneten Widerstand gibt es. Mitte Juli entrissen zwei Dutzend Kämpfer in der Nordostprovinz Badachschan den Taliban für ein paar Stunden erstmals ein Distriktzentrum. In der afghanischen Diaspora kam die Hoffnung auf, das könnte der Anfang vom Ende des Regimes sein.

Die Taliban bewahren Einheit

So weit ist es aber noch nicht. Während die Taliban trotz interner Debatten – etwa um Sinn und Unsinn des Verbots der Mädchenbildung – ihre Einheit bewahren, zeigt sich die Opposition zersplittert. Die bewaffneten Gruppen sind lokal begrenzt und unkoordiniert, es herrscht Rivalität. Einige von ihnen bieten sich den USA als Partner an, in der Hoffnung auf einen Militärschlag gegen die Taliban-Spitze à la Venezuela, in dessen Folge sie die Macht übernehmen könnten.

Die bisher bekannteste bewaffnete Gruppe, die Nationale Widerstandsfrente (NWF), äußerte sich nicht zu den Kämpfen in Badachschan. Die dortigen Kämpfer hatten sich von ihr abgespalten. Das beeinträchtigt den Führungsanspruch von NWF-Chef Ahmad Massud. Der 37-Jährige versucht seit Längerem, sich an die Spitze der gesamten – bewaffneten wie zivilen – Opposition zu setzen. Dabei setzt er auf den Nimbus seines Vaters, des legendären, 2001 von al-Qaida ermordeten antisowjetischen Mudschaheddin-Führer Ahmad Schah Massud. Bei Protesten in Kabul trugen auch Frauen sein Bild.

Für seine Pläne akquirierte Massud junior Unterstützung im Ausland. Ein Politikinstitut in Öster-

reich veranstaltete auf sein Bitten seit 2022 fünf Treffen eines sogenannten Wiener Prozesses für ein demokratisches Afghanistan mit dem erklärten Ziel, einen Dachverband der Opposition zu schaffen. Im März folgten Vertreter*innen der „demokratischen Opposition“ einer Einladung ins Europaparlament. Auch ein NWF-Sprecher war dabei. In Washington erreichte Massuds Front, dass das US-Repräsentantenhaus im September 2024 den Wiener Prozess „als entscheidende Plattform für die Vereinigung aller politischen Oppositionsgruppen“ bezeichnete. Man hofft auf Finanzhilfe, wie sie einst die Mudschaheddin gegen die sowjetische Besatzung erhielten.

Im vorigen Herbst bildete die Wiener Gruppe ein Führungsgremium unter Ex-Vizeaußenminister Mahmud Saikal und forderte die anderen Anti-Taliban-Kräfte auf, sich ihr anzuschließen. Das ging nach hinten los, auch weil Saikal für eines der beiden verfeindeten Lager steht, deren Dauerstreit die Vor-Taliban-Republik in den letzten Jahren politisch lahmlegte. Das für März geplante nächste Wiener Treffen wurde abgeblasen. Offiziell hieß es, man brauche mehr Zeit für Vorbereitungen. Die Webseite der Initiative ist wegen interner Querelen offline. Für neuen Twist sorgte die Annäherung einiger Teilnehmer*innen an Pakistan, den einstigen Taliban-Hauptunterstützer und Erzfeind, der bereits Treffen der Opposition ausrichtete.

Wolfgang Petritsch, früherer österreichischer Spitzendiplomat und Mitinitiator des Prozesses, bestätigte der taz, dass der Wiener Prozess derzeit „eher stockt“. Es fehle ein „breiter Konsens“ und den politischen Vorstellungen „Umsetzbarkeit“.

In der gesamten Opposition gibt es inhaltliche Differenzen: bewaffneter Kampf gegen die Taliban, wie ihn die NWF führt, oder eine politische Verständigung mit ihnen, wie sie die Exilparteien, darunter die der früheren Mudschaheddin-Führer, wollen? Soll Afghanistan künftig zentralistisch wie bisher, dezentral oder sogar föderal strukturiert sein? Diese Kontroversen spiegeln die politischen Debatten und die ethno-politische Polarisierung der Republik wider. Zudem geben viele – wie auch Exilaktivist Abdul Saboor Setiz – zu bedenken, dass bewaffneter Widerstand „nur zu mehr menschlichem Leid“ führe.

Vor allem geht es um den Führungsanspruch. Daran scheiterte schon ein früheres Bündnis der NWF mit den Exilparteien. Sie wollen sich nicht dem Youngster Massud unterordnen. Die NWF stieg wieder aus, weitere Fraktionen spalteten sich ab. Als „überwiegend familiengeführte, lokale und ethnisch geprägte politische ‚Shops‘, weitgehend unfähig, eine kohärente nationale Bewegung zu bilden“, bezeichnet der exilafghanische Analyst Bahar Mehr die Anti-Taliban-Kräfte. „Alle warten auf einen ausländischen Retter.“

Glaubwürdige Alternative fehlt

Auch wenn sie sich zu Demokratie und Frauenrechten bekennen, kaufen viele Afghan*innen das vor allem den Ex-Mudschaheddin nicht ab. Sie waren auch in der Republik sehr einflussreich und stehen in ihren Augen deshalb für die damalige Korruption, Machtpolitik und die ihnen für schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in früheren Kriegen gewährte Straflosigkeit – und damit für das Scheitern der Republik. Außerdem sind viele von ihnen selbst Islamisten.

Inmitten dieses organisatorischen Chaos dienen zivilgesellschaftliche Akteure – auch die Frauen – wieder nur als demokratische Staffage. Eine glaubhafte politische Alternative zu den Taliban fehlt bisher. Die frühere Frauenministerin Sima Samar fordert jüngst die „junge Generation“ auf, eine solche Bewegung auf die Beine zu stellen. Das allerdings ist angesichts der Repressionen im Land beinahe unmöglich.

Bahar Mehr schrieb, die einzige wirklich „aktive Gruppierung seit dem Fall von Kabul ist die Protestbewegung der Frauen“. Vielleicht also eine rein von Frauen getragene oder zivilgesellschaftliche Plattform? Die Gruppen im Land könnten über geschützte Onlinekanäle einbezogen werden. Aber auch die Frauenbewegung ist, positiv ausgedrückt, vielfältig. Auch hier gibt es Konkurrenz und Missgunst. Wer Afghanistan nicht verlassen will oder kann und Freiräume mit den Taliban verhandelt, wird beschuldigt, sich zu deren Handlanger zu machen.

Jetzt kommt es darauf an, wer die Initiative übernimmt. Mit den alten Führern und ihren Söhnen und Töchtern könnte Afghanistan leicht wieder im gescheiterten Vor-Taliban-Status landen.

Interview **Barbara Oertel**

taz: Frau Surabischwili, Sie waren von 2018 bis 2024 Staatspräsidentin Georgiens. Wie charakterisieren Sie das derzeitige politische System des Landes?

Salome Surabischwili: Das ist ein Staat, der von Russland gekapert wurde oder gerade dabei ist, gekapert zu werden.

taz: Wie genau sieht die Einflussnahme Russlands aus?

Surabischwili: Das Regime unter der Regierungspartei Georgischer Traum ist eine Grauzone. Die Führung ist gegenüber Russland sehr nachsichtig, und faktisch ist alles erlaubt. Jegliche Art von illegalen Schmuggelgeschäften ist möglich. Sobald diese Führung dann auch noch garantiert, die Verbindungen zu Europa zu kappen, läuft es. Das war ja Russlands vorrangiges Interesse in Bezug auf die Ukraine – sicherzustellen, dass Kyjiw niemals der EU oder der Nato beitrifft. Doch anders, als in der Ukraine, kostet das Moskau im Falle Georgiens nichts. Wegen Russlands Vorgehen in Georgien gibt es bislang keine westlichen Sanktionen gegen Moskau.

taz: Müssen die westlichen Staaten genauer auf Georgien schauen?

Surabischwili: Georgien ist Russlands Testlauf für eine Alternative zu jener Art von Würgegriff und Aggression, wie wir sie in der Ukraine erleben. Was Moskau in Georgien getan hat, kann es auch in Deutschland oder Frankreich tun. Man braucht dazu lediglich ein paar „nützliche Idioten“. Und dann müssen nur noch die Wahlen manipuliert werden.

taz: In welchem Zustand befindet sich die Opposition?

Surabischwili: Sie ist gespalten. Noch gravierender ist: Die Oppositionsparteien würden gern so weiterarbeiten, als agierten sie in einem demokratischen System. Gegen ein Regime dieser Art kann man jedoch keine Wahl gewinnen. Denn hier haben wir es mit einem autoritären Regime zu tun. Dieses Regime spaltet, es nutzt Unterschiede und Gegensätze aus. Ohne eine breite Widerstandsfront, in der diese Parteien an einem Strang ziehen, wird es nicht funktionieren.

taz: Sehen Sie Anzeichen dafür, dass das jetzt passieren könnte?

Surabischwili: In den Augen der Bevölkerung haben sich die Parteien diskreditiert, weil es ihnen nicht gelungen ist, wirksamen Widerstand zu leisten. Sie haben es versäumt, als jene Verteidiger von Rechten aufzutreten, die sie hätten sein können. Die Parteien können nur Vertrauen zurückgewinnen, wenn sie beweisen, dass sie in der Lage sind, ihre eigenen Machtansprüche erst einmal zurückzustellen.

taz: Wie stark ist die georgische Zivilgesellschaft heute, wo steht sie?

Surabischwili: Es gibt definitiv eine wachsende Unzufriedenheit. Zur Frustration der proeuropäisch eingestellten Menschen kommen Maßnahmen hinzu, die sich gegen bestimmte Bevölkerungs- und Berufsgruppen richten. Angesichts der wachsenden Risiken, die damit verbunden sind, auf die Straße zu gehen, warten die Menschen ab und fragen sich: „Ab wann lohnt es sich, dieses Risiko einzugehen?“ Ziel dieser Strategie der Spaltung ist es, die Bevölkerung zu demoralisieren, damit sie sich handlungsunfähig fühlt. Die Folge ist: Viele Georgier*innen verlassen das Land. Und denjenigen, die nicht gehen, bleiben noch weniger Mittel für den Widerstand.

taz: Was lässt sich über Bidzina Iwanischwili sagen, den Multimilliardär und Gründer des Georgischen Traums, der in der Politik immer noch die Strippen zieht?

Surabischwili: Er traut niemandem mehr und tauscht nacheinander sein gesamtes Umfeld aus – einschließlich jener, die einst seine engsten Vertrauten waren. Er lebt in einer Blase und ist von absoluter Paranoia besessen. Wie Russlands Präsident Wladimir Putin besitzt er mehrere Anwesen, zwischen denen er wechselt. Er hat sogar eine Flugverbotszone mit einem Radius von 50 Kilometern um seinen Landsitz in den Bergen einrichten lassen.

taz: Welchen Einfluss hat der Ukrainekrieg auf Georgien?

„Georgien ist Russlands Testlauf“

Sechs Jahre war Salome Surabischwili Georgiens Präsidentin. Ein Gespräch über das derzeit herrschende Regime, Repression, eine ungeeinte Opposition und eine Zivilgesellschaft, die viel riskiert



Salome Surabischwili, rot gekleidet, 2024 bei einer Demonstration von Regierungskritiker*innen in Georgiens Hauptstadt Tbilissi. Seitdem hat das Regime die Repression weiter verschärft Foto: Tim Wegner/laif

Salome Surabischwili

kam 1952 in Paris auf die Welt. Ihre Familie war 1921 vor der Besetzung Georgiens durch sowjetische Truppen nach Frankreich geflohen. Sie wurde Diplomatin und war ab 2003 Botschafterin in Georgien. 2004 wurde sie auf Bitte des damaligen georgischen Präsidenten Saakaschwili georgische Außenministerin, sie erhielt auch die georgische Staatsbürgerschaft. 2018 wurde Surabischwili zur georgischen Präsidentin gewählt, sie ist das letzte direkt vom Volk gewählte georgische Staatsoberhaupt.

lage zu verwandeln, müssen die Verbündeten der Ukraine bereit sein, Kyjiw bis zum siegreichen Ende zu unterstützen. Wir dürfen der Ukraine einen Sieg nicht allein aus der Befürchtung heraus verwehren, dass ein besiegtes Russland gefährlicher sein könnte als ein aggressives Russland. Echte Verhandlungen müssen auf der Realität vor Ort basieren. Russland muss gezwungen werden, alle besetzten Gebiete aufzugeben. Geschieht dies nicht, wird Moskau nicht von seinem imperialen Wesen ablassen.

taz: Auf welches Szenario sollten sich die westlichen Staaten vorbereiten?

Surabischwili: Russland hat aus seiner militärischen Aggression – aus den Kosten und seinen Misserfolgen – gelernt und verfolgt nun gegenüber den europäischen Staaten eine Doppelstrategie, die vor allem psychologischer Natur ist. Einerseits wird mit Drohungen hantiert – hier und da werden Drohnen eingesetzt oder gelegentlich Atomwaffen ins Spiel gebracht. Andererseits kommt es zu kleineren Grenz- oder See-

gebietsverletzungen. All dies zielt darauf ab, die Nachbarländer – insbesondere die baltischen Staaten und Polen – unter Druck zu setzen. Dieser Teil der Strategie führt nicht unbedingt zu einer militärischen Aggression. Daneben gibt es eine indirekte Strategie gegenüber europäischen Ländern. Dabei geht es darum, wie Wahlen manipuliert werden, wie künstliche Intelligenz zur Destabilisierung eingesetzt wird und wie man sich jener „nützlichen Idioten“ bedient, die in all diesen Ländern schon seit Jahrzehnten existieren.

taz: Haben europäische Politiker*innen verstanden, was auf dem Spiel steht?

Surabischwili: Die Europäer*innen haben einen klareren Blick auf Russland als je zuvor. Es stehen mehr Ressourcen zur Verfügung, doch diese reichen nicht aus. Europa konzentriert sich auf die militärische Verteidigung. Demgegenüber werden in Bereiche wie künstliche Intelligenz und Cybersicherheit nicht genügend Mittel gesteckt. Übrigens: Ich selbst war Gegenstand des Einsatzes künstlicher Intelligenz. Es kursierten Videos mit meiner Stimme auf Russisch, aber das spreche ich gar nicht.

taz: Welche persönliche Bilanz ziehen Sie nach sechs Jahren im höchsten Staatsamt?

Surabischwili: Ursprünglich bin ich davon ausgegangen, dass ich als Präsidentin vor allem für das Image der georgischen Kultur im In- und Ausland und durch Projekte zur Kindergesundheit viel würde bewirken können. Doch die Zäsur kam Ende 2020 mit der Hinwendung zu Russland. Ich war der vielleicht irrigen Ansicht, es handele sich schlicht um den Versuch des Regimes, sich an der Macht zu halten. Damals glaubte ich, das Land befinde sich auf einem proeuropäischen Kurs und wir würden bis zum Ende meiner Amtszeit den Status eines EU-Beitrittskandidaten erlangen, was uns auch gelang. Dass dieser Status durch das herrschende Regime jedoch faktisch entwertet werden würde, hätte ich mir niemals träumen lassen.

taz: Womit beschäftigen Sie sich gerade?

Surabischwili: Zunächst will ich klar stellen: Ich werde in Georgien bleiben. Ich leite ein kleines Team, ein großes kann ich mir nicht leisten. Die Büros befinden sich bei mir zu Hause.

taz: Was genau tun Sie?

Surabischwili: Ich versuche den politischen Parteien verständlich zu machen, dass sie heute vor einer neuen Herausforderung stehen: Sie müssen sich mit der Protestbewegung auseinandersetzen, der auch ich mich gelegentlich anschließe. Die Stimme dieses Teils der Zivilgesellschaft gilt es nach außen zu tragen.

taz: Sie waren das letzte direkt gewählte Staatsoberhaupt Georgiens. Hat das eine Bedeutung?

Surabischwili: Ich glaube, dass es außer mir niemanden gibt, der die Gesellschaft jenseits der gespaltenen politischen Parteien repräsentiert, eine einende Rolle spielen und diese Widerstandsfront sammeln kann. Das sehe ich als meine Verantwortung.

taz: 2024 hatten viele Georgier*innen die Hoffnung, dass Sie die Opposition vereinigen könnten. Warum ist es nicht dazu gekommen?

Surabischwili: Weil die Parteien nicht mitgezogen haben. Wenn sie das weiter nicht tun, ist das ihr Problem. Wir können nicht ständig versuchen, sie zusammenzubringen, wenn das ihr Verständnis übersteigt und ihr Wunsch nach Revanche im Vordergrund steht.

taz: Hat Ihre Präsidentschaft auch etwas für die Frauen in Georgien bewirkt?

Surabischwili: Es ist eine völlige Illusion, dass Männer hier mehr zu sagen hätten. In Wirklichkeit ist unsere Gesellschaft matriarchalisch geprägt. Dennoch gibt es nur wenige Frauen in der Politik, weil sie – wie anderswo auch – als etwas Schmutziges gilt. Zudem ist dieses Feld für Frauen weniger attraktiv – insbesondere in einem Klima extremer Polarisierung, in dem sie einem hohen Risiko schwerer öffentlicher Anfeindungen ausgesetzt sind. Aber auch heute noch begegne ich hier vielen jungen Frauen, die mir sagen: „Ich werde Präsidentin dieses Landes.“ Das macht Mut für die Zukunft.



Geheimdienste sollen mehr dürfen: Hier guckt der BND, was vor seiner Haustür in der Berliner Chausseestraße los ist Foto: Jürgen Ritter/imago

Ein Drohnenangriff – und nun?

Nach der Attacke auf den Flughafen Leipzig lässt die Regierung offen, ob Russland dahintersteckt. Der Vorfall liefert dennoch ein Argument für die geplanten Geheimdienstreformen. Doch gibt es daran auch viel Kritik

Von **Konrad Litschko**

Es sind fünf Männer, die derzeit im litauischen Vilnius vor Gericht stehen, ein Litauer, zwei Ukrainer, zwei Russen, 23 bis 69 Jahre alt. Der Vorwurf: Sie sollen am 19. Juli 2024 in Litauen vier Pakete mit Sprengsätzen und Zeitzündern verschickt haben. Eines davon explodierte auf dem Flughafen Leipzig kurz vor seiner Verladung in ein Flugzeug und setzte einen Frachtcontainer in Brand. Es war die erste Katastrophe, der der Flughafen knapp entging.

Eine europäische Ermittlergruppe hatte die fünf Männer und weitere Tatverdächtige danach aufgespürt, koordiniert von der EU-Agentur Eurojust, auch das deutsche BKA war dabei. Sie waren sich sicher: Der russische Militärg Geheimdienst stiftete die Beschuldigten an. So steht es auch in der Anklage des Prozesses in Vilnius. Der Vorwurf dort: Terror.

Die zweite Beinahekatastrophe geschah vor wenigen Tagen am Flughafen Leipzig – als dort

eine mit Sprengstoff bestückte Drohne auftauchte, die auf ein ukrainisches Frachtflugzeug geprallt sein soll. Nur durch einen defekten Zünder explodierte sie nicht. Ein Busfahrer entdeckte die Drohne und soll sie mit dem Fuß am Boden gehalten haben. Zudem kollidierte ein DHL-Frachtflugzeug mit einem Gegenstand, wohl einer zweiten Drohne. Geprüft werden derzeit zudem Zeugenaussagen, wonach es in einem Dorf neben dem Flughafen eine Explosion gegeben habe.

Es ist eine Eskalation. Seit Jahren notieren Behörden auffällige Drohnen über Flughäfen oder Kasernen in Deutschland. Eine Drohne mit Sprengstoff aber, das ist neu – eine Kampfansage mit anderer Qualität. Inzwischen ermittelt die Bundesanwaltschaft, der Nationale Sicherheitsrat tagte telefonisch. Wer hinter der Attacke steckt, dazu schweigt die Bundesregierung bislang – was in der Opposition zunehmend Irritationen auslöst. Denn der Drohnenangriff passt in eine Reihe hybride

der Angriffe Russlands hierzulande und anderswo in Europa. Dazu gehören auch Cyberangriffe, etwa gegen die Deutsche Flugsicherung. Ebenso die Anti-Merz-Skelette, die im Auftrag einer russischen Agentur vor dem Brandenburger Tor abgelegt wurden, wie die taz offenlegte. Die 270 Pkws, deren Sabotage mit Bauschaum Umweltaktivisten in die Schuhe geschoben werden sollte. Oder die Desinformationskampagne namens „Matroschka“, die vor den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin derzeit läuft. Und zuletzt waren es gleich mehrere sogenannte Wegwerfagenten – von russischen Diensten angeworbene Handlager –, die die Bundesanwaltschaft festnehmen ließ. Sie sollen Kasernen, militärische Konvois oder den Chef einer bayerischen Drohnenfirma ausgespäht haben. Wozu? Für einen Anschlag?

Verfassungsschutzchef Sinan Selen attestierte Russland schon vor Monaten, „zweifelloso aggressiv, offensiv und zunehmend eskalativ“ aufzutreten. Das Land überschreite „brandgefährliche Grenzen“. Auch BND-Chef Martin Jäger schrieb Russland „eine neue Qualität der Konfrontation“ zu, Europa solle „in die Selbstaufgabe getrieben“ werden.

Nach dem Drohnenangriff in Leipzig fehlen diese deutlichen Worte. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) unterbrach zwar seinen Urlaub, sprach dann aber nur von „fremden Mächten“ und einer „neuen Gefahrenqualität“. Anders nach dem jüngsten Attentat auf den CSD in Berlin: Dort wartete Dobrindt sofort mit politischen Forderungen auf. Kanzler Friedrich Merz (CDU) schweigt bisher gänzlich zu dem Drohnenvorfall, Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ebenso. Kein Wort zu Russland.

Sicherheitsbehörden haben inzwischen jedoch wenig Zweifel, dass die Spur wieder nach Moskau führt. Dafür spricht das attackierte Flugzeug, eine ukrainische Antonow-Fracht-

maschine. Da ist der gefundene Sprengstoff: Semtex. Da sind Berichte von US-Geheimdiensten, die die Tat Russland zuschreiben.

Und dann scheint es kaum zufällig zu sein, dass nach dem in Brand gesetzten Paket im Juli 2024 nun erneut der Flughafen Leipzig ins Visier gerät. Einem Medienbericht, wonach an der Drohne DNA gefunden worden sei, die direkt zu den litauischen Verdächtigen führe, wird zwar in den Sicherheitsbehörden widersprochen. Aber woher die Sprengstoffpakete damals kamen, da sind sie sich einig. Monatlang ermittelten sie zu den Paketen, allein die litauischen Akten füllen 49 Ordner. Am Ende standen 22 Beschuldigte, aus Russland, Litauen, Lettland, Estland oder der Ukraine. „Hochgradig koordiniert und unter strengster Geheimhaltung“ seien diese vorgegangen, heißt es von der Generalstaatsanwaltschaft Vilnius. Angeworben über Telegram-Kanäle, die Aufgaben auf mehrere Personen verteilt, Verstecke bereitgestellt, entlohnt mit Kryptogeld.

In den Paketen sei hochentzündliches Thermit in Massagenissen versteckt gewesen, so die Anklage. Beigelegt waren Kosmetikprodukte mit zusätzlich brennbaren Gemischen. Als die Polizei bei den 22 Beschuldigten anrückte, fand sie weitere Sprengsätze und Zünder – und eine Verbindung zu einem weiteren Brand, bei Ikea in Vilnius im Mai 2024.

Und nun, zwei Jahre später, fliegt eine Sprengstoffdrohne auf den Flughafen Leipzig.

Dass die Bundesregierung dafür bisher keine Verantwortlichen benennt, kritisiert der grüne Fraktionsvize Konstantin von Notz, der auch im Kontrollgremium der Geheimdienste des Bundestags sitzt. „Es ist maximal irritierend, wie sehr die politisch Verantwortlichen sich trotz sehr klarer Indizien seit nunmehr vielen Tagen um klare Einschätzungen und Handlungen drücken“, sagte er der taz. „Das zeigt erneut, wie blank man bei der dringend notwendigen Bekämpfung dieser krass gestiegenen Bedrohungen bis heute ist.“

Nach einigen Vorfällen der letzten Zeit bestellte Deutschland den russischen Botschafter ein, wies Diplomaten aus. Nun könnten auch weitere Sanktionen gegen Moskau folgen. In der Union fordert etwa der Außenpolitiker Roderich Kiesewetter Nato-Konsultationen einzuberufen, eine Taurus-Ausbildung für die Ukrainer und eine Schließung des Russischen Hauses in

Berlin, das als Spionagehort gilt. Dass man es nicht einmal schaffe, diesen Ort zu schließen, so der Grüne von Notz, demonstriere „Schwäche und bestärkt Putin in seinem Handeln.“

Innenminister Dobrindt versprach schließlich doch eine Aufstockung der mobilen Drohneneinheit bei der Bundespolizei von 130 auf 300 Stellen. Und, dass die Technik zur Drohnenabwehr an Flughäfen ausgebaut werden soll. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) brachte gar einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren ins Spiel.

Und die Bundesregierung verabschiedete am Mittwoch eine Reform der deutschen Geheimdienste BND und Verfassungsschutz, die tatsächlich eine Zäsur darstellt. Dobrindt sprach von einer „neuen Zeitrechnung“ und einer Antwort auf die schärfere Bedrohungslage. Künftig sollen die Dienste nicht mehr nur Informationen sammeln, sondern auch selbst „aktive Maßnahmen“ ergreifen dürfen. Für den BND hieße das: stören von Funkverkehr, Cyberattacken gegen feindliche Computer oder ausschalten von Krypto-Wallets.

Den Diensten beschert das eine Fülle neuer digitaler Befugnisse. Zugleich wird das Gebot der Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei aufgeweicht, das eigentlich eine Lehre aus der NS-Zeit ist. Die Kontrolle wird auf den achtköpfigen Unabhängigen Kontrollrat begrenzt – die Bundesdatenschutzbeauftragte bleibt außen vor.

Der Opposition geht das viel zu weit. „Geschichtsvergessen und verantwortungslos“ sei die Aufgabe des Trennungsgebots, kritisiert die Linke. Die Grünen unterstützen zwar eine Reform, halten es aber für „undurchdacht und gefährlich“, dass auch der Verfassungsschutz so weitreichende Befugnisse erhält. Auch in der SPD mehren sich kritische Stimmen. Grundsätzlich sei es richtig, dass sich die Dienste der Sicherheitslage anpassen, sagte der digitalpolitische Sprecher der Partei, Johannes Schätzl, der taz. Die neuen Befugnisse müssten aber im parlamentarischen Verfahren „sehr genau geprüft werden“. Seine rote Linie: Das Gebot einer Trennung zwischen Nachrichtendiensten und Polizei „darf nicht schleichend aufgeweicht werden, und digitale Gegenschläge im Sinne von Hackbacks sehe ich äußerst kritisch“. Zudem dürften „mehr Befugnisse niemals weniger Kontrolle bedeuten“.

Premier Tusk griff die Forderung nach einer Deckelung der Spitzengehälter im öffentlichen Gesundheitssystem auf. Der Höchststundensatz für Ärzte solle künftig bei umgerechnet 55 Euro liegen, das höchste Monatseinkommen bei 17.700 Euro. „Das ist eine respektable Summe“, so Tusk. Die Regierung führte auch eine Arbeitszeitbeschränkung für Vertragsärzte auf höchstens 80 Stunden pro Woche ein. Dies solle vor allem dem Schutz der Patienten dienen, so Tusk.

Ein Nebeneffekt des Skandals ist die plötzliche Popularität des Medizinstudiums. Zehntausende Abiturienten – so viele wie nie zuvor – stürmen Polens Medizinakademien. Doch das Gesundheitsministerium sieht nicht mehr als 10.700 Medizinstudienplätze im ganzen Land vor.

Stadtgespräch Gabriele Lesser aus Warschau



Polen ist schockiert über die Millionengehälter von Krankenhausärzten. Nun deckelt Ministerpräsident Donald Tusk die Bezüge

Die Augen des jungen Mannes folgen einem überallhin. Von Litfaßsäulen, Titelseiten, in Kiosks, auf dem Handy. Plötzlich war Dawid Kacprzyk eine öffentliche Person. Der Jungarzt mit dem Milchgesicht und dem verschmitzten Lächeln hatte neben seinem Job noch Zeit für politisches Engagement und ließ sich in den Stadtrat von Warschau-Ursus wählen.

Als Politiker musste er sein Einkommen offenlegen. Obwohl sich die Polen schon an Spitzengehälter gewöhnt hatten, die denen in Westeuropa in nichts nachstehen, verschlug ihnen das Jahreseinkommen des 28-jährigen die Sprache: 1,6 Millionen Zloty (umgerechnet 370.000 Euro) allein im Warschauer Nordkrankenhaus. Kacprzyk, der sich noch in der Fachausbildung zum Anästhesisten befindet, war wegen Personalmangels zum Chef der Notarztabteilung ernannt worden und hatte mit der Klinikleitung „gut verhandelt“.

Der Verdacht, dass es sich bei dem Millionengehalt um mehr als einen

Einzelfall handeln könnte, erhärtete sich. Zwar hatten Polens Krankenhauschefs immer wieder geklagt, dass die Personalkosten fast das ganze Budget auffressen würden. Doch nach Jahren von „Weiße-Kittel-Streiks“ waren viele Polen auf diesem Ohr schwerhörig geworden.

Nun fanden Journalisten schnell heraus, dass das Einkommen Kacprzyks keineswegs die Spitze des Eisbergs war. Der Durchschnittsverdienst von Krankenhausärzten liegt zwar „nur“ bei umgerechnet bis zu 150.000 Euro jährlich, doch Spitzenverdienste von bis zu 1,5 Millionen Euro kommen auch vor.

Der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski beauftragte sofort eine Untersuchung des Nordkrankenhauses. Dabei kam heraus, dass Kacprzyk im Jahr 2025 für jeden Tag, einschließlich Samstag und Sonntag, elf Stunden Arbeit abgerechnet hatte, darunter auch Stunden, in denen er sich politisch engagiert hatte. Zudem fand er noch Zeit, stundenweise in einer anderen Klinik zu arbeiten. In ganz Polen schwärmten Fi-

nanzexperten aus und überprüften die Ärzteeinkommen in staatlichen und städtischen Spitälern. Dabei flog auch ein Mediziner auf, der es fertiggebracht hatte, mehr als 24 Stunden Arbeit täglich abzurechnen. Die Empörung kochte immer höher, auch weil Versicherte oft monate- oder sogar jahrelang auf Termine bei Fachärzten oder auf Operationen warten müssen.

Sie fordern nun eine Deckelung der Spitzenverdienste von Krankenhausärzten. Die rechtsnationale Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die von 2015 bis 2023 in Polen regierte, versucht aus dem Desaster politisches Kapital zu schlagen und beschuldigt lauthals die Mitte-links-Koalition von Donald Tusk. Dabei war es die PiS-Regierung unter Mateusz Morawiecki, die Ende 2021 eine jährliche Steigerung des ärztlichen Mindestgehalts beschlossen hatte. Das Gesetz löste eine Spirale von Einkommenssteigerungen auf allen Ebenen aus. Am meisten profitierten Vertragsärzte, die in mehreren Kliniken anheuert. „In der Co-

ronazeit konnten Ärzte für eine einzige Nachtschicht bis zu 10.000 Zloty (knapp 2.000 Euro) einstreichen“, erläutert Bernard Waško, Direktor des Nationalen Instituts für Gesundheit am Staatlichen Forschungszentrum für Hygiene.

Premier Tusk griff die Forderung nach einer Deckelung der Spitzengehälter im öffentlichen Gesundheitssystem auf. Der Höchststundensatz für Ärzte solle künftig bei umgerechnet 55 Euro liegen, das höchste Monatseinkommen bei 17.700 Euro. „Das ist eine respektable Summe“, so Tusk. Die Regierung führte auch eine Arbeitszeitbeschränkung für Vertragsärzte auf höchstens 80 Stunden pro Woche ein. Dies solle vor allem dem Schutz der Patienten dienen, so Tusk.

Ein Nebeneffekt des Skandals ist die plötzliche Popularität des Medizinstudiums. Zehntausende Abiturienten – so viele wie nie zuvor – stürmen Polens Medizinakademien. Doch das Gesundheitsministerium sieht nicht mehr als 10.700 Medizinstudienplätze im ganzen Land vor.

Mehrzweckbauten mit Charme

In „Straße, Platz, Palast“ fragt der Politologe Jan-Werner Müller, welche Bauform der Demokratie angemessen ist

Von **Nina Apin**

Der Kaiser hat seinen Palast, der König ein Schloss. Der (Französischen) Revolution schrieb der Historiker Jules Michelet zu, ihr entspräche städtebaulich die Leere. Welche Bauform symbolisiert dann wohl am besten die Demokratie? Vielleicht nüchterne Mehrzweckbauten wie die des Europäischen Parlaments, mit moderner, aber austauschbarer Optik – und viel Glas, einem vagen Versprechen von Transparenz folgend?

Vielleicht ist aber auch das von Wasser umgebene zitadellenartige Parlamentsgebäude des US-Architekten Louis Kahn in Dhaka ein typisches Bauwerk für die Demokratie: Klarheit und Durchlässigkeit suggerierend, optisch selbstbewusst, aber auch zugangsbeschränkt – was das Volk nicht daran hinderte, 2024 das Parlament zu stürmen und Bangladeshs autoritäre Machthaberin Sheikh Hasina zu verjagen. Der in London lehrende deutsche Demokratietheoretiker Jan-Werner Müller, der 2025 nach Dhaka reiste, beschreibt, wie er das beschädigte Gebäude wahrnahm: als „gutes Gewissen“, an dem die Menschen ihre politische Wut ausgelassen hatten.

Welche Symbole braucht Demokratie, und gibt es ein Bauen, das Demokratie befördert oder verhin dert, fragt Müller in seinem neuen Buch „Straße, Platz, Palast“, in dem er die Wechselbeziehung von Architektur, Städtebau und Demokratie erkundet.

Die gebaute Umwelt spiegelt, so stellt Müller eingangs fest, reale Machtverhältnisse wider. Gebäude können aber auch lügen – etwa wenn sich Autokratien mit Gebäuden schmücken, die an Ideale von Freiheit und Gleichheit appellieren.



Zitadellenhafte Anmutung: Louis Kahns Parlamentsgebäude in Dhaka ist von Wasser umgeben Foto: Azmal Hoq Helal/imago

Simplen Raumdeterminismus, wonach sich in einer entsprechend gestalteten Umgebung demokratische Ideale fast von selbst einstellen, lässt Müller nicht gelten – er fragt provokativ: „Wann und wo habe ich zuletzt ein spontanes Gespräch mit Unbekannten angefangen? Die wahrscheinlichste Antwort lautet heute: „im Internet“

Stattdessen geht der Autor zurück in die Antike und fragt nach der Rolle von Plätzen und Gebäuden in der athenischen Demokratie und im republikanischen Rom: Die Agora beschreibt er als engen, formlosen Ort der Zusammenkunft, auf der vom Obstmarkt bis zum Scherengericht oder Opferritual alles Mögliche stattfand – während die erhöht gelegene Pnyx und die Akropolis als offizielle Orte der Gesetzgebung eine theaterhafte Anmutung hatte. Die Römer wiederum riefen die Bürger zur Stehversammlung auf dem Forum zusammen – das aber auch der Selbstdarstellung Mächtiger durch Monumente diene.

Noch heute, bilanziert Müller, brauche jede Demokratie eine Agora (oder auch eine Straße) für die informelle Zusammenkunft und Meinungsbildung, und eine Pnyx (heute: Parlament) als Ort formeller Entscheidungen. Als Erbe aus der Antike sieht er auch die Angst vor Volksversammlungen – eine Angst, die sich städtebaulich in der Wahrnehmung von Plätzen als Orten möglicher Aufstände niederschlägt. Vom Tahrirplatz in Kairo bis zum Tian’anmen in Peking könnten gerade große Plätze zu zahlenmäßig beeindruckenden Protesten einladen, wobei eine geografische Nähe zur Macht über den Erfolg mit entscheide. Andererseits seien solche Orte besonders anfällig für Repression. Doch auch durch staatliche „Verschönerungsmaßnahmen“ wie Pflanzkübel aus Beton auf dem Tahrirplatz oder eine Privatisierung des öffentlichen Raums, die Zugänge qua Hausrecht versperrt, könnte größeren Versammlungen der Zutritt verwehrt werden.

Ausgehend von Trumps Dekret, wonach öffentliche US-Gebäude bevorzugt im klassizistischen Stil errichtet werden sollen, stellt Müller die Frage, welche baulichen Repräsentationsformen einer Demokratie angemessen sind: Sind Paläste oder Monumentalarchitektur per se undemokratisch? Leidet die Demokratie unter einem Mangel an Symbolen, da ihr Wesen „bilderstürmerisch“ sei, wie der 6. US-Präsident John Quincy Adams behauptete? Wie sehr kann und soll politische Autorität sichtbar gemacht werden, wenn diese immer nur temporär gewährt wird? Und folgt daraus notwendigerweise, dass Parlamentsbauten das Aussehen einer örtlichen Sparkasse haben müssen, wie Helmut Schmidt einmal über das Bonner Kanzleramt klagte?

Von den überlangen homogenen Fensterreihen einer auf Überwältigung setzenden Naziarchitektur bis zu den Volkspalästen sozialistischer Länder als Verschleierung tatsächlicher Machtverhältnisse, bis zu Norman Fosters bemüht „transpa-

renger“ Glaskuppel für den Berliner Reichstag – Jan-Werner Müller entlarvt am Beispiel vieler bekannter Bauwerke populäre Glaubenssätze über das „richtige“ Verhältnis zwischen Demokratie, Repräsentanz und Architektur. Seine Typologie von „Straße, Platz, Palast“ erweitert er um flüchtige Bauten wie Barrikaden und gebaute Machtgesten wie Denkmäler und stellt fest: Es gibt weder einen spezifisch demokratischen Stil noch ein Baumaterial oder eine spezielle Ikonografie.

Ganz ohne Symbole stehe die Demokratie dennoch nicht da, betont Müller und verweist auf Gesten wie die Kontextualisierung umstrittener historischer Denkmäler (statt Abriss) oder Straßenumbenennungen. Am Ende seiner scharfsinnigen, oft auch spitzzüngigen Analyse warnt der Autor davor, seine Beobachtungen zu sehr auf die Goldwaage zu legen: „Politische Probleme haben keine architektonische Lösung (auch wenn architektonische Probleme politische Lösungen haben können).“



Jan-Werner Müller: „Straße, Platz, Palast. Zur Architektur demokratischer Räume“. Aus dem Englischen von Michael Bischoff. Suhrkamp Verlag, Berlin 2026, 267 S., 24 Euro

Ein Meisterstück politischer Kommunikation

In seinem Buch „Der Sturz Orbáns“ rekonstruiert der ungarische Politikberater Gergő Papp minutiös, wie es zu Péter Magyars Wahltriumph im April 2026 kam. Politische Inhalte spielten dabei eine erstaunlich kleine Rolle

Von **Jens Uthoff**

Der Zeitpunkt, an dem Péter Magyar auf der politischen Landkarte Ungarns auftaucht, lässt sich genau bestimmen: Am 10. Februar 2024 postete der damals noch unbekannte Fidesz-Politiker einen Wutausbruch auf Facebook. Keine Sekunde länger wollte er Teil des Orbán’schen Systems sein. Lange habe er an „ein nationales, souveränes, bürgerliches Ungarn“ geglaubt, „in den letzten Jahren“ aber habe er erkannt, dass das alles nur Fassade sei, „die nur zwei Zwecke erfüllt: die Verschleierung des Funktionierens der Machtmaschine und das Einstecken ungeheurer Vermögen.“

Ungarns Staatspräsidentin Katalin Novák hatte damals einen Mann begnadigt, der wegen Beihilfe zu sexuellem Missbrauch von Minderjährigen verurteilt worden war. Proteste brachen los, Novák trat zurück, ebenso wie die ungarische Justizministerin Judit Varga, die der Begnadigung zugestimmt hatte. Interessant dabei: Varga war bis zum Frühjahr 2023 die Frau Péter Magyars,

ehe die beiden sich scheiden ließen. Der politische Machtkampf zwischen Magyar und Orbán hatte so von Beginn an eine pikante Note.

Folgt man dem ungarischen Autor Gergő Papp, war dies der initiale Moment für das Einsetzen der Orbán-Dämmerung in Ungarn. In seinem Buch „Der Sturz Orbáns“ zählt er von dort an die Tage rückwärts bis zu Péter Magyars Wahltriumph mit seiner Partei Tisza im April 2026.

Gergő Papp arbeitete selbst als politischer Berater, er war im Kampagnen- und Kommunikationsteam der liberalen Momentum-Partei, die selbst einst angetreten war, Orbán zu stürzen. Diese Sicht hilft insofern, als es quasi nur um Wahlkampf-Strategien geht in seinem Buch und so gut wie gar nicht um Inhalte. Allerdings, so schreibt Papp, waren die auch zu vernachlässigen: „Wenn politische Parteien gegen populistische Anführer wie Viktor Orbán antreten, geht es bei der Entwicklung des Wahlprogramms nicht in erster Linie darum, die großen Ziele zu formulieren. Entscheidend ist vielmehr, politische

Fehler zu vermeiden. Die wichtigsten Akteure bei der Formulierung des Wahlprogramms sind dann nicht die Arbeitsgruppen und unterstützenden Experten, sondern das Team für politische Kommunikation.“

Was diesen Wahlkampf betrifft, stützt sein Buch diese These. Man verfolgt als Leser gut 350 Seiten lang die politischen Schachzüge beider politischer Lager, der Autor reicht sie in kleinen Häppchen. Jeder Moment könnte ein Kipppunkt sein: Etwa als Magyars Ex-Frau Varga ihm öffentlich häusliche Gewalt vorwirft oder auch, als er nach einem Streit in einem Budapester Nachtclub von der Security rausgeworfen wird. Ein Sexvideo, von dem die Orbán-Seite behauptete, es gegen ihn in der Hand zu haben, tauchte dagegen nie auf. Doch all diese Manöver blieben ohnehin wirkungslos, weil Orbáns korruptes und nepotistisches Regime schlicht schon im Sterben lag. Und dann schoss Orbán wohl selbst in den Augen seiner potenziellen Wähler:innen übers Ziel hinaus, als er im Frühjahr 2025 ihm nicht zugewandte Richter:innen,

Journalist:innen, Aktivist:innen und Tisza-Politiker:innen als „Wanzen“ bezeichnete und drohte, „die gesamte Schattenarmee“ zu „liquidieren“. Drei Monate vor der Wahl machte Orbáns Vertrauter János Lázár, damals Bau- und Verkehrsminister, dann ungarische Roma als „interne Reserve“ fürs Putzen von (Zug-)Toiletten verächtlich.

Diese und andere Faktoren – die Iran-Annäherung des Außenministers Péter Szijjártó, die EU-Gelder, die die ganze Zeit nicht nach Ungarn flossen – machten es Péter Magyar vergleichsweise einfach, sich als bürgerlichen, anständigen, konservativen Proeuropäer zu inszenieren. Nachdem er die bereits existierende Partei Tisza (Tisztelet és Szabadság Párt, Respekt- und Freiheitspartei) 2024 „übernommen“ hatte, konnte er schon bei der Europawahl im selben Jahr antreten – und kam aus dem Stand auf fast 30 Prozent. Ob Magyar wirklich zu trauen ist und wohin er das Land steuern wird, war und ist relativ unklar – doch es gelang ihm, sich als ehrlichen, seriösen Gegenentwurf zu Orbán zu verkaufen.

Papps Buch ist so aufgebaut, dass man die Sequel immer lesen will. Man lernt dabei viel über Wahlkämpfe in der Tiktak-Ära; mit all seinen Skandalen, Affären und Schmutzkampagnen bietet sich dieser jüngste ungarische Wahlkampf auch gut dazu an, die Reiz- und Reflexschemata der heutigen Öffentlichkeit aufzuzeigen. Wie inhaltsleer dieser politische Wettstreit war, wenn man all das abzieht, ist allerdings auch erschreckend.

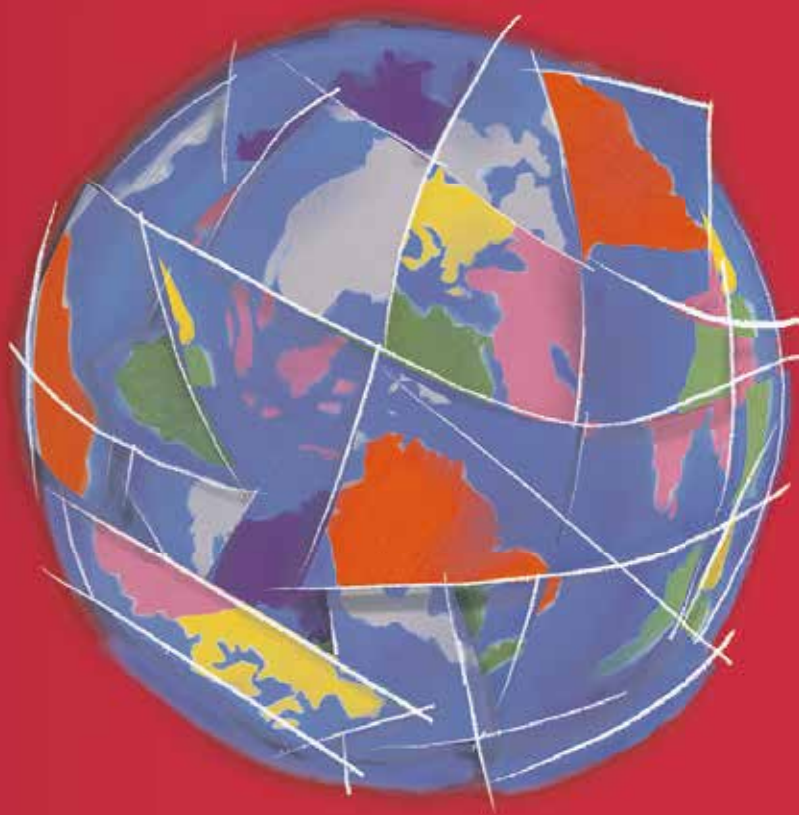
Ein weiterer Punkt, warum Magyar den Sieg so leicht nach Hause bringen konnte, war laut Gergő Papp, dass er deutlich Distanz hielt zur „alten“ Opposition. Er war eben kein typischer linksliberaler, migrationsfreundlicher, prowestlicher Kandidat – das hätte es für Orbán leicht gemacht, ihn zu attackieren. Magyar konnte sich als wahrer Mann der Mitte verkaufen. Was diese Strategie betrifft – einen neuen, unabhängigen politischen Kurs einzuschlagen, um sich anschlussfähig zu machen –, so können auch die in Westeuropa um die Demokratie ringenden Kräfte aus diesem Buch etwas lernen.



Gergő Papp: „Der Sturz Orbáns. Wie eine neue Bewegung ein politisches System wegfegte“. Wahrheitsperlen-Verlag, Kempten 2026, 368 S., 24 Euro

ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

Welt als Beute



**Jetzt
bestellen**

Die Welt war nie gleich, aber wenn gerade mal 0,001 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die ärmere Hälfte zusammen, dann nimmt die Ungleichheit monströse Züge an. Und wenn Trump, Netanjahu, Putin und Xi unverfroren Ansprüche auf fremde Territorien erheben, behandeln auch sie die Welt als Beute.

Mit über 250 Karten und Grafiken von Adolf Buitenhuis sowie Beiträgen von Perry Anderson, Ulrike Herrmann, Steffen Mau, Bee Wilson und vielen anderen.

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



Lukas Wallraff
übrigens

Der gefährlich
schmale Grat
zwischen
Warnung
und Werbung

Manchmal ist es doch ein bisschen schade, dass Jens Spahn zurückgetreten ist. Gerade in dieser Woche hätten wir unseren alten Lieblingskatzbrocken ausnahmsweise wirklich mal dringend gebraucht, als alle verzweifelt auf Schutzsuche durch die Straßen irrten und in allen Läden genervt abgewiesen wurden. Spahn hätte ganz bestimmt rechtzeitig vor der partiellen Sonnenfinsternis Milliarden Schutzbrillen beschafft, wie viele Netzspaßvögel anmerkten, denen ohne Spahn nun die letzten harmlosen Witze in diesem in jeder Hinsicht bedrohlichen Sommer auszugehen drohen.

Auch die Themen waren mit Spahn netter. Im Vergleich zur akuten Angst vor einer AfD-Machtübernahme, wie sie zumindest im September in Sachsen-Anhalt droht, vor noch mehr

Wer AfD-Titelbilder kritisiert, sollte sie nicht selbst verbreiten

Krieg und Hitzewellen, vor weiteren Klimakatastrophen und vor deutschen Geheimdiensten, die erstmals seit 1945 wieder in Wohnungen einbrechen dürfen, wenn sie nicht gerade im Ausland Sabotageaktionen durchführen, waren die Spahn-Debatten über teure Masken, teure Villen, obskure Freunde in den USA und eine nicht parteikonforme Leihmutterchaft Erholung pur.

Jedenfalls war der abservierte Spahn trotz seiner diversen Ferkелеien wohl eher nicht „Der gefährlichste Mann Deutschlands“. Das ist laut aktuellem *Spiegel*-Titel auch nicht etwa AfD-Volledemort Björn Höcke, der Sahara Wagenknecht jetzt als neue Ministerpräsidentin von Thüringen vorgeschlagen hat, was diese erstaunlicherweise bisher noch ablehnt. Nein, *Spiegel*-Coverboy ist Ulrich Siegmund von der AfD in Sachsen-Anhalt.

Diese sachdienliche Information eines westdeutschen Magazins wird die Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt ganz sicher schwer abschrecken und die AfD noch mehr demotivieren als die Verbotsforderungen direkt vor Landtagswahlen. Besonders hilfreich sind auch die zahlreichen Empörten, die den Mann im *Spiegel* als „AfD-Werbung“ kritisieren – und das Titelbild vor lauter Wut selbst eifrig weiter in der Social-Media-Welt verbreiten.

Aber es ist halt auch nicht einfach. Selbst wenn wir alle, die den Höhenflug der AfD furchtbar finden, immer die genau richtige Balance zwischen berechtigter Warnung und versehntlicher Werbung durch Belehrung finden würden, wäre die AfD vermutlich nicht ganz so schnell weg wie die Sonne am Mittwochabend und Spahn nach seiner Familiengründung.

Lukas Wallraff
ist Seite-1-Redakteur der taz,
Panter-Torwart und Strohhalm-sucher.

Kommentar von Cem-Odos Güler zum Fall Kabuls an die Taliban vor fünf Jahren

Ein Nebenkriegsschauplatz,
der längst vergessen ist

Es sind harte Worte, die einer der ehemals ranghöchsten deutschen Soldaten wählt, wenn er über das Ende des Afghanistaneinsatzes vor fünf Jahren spricht. „Ich schäme mich heute noch“, schreibt Ex-General Andreas Hoppe dieser Tage in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Es geht ihm um das Ausbleiben einer Geste: Als die Soldaten aus dem nordafghanischen Masar-i-Scharif Ende Juni im niedersächsischen Fliegerhorst Wunstorf landen, steht dort außer Bundeswehrangehörigen niemand, um sie in Empfang zu nehmen.

Nicht Bundeskanzlerin Angela Merkel, die den mit Abstand blutigsten und teuersten Auslandseinsatz der Bundeswehr ihre gesamte Amtszeit lang mitverantwortete. Nicht Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die als Verteidigungsministerin für den Truppenabzug zuständig war. Auch ein Beisein von Abgeordneten, die das Afghanistanmandat Jahr für Jahr im Bundestag verlängert hatten, ist nicht überliefert. Obwohl längst klar war, dass die politischen Ziele mit Waffengewalt nicht zu erreichen waren, flossen immer mehr Gelder in die mili-

tärische Absicherung der Afghanistanmission. Von alldem wollte man in Berlin nichts wissen, schließlich standen im Herbst 2021 Wahlen an.

Afghanistan war für die Union und die SPD ein Verliererthema, nur mit Abschiebungen und Entwicklungshilfe hoffte man noch auf ein paar Pünktchen. Ansonsten sollten die Ministerien und die Soldat*innen den Einsatz doch bitteschön einfach abwickeln.

Afghanistan war ein Verliererthema, nur mit Abschiebungen hoffte man noch zu punkten

Die 20-jährige Intervention der internationalen Koalition unter der Führung der USA, bei der nach Berechnungen der Brown-Universität zwischen 176.000 und 243.000 Menschen getötet und Millionen Menschen zur Flucht getrieben wurden, endete aus deutscher Sicht im niedersächsischen Hinterland.

Der fehlende Empfang für die Soldat*innen bei ihrer Rückkehr Ende Juni warf seinen Schatten voraus auf den katastrophalen Epilog, der sich dann wenige Wochen später in Kabul abspielte. Denn während die Bundesregierung alle Entwicklungen in Afghanistan im wahrsten Wortsinne als Nebenkriegsschauplatz abtat, brachten die Taliban weite Landesteile wieder unter ihre Kontrolle. Als am 15. August 2021 dann auch Kabul an die Islamisten fiel, waren einige in Berlin tatsächlich überrascht. So musste die Bundeswehr noch mal ran, um Entwicklungshelfer*innen, europäische Staatsbürger und zumindest einige Ortskräfte aus Afghanistan zu retten, die durch die Ignoranz der Regierung den Taliban ausgeliefert wurden.

Heute sitzen Union und SPD wieder in der Regierung. Wenn sie über die Bundeswehr sprechen, wählen sie salbungsvolle Worte. Den gescheiterten Afghanistaneinsatz möchten sie so wie ihre Vorgänger*innen vergessen machen. Der verweigerte Handschlag in Wunstorf darf auch das eigene Selbstbild nicht stören – dafür sind die Erwartungen, die man heute wieder an die Bundeswehr richtet, schlicht zu groß.

karikatur der woche



Kommentar von Nanja Boenisch zum abgeschafften Lkw-Fahrverbot am Sonntag

Güterverkehr auf die Straße zu verlegen,
ist wie Feuer mit Benzin zu löschen

In Bundesland nach dem anderen setzt wegen des Niedrigwassers das Sonntagsfahrverbot für Lastwagen aus. „Große Bereitschaft“ der Länder hatte sich Steffen Bilger vor gut einer Woche für diese Maßnahme erhofft, und er stieß auf große Bereitschaft. Ober auch große Wirkung bekommt? Eine Symbolwirkung, vielleicht. Für echte Lösungen aber müsste der frischgebackene Verkehrsminister an anderer Stelle ansetzen.

Am Rhein werden praktisch täglich neue Tiefststände gemessen. Auch die Donau und die Elbe führen stellenweise so wenig Wasser wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen. Der Schiffsverkehr ist an vielen Orten komplett lahmgelegt, einige Frachtschiffe probieren sich noch mit wenig Ladung und wenig Tiefgang.

Die Binnenschiffe auf dem Rhein, der große niederländische Seehäfen mit industriellen Ballungszentren in Deutschland und Basel verbindet, transportieren vor allem Massengüter wie Erze, Steine, Mineralölprodukte wie Diesel, Kohle oder chemische Erzeugnisse. Große Rheinschiffe schaffen mehr als 3.000 Tonnen, bei normalen Wasserständen. Ein Sattelzug, etwa ein 40-Ton-

ner, kann rund 25 Tonnen laden. Das heißt: Es braucht mehr als hundert Lkws, um ein Binnenschiff zu ersetzen.

Die Logistikbranche klagt jedoch schon seit längerem über Fahrer:innenmangel. Ohne Fahrer:innen ist ein zusätzlicher Lkw-Verkehr kaum zu machen. Es sei denn, die Rechte der Beschäftigten im Transportgewerbe, ihre Lenk- und Ruhezeiten werden über Bord geworfen – und das

Es braucht mehr als hundert Lkws, um ein einziges Binnenschiff zu ersetzen

ist keine gute Sache. Zudem haben viele Lkw-Transportunternehmen schlicht nicht die passenden Beladeeinrichtungen für die Schiffsfracht. So ist – trotz Sonntagsfahrerlaubnis – die Nachfrage nach Lkw-Transporten bisher nicht gewachsen, wie das *Handelsblatt* errechnen ließ. Ohnehin sollte das Ziel sein, den Güterverkehr

auf der Straße zu reduzieren. Viele Straßen und Brücken sind schon jetzt sanierungsbedürftig. Noch mehr schwer beladene Lkws machen das Problem nur noch größer.

Die meisten Laster fahren zudem fossil betrieben und feuern so die Klimakrise weiter an, die Ursache des Niedrigwassers ist. Weit zielführender wäre es, den Schienengüterverkehr für den Transport von Massengütern in den Fokus zu nehmen und Lkws nur gezielt im kombinierten Verkehr als flexible Zulieferer für den klimafreundlicheren Verkehrsträger einzuplanen. Nur: Dafür braucht es stabile Infrastruktur.

In Krisen wie dieser rächt sich, dass genau dort jahrelang gespart wurde. Aber Krisen wie diese bieten auch die Chance, Weichen für den Güterverkehr der kommenden Jahre zu stellen. Bilger kann sich nicht vorwerfen lassen, den Schienenverkehr gar nicht auf dem Schirm zu haben. Doch welche Prioritäten er setzt und für welchen Verkehrsträger er wie viel Geld springen lässt, wie gut er Klimaschutz mit wirtschaftlichem Gütertransport verzahnt bekommt und ob das dann mehr als nur Symbolwirkung hat – das wird er noch zeigen müssen.

Der affektive Furor der Gekränkten

Die Landtagswahlen im Osten erscheinen wie ein Labor für rechte Weltbilder. Diese bilden sich wie Infektionen aus und kolonisieren den Alltag, bis sie als normal angesehen werden

Von Robert Misik

Man wird nicht zum Fanatiker geboren, man wird zu ihm gemacht. Es sind Jahre der Gewöhnung – an einen bestimmten Tonfall, an die entsprechende Erregung. Durch die wechselseitige Bestätigung darin, ungerecht behandelt, von Mächtigen übervorteilt, nicht gewürdigt, nicht gehört zu werden. Durch die wohlige Einrichtung in diesem Gefühl, einer bedrohten Gemeinschaft anzugehören. Leo Löwenthal, eine der großen Figuren der Frankfurter Schule, schrieb im amerikanischen Exil die bis heute unerreichte Analyse der autoritär-populistischen Agitation „Falsche Propheten“. Jahrzehnte später formulierte er einen Satz, der wie ein Schlüssel zum Verständnis unserer Gegenwart wirkt: Die faschistische Agitation stelle die Psychoanalyse auf den Kopf. Statt Neurosen und Traumata zu heilen, mache die Agitation die Menschen neurotisch und paranoid und verstärke die „mörderischen, aggressiven und destruktiven Impulse“.

Faschismusanalysen erklären kundig, welche gesellschaftlichen Umstände – soziale Krisen etwa – den Aufstieg des Rechtsextremismus begünstigen. Andere arbeiten heraus, welcher Menschentypus besonders dafür empfänglich ist. Aber genauso wichtig ist die Frage: Was geschieht mit Menschen, wenn sie über Jahre in einer Atmosphäre leben, in der Ressentiment, Verachtung, Grausamkeit alltäglich sind? Sozialpsychologische Forschung und Theoriebildung bevorzugten ein „dynamisches Modell“ des autoritären Charakters: Die faschistische Agitation findet autoritäre Typen nicht einfach vor, sondern formt sie erst. Konventionalismus, autoritäre Aggression, Kraftmeierei und Machtdenken werden angestachelt, auch der affektive Furor des Dagegenseins, das den „Spinner“, den „Rebellen“ auszeichnet, den schon Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik und andere entdeckten. In der Masse wirken diese Figuren aufeinander ein, sie sind nicht einfach nur „verführt“. Die Agitatoren schaffen die Anhänger, die Anhänger gleichzeitig aber auch die Agitatoren. Herdentrieb und die „Gefühlsansteckung“, von der schon der Psychoanalytiker Sigmund Freud schrieb, tun das Ihre.

Sozialforscherinnen haben in kleinteiligen Studien nachgewiesen, dass sogar Gegner der Rechtsradikalen ausländerfeindlicher werden, wenn sie in einem Wahlkampf fortwährend an entsprechenden Plakaten vorbeilaufen. US-Forscher haben jüngst die Verbreitungswege faschistischer Weltbilder studiert und bemerkt, dass „objektive“ Faktoren wie wirtschaftlicher Niedergang einer Region, periphere Lage, hohe Arbeitslosigkeit kaum eine Erklärung bieten. Autoritäre Weltbilder breiten sich wie „Infektionen“ aus, in Netzwerken, in Regionen, wo Menschen starke Kontakte mit rechter Ideologie haben. Die Modellierungen, wie sie aus der Infektiologie bekannt sind, taugen weitaus besser für eine Erklärung der Verbreitung rechter Weltbilder, erkannten die Forscher. Gefühle springen von Mensch zu Mensch, aber nicht so wie Viren, sondern als „komplexe Ansteckung“, bei der die Dichte und die Wiederholung von Kontakten eine große Rolle spielen. In Alltagssprache übersetzt: Es reicht, einer Person mit Influenza zu begegnen, um auch Influenza zu bekommen, aber bei der „komplexen Ansteckung“ mit rechtsextremen Weltbildern sind häufige, starke Kontakte nötig. Andere Studien zeigten, wie gerade in der Onlineradikalisierung ein ganzes Ökosystem von Akteuren mit verteilten Rollen dafür sorgt, dass ein Brand bald lichterloh wütet, wenn es irgendwo nur glimmt.

Auch in Deutschland sehen wir Laboratorien einer solchen Entwicklung. Demnächst wird in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Dass die AfD in den beiden Ostländern stärkste Partei wird, ist wahrscheinlich, eine Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt mehr als nur eine theoretische Möglichkeit. In Sachsen und Thüringen sieht es kaum besser aus. Was hat man nicht alles schon an halbgaren Erklärungen gelesen? Dass die Ossis eben autoritär sozialisiert seien. Ob Honecker oder Höcke, egal; Hauptsache, Diktatur. Oder: Die ökonomische Krise, die diese Landstriche durchmachen mussten, führe automatisch nach rechts. Aber das ist alles viel zu oberflächlich. Es war vielleicht eine



Wetten, die Demokratie gewinnt?

Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

bestimmte Form der Subjektivierung der Nachwendejahre, die diese Regionen empfänglich für autoritär-populistische Agitation machte. Der Osten, so die wiederholte Story, wurde vom Westen kolonisiert, von den Wessiwichtigtuern untergebuttert, man kam hilflos unter die Räder fieser Mächte. Eine durchaus plausible Sicht der Dinge. Allerdings: Schon Leo Löwenthal charakterisierte die autoritäre Agitation in „Falsche Propheten“ mit den Worten, sie müsse im Publikum das Bewusstsein stärken, hilfloses Objekt „einer permanenten Verschwörung“ zu sein. Ihre Anhänger werden auch deshalb „kleiner Mann“ genannt, um ihren Minderwertigkeitskomplex zu nähren.

Der Ossi ist in dieser Rhetorik der gleichsam idealtypische „kleine Mann“, der stets nur Opfer der Geschichte ist. Diese Subjektivierung erleichterte das, was dann kam: Der Zerfall hergebrachter Autoritäten des Alltags nach der Wende führte schon in den blutigen Baseballschlägerjahren zur Entstehung stabiler rechter Szenen und Lebenswelten. Über die Jahrzehnte hat sich ein gesellschaftliches Milieu herausgebildet, in dem autoritäre Weltbilder alltäglich geworden sind. Die AfD ist Teil einer sozialen Infrastruktur, zu der die Freien Sachsen, diverse Jugendschlägertrupps, rechte Bürgerinitiativen, völkische Siedlerbewegungen, Buchhandlungen, Kampfsportgruppen, Musikfestivals, Unternehmernetzwerke gehören. Vieles davon ist nur lose verbunden, aber kulturell verflochten. Unter diesen Voraussetzungen werden rechtsextreme Einstellungen allmählich

agitatoren nicht erklärbar wären. Der US-amerikanische Historiker Robert O. Paxton hat den Faschismus einmal als eine Sache beschrieben, die vor allem von „mobilisierenden Leidenschaften“ lebe. Der Faschismus beginnt nicht mit dem Mord, er beginnt mit der Freude daran, ihn sich vorzustellen. Erst wird nur gelacht über die Gemeinheit, dann wird sie als befreiende Ehrlichkeit empfunden und zuletzt als notwendige Konsequenz in einer feindlichen Welt. Die Faschisierung des Sprechens ist durch hohe Erregung, Pathos, Brutalität gekennzeichnet. Die Leistung der Propaganda besteht darin, Grausamkeit wie Gerechtigkeit aussehen zu lassen. Die Masse wiederum gibt dem Einzelnen die Carte blanche, schlechter zu sein, als er alleine wäre. Das Subjekt wird umformatiert.

Wo jeder dritte, vierte Nachbar AfD wählt, verändert sich das soziale Klima. Ressentiments müssen nicht mehr heimlich geäußert werden. Wo man früher mit Widerspruch rechnete, erwartet man heute Zustimmung. Und mit jeder Interaktion kommt das Ressentiment lauter zurück. Der Thüringer Rechtsextremismusexperte Matthias Quent spricht von einer „rechten Landnahme“. Diese etabliert eine eigentümliche Kombination aus biederstem Normalitätsgetue, Gefühlsaufwallung, Übersteigerung im Tonfall. Zudem leben viele Menschen in Kommunikationsräumen, in denen bestimmte Deutungen der Wirklichkeit ständig wiederkehren. Das Spießige und das Hysterische gehen Hand in Hand wie ein aberwitziges Brautpaar.

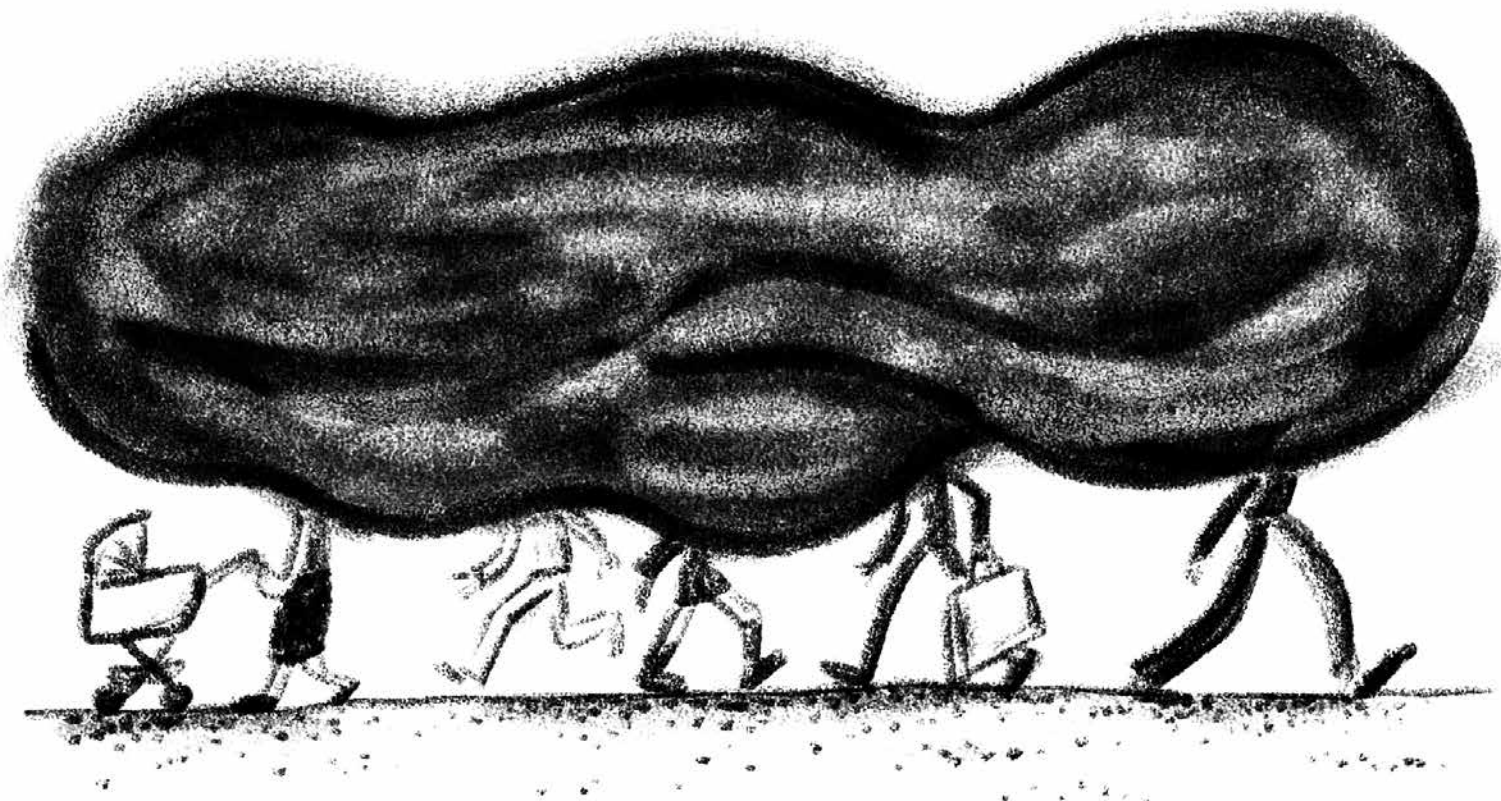


Illustration: Katja Gendikova

In der Online-radikalisierung sorgt ein ganzes Ökosystem von Akteuren mit verteilten Rollen dafür, dass ein Brand bald lichterloh wütet, wenn es irgendwo nur glimmt

nicht mehr als radikal angesehen, sondern als normal. Sie verfestigen sich, wo sie Bestätigung erfahren. Das Skurrile ist, dass der Rechtsextremismus – mag er sich heutzutage auch als widerständig gegen „das System“ großtun – oft einfach von Konformismus angetrieben ist. Wenn sich die Atmosphäre ändert, passen sich die Leute an. Erst kommen die Springerstiefelnazis, dann die Mitläufer.

Die Infrastruktur aus Agitation, Parteien, Pseudomedien, Social Media und Nachbar-von-nebenan-Faschismus etabliert nicht nur Ideologien, sondern Stimmungen, die ohne Mikro-

Die hohe Affektgeladenheit von Stimmungen der Gekränktheit, der Angst, des Ressentiments, der Erlösungssehnsucht lässt den Begriff des Faschismus als angemessen erscheinen. Autoritäre Charaktere entstehen heute nicht trotz demokratischer Gesellschaften, sondern mitten in ihnen. Der Autoritarismus nimmt damit die Sprache von demokratischer Freiheit, Individualisierung und sogar von Ermächtigung auf, was ihn vielleicht auch zügelt.

Der Faschismus kolonisiert den Alltag. Was heute als krasser Take erscheint, wirkt morgen wie eine Beschreibung der Wirklichkeit – und der Paranoiker glaubt, er sei die Normalität. Der verhetzte Mensch ist Produkt seiner Umwelt, so wie diese Umwelt zugleich sein Produkt ist. Es entsteht ein neuer Mensch, der seine Gefühle gegen die Tatsachen verteidigt, seine Wut als Identität begreift und seine Kränkung pflegt wie einen Besitz. Er hält Härte für Ehrlichkeit und Mitgefühl für Schwäche.

Robert Misik ist Journalist und Buchautor in Wien. Gerade bei Suhrkamp erschienen: „Erziehung zur Grausamkeit. Die Massenpsychologie des Neuen Faschismus“.



Foto: privat

So nicht, lieber Mark

In einem Essay entwickelt Meta-Chef Mark Zuckerberg eine Zukunftsvision für uns alle. Herausgekommen ist eine XXL-Werbung für sein Unternehmen und KI, auf die wir nicht hereinfallen sollten

Von Johannes Drosdowski



Es sollte wohl der große philosophische Wurf werden. 40.000 Zeichen lang ist das Essay von Meta-Chef Mark Zuckerberg mit dem Titel „The Future is for Everyone“. Eine Vision für uns alle, wie wir künftig statt im Wettkampf in Gemeinschaft mit der KI leben können. Doch so schön Zuckerbergs Utopie an manchen Stellen klingen mag, so gefährlich wäre es, ihr zu glauben. Dieser Mann will nicht Menschen, sondern den Profiten helfen. Und das wird schon nach wenigen Zeichen in seinem Essay klar – denn auf Kritik geht er an keiner Stelle ein.

Aktuell steht nicht nur KI an sich, sondern auch Meta in der Kritik. 85 Prozent der Bürger*innen denken laut einer Meinungsumfrage, dass von sozialen Medien eine Suchtge-

fahr für Kinder ausgeht. Jugendlichen ziehen gegen Social-Media-Plattformen vor Gericht mit dem Vorwurf, ihre psychische Gesundheit geschädigt zu haben. Vor wenigen Tagen begann ein Prozess von 29 Bundesstaaten gegen Meta wegen mutmaßlich suchtfördernder Designs bei Facebook und Instagram. Darüber schreibt Zuckerberg im Essay nichts. Jugendliche sind bei „everyone“ scheinbar nicht mitgemeint.

Ein erster Grund, warum es ein Fehler wäre, diesem Menschen in seiner Version der Zukunft zu folgen. Sie ist verlogen und einzig darauf aus, die Stellung Metas und damit Zuckerbergs als einem der mächtigsten Männer der Tech-Industrie zu festigen. Es ist eine Zukunft, in der nur vermeintlich Gleichheit herrscht, tatsächlich aber Geld weiterhin Macht

formt und die Industrie dereguliert wird.

Um uns diesen Albtraum näherzubringen, unterzeichnet Zuckerberg ihn ganz nahbar mit „Mark“. Als wäre er Lokalpolitiker im Wahlkampf und müsste darüber hinwegtäuschen, dass er nur wenig Programm hat, das wirklich der Allgemeinheit dient, beschreibt er seinen Alltag. Wie eine KI ihn beim Sport korrigiert und wie er wochenends mit der Tochter Rezepte bäckt, die eine KI sorgfältig für die beiden ausgesucht hat. Es soll also menscheln.

Zuckerberg fordert, dass eine Philosophie für den Umgang mit der „Superintelligenz“ gefunden wird. Gemeint sind damit Wesen oder Anwendungen, die klüger sind als der Mensch. Sie kommen in der (oft dystopischen) Science Fiction vor, in der Realität gibt es sie nicht. Zuckerberg will trotzdem schon jetzt bestimmen, wie wir mit ihnen umgehen sollten.

Er entwirft eine Philosophie, die „auf individuellem Empowerment als Quelle von Wohlstand“ und „auf Machtgleichgewicht als Grundlage für Sicherheit“ basiert. Eine „extreme Konzentration von Macht“ sieht er kritisch. Was das für sein Unternehmen bedeutet, lässt er unkommentiert.

Zuckerberg ist kein Philanthrop, auch wenn er mit Töchterchen Kuchen backt. Und auch nicht, wenn er die Superintelligenz angeblich allen zugänglich machen will. Denn wer mehr Rechenleistung will, soll dafür bezahlen. Das solle „sicherstellen, dass die Kapazitäten für das genutzt werden, was die Menschen kollektiv am wertvollsten finden“. Er will Technik als etwas darstellen, das allen offen steht, von dem alle profitieren. Doch das ist eine Lüge. Technik ist immer nur denen zugänglich, die über entsprechende Ressourcen

verfügen, die Geld haben, die alt oder jung genug sind, die in einem funktionierenden Staat ohne Repressalien leben.

Zuckerberg weiß das und beschreibt selbst ein Paradebeispiel dafür, wie unfair Geld die Welt formen kann: Meta habe ein neues Data Center in einem Ort in Louisiana gebaut und den Lehrkräften dort einen 50.000-Dollar-Bonus gezahlt. Daraufhin seien viele neue Lehrer*innen in die Gegend gezogen. Wo die Lehrkräfte nun fehlen, kommentiert er nicht.

Ein Mann, der das als Erfolgsgeschichte begreift, will uns nun also eine Zukunft ausmalen, während Gesellschaften weltweit darunter leiden, dass Plattformen wie die seinen weiterhin unzureichend reguliert werden. Dort werden Hass und Desinformation ebenso verbreitet wie Videos, in denen Menschen, oft Kinder, oft Frauen, gequält werden.

Zuckerberg will keine „kleine Gruppe Expert*innen“, die in Sachen KI „entscheiden, was das Beste für die Menschheit ist“. Das sollen die Menschen selber tun. Klingt erst einmal gut, nach Selbstermächtigung. Doch auch das ist eine Lüge. Das Internet hat großartige Orte der Offenheit und des Wissens hervorgebracht. Aber lange hat es an Regeln gefehlt. Erst jetzt, nachdem bereits Millionen Opfer wurden, entstehen etwa Gesetze gegen digitale Gewalt. Genau deswegen braucht es Expert*innen, die Regierungen beraten, die dann hoffentlich auch im Sinne der Menschen regieren. Nicht nur das Verhalten von Privatpersonen, sondern vor allem das von Tech-Konzernen. Dass das aktuell nicht ausreichend passiert, weiß Zuckerberg. Er will es uns nur nicht sagen und lenkt uns mit einer bunten Zukunftsvision ab. Darauf sollten wir nicht reinfallen.

Diese Menschen haben vermutlich eine bessere Zukunftsvision als Zuckerberg: Teilnehmende bei einem Camp des Chaos Computer Clubs, 2015
Foto: Britta Pedersen/dpa



Erica Zingher Grauzone

Ein Land verschwindet nicht mit einem Knall

Eigentlich, dachte ich vergangene Woche, möchte ich meine nächste Kolumne den Männern widmen. Osteuropäischen Männern. Solchen, die den Zusammenbruch des Sozialismus erlebt haben, vielleicht in den Westen ausgewandert sind und dort auf den Systemwechsel und das neue Leben mit Lethargie reagiert haben oder klinisch ausgedrückt: mit Depression. Die bald wie faules Obst in ihren Sesseln zusammenfielen und ihre Frauen das machen ließen, was sie schon im Sozialismus getan hatten: die Familie durchbringen, sie irgendwie notgedrungen zusammenhalten.

Ich kam darauf, weil die Mutter einer Freundin so freudig über den Film „Transit Times“ berichtete, den sie im Kino gesehen hatte. Die Geschichte ist schnell umrissen: Eine Familie – Mutter Zina, Vater Victor, Tochter Eva – in Moldau 1997, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Früher Teil der Intelligenzija, kämpfen sie jetzt ums Überleben. Zina, die an einem Kindertheater arbeitet, hat seit Monaten keinen Lohn bekommen. Victor ist Künstler, malt weiter, obwohl er nichts verkauft, und versinkt in Melancholie. Eva, begabte Klavierspielerin, soll weiter am Konservatorium unterrichtet werden, doch eigentlich reicht das Geld nicht einmal für den Strom.

Zuvor dachte ich also: Von diesen Männern will ich erzählen. Die mit einer Welt verschwinden, in der sie einmal wussten, wer sie waren. Victor sagt irgendwann: „Ich bin immer noch Künstler. Bin ich nicht gut genug? Passe ich nicht in diese Welt?“ Er schläft beleidigt im Atelier, während Zina versucht, Geld aufzutreiben. Sie schickt ihn aufs Dorf, um Wodka zu holen, und verkauft ihn in der Stadt.

Doch dann saß ich im Kino, mit fünf anderen, die weiß Gott was Sonntagabend in diesen Film gezogen hatte, und konnte mein Glück nicht fassen. Diesen Film sollten alle sehen, dachte ich tief berührt! Nicht, weil er die Geschichte besonders laut oder dramatisch erzählt. Im Gegenteil.

„Transit Times“ ist erstaunlich unspektakulär, alltäglich. Und fängt gerade deshalb diese

Der Film „Transit Times“ ist erstaunlich unspektakulär

Zeit so genau ein. Ein Land verschwindet nicht mit einem Knall. Es verschwindet aus dem Alltag: Russisch wird durch Rumänisch ersetzt, Geschäfte bleiben leer, Kriminelle machen Business, Klöster werden wieder aufgebaut, weil die Kirche an Macht gewinnt. Plötzlich ging es um viel mehr als die Männer. Eigentlich war es ein Film über das Verschwinden – und die Zurückgelassenen.

Über Moldau gibt es selten Filme, noch seltener sind sie hier zu sehen. Vielleicht hat mich dieser deshalb so getroffen. Als Journalistin habe ich mich viel mit dem Leben derjenigen beschäftigt, die einst wie wir in den Neunzigern aus dem Osten in den Westen gegangen waren. Aber was war mit denen, die blieben? Die nicht gehen konnten, nicht wollten oder nicht wussten, wie? Wie sah ihr Alltag aus, wenn die alte Welt verschwunden war, aber eine neue noch nicht entstanden?

Alle um Zina herum gehen. Eine Nachbarin, Jüdin, sagt über ihre Auswanderung nach Israel: „Ich gehe zum Sterben, nicht zum Leben.“ Andere versuchen es mit gefälschten Pässen, Heiratsagenturen oder kleinen Geschäften.

Wahrscheinlich hat mich der Film deshalb so überwältigt: Weil er mich auf die Menschen schauen ließ, die in meiner eigenen Auswanderungsgeschichte unsichtbar geworden waren. Und weil er daran erinnert, dass die Neunzigerjahre in den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht einfach eine abgeschlossene historische Episode sind. Wenn wir heute auf Armut, Korruption oder das Misstrauen gegenüber Institutionen in diesen Ländern schauen, sehen wir auch die Folgen dieser Jahre.

Entfremdung, „Insträinare“, lautet der rumänische Zweititel des Films. Ich fühlte mich ertappt. Entfremdet waren die Menschen nicht nur von ihrem Staat, sondern auch voneinander.

Hier erscheinen zwei Kolumnen im Wechsel.
Nächste Woche: „Geraschel“ von Doris Akrap

Der neue Podcast der taz!

rein gehen

die geschichten der woche

Jetzt Reinhören auf taz.de/podcasts



die gute nachricht

In Deutschland wird mehr Soja angebaut

Seit 2016 erhebt das Statistische Bundesamt Zahlen zur Anbaufläche von Sojabohnen in Deutschland und errechnete, dass die Flächen bis 2025 um 174 Prozent zugenommen haben. Durch die steigenden Temperaturen hierzulande bietet Soja eine resiliente Alternative in der Landwirtschaft. Denn die Pflanze kommt auch mit wenig Regen oder künstlicher Bewässerung gut aus. Zudem lockern die Pflanzen den Boden auf natürliche Weise auf. 2025 lag mehr als die Hälfte aller deutschen Anbauflächen in Bayern. Soja dient hierzu-

lande nicht nur als Futter in der Nutztierhaltung, sondern in geringerem Umfang auch für die Herstellung von Alternativen zu Fleisch- oder Milchprodukten. Besonders beliebt ist hierbei Tofu. 2025 erreichte Deutschland 130.800 Tonnen Ernteerträge mit Soja. Trotzdem importierte die Bundesrepublik mehrere Millionen Tonnen der Bohne aus dem Ausland. 2025 kamen 3,4 Millionen Tonnen aus den USA, die hierzulande mit rund 64 Prozent der Importmenge den Hauptimporteur darstellen.

Marlene Thaler



Elya Maurice Conrad
Änder Studies

Gerade kleine Festivals sind vielleicht das bizarrste Kulturgut, das urbane und ländliche Lebenswelt miteinander verbindet. Deshalb müssen wir sie erhalten

Es ist Samstag, halb eins in der Nacht, und ich stehe auf einer Bühne, die es eigentlich nicht geben dürfte. Hier in Piesport an der Mosel, ein Dorf bei Trier mit rund 2.000 Einwohnenden, ringsherum Weinberge, spiele ich auf dem Pferdefestival. Pferde sind keine in Sicht, der Name ist ein Witz. Die Bühnen sind selbst gebaut, Zelten kostet nichts und Getränke gibt es für 2,50 Euro. Getragen wird all das von einem Verein für Kunst, Kultur und Inklusion: Menschen mit und ohne Behinderung, vor und auf der Bühne, und niemand bekommt dafür Geld. Es ist nicht das erste Festival dieser Art, auf dem ich spiele. Was sie alle gemein hatten: Sie funktionieren nur, weil Leute nach Feierabend Bauzäune schleppen, Schichtpläne schreiben und Förderanträge ausfüllen.

Während die großen Festivals steigende Besucher:innenzahlen verbuchen, verschwinden die klassischen mittelgroßen und kleineren Festivals. 2025 machten Maifeld Derby und Rocco del Schlacko zum letzten

Mal auf, dieses Jahr fiel das Heroes in Freiburg aus. Sie mussten Insolvenz anmelden oder ihnen fehlten die Fördermittel. Festivalsterben heißt es dann in den Medien. Fast wie ein Naturphänomen. So, als wäre niemand verantwortlich.

Wie etwa die Streamingindustrie: Musikpromotion ist heute primär Onlinemarketing. Nur wer große Budgets in Werbung stecken kann, wird gesehen. So profitieren vor allem die großen Plattenfirmen. Viele Festivals spielen das gleiche Spiel mit und buchen die bereits etablierten Künstler:innen, um genug Gäste anzuziehen. Dass am Ende alle damit das Grab eines breiten Live-Musik-Marktes schaufeln, wissen viele vermutlich sogar – sie können sich dieser Marktlogik nur kaum entziehen.

Wo lassen sich Vorurteile besser ablegen als gemeinsam im Matsch?

Man könnte jetzt sagen: Soll der Markt das regeln. Wenn der Hörer der Zukunft einmal im Jahr auf ein durchkommerzialisiertes Megaevent fährt, dann soll er doch. Was fällt mir ein, zu denken, irgendwelche offensichtlich nicht wirtschaftlich tragfähigen Kleinkunstklitschen auf den Äckern dieses Landes seien unbedingt zu erhalten?

Doch es geht um mehr als Musikkonsum. Festivals bringen Menschen zusammen, die sich sonst nicht begegnen würden. Auf dem Pferdefestival war das Publikum eine Mischung aus Großstadt-Student*innen mit Matcha-Obsession und dem Malerbetrieb aus dem Nachbardorf. Wo lassen sich Vorurteile besser ablegen als gemeinsam im Matsch? Wo lässt sich besser zeigen, wie Inklusion funktioniert, als da, wo sie zwischen Zeltplatz, Bierbank und Gedränge einfach vorgelebt wird, von einem Verein, der genau dafür existiert? Festivals sind vielleicht das bizarrste Kulturgut, das urbane und ländliche Lebenswelt miteinander verbindet.

Die Basis, auf der das steht, wird dünner. Der Freiwilligensurvey des Bundes zeigt, dass die Engagementquote zwischen 2019 und 2024 von 39,7 auf 36,7 Prozent gefallen ist – ausgerechnet im Bereich Kultur und Musik besonders deutlich, von 8,6 auf 6,3 Prozent. Weniger Leute machen mehr Arbeit.

Ich sehe in Festivals Infrastruktur wie Schwimmbäder und Dorffeste, und sie sollten diesen Stellenwert etwa durch angemessene Förderung bekommen. Bis das jemand in ein Haushaltsjahr schreibt, hilft nur das Naheliegende. Kauft die Tickets eurer Dorffestivals, auch wenn ihr keinen einzigen Act im Line-up kennt. Werdet Mitglied in den Vereinen, schleppt Bauzäune, gebt Bändchen aus. Sucht euch das kleinste Festival, das ihr finden könnt, und macht es zum lautesten.

Ich bin dann da. Nachts um halb eins, auf einem Acker an der Mosel.

Elya Maurice Conrad, 26, ist Klimaaktivist*in, Rapper*in und Softwareentwickler*in.



Allein machen sie dich ein

In meinem Haus leihen wir uns Werkzeuge und organisieren gemeinsame Sommerfeste. Doch für unsere Mietrechte kämpfen alle für sich, dabei haben unsere Probleme System. Ginge das nicht anders?

Von **Lia Feiser** (Text)
und **Daniel Gómez Vega** (Illustration)

Das ist unser Haus. Das von Ariana und ihrem Mann, zwei Künstler*innen aus Südamerika, das von Emir und seiner Familie, die schon seit vielen Jahren in einer Wohnung im Hinterhaus lebt, das von Lola und ihrer Schwester, das meiner Mitbewohnerin und ja, auch das von mir. Nur weiß das der Besitzer unseres Hauses nicht. Seit fast drei Jahren wohne ich inoffiziell zur Unteruntermieter. Um die Bewohnenden des Hauses zu schützen, tragen wir alle hier einen anderen Namen.

Hätte ich einen Wunsch frei, dann wäre es der, mich hier, in unserem Haus in Berlin-Kreuzberg, melden zu können und einen unbefristeten Mietvertrag zu bekommen. Oder überhaupt mal irgendeinen Vertrag. Aber der ist bereits vergeben, das wurde mir schon vor meinem Einzug gesagt, und daran hat sich auch in den vergangenen Jahren nichts geändert. Hauptmieter*innen sind zwei Menschen, die schon seit vielen Jahren nicht mehr in Berlin wohnen. Meine Mitbewohnerin ist ihre Untermieterin. Und ich? Bin in den Augen des Besitzers ein Nichts, ein Niemand. Nicht existent in meinem eigenen Zuhause.

Mit meiner Wohnsituation bin ich nicht alleine, vor allem nicht in Berlin. Die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „Fair mieten – Fair wohnen“ hat im Februar eine Studie zu sogenannten informellen Vermietungspraktiken in Berlin vorgelegt. Sie zeigt, eine der häufigsten Ausprägungen des informellen Marktes ist die Untermiete ohne Anmeldung. Grundlage der Studie sind Interviews mit Betroffenen und Mitarbeitenden von Beratungsstellen. Zentral erhobene Zahlen gibt es nicht.

Wohnungsportale wie ImmoScout oder WG-Gesucht spiegeln das Problem. Befristete und möblierte Wohnungen oder Zimmer scheinen dort mehr Regel als Ausnahme zu sein. „ANMELDUNG MÖGLICH!“, schreiben manche Anbieter inzwischen schon in den Betreff. Als wäre die Meldebescheinigung eine attraktive Zusatzleistung, so wie ein „Late Check-out“ oder „Frühstück inklusive“ in einem Hotel. Dabei will ich doch einfach nur wohnen. Ist das nicht eigentlich mein und unser aller Recht, um das wir demnach auch kämpfen sollten – nicht einzeln, sondern gemeinsam?

Unsere Wohnung hat drei Zimmer, von denen eins ich, eins meine Mitbewohnerin und eins wir beide bewohnen. Morgens, wenn ich aufstehe und meinen ersten Kaffee trinke, bricht das Sonnenlicht auf die äußerste Kante unseres Sofas. In diesen Momenten mag ich unsere Wohnung ganz besonders, ihre Farben, ihre Wärme. Ich öffne das Kastendoppelfenster und schaue nach draußen. Wohnungslosigkeit und Drogen beherrschen unsere Straßen, manchmal finden wir morgens noch Überreste von Substanzen oder zerbrochenes Glas vor der Tür oder im Hausflur. Die meisten Menschen, die sich nachts vor unserem Haus aufhalten, suchen aber einfach einen Platz zum



Sein. Dass ihnen der zusteht, so wie uns, darüber herrscht in unserer Hausgemeinschaft weitgehend Einigkeit. Auch das mag ich.

Das Recht auf angemessenen Wohnraum wird überall auf der Welt unterschiedlich stark verletzt. Leidtragende sind, das ist bekannt, vor allem Betroffene von Gewalt, Diskriminierung, Vertreibung oder Armut – häufig bedingen sich all diese Faktoren gegenseitig und verstärken einander.

Keinen offiziellen Vertrag zu haben, bedeutet enorm abhängig zu sein. Wenn Freund*innen oder Bekannte untervermieten, mag das in vielen Fällen unkompliziert laufen. Kann man sich auf das Wort und das Moralverständnis der vermietenden Instanz jedoch nicht verlassen, verändert sich die Situation. Auch das zeigt die Studie von „Fair mieten – Fair wohnen“: Betroffene erzählen von übersteuerten Mieten, von gebrochenen Absprachen, kurzfristigen und unbegründeten Rauswürfen, verbalen Übergriffen und sexueller Belästigung. Wer das meldet, riskiert wegen fehlender Untermieterlaubnis den Verlust der Wohnung für sich und womöglich auch andere Mitbewohner*innen.

Meine Mitbewohnerin ist früher als ich in unsere Wohnung gezogen, womit sie Glück hatte. Ihre Untermiete ließ der Vermieter, der auch andere Häuser in der Gegend besitzt, als vorerst letzte Vertragsänderung mit viel Widerwillen durchgehen. Jetzt aber wollen die Hauptmieter*innen ihren Vertrag aufgeben. Dass wir ihn übernehmen oder einen mit veränderten Konditionen aufsetzen, ist für den Vermieter ausgeschlossen.

„Zahl mir einfach bisschen Schmerzensgeld“, zwinkert mir Emir zu, als ich an einem Samstagmorgen vor unseren Briefkästen erzähle, dass wir wahrscheinlich ausziehen müssen. Dann würde er das mit dem Vertrag schon für uns regeln. Dass das nicht so einfach ist, weiß er so gut wie alle anderen im Haus. Viele kennen sich seit Jahren, wir unterhalten uns im Flur, leihen uns Mehl, Putzmittel und Werkzeug, beschenken uns zum Nikolaustag und organisieren gemeinsam Sommerfeste.

Auch sie haben oder hatten schon häufig Probleme mit unserem Vermieter. Viele haben sich gewehrt, allerdings nie gemeinsam. Einzelne haben ihn vor Gericht getroffen, wegen falsch bemessenen Quadratmeterzahlen, wegen unzulässigen Mieterhöhungen. Probleme, die entstehen, weil er möglichst wenig Geld ausgeben und möglichst viel Geld an den Bewohner*innen seiner Häuser verdienen will.

Wie hemmungslos unser Vermieter vorgeht, erfahre ich beim Feierabendkaffee in Arianas Wohnung. Vier Jahre Berlin, vier Umzüge: „Das ist die Realität in dieser Stadt“, sagt Ariana, „besonders für Menschen, die kein Deutsch sprechen“. So wie sie. Tatsächlich wird Sprache in der Berliner Studie am häufigsten als Hürde im Zugang zu Wohnraum benannt. Umso glücklicher seien Ariana und ihr Mann gewesen, als sie nach mehreren möblierten Zwischenmieten endlich die Zusage für ihre Wohnung bekamen. Dabei zahlen sie knapp 1.500 Euro warm für 80 Quadratmeter. Umfragen im Haus ergeben, dass andere für dieselbe Fläche und Ausstattung über 500 Euro weniger zahlen.

Ariana und ihr Mann könnten gegen ihre hohe Miete rechtlich vorgehen. Emir und andere Nachbar*innen waren dabei schon erfolgreich, erzählen sie in unserer Hausgruppe auf Telegram, und geben den beiden Tipps. Über das Onlineportal der Berliner Senatsverwaltung könnten sie ihre Wohnung mit dem Berliner Mietspiegel vergleichen. Zahlen sie zu viel, könnten sie ihre Miete mithilfe einer Mieterorganisation anfechten. Unsere Hausgemeinschaft empfiehlt den Mieterschutzbund und den Berliner Mieterverein. Auch die Berliner Bezirksämter beraten kostenlos.

Das Problem bleibt allerdings: Ziehen Menschen, die sich erfolgreich gegen Missstände gewehrt haben, aus, können Vermieter dieselben Praktiken bei den Nachmieter*innen versuchen. Das begründet auch, warum so viele Menschen in der Stadt ihre langjährigen Wohnungen behalten und untervermieten. Wer eine Wohnung aufgibt, kann damit rechnen, dass der Vermieter Renovierungen oder Modernisierungen veranlasst, um sie deutlich teurer neu zu vermieten – eine der häufigsten Strategien, um die Mietprelsbremse zu umgehen.

Ein heißer Donnerstagmorgen im Juli, ich treffe mich mit Florian Schmidt zu einem Spaziergang durch den Kiez. Seit 2016 ist der grüne Kommunalpolitiker Bezirksstadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg, aktuell für Bauen, Planen und kooperative Stadtentwicklung. Früher setzte er sich als Aktivist für soziales Wohnen in Städten ein. „Wir müssen auf mehreren Baustellen den Stecker ziehen“, sagt er. Aktuell hätten Vermieter zu viele Möglichkeiten, ihre Wohnungen dem regulären Mietmarkt zu entziehen. Eine davon ist die gewerbliche Vermietung an Kurzzeitmietende.

„Fully furnished, student-friendly apartments with a simple, transparent, stress-free move-in“, wirbt etwa das Unternehmen Shree Living auf seiner Website: vollmöblierte, studifreundliche Wohnungen, stressfreier Einzug. Zielgruppe sind internationale Studierende oder Berufstätige, die

„

Müssen wir hinnehmen, dass Lolas Boiler monatelang nicht repariert wird, dass unsere Tür nicht mehr richtig schließt, dass viele in unserem Haus sich noch nie wirklich sicher fühlen konnten in ihrem eigenen Zuhause?

nur wenige Monate in Deutschland bleiben. Allein in meiner Nachbarschaft – Schmidt zeigt um sich – sind ihm mehr als zwölf solcher Wohnungen gemeldet worden. Er geht von einer sehr hohen Dunkelziffer aus.

Seit einigen Monaten ist unser Haus auch das von Rohan, Sharma und allem Anschein nach vier oder fünf weiteren Kollegen. Sie arbeiten als Essenslieferanten, nachts stehen ihre Fahrräder aufgereiht vor unserem Haus. Sie scheinen nicht genug Schlüssel zu haben, oft klingeln sie oder warten vor der Tür, bis jemand von uns aufschließt. Warum sie das machen müssen und wem sie monatlich wie viel Geld zahlen, all das weiß ich nicht. Für ein Gespräch hätten sie keine Zeit, eine Nachricht bleibt unbeantwortet.

Sich entweder einem ausbeuterischen System ausliefern oder einzeln kämpfen, sind das unsere Optionen? Müssen wir hinnehmen, dass Lolas Boiler monatelang nicht repariert wird, dass unsere Tür nicht mehr richtig schließt, dass viele in unserem Haus sich noch nie wirklich sicher fühlen konnten in ihrem eigenen Zuhause? Lola erzählt mir, sie hätte ihre letzte Mieterhöhung einfach akzeptiert, und ich verstehe sie gut. Ohnmacht bedeutet Machtlosigkeit, und wer sich machtlos fühlt, wird kraftlos, wird müde.

Aus Sicht der Mieter*innengewerkschaft Berlin (MGB) darf genau das nicht passieren. Das bestehende System, sagen ihre Organisator*innen, verlässt sich darauf, dass es bei vereinzelt Konflikt und Kämpfen bleibt. Einzelne Mieter lassen sich beraten, einzelne legen Widerspruch ein oder ziehen vor Gericht, einzelne feiern Erfolge. Die meisten aber bleiben aus Angst vor Konsequenzen still. Um dieses Muster zu durchbrechen, setzt die Mieter*innengewerkschaft sich zum Ziel, Mieter*innen dauerhaft zu organisieren – ähnlich wie es Verdi etwa bei Hebammen oder Pfleger*innen tut. Dafür haben sie Methoden aus Arbeitskämpfen übernommen und auf das Verhältnis zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen übertragen – ganz so wie Gewerkschaften eben.

„Immer weniger Menschen können sich auf stabilen Mietverhältnissen ausruhen“, sagt Camille. „Deshalb müssen wir uns zusammenschließen.“ Gemeinsam mit einem weiteren Mitglied der Ortsgruppe Neukölln der MGB, der hier Phil heißen soll, sitzt sie an einem lauen Abend im Juli in der Roten Lilly, seit 2022 Nachbarschaftstreffpunkt mit Kiez-Kantine und Beratungsangeboten. Jeden Monat kommen sie hier zusammen, um sich und interessierte Mieter*innen in einem offenen Treffen zu beraten.

Camille, Phil und ich sind Verbündete. Wir alle wohnen seit Jahren gezwungenermaßen inoffiziell zur Untermiete. Scheint so, als würden auch Menschen, die aktiv gegen die Missstände auf dem Mietmarkt vorgehen, nicht wirklich gegen ihn ankommen? „Wenn es primär darum geht, sein Zuhause als Untermieter nicht zu verlieren, ist es eigentlich immer die bessere Idee, den alten Vertrag zu halten“, sagt Camille. Das Dilemma: Zwar gibt es rechtliche Schutzmechanismen für Untermieter*innen, nur greifen sie in der Praxis kaum. Wer auf sich und seine Situation aufmerksam macht, riskiert ein Ende des Hauptmietvertrags.

Wenn sich aber, wie in unserem Haus, Forderungen und Mängel häufen, lohne es sich in vielen Fällen, Druck auf den Vermieter auszuüben. Im Kampf gegen die Hausverwaltung Blaczko aus Berlin hat das schon gut funktioniert. Kurz nachdem das Verfassungsgericht 2021 den Berliner Mietendeckel gekippt hat, forderte Blaczko die Bewohner*innen ihrer Häuser auf, die zuvor abgesenkten Mieten unverzüglich nachzuzahlen, und legte ihnen nahe, sich schon mal auf ihren Auszug vorzubereiten. Unterzeichnet war das Schreiben mit „FY“, also dem englischen Akronym für „Fuck You“. Stattdessen gingen Mieter*innen aus mehr als 20 Berliner Häusern auf die Barrikaden und gründeten gemeinsam mit der Mieter*innengewerkschaft die „Initiative Blaczko Mieter:innen“.

Zunächst mussten sie herausfinden, wer von den Drohungen überhaupt betroffen war. Die Mieter*innengewerkschaft hilft in dieser ersten Phase des Kampfes, verschiedenste Häuser miteinander zu vernetzen. Dabei sei es von Vorteil, wenn sich eine kleine Arbeitsgemeinschaft bildet und mindestens drei Menschen der MGB beitreten. Monatliche Beiträge beginnen in der Regel ab fünf Euro, wer nicht zahlen kann, zahlt nicht.

Wie so oft waren das bei Blaczko keine Einzelfälle, sondern Teile eines Systems: Mieten, die teils deutlich über dem Mietspiegel liegen, Wohnungen, die auf fragwürdige Weise teigewerblich und befristet vermietet wurden, und Reparaturen, die über Monate ohne Begründung ausblieben. In einer Mieter*innenversammlung wurden individuelle Probleme zu gemeinsamen. Am 10. Mai 2021 übergaben die Mieter*innen ihren kollektiven Forderungsbrief an die Hausverwaltung. Eine Woche warteten sie auf eine Antwort. Sie kam nicht.

Sollte der Vermieter nicht fristgerecht antworten, sieht die Mieter*innengewerkschaft eine schrittweise Eskalation vor. Je nach Fall sucht sie zunächst das persönliche Gespräch. Falls das nicht hilft, wird Druck durch öffentliche Aktionen aufgebaut. Als Blaczko-Mieter*innen begannen, Flyer zu verteilen und Nachbar*innen über ihre Rechte

zu informieren, standen plötzlich Sicherheitsleute vor den Häusern. In mehreren Gebäuden seien die Klingelanlagen abgestellt worden, Aktivist*innen erhielten Hausverbot.

Die Mieter*innengewerkschaft wertete all das als Zeichen dafür, dass ihr Handeln Wirkung zeigte, schreibt sie auf ihrer Website. Sie veranstaltete Demonstrationen und hielt an ihren Forderungen fest. Gleichzeitig begannen Mieter*innen, rechtlich gegen Blaczko vorzugehen, etwa im Falle von teigewerblichen Verträgen. 2022 bestätigte das Landgericht Berlin die Entscheidung zugunsten einer Mieterin: Die Miete müsse sich am Mietspiegel orientieren, weil die Wohnnutzung überwiege. Für die Klägerin bedeutete das eine Rückzahlung von rund 5.700 Euro.

Auch hatte die Mieter*innengewerkschaft bei mehreren Blaczko-Wohnungen den Verdacht, dass Mitarbeiter*innen diese anmieten, um sie an die tatsächlichen Bewohner*innen unterzuvermieten. So konnten Mieter*innen leichter unter Druck gesetzt werden. Auch hier entschied das Gericht weitgehend zugunsten der Klagenden. Entscheidend waren dabei auch die zuvor zusammengetragenen Informationen und Belege der Gruppe.

Mieter*innengewerkschaften gibt es überall in Europa. Als Vorreiter gilt die schwedische Mieter*innengewerkschaft Hyresgästföreningen, die schon seit über 100 Jahren mit Eigentümer*innen und Politik tarifliche Mieten verhandelt. Auch in Spanien organisieren sich seit Jahren Tausende Mieter*innen unter anderem in Barcelona und Madrid. Man erkennt sie an lauten Megafonen, orangefarbenen T-Shirts und Warnwesten mit der Aufschrift „Gewerkschaft der Mieterinnen und Mieter“. Den Anfang in Deutschland machte 2019 Frankfurt am Main. Die Berliner Gewerkschaft wurde im September 2020 von einem Dutzend Aktivist*innen aus dem Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn gegründet, inzwischen gibt es Ortsgruppen in Neukölln, Moabit, Pankow und seit Kurzem auch in Kreuzberg.

Doch angesichts der vielen Missstände in der Stadt bleibt die Berliner Gewerkschaft bis heute vergleichsweise klein. Auf inzwischen rund 300 Mitglieder innerhalb von fünf Jahren zu wachsen, sei ein großer Erfolg, erwidert Camille. Andere berichten, dass es der Berliner Initiative gerade nicht so gut gehe. Zwar funktionierten einzelne Kämpfe, die Gesamtstruktur laufe jedoch „im Minimalbereich“. Mitgliederversammlungen würden nur wenige besuchen. Es fehle an Austausch und gemeinsamer Strategie.

Gerade Menschen in prekären Wohnsituationen dürften aus Sorge vor Konsequenzen häufig zurückschrecken, sich zu organisieren. Oder überhaupt gegen ihre Vermieter vorzugehen. So geht es auch Ariana. „Ich habe einfach sehr viel Angst“, sagt sie, als ich ihr beim Kaffee von meinem Besuch bei der Mieter*innengewerkschaft erzähle. Ich denke an Rohan und Sharma und andere Nachbar*innen, die nicht mal mit mir sprechen wollten. Ariana ermutige ich, sich erst mal unverbindlich wegen ihrer hohen Miete beraten zu lassen: „Da kann dir nichts passieren.“ Sie nickt und guckt so, als wolle sie mir das glauben.

So ist das in unserem Haus. So viel wir uns auch informieren und unterstützen, so selten führt all das zum nächsten Schritt. Ich bin meinen Nachbar*innen um ihren mentalen Beistand der vergangenen Wochen sehr dankbar. Aber um unseren Vermieter gemeinsam unter Druck zu setzen, ist unser Zusammenhalt wohl einfach nicht stark genug. Wir sind alle viel beschäftigt, mit Kindern, mit politischer Arbeit, mit dem eigenen Kopf. Viele im Haus sind da froh, halbwegs bezahlbaren und sicheren Wohnraum zu haben. Auch ich wäre das.

Florian Schmidt reicht das nicht aus, er wolle den Markt „zusammenbrechen lassen“, sagt er. Im Juni führte die Berliner Senatsverwaltung erstmals einen Mietscan durch, ein automatisiertes Verfahren, das Wohnungsinserate systematisch auf überhöhte Mieten sowie Verstöße gegen die Mietprelsbremse kontrolliert und entsprechende Vermieter kontaktiert. Einen Schritt weiter würde der „Vermieterpass“ gehen, für den sich Schmidt einsetzt. Darin müssten Vermieterinnen angeben, welche Wohnungen sie zu welchen Konditionen vermieten. Vor drei Jahren gründete Schmidt zudem die „Arbeitsgemeinschaft Problemimmobilien“. Sie soll Fälle bündeln, in denen Häuser systematisch vernachlässigt, in denen Mieter*innen mit verschiedenen Tricks unter Druck gesetzt werden.

Ob solche Strategien ausreichen, um den Berliner Mietmarkt langfristig gerechter zu machen? Um zu verhindern, dass auch meine Nachmieter*innen bald 1.500 Euro Miete zahlen? Um mir zu ermöglichen, endlich einen Mietvertrag zu bekommen? Ich werde wohl eine andere Wohnung finden, aber um sie zu meinem Zuhause zu machen, will ich mit meinen neuen Nachbar*innen in Kontakt kommen. Ich will wissen, unter welchen Umständen sie leben, wie es ihnen geht. Und wenn wir das müssen, will ich gemeinsam mit ihnen kämpfen.

Florian Schmidt und ich bleiben stehen. „Das ist unser Haus“, sage ich, während zwei Lieferfahrer sich auf ihre Fahrräder schwingen, und er sagt: „Ein schönes Haus.“

Kenn deine Rechte

Horrende Preise, unzählige Befristungen, Vermieter:innen, die sich nicht kümmern – ein besserer Mietmarkt verlangt eigentlich große Lösungen. Doch bis die umgesetzt werden, braucht es selbstbewusste Mieter:innen. Eine Anleitung zum Widerstand

Von **Hannah Marlene Göschel**



1 Zahle ich zu viel Miete? Und wenn ja, was kann ich dagegen tun?

Ob dem so ist, kann man leicht online ausrechnen, indem man nach dem Mietspiegel für die eigene Stadt sucht. Dort gibt man alle wichtigen Daten zur Wohnung ein und erhält im Ergebnis die Vergleichsmiete ähnlicher Wohnungen der Gegend. Zu viel Miete zahlt man, wenn die eigene Nettokaltmiete mehr als zehn Prozent darüber liegt. Das regelt die Mietpreisbremse. Wenn sich aus der Berechnung ergibt, dass die eigene Miete zu hoch ist, kann man die Miete rügen. Das geht einfach per Mail, am besten mit dem Ergebnis der Miet-

nicht. „Da muss es aber wirklich umfangreich sein“, sagt Rohrlack. „Neu gestrichene Wände und eine neue Badewanne reichen da nicht.“ Die vierte und schwierigste Ausnahme: Wenn es vor dem eigenen Mietvertrag schon mal eine Vormiete gab, die legal über dem Mietspiegel lag, dann gilt die Preisbremse auch nicht. „Da lügen Vermietungen oft und berufen sich auf ältere und noch ältere Vormieten, die häufig auch nicht legal sind. Dann ist es gut, sich Beratung zu holen“, sagt Rohrlack. Angebote für kostenlose Rechtsberatung sind online leicht zu finden. Und: Rügt man die Miete innerhalb der ersten 30 Monate nach Abschluss des Mietvertrags erfolgreich, bekommt man zurück, was man vorher zu viel gezahlt hat.

„Ich kann als Mieter auch erst mal nichts tun“, sagt Benjamin Raabe, ebenfalls Mietrechtsanwalt in Berlin. „Solange kein Gericht rechtskräftig bestimmt hat, dass ich zustimmen muss, schulde ich keine Miete. Und kann auch nicht gekündigt werden“, sagt er. „Es macht allerdings auch keinen Sinn, sich verklagen zu lassen, wenn alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind und man keine Chance hat, zu gewinnen.“ Denn wenn man verliert, muss man alle Gerichtskosten tragen. Widerspruch ist aber nicht immer aussichtslos. Rohrlack rät dazu, sich eine Rechtsschutzversicherung zu besorgen. „Am besten gleich bei einem Mieterverein eintreten. Dort bekommt man nicht nur gute Beratung, sondern ist auch rechtsschutzversichert. Dann kann man einfach versuchen, Erhöhungen anzufechten und fällt weich.“

3 Schimmel, klirrende Kälte im Winter oder Dauerlärm: Wann habe ich das Recht auf eine Mietminderung?

Sobald es einen erheblichen Schaden in der Wohnung gibt, kann man die Miete mindern. Außer man hat ihn selbst verursacht. Auch bei Bagatellen, also kleinen Schäden, hat man kein Recht, weniger zu zahlen. Dennoch ist die Vermietung aber zur Instandhaltung der Wohnung verpflichtet und muss sich drum kümmern, auch kleine Dinge zu beheben. Manchmal ist schwer festzustellen, ob Mieter:in oder Vermieter:in für einen Schaden verantwortlich sind, deshalb rät Rohrlack zu einer Hausratversicherung, die zumindest einige Schäden übernehmen kann. Hat man aber ein Recht auf Mietminderung, muss zuerst die Vermietung über den Mangel informiert werden. „Ab dem Zeitpunkt, indem die davon wissen, gilt die Minderung“, sagt Raabe. Am besten macht man das schriftlich, damit man nachweisen kann, dass man Bescheid gegeben hat. Dann setzt man eine realistische Frist, in der der Mangel beseitigt werden soll. Man sollte aber nicht einfach weniger Miete zahlen, sondern etwas schreiben wie: „Ich

möchte Mietminderung geltend machen. Deshalb zahle ich meine Miete erst mal unter Vorbehalt.“ Denn wie viel weniger Miete welcher Schaden bedeutet, ist nicht so leicht herauszufinden. Man kann der Vermietung einen angemessenen Vorschlag für die Mietminderung machen. Zahlt man aber einfach weniger, riskiert man, die Wohnung zu verlieren.

4 Wie kann ich mich gegen eine Eigenbedarfskündigung wehren?

Bevor man sich vor einer Eigenbedarfskündigung fürchtet, sollte man sich fragen, wer der eigene Vermieter ist“, sagt Rohrlack. Denn nur eine natürliche Person, also ein echter Mensch, kann Eigenbedarf anmelden, ein Wohnungskonzern nicht. Auch sonst gilt, dass der Eigenbedarf stimmen muss und nicht nur ein Vorwand für die Kündigung sein darf. Wenn man einen begründeten Verdacht dazu hat, sollte man sich wehren und sagen, man glaubt nicht, dass die Vermietung selbst in die Wohnung will. „Dann geht’s meistens vor Gericht“, sagt Rohrlack. Selbst wenn es stimmt und zum Beispiel die Tochter der Vermieterin einziehen will, hat man ein Widerspruchsrecht. Und zwar, wenn ein Auszug eine besondere Härte darstellen würde. Zum Beispiel wegen Krankheit oder, weil man keine andere Wohnung zu angemessenen Bedingungen finden kann. Verhalten sich Mieter:innen immer vertragstreu, ist eine Eigenbedarfskündigung oft der einzige Weg für die Vermietung, sie loszuwerden. Deshalb gilt hier besonders: beraten lassen!

5 Was kann ich gegen teure möblierte Wohnungen und befristete Mietverträge tun?

Es hält sich das Gerücht, dass die Mietpreisbremse für möblierte Wohnungen nicht gilt. Das stimmt nicht. Die Vermietung kann zwar einen Aufpreis für Möbel verlangen, der muss aber angemessen sein. Auch hier kann man eine zu hohe Miete rügen. Eine Ausnahme gilt, wenn der:die Vermieter:in ebenfalls in der Wohnung wohnt. Auf so engem Raum gelten Gesetze wie Mietpreisbremse und Kündigungsschutz tatsächlich nicht. Mieten auf Zeit sind oft Trickse-

reien. Denn grundsätzlich sind Mietverhältnisse unbefristet. Nur wenn Mieter:in und Vermieter:in von Anfang an im Vertrag festlegen, dass sie beide eine zeitliche Begrenzung wollen, ist das rechtmäßig. „Bei so einem ‚vorübergehenden Gebrauch‘ geht es meist um urlaubsähnliche Aufenthalte oder kurzfristige Praktika“, sagt Rohrlack. „Vermiete ich einem Studenten eine Wohnung teuer nur für drei Monate, obwohl er zwei Jahre studiert, dann ist das kein vorübergehender Gebrauch. Das geht nicht, da kann man sich wehren.“

Eine zeitliche Begrenzung ist auch möglich, wenn die Vermietung nach einer gewissen Zeit selbst einziehen will oder in ein paar Monaten einen erheblichen Umbau plant. Rohrlack sagt: „Das muss aber auch wieder stimmen und muss in den Vertrag. Als erheblicher Umbau reicht auch hier kein bloßes Wandestreichen.“

6 Meine Betriebskostenabrechnung ist verärgert hoch. Was tun?

Am besten schaut man selbst in die Belege rein und rechnet nach, ob die Ausgaben wirklich so stimmen. Dafür kann man bei der Vermietung Belegeinsicht anfordern. „Das ist oft aktig, lohnt sich aber“, sagt Raabe. Denn nur für das, was vertraglich vereinbart ist, muss ich als Mieter:in zahlen. Nachdem man die Abrechnung erhält, hat man ein Jahr Zeit, sich die Belege genauer anzuschauen, bevor man nachzahlen muss.

7 Ich will untervermieten, meinen Kindern die Wohnung übergeben oder mir einen Hund zulegen – wie ehrlich muss ich zu meiner Vermietung sein?

Wer die eigene Wohnung nicht riskieren will, muss ehrlich sein, da sind sich Rohrlack und Raabe einig. Eine Untermiete muss man sich genehmigen lassen. Hat man legitime Gründe dafür – wenn man sich etwa die Miete allein nicht mehr leisten kann oder für ein paar Monate ins Ausland geht – muss die Vermietung dem zustimmen. Ein Mietverhältnis einfach so an die eigenen Kinder weiterzugeben, ohne die Vermietung zu informieren, geht nicht, Ausnahmen sind Tod und Scheidung. Mieter:innen müssen der Vermietung aber nicht alles erzählen. Zum

Beispiel, ob sie Gewerkschaftsmitglied sind – damit hat die Vermietung nichts am Hut. Über mein Einkommen muss ich sie schon informieren. Bei nahezu allem, was man als Mieter:in so verheimlicht gilt, dass man riskiert, gekündigt zu werden. Strafrechtliche Konsequenzen wie Geld- oder Gefängnisstrafen gibt es aber in den allermeisten Fällen nicht.

8 Was mache ich, wenn ich vor Gericht muss?

Unbedingt Unterstützung suchen. Denn vor Gericht sind zwei Dinge wichtig: den Sachverhalt präzise vorzutragen und die Spielregeln eines Gerichtsprozesses kennen. Kommt man nicht aus der Juristerei, ist Letzteres natürlich schwierig. „Deshalb ist es ratsam, sich einen Anwalt zu holen“, sagt Rohrlack. Kann man sich das nicht leisten, ist es möglich, Prozesskostenhilfe zu beantragen – davon werden Gerichts- und Anwaltskosten gedeckt. Wird man verklagt, kann aber keine:n Anwält:in finden, sollte man sich dennoch Rechtsberatung suchen. „Da kann es hilfreich sein, den Sachverhalt erst mal gemeinsam mit KI aufzuschreiben und mit diesem Schrieb zu einer Rechtsberatung zu gehen“, sagt Rohrlack. Mieter:innen sollten aber auf keinen Fall das ganze Rechtsverfahren mithilfe von KI führen. „Aber wenn man schon mal etwas vorgeschrieben hat, erleichtert das die Rechtsberatung und spart Zeit.“ Auf jeden Fall solle man nicht allein vor Gericht gehen und sich etwa in der Familie oder von Freund:innen emotionale Unterstützung suchen. Davon, selbst zu klagen, müsse man keine Angst haben, sagt Raabe. „Im Mietrecht geht es ja eigentlich nicht ums Gefängnis. Da gibt es auch keinen Eintrag ins Führungszeugnis. Es ist einfach ein Konflikt zwischen Bürgern.“

9 Was sind die wichtigsten Tipps für Mieter:innen?

Erstens: Nichts unterschreiben, was man nicht versteht. Zweitens sollte man der Vermietung gegenüber besser misstrauisch bleiben und Beweise für alle möglichen Absprachen sammeln. Dazu gehört, bei Ein- und Auszug Fotos von der Wohnung zu machen. Und: „Hört auf nur zu telefonieren!“, sagt Rohrlack. In Auseinandersetzungen zählen nur schriftliche Absprachen. Der dritte und letzte Tipp: einem Mieterverein beitreten. Denn mit guter Beratung und Rechtsschutzversicherung sei man gut für Konflikte gewappnet.

Anzeige

Klick to the Future



Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien

taz.de/teamzukunft



spiegelberechnung im Anhang. „Leider ist die Mietpreisbremse aber komplizierter als das“, sagt die Berliner Mietrechtsanwältin Daniela Rohrlack. „Das Gesetz legt mehrere Ausnahmen fest – da versuchen Vermietungen sich oft aus der Mietpreisbremse rauszumogeln.“ Die Mietpreisbremse gilt nicht für Verträge, die vor ihrer Einführung 2014 geschlossen wurden. Und auch nicht für Neubauten – damit meint das Gesetz alle Wohnungen, die ab Herbst 2014 erstmals bezogen wurden. Auch bei umfangreichen Modernisierungen gilt die Mietpreisbremse

2 Schon wieder eine Mieterhöhung. Wann ist das rechtens? Und kann ich widersprechen?

Die Vermietung darf die Miete innerhalb von drei Jahren um maximal fünfzehn Prozent erhöhen. Entweder fünfzehn Prozent auf einen Schlag, und dann drei Jahre warten, oder jedes Jahr um fünf Prozent. Das geht wieder bis zur Vergleichsmiete – keinen Euro höher. Wenn das eingehalten wird, muss man der Erhöhung zustimmen. Manchmal ist aber auch unklar, ob beide Voraussetzungen für eine Mieterhöhung wirklich gelten.

der anstoß

Rot ist die Farbe der Hoffnung



Ein marxistisches Traumschlösschen: Der 1.050 Meter lange Wohnkomplex Karl-Marx-Hof bei seiner Eröffnung im Oktober 1930 in Wien
Foto: Brandstaetter Images/ akg-images

ellrote Fassaden. Torbögen. Kein Schnickschnack an Fenstern oder Balkonen. Nur ein paar schlichte Keramikfiguren über den Rundbögen und im Hof die Bronzestatue eines säenden Bauern. Die Gebäude des Karl-Marx-Hofs in Wien erinnern an eine moderne Burg. Eine sehr lebensnahe, denn sie bietet gemütliche und erschwingliche Wohnungen, kurze Wege, Apotheken, Kindergärten, Wäschereien direkt auf dem Gelände. Der bis heute längste zusammenhängende Wohnbau der Welt steht ikonisch für den Wiener Gemeindebau, auf den so manche europäische Hauptstadt neidisch blickt. Entstanden ist das Wiener Modell zur Zeit des „Roten Wien“. Nach dem Ersten Weltkrieg sind in der österreichischen Hauptstadt vor allem Arbeiter:innen in großer Not, leiden unter Hunger, die Wohnungen sind knapp. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) verspricht Besserung: kommunale Hilfen und einen klaren Plan für den städtischen Wohnungsbau. Am 4. Mai 1919 ziehen sie mit einer absoluten Mehrheit ins Parlament ein. Wien wird rot. Erst versucht es die vom Bürgermeister Karl Seitz geführte Regierung mit steuerlichen Anreizen für privaten Wohnungsbau – ohne Erfolg. Also beschließt sie 1923 den Bau von 25.000 kommunalen Wohnungen. 1926 sind es dann noch mehr, darunter auch die 1.382 Wohneinheiten im Karl-Marx-Hof, der vier Jahre später feierlich eröffnet wird.

Die Wohnungen in den sogenannten „Superblocks“ bestehen aus einer Wohnküche, einem Zimmer, manchmal einem zusätzlichen Kabinett, und haben eine eigene Inentoilette. Alles auf 38 bis 48 Quadratmetern. Die Architekt:innen legen viel Wert auf natürliches Licht in den Räumen und auf große, begrünte Innenhöfe. Die sollen die Solidarität und das Gemeinschaftsgefühl unter den Nachbar:innen stärken. Die Gemeindewohnungen werden nach einem Punktesystem vergeben. Eine soziale Bedürftigkeit wie Arbeitsplatzverlust, Kriegsinvalidität oder Wohnungslosigkeit verschafft einen Vorteil bei der Vergabe. Die Mietkosten sind streng begrenzt. 1926 betragen sie etwa 4 Prozent des durchschnittlichen Monatseinkommens von Arbeiter:innen. Das kann sich die Stadt Wien vor allem wegen ihres Steuersystems leisten. Luxussteuern auf Autos, Pferderennen, Hauspersonal und eine Wohnbausteuer für private Hausbesitzer:innen bringen genug Geld ein, lassen Arbeiter:innenhaushalte aber weitgehend unberührt. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 gerät das Rote Wien in Schwierigkeiten. Die Einnahmen sinken und die österreichische Regierung setzt die Stadt unter Spardruck. Die Wiener Stadtverwaltung versucht, ihre Wohnungspolitik aufrechtzuerhalten, aber 1934 eskaliert der Konflikt zwischen Stadt und Bundesregierung. Die Arbeiter:innenbewegung wird vom österreichischen Militär niedergeschlagen, die

SDAP verboten, der Wiener Gemeinderat aufgelöst. Das arbeiter:innenfreundliche Steuersystem und der kommunale Wohnungsbau werden zurückgebaut. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Wohnbaupolitik des Roten Wiens weitergeführt. Schnell können die vom Krieg beschädigten Gemeindebauten repariert und neue gebaut werden. Schon zehn Jahre nach Kriegsende sind 50.000 neue Gemeindewohnungen fertig. Und heute? Ist Wien vielleicht nicht mehr so feuerrot wie damals. Auch in Österreichs Hauptstadt ist es für Studierende und Menschen, die aus dem Ausland dorthin ziehen, schwer, bezahlbare Wohnungen zu finden. Denn wer einmal in einer Gemeindewohnung lebt, zieht so schnell nicht mehr aus. Der soziale Wohnungsbau der 1920er und 30er Jahre prägt das Wiener Stadtbild bis heute. Sie hat die stadteigenen Mietwohnungen nie an private Konzerne oder Eigentümer verkauft. Auch heute fließt ein recht hohes Budget in den öffentlich subventionierten Wohnungsbau. Das Versprechen von Karl Seitz bei der Eröffnung des Karl-Marx-Hofs 1930 scheint sich bewahrt zu haben: „Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.“ Hannah Marlene Göschel

Wie beginnt Veränderung?
An dieser Stelle erzählen wir jede Woche von einem historischen Moment, der etwas angestoßen hat.



doppelblind Warum Klimaskepsis in Deutschland steigt – und was dagegen hilft

Neue wissenschaftliche Studien stellen wir jede Woche an dieser Stelle vor – und erklären, welchen Fortschritt sie bringen. Sie wollen die Studie im Internet finden? Jede hat einen Code, hier lautet er: doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2026.103202

Worum geht's?
Immer größere Teile Europas brennen, immer mehr Menschen sterben an der Hitze. Schuld ist der zunehmende Klimawandel. Und verantwortlich für den Klimawandel ist der anhaltende CO₂-Ausstoß der Menschheit. Trotzdem hält sich auch in Deutschland die Skepsis: War es nicht immer schon heiß? Ist das wirklich ein großes Problem? Selbst wenn sich das Klima verändert: Wie viel Anteil kann der Mensch daran schon haben? Die Zahl dieser Klimaskeptiker*innen ist im Laufe der 2010er Jahre kontinuierlich gesunken. Bis 2023: Damals stellten verschiedene Umfragen einen Anstieg der Klimaskepsis fest.

Die Studie
Eine Studie im Fachjournal Global Environmental Change hat diesen Sprung zwischen 2022 und 2023 untersucht. Die beiden Flensburg-Autor*innen haben dafür Daten des GESIS-Panels genutzt, bei dem etwa 3.000 Erwachsene in Deutschland jedes Jahr befragt werden. Interessiert hat die Forschenden, ob die Teilnehmenden den Klimawandel für real halten, seine Folgen für gefährlich und den Einfluss des Menschen aufs Klima für ausschlaggebend. Sie wollten aber auch wissen, ob die Befragten die Energiewende und den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas sowie die CO₂-Steuer und steigende Preise für klimaschädliche Produkte befürworten. An all den Punkten maßen sie „Klimaskepsis“. „Das ist nützlich, weil es klar macht, dass Skepsis verschiedene Aspekte beinhaltet“, sagt der Politikwissenschaftler Jan Eichhorn, der nicht an der Studie beteiligt war. „Es macht einen Unterschied, ob jemand vorsichtiger bei den aktuellen Klimaschutzmaßnahmen wird oder den Anteil des Menschen am Klimawandel unterschätzt.“ Das Ergebnis der Studie: 59 Prozent der Teilnehmer*innen wurden über die diversen Aspekte hinweg skeptischer. Einer von vier Befragten stellte eher Klimawandel, Klimafolgen und menschlichen Einfluss infrage. Die Forscher*innen schreiben sogar, dass nicht nur die ohnehin Zweifelnden noch mehr zweifelten. Stattdessen beobachteten sie „eine Verschiebung breiter Schichten der Bevölkerung“. Entscheidend für wachsende Skepsis ist ihnen zufolge nicht Alter, Geschlecht oder Einkommen. Sondern wer politisch rechts stand, der Regierung misstraute und eher individualistisch und traditionsbewusst war, tendierte am ehesten zur Klimaskepsis. Und wegen des fossilen Energiepreisschocks 2022, der folgenden Inflation und der wirtschaftlichen Unsicherheit sei das Misstrauen in die Regierung gestiegen – beste Voraussetzungen für mehr Klimaskepsis.

Was bringt's?
„Klimapolitik ist kein unabhängiger Bereich, sondern man muss ihn mit anderen Sorgen zusammendenken“, schließt Eichhorn aus der Studie. „Besser wäre es, das gemeinsam anzugehen und auch so zu kommunizieren: Wir können die Wirtschaft stärken und gleichzeitig das Klima schützen.“ Ein Gegenmittel gegen Klimaskepsis ist also: Klimagerechtigkeit. Jonas Waack



mieten
kampf



genossenschaft
taz

Hartmut Idzko, Inken Behrmann
Genosse seit 2005, Genossin seit 2025

STAFFELSTAB TRIFFT MEILENSTEIN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem **Generationenprojekt** öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt

Anzeige

„Mein Vorschlag: Der Staat übernimmt die Kosten für den Ausbau der Verkehrswege der Bahn. So könnte die Bahn die Pünktlichkeit und den Service verbessern und mit dem Auto konkurrieren und den Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen steigern. Schließlich würde das auch dem Autofahrer zugute kommen ...“

E. Becker, taz-Leser

wortwechsel

Was hilft gegen Hitze und schlechte Laune?

Ein Schwimmbad für viel Geld vor dem Theater, Lüften statt Klimaanlage zu Hause. Und gegen die schlechte Laune hilft (manchmal) die taz.



Volksbad vor der Volksbühne in Berlin: Das löst aber nicht die Probleme der Schwimmbäder
Foto: David Baltzer/Agentur Zenit

Theater in die Bäder

„**Tauchen vorm Theater**“, *taz* vom 10. 8. 26
Der Volksbühnen-Intendant schenkt der hitzegeplagten Stadt Berlin mit ihren notorisch unterfinanzierten und rar gesäten Bädern vor dem Theater ein Pop-up-Freibad. Berichtet die taz und zitiert den Intendanten mit: Es sei „eine liebevolle Umarmung der Stadt Berlin“. Tolle Idee, aber etwas zu kurz gesprungen, angesichts der fast 25 Millionen Euro Subventionen für die Volksbühne Berlin. Die Ruhrfestspiele in meiner Heimatstadt Recklinghausen kosten nur rund ein Viertel. Die sind dafür auch ziemlich bieder und würden sich so ein neu gedachtes Theater wie das 25-Meter-Becken in Berlin niemals trauen. Aber auch der Volksbühnen-Intendant ist nicht der Mutigste. Warum macht er nicht sein Theater zur Obdachlosenunterkunft und schickt sein Ensemble – nach zuvor erteilter Unterweisung durch DLRG und Stadt – in die Berliner Bäder? Nicht nur zur Aufsicht, sondern auch als Sicherheits- und Putzkräfte! Der Theaterbetrieb wird im Gegenzug eingestellt und mit den eingesparten Millionen das eine oder das andere geschlossene Berliner Bad wiedereröffnet. Das wäre ein wirklich tolles neues Theater, so richtig nah bei genau dem Publikum, das man sonst nie erreichen würde! *Peter Lautsch, Recklinghausen*

Machbarkeitswahn

„**Rechenzentren im All: Wir müssen Wagnisse eingehen**“, *wochentaz* vom 8. 8. 26
Ich danke sehr für dieses Interview, das für mich am Schluss etwas auf den Punkt bringt, in welchen wahnsinnigen Zugzwängen wir meinen sein zu müssen. Die Frage vom Interviewer zielte darauf ab, ob es aus Umweltgründen nicht klüger wäre, auf die massive Steigerung von Satelliten im Orbit zu verzichten. Die Antwort war, mit meinen Worten, dass es noch andere „Umweltsünden“ gibt, die wir in Kauf

nehmen, und auch an dieser Stelle müssen wir mithalten, damit wir nicht das Nachsehen haben. Ja, in dieser entsetzlichen Klemme stecken wir, und ich möchte es mit einem Zitat aus dem Leserbrief „Feministische Kritik“ von Ulrike Müller, aus derselben taz beschreiben, obgleich es sich auf einen ganz anderen Inhalt bezieht: „Wann wird der menschliche/männliche Machbarkeitswahn reflektiert ...?“ *Jochen Künkele, Bielefeld*

Häme kontraproduktiv

„**Titelseite wochentaz**“, *wochentaz* vom 8. 8. 26
Liebe taz-Redaktion, auf der Titelseite findet ihr es erschreckend, dass im ARD-„Deutschlandtrend“ nur die AfD zulegt. Der überwiegende weitere textliche Teil der Seite widmet sich der Demontage des Kanzlers, indem ihr euch darüber lustig macht, dass der „unbeliebte Kanzler“ in seinem Urlaub keine Fehler begeht und diese möglichen Fehler auflistet. Ich möchte nun nicht behaupten, dass, was in der taz steht, irgendwelchen Einfluss auf den „Deutschlandtrend“ hat. Aber die Demontage der amtierenden Regierung, die im Grunde in den meisten Medien betrieben wird, gibt der AfD sicherlich Auftrieb. Mit Demontage meine ich nicht Hinterfragen und Kritik, sondern Häme. *Joachim Vögele*

Rechte Ökopolitik

„**Autoritär heißt heute, keine Regulierung zu akzeptieren**“, *wochentaz* vom 29. 7. 26
Isolde Charim behauptet in ihrer Kolumne, Marine Le Pen habe bislang zur „Phalanx der Klimawandelleugner“ gehört; die Politikerin wolle mit ihrem Vorschlag, Schulen, Spitäler und Altersheime mit Klimaanlage auszustatten, „die Symptome von dem, was es für sie nicht gibt, bekämpfen“. Es stimmt allerdings nicht, dass die Präsidentschaftskandidatin den menschengemachten Klimawandel

leugnet. Le Pen und ihre Partei unterscheiden sich in diesem Punkt sehr deutlich von der AfD und vielen anderen Rechtsaußenparteien. Das taten sie bereits, als der Rassemblement noch Front National und sein Vorsitzender Jean-Marie Le Pen hieß: Im Präsidentschaftswahlprogramm 2007 wurden eine menschengemachte Erderwärmung als Tatsache anerkannt und in der Konsequenz ein Ausbau sowohl erneuerbarer Energien als auch der Atomkraft (die man als CO₂-arme Technologie betrachtete) gefordert. Im Präsidentschaftswahlprogramm 2022 findet sich ebenfalls die Ansage, den Kampf gegen die Erderwärmung aufnehmen zu wollen. Schon in seinen Anfängen hat der Front National ökopolitische Akzente gesetzt – und Naturschutz diskursiv mit Heimatschutz verknüpft. Dass die Ökopolitik des Rassemblement National zum Teil völlig widersprüchlich ausfällt und die Abgeordneten der Partei mit ihrem Stimmverhalten – früher wie heute – die eigenen offiziellen Programmziele immer wieder konterkarieren, steht auf einem anderen Blatt. *Björn-Uwe Klein, Bad Laasphe*

Fokus auf Klimaanlage

„**Wo die Hitzeanpassung scheitert**“, *wochentaz* vom 8. 8. 26
Ich finde es gut, dass ihr euch dem Thema der belastenden Hitze in Wohnräumen annimmt. Woran ich mich aber etwas gestoßen habe, ist der vornehmliche Fokus auf Klimaanlage. Zwar gab es auch in einer vergangenen wochentaz einen Artikel über Alternativen zu diesen teuren und in der Gesamtbilanz eher energieaufwendigen Geräten, dieser ging aber über allgemein bekannte Informationen leider nicht hinaus. Ich würde mir einen Artikel wünschen, der sich grundlegend mit der Wärmeströmung beschäftigt und erörtert, wie man diese beispielsweise durch den Einsatz von Bodenventilatoren in der Nacht gezielt unterstützen könnte. Selbst in den sogenannten tropischen Nächten fällt das Thermometer deutlich und erreicht seinen Tiefpunkt zwischen 2 und 4 Uhr morgens, der meist auch in solchen Nächten dann um die 20 Grad liegt. In Deutschland und den meisten Teilen Europas kann man die (noch) natürlich gekühlte und trockene Nachtluft effizient in den Wohnraum „ziehen“, während man die warme Luft „rausdrückt“. *Christoph Lanzen, Gau-Odernheim*

Bobsens Späti

„**Hauptsache, Berge**“, *wochentaz* vom 8. 8. 26
Samstagsmorgen, Tee und erster Blick in die taz: AfD-Wahlprognose für Sachsen-Anhalt > 40 Prozent; Trump hat sein Vermögen seit seiner 2. Amtsperiode vervielfacht; in der kanadischen Provinz Manitoba verschwinden seit Jahrzehnten indigene Frauen und Mädchen. Meine morgendliche Stimmung kippt. Dann: Bobsens Späti. Vergleich der durch die Eiszeit entstandenen Berliner Platte mit den Kabuler Bergen und die Feststellung, dass Berlin eine „Mischung aus Naturgewalt und Sperrmüll“ ist. Ich muss – kann nicht anders – prustend lachen. Auswanderungsfantasien stelle ich (vorläufig!) zurück. Danke, Bobby. *Elke Wetzol, Frankfurt am Main*

meinungsstark

Begriff war NS-Propaganda

„**Hauptsache, ein Olympia mit dem Kürzel 36**“, *wochentaz* vom 1. 8. 26
Lieber Martin Krauss, vielen Dank für den informativen und gut recherchierten Artikel zur Geschichtsvergessenheit Berlins bezüglich der Propaganda-Olympiade von 1936. Ich schätze den Artikel sehr – und wundere mich umso mehr, dass Sie den Begriff „Machtergreifung“ verwenden. So tief, wie Sie in die Thematik eingestiegen sind, müssten Sie eigentlich wissen, dass der Begriff schlichtweg falsch ist: Die Nazis wurden gewählt, ihre Macht war demnach formal legalisiert. Überdies ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler der Koalitionsregierung aus NSDAP und DNVP. Tatsächlich wurde der Begriff „Machtergreifung“ von der NS-Propaganda geprägt, um den Eindruck eines revolutionären Siegs zu erwecken. Entsprechend kommt er in der Holocaust-Forschung nur dann vor, wenn man sich mit geschichtsklitternden oder -fälschenden Narrativen befasst. Auch im Haus der Wannaseekonferenz oder im Deutschen Museum wird nicht von „Machtergreifung“ gesprochen. *Beate Ziegls, Berlin*

Nicht reden, Probleme lösen

„**Wir müssen in der Lage sein, besser zu argumentieren**“, *wochentaz* vom 8. 8. 26
CDU soll besser argumentieren beim Kampf um die Köpfe, so Limininski, um aus der Defensive zu kommen. Dabei führt er Themen wie Wettbewerb und Verteidigung an. Da fasst man sich doch an den kritischen Kopf und denkt, in welcher Welt lebt der Mann? Er sieht nicht die eigentlichen Probleme wie zum Beispiel hohe Mieten, marode Schulen, Renten, Nahverkehr ect, die diese in Richtung AfD treiben. Da kann er weiter so abgehoben argumentieren, wie er will, dadurch wird keines dieser Probleme gelöst. *Peter Pönicke, Dortmund*

Schlecht recherchiert

„**Die Zeit nach dem großen O**“, *wochentaz* vom 8. 8. 26
Ich nörgle ja nicht so oft an der taz herum. Aber diesmal muss es sein. Der Artikel über die Neuansiedlungen auf dem alten Opel-Gelände in Bochum ist ja ganz nett geschrieben, aber leider auch ganz schlecht recherchiert.
Wieso bleibt der ganze Aspekt der Prekarisierung der Arbeit im Ruhrgebiet in der Folge des sogenannten Strukturwandels unbeleuchtet? Wieso findet die Verelendung weiter Teile der Region keine Erwähnung? Wieso wird der Frage nicht nachgegangen, welcher Art die neu entstandenen Arbeitsplätze zum Beispiel bei DHL ihrer Qualität und Bezahlung nach sind? Wieso kommt die IG Metall nicht zu Wort? Wieso Verdi nicht als für DHL zuständige Gewerkschaft? Lobeshymnen auf den angeblich seit 30, 40 Jahren gelingenden Strukturwandel im Revier bringt die regionale Presse des Funke-Konzerns schon in ausreichender Anzahl. Von der taz hätte ich Kritischeres erwartet. *Ulrich Breitbach, Oberhausen*

Keine Starallüren

„**Gespräch mit Inga Rumpf zum 80.**“, *wochentaz* vom 1. 8. 26
Tolles Interview mit einer der besten Rock- und Blues-sängerin Deutschlands. Keine Starallüren, keine Goldkettchen und sonstiges unnützes Zubehör und mit klarer Haltung. Auf vielen Platten von ihr kann ich sie noch hören. Leider viel zu selten in den öffentlichen Rundfunkanstalten. Da wird meist nur Mainstream, Gedudel und viel Gequassel serviert. *Heinz Schönberger, Kempten*

There is always hope!

„**Interview mit Rapper Apsilon**“, *wochentaz* vom 25. 7. 26
Bravo, taz! Danke für dieses Interview! Es bringt die Vielschichtigkeit der aktuellen politischen Lage auf den Punkt und zeigt einen klugen jungen Mann, der weiß, was er sagt und was er tut. There is always hope! *Inge Wessels, Wilhelmshaven*



**taz 🐾 die tageszeitung,
friedrichstraße 21
10969 berlin, briefe@taz.de**

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnen-briefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

korrekturen und klarstellungen

Mehr ist nicht immer besser

In der wochentaz vom 8. August 2026 berichteten wir in der Kultur über die AfD und ihre kulturpolitischen Pläne in Sachsen-Anhalt. Fördermittel der Kulturstiftung und Projektgelder des Landes sollen laut Wahlprogramm unliebsamen Kulturinstitutionen entzogen werden. Konkret erwähnt wird etwa das freie Bürgerradio Corax aus Halle, das derzeit Fördergelder unter anderem für fünf Teilzeitstellen nutzt. Wir schrieben fälschlicherweise erst, es seien 13. Trotz der Drohung bleiben die Macher*innen kämpferisch: „Egal was kommt, wir werden weiter Radio machen“, sagte ein Redakteur.

Leben auf Knopfdruck



Bislang war ich kein Fan des Miniatur Wunderlands. Ich habe mir die Ausstellung in Hamburg vor vielen Jahren ein Mal kurz angeschaut und fand sie langweilig und erschlagend. Umso erstaunlicher erscheinen mir die Besucher:innenzahlen: Pro Jahr kommen bis zu 1,5 Millionen Menschen. Das Miniatur Wunderland feiert seinen 25. Geburtstag, es ist ein voller Erfolg. Und ich frage mich: Was finden die Leute bloß daran?

Praktisch gesprochen finden sie einen Eingang im zweiten Stock eines roten Klinkerbaus in der Speicherstadt und dahinter eine Menge Superlative: die größte Modelleisenbahnanlage der Welt mit 16.500 Meter Schienen, 11.000 Fahrzeugen und 290.000 Figuren, jede so klein wie ein halber Daumen.

Gegründet hat das Miniatur Wunderland Frederik Braun, ehemals Diskothekenbetreiber, mit seinem Zwillingbruder, seinem Va-

ter und dem Mitbetreiber der Disco. Das klingt männerlastig, wie auch die Superlative männermäßig und nischig wirken. Es heißt, dass die Gründer das Ganze Miniatur Wunderland genannt haben, damit es auch Frauen anzieht. Guckt man sich um, dann ist die Rechnung aufgegangen. Es laufen mindestens so viele Frauen wie Männer herum.

Angefangen hat das Miniatur Wunderland mit der Fantasiestadt Knuffingen, Mitteldeutschland und Österreich, dann kam Hamburg. Anschließend griff es immer weiter aus: Italien, Monaco, die USA, Skandinavien. Bald eröffnet der Amazonas. Das Miniatur Wunderland ist wie Gott. Es erschafft die Welt, nur dass es länger dazu braucht.

Der Pressemenschen ist geduldig, er trägt die vorhersehbaren Fragen einer taz-Redakteurin mit Fassung: Zeigt das Wunderland die Regenwaldzerstörung? Aber ja, es gibt einen Waldbrand, auf Knopfdruck. Sind die Figuren in den 25 Jahren diverser geworden? Dazu kann

er nichts Genaues sagen, verweist aber auf die E-Autos, die durch das Miniaturhamburg fahren. Gibt es Klimakleber:innen am Flughafen? Nein. Oder eigentlich doch: „Alle unsere Figuren kleben.“

Das Miniatur Wunderland hat auch einen Tag geschaffen, der 14 Minuten währt, dann wird es dunkel, und unfassbar viele kleine Lichter gehen an. Ich glaube, dass es das ist: die beruhigende Überschaubarkeit einer Welt, in der man wie Gulliver die Zwerge betrachten kann, in der man den Überblick hat und zugleich die Virtuosität der Baumeister:innen würdigen kann.

Das mit dem Wunder stimmt schon, das muss ich spätestens in der Schweiz zugeben. Sie ist ein Kunstwerk, ein riesiger Bergblock, in dem man herumgehen kann – „wow!“, sagt eine Frau in Rosa, die gerade davorsteht –, mit filigranen Seilbahnen über mehrere Etagen und Almidyllen und Bergwerken, die als kleine Aussparungen in den Fels gebaut sind.

Die Welt im Miniatur Wunderland ist schön und weitgehend friedlich. Man kann das Leben auf Knopfdruck in Gang bringen: „Romeo und Julia“ auf der Freilichtbühne, ein Bungeespringer, ein ermatteter Büromann, auf den ein Regal stürzt. Es gibt Witz auch im Modellbau, und wer sucht, kann das Schneewittchen und die sieben Zwerge in der Bergspalte finden, die winzige Greta Thunberg in Skandinavien und den pinkelnden Polizisten im Erdgeschoss eines Büroturms.

Im Miniatur Wunderland schauen sich die Menschen in gewisser Weise selbst zu, und sie nehmen sich dafür mehr Zeit als die Trophäensuchbesucherschaft in den großen Kunstmuseen. Sie sammeln kein kulturelles Kapital. Sie staunen einfach über eine weitgehend analoge Welt, über Badewannen, Seilbahnen und Wälder, und das ist rührend, weil man so etwas selten sieht. Schau mall, sagen sie zu ihren Kindern, Partnern, Enkeln. Und die schauen tatsächlich. *Friederike Gräff*

Die Gründer
Frederik und
Gerrit Braun in
der Schweiz
Foto: Niklas
Grapat/laif

das ding der woche

Was ist das?
Eine Sofi-Brille. Durch eine spezielle Folie kann man bedenkenlos direkt in eine Sonnenfinsternis schauen, so wie es sie am Mittwoch über Europa gab.

Wo gab's die?
Am Tag des Ereignisses: nirgends. Verzweifelte Menschen eilten von Brillenladen zu Brillenladen, im Internet verlangten Zwischenhändler Mondpreise, Bastler bastelten sich Lochkameras. Am Ende hatte hoffentlich jeder eine Brille oder durfte sich beim vielerorts happeninghaften Sonnenfinsternisschauen eine von der Nebenfrau leihen. So oder so gilt: Nicht wegwerfen! Die nächste Sonnenfinsternis streift Deutschland schon am 2. August 2027.



Foto: Werner Leroy/Imago

die kinderfrage

Warum gibt es keine Bienen im Winter?

Wir wollen von Kindern wissen, welche Fragen sie beschäftigen. Jede Woche beantworten wir eine. Diese Frage kommt von Clara, 4 Jahre alt.

Den ganzen Frühling waren sie fleißig auf den Wiesen unterwegs. Jetzt sieht man allmählich immer weniger Bienen. Es gibt ja auch immer weniger Blüten, aus denen sie Nektar trinken können. Im Winter schwirren dann gar keine Bienen mehr herum. Wo verschwinden sie alle hin?

Wenn es kalt wird, ziehen wir uns dicke Pull-over an und drehen die Heizung auf. Tiere können das nicht. Manche haben ein Fell, Bienen nicht, sie müssen sich auf andere Art und Weise warm halten. Wie alle Insekten sind Bienen wechselwarm. Das bedeutet, dass ihre Körpertemperatur direkt von der Umgebung abhängt. Fallen die Temperaturen draußen, sinkt auch die Körpertemperatur der Insekten. Wärme bekommen Insekten nur von der Sonne. Oder aber von einer guten Behausung!

Honigbienen leben in einem großen Staat mit einer Königin. Den ganzen Frühling und Sommer sind sie fleißig, um für den Winter vorzusorgen und Vorräte anzulegen. Sie fliegen von Blüte zu Blüte und saugen mit ihren Rüsseln Nektar auf. Ist eine Biene richtig vollgetankt, fliegt sie zurück in ihren Stock. Dort gibt sie ihren Nektar an andere Bienen weiter und sucht die nächste Blüte auf. Die Bienen im Stock reichern den Nektar mit weiteren Stoffen an. Der macht ihn für längere Zeit haltbar.

Sobald es keine Blüten mehr gibt und es zu kalt wird, kuscheln sich die Bienen eng in ihrem Stock zusammen – mit der Königin in ihrer Mitte. Wintertraube nennt man das. In dieser Traube versetzen die äußeren Bienen ihren Oberkörper in Schwingung. Die schnellen Bewegungen ihrer Muskeln erzeugen Wärme. Weil das ganz schön anstrengend ist, wechseln sich die Tiere ab: Wer erschöpft ist, krabbelt weiter ins Innere der Traube, ruht sich aus und bekommt Nektar als Belohnung. Dann sind andere Bienen dran mit Zittern und Warmhalten. Darum sieht man keine Honigbienen im Winter. Sie halten ihren Staat warm, bis es draußen wieder wärmer wird.

Es gibt aber auch andere Bienenarten, die nicht in einem Bienenstock leben. Hummeln zum Beispiel graben sich im Boden ein und halten Winterruhe. Es gibt bei uns auch Hunderte Arten von Wildbienen. Die leben meist ohne Staat und Königin. Den kalten Winter überleben sie darum nicht. Ihre Art bleibt aber trotzdem erhalten. Denn sie haben vorher Eier abgelegt, etwa in totem Holz oder Pflanzenstängeln. Aus den Eiern schlüpfen im Frühjahr wieder junge Wildbienen, und das Spiel geht von vorne los.

Philipp Brandstädter

Hast du auch eine Frage? Dann schreib sie uns an kinderfragen@taz.de

starke gefühle

Skinny Trend? Bitte nicht! Wir müssen erkämpfte Freiheiten verteidigen

Diesen Sommer ist ein kleines Wunder passiert. Ich trage wieder kurze Hosen und bin dabei entspannt. Was sich wie die normalste Sache der Welt anhört, war ein riesiger Schritt für mich. Denn bis auf wenige Ausnahmen habe ich das seit mehr als 25 Jahren nicht getan. So lange hat es gedauert, zu meinem eigenen Körper zurückzufinden.

Zeitgleich gibt es gerade einen Backlash: statt Body Positivity auf einmal wieder Skinny Trend und Bodyshaming. Das wurde zuletzt deutlich, als zwei Influencerinnen der Sängerin Ariana Grande vorwarfen, kein Vorbild mehr für junge Mädchen zu sein. Achtung Magersuchtgefahr!, hieß es. Wieder einmal stand nicht das Werk einer Künstlerin zur Debatte, sondern ihr Äußeres.

Dann lese ich, dass sich die Zahl der wegen einer Essstörung klinisch behandelten jungen Frauen und Mädchen seit 2004 mehr als verdoppelt hat. Und in der Zeit schreibt eine Autorin, dass sie wegen des Skinny-Revivals wieder an ihrem Körper zu zweifeln beginnt. Ich möchte ihr zurufen: bitte nicht! Ich selbst habe mir seit Teenagertagen jeden Sommer einen abgeschwitzt, nur damit niemals jemand eine Delle auf meinen Beinen zu sehen bekam.

Bis zur Pubertät habe ich mich in meinem Körper wohlfühlt, aber dann meinte ich, pummelig geworden zu sein. Plötzlich waren da Brüste, eine breitere Hüfte. Ich wurde begafft und begann, mich in weiter Kleidung zu verstecken, nahm nicht mehr am Schwimmunterricht teil, entwickelte eine Essstörung.

Heute ist mir klar, dass man als heranwachsende Frau ständig sexualisiert wird.

Damals hatte ich keine Worte dafür. Ein Mädchen zu sein, war doof, und ein knabenhafter Körper versprach viele Vorteile. Ich wollte dünn sein wie Models in Zeitschriften. Mit der Zeit bekam ich mein Essverhalten jedoch wieder in den Griff.

War damit etwas gelöst? Eher nicht, denn auch wenn ich „normal“ erschien, fand ich mich abwechselnd zu dick, zu alt oder zu hässlich. Ich kaufte kurze Kleidung, entschied aber dann doch, in langen Sachen durch die Gegend zu schlurfen, weil ich alle Welt schöner fand als mich selbst.

Wie lange hatte ich mir jeden Sommer einen abgeschwitzt, damit niemand eine Delle auf meinen Beinen zu sehen bekam

„Wie sollen wir uns weiter emanzipieren, wenn nur Frauen mit perfekten Beinen in Hotpants rumlaufen?“, fragte mich einmal eine Arbeitskollegin, und ich fühlte mich sofort schlecht, weil ich mit meinem geringen Selbstbewusstsein den Feminismus verriet. Etwa zu dieser Zeit las ich „Fleischmarkt“ von Laurie Penny und verstand den Zusammenhang zwischen Male Gaze, Kapitalismus und Selbsthass. Ich dachte: Wenn wir ständig mit unserem Körper unzufrieden sind, fehlt uns die Zeit, um eigene Rechte einzufordern oder zu verteidigen. Rückblickend war das ein erster Schritt in einem langen Genesungsprozess.

Auf dem Weg, mich in meinem Körper wieder wohlfühlen, halfen mir Theaterstücke von Florentina Holzinger, in denen nackte Frauen mit den unterschiedlichsten Körpern schwindelerregende Akrobatik vorführen. Mir halfen Partner, die meinen Körper liebten, so wie er war, und Freundinnen, die mir Komplimente machten.

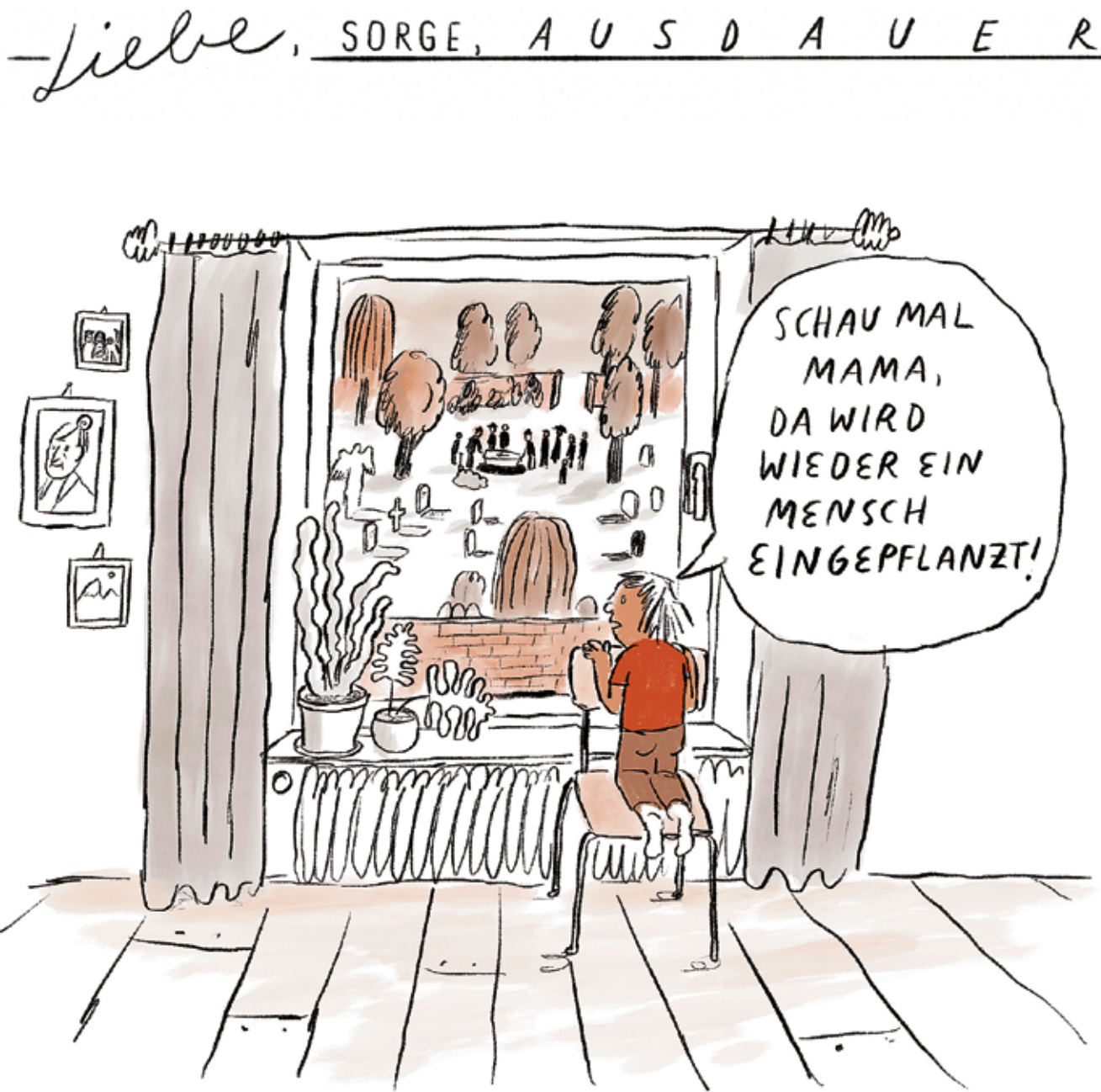
Ich entdeckte Sauna und FKK. Unter Nackten fühle ich mich heute wohl: Männer, Frauen, Nonbinäre, Dicke, Dünne, Ältere. Ich denke, es ist ein Geschenk, dass manche Leute nicht so verklemmt sind. Am FKK-Strand sind mir die Angezogenen, die in ihren Booten extra nah vorbeipaddeln, inzwischen herzlich egal, und ich lächle schadenfroh, wenn sie beim Gaffen ins Absperrseil geraten. Wie schön es ist, sich hier anzufreunden, Community zu sein und Spanner gemeinsam zu vertreiben.

Jetzt, wo die Abnehmspritze da ist und Dünnsein das neue, alte Ding, sollen wir uns für unsere Körper also wieder schämen? Nein! Wir dürfen uns erkämpfte Freiheiten nicht nehmen lassen. Die starken Körper, aber auch die schwachen, alle dürfen einfach sein. Mein Körper, meine Beinhaare, meine Dellen, sie alle wollen sich jedenfalls nicht mehr einsperren lassen. Man muss nur einmal über die komischen Blicke hinwegkommen.

Kaum zu glauben, wie gut es sich anfühlt, in kurzen Sachen durch Berlin zu radeln – in einer engen Shorts mit Schlange auf dem Arsch, die alle beißt, die gaffen. Aber erstaunlicherweise gafft niemand. Ich glaube, weil ich ausstrahle, dass ich mich in meinem Körper wohl fühle. Leute, habt Mut, eure eigenen Schönheitsideale zu feiern!

Anna Fastabend

der comic



VON CHRISTIANE HAAS

Heißes Eisen

Würde die AfD in Sachsen-Anhalt an die Macht kommen, könnte das der Wirtschaft vor Ort nachhaltig schaden. Doch wie positionieren sich die Unternehmen? Eine Spurensuche von der Schrauben- bis zur Kreativ-industrie

Aus Lutherstadt Wittenberg, Gräfenhainichen und Zerbst
Jens Uthoff (Text)
und **Oskar Schlechter** (Fotos)



Im Schraubenwerk in Zerbst. Hier arbeiten Menschen aus 24 Nationen

Niklas Guttenberger vereint zwei Eigenschaften, die in Sachsen-Anhalt nur selten in Kombination auftreten. Er ist Unternehmer, und er positioniert sich politisch eindeutig. An einem Julitag nimmt Guttenberger in einem hellen Konferenzraum eines Hauses in der Altstadt von Lutherstadt Wittenberg Platz. Die Kalipe GmbH hat hier ihre Büroräume, die Firma, die er leitet. „Wir haben von Beginn an Werte formuliert, mit denen wir uns als Unternehmen identifizieren wollen“, erklärt Guttenberger. „Wir setzen uns für Diversität und Geschlechtergerechtigkeit ein und stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung. Mit dem Wort ‚weltoffen‘ kann man unsere Werte wohl gut zusammenfassen.“

Guttenberger ist erst 25 Jahre alt und schon Co-Geschäftsführer, neben seinem Vater Ralph, der Kalipe 1997 als Immobilienunternehmen gegründet hat. Heute setzen sie vor allem auf Mieterstrom, beraten also Haus- und Wohnungseigentümer beim Bau von Photovoltaikanlagen und bieten zudem allgemeine Beratung bei der energetischen Gebäudesanierung und beim Immobilienkauf an. Zwischen 30 und 35 Mitarbeiter:innen hat Kalipe. Mittelstand. Ein Familienunternehmen.

Guttenberger nutzt Begriffe wie „weltoffen“, „vielfältig“ und „divers“ in dem Wissen, dass sie zu Kampfbegriffen geworden sind in Sachsen-Anhalt. Drei Wochen vor der Landtagswahl am 6. September liegt die AfD in den Umfragen bei 41 bis 43 Prozent – eine Partei, die das Gegenteil propagiert: Abschottung, Migrationsfeindlichkeit, autoritäre Strukturen.

Mit Moral und Werten bekomme man diese Wähler:innen nicht, meint Guttenberger, mit wirtschaftlichen Argumenten vielleicht schon eher. „Eine AfD-Regierung würde man in der Wirtschaft als Erstes zu spüren bekommen“, sagt er. „Fachkräfte aus dem Ausland würden sich dreimal überlegen, ob sie nach Sachsen-Anhalt ziehen sollen, wo sie sich sorgen müssten, kulturell anerkannt zu werden.“ Die AfD als (mit)regierende Partei hätte eine abschreckende Wirkung, das Bundesland würde weiter ins Hintertreffen geraten,

glaubt er: „Ich mache mir um den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt große Sorgen.“

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Folgen der AfD-Wirtschaftspolitik simuliert. Sie zeigt, dass Guttenbergers Sorgen berechtigt sind: Gerade in den Regionen, in denen die Partei besonders viel Zuspruch erhält, würden die Menschen besonders unter ihrer Politik leiden. Sollte die AfD in der Landes-, Bundes- und Europapolitik ihr Programm realisieren, würden der Studie zufolge in Sachsen-Anhalt 10.000 Arbeitsplätze verloren gehen und das jährliche Pro-Kopf-Einkommen um rund 1.600 Euro sinken. Dabei verdienen die Menschen in Sachsen-Anhalt eh schon wenig. Das verfügbare Einkommen eines Privathaushalts lag 2023 bei im Schnitt gut 25.000 Euro, der niedrigste Wert bundesweit.

Wörter wie „weltoffen“, „divers“ und „vielfältig“ sind zu Kampfbegriffen geworden

Die rechtsextreme Politik der AfD und ihr vollmundig angekündigtes „Regierungsprogramm“ wären investoren- und wirtschaftsfeindlich, die Partei will auf „kulturfremde Fachkräfte verzichten“, die in sehr vielen Betrieben arbeiten. Und doch scheinen Teile der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt die AfD als Heilsbringer zu sehen. Auf einer Mittelstandsveranstaltung in Halberstadt im Juni wurde ihr Spitzenkandidat Ulrich Siegmund geholt und gefeiert. Sie öffentlich zur AfD zu bekennen – das allerdings tun die wenigsten Unternehmen.

Wie also halten es die Firmen in Sachsen-Anhalt mit der Politik? Wie positionieren sie sich angesichts dessen, was nach der Landtagswahl droht?

Die taz hat rund zwanzig Firmen für ein Gespräch und einen Besuch vor den Landtagswahlen am 6. September angefragt, darunter einige

Traditionsunternehmen. Die meisten sagten ab oder antworteten gar nicht. Die Begründungen ähnelten sich. Man äußere sich „generell nicht parteipolitisch“ (Rotkäppchen-Mumm Sektkellereien), man beteilige sich „grundsätzlich nicht an politischen Berichterstattungen oder Diskussionen“ und gebe als Unternehmen „keine politischen Stellungnahmen ab“ (Kathi Lebensmittel), man äußere sich „im Kontext von Wahlkämpfen grundsätzlich nicht öffentlich“ (InfraLeuna, auf dem Gelände der Leunawerke), als „kommunales Unternehmen [sehen wir] unsere Aufgabe darin, parteipolitisch neutral aufzutreten“ (Magdeburger Verkehrsbetriebe).

Kalipe-Chef Niklas Guttenberger war einer derjenigen, die sofort zugesagt haben. Er beschreibt „eine deutlich wahrnehmbare Unzufriedenheit“ im Bundesland. Die ist sicherlich auch auf die demografische und wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen: Junge, qualifizierte Frauen wandern ab, es gibt einen Männerüberschuss. Sachsen-Anhalt hat bundesweit die älteste Bevölkerung. Zuwanderung kann das nicht ausgleichen, der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 11,2 Prozent relativ niedrig. Die Arbeitslosenquote liegt mit 8,1 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 6,4 Prozent, in keinem anderen Flächenland ist sie so hoch. Bei der Kaufkraft rangiert Sachsen-Anhalt denn auch auf den hinteren Plätzen.

Die Nachwendeerfahrungen steckten immer noch in den Knochen und Köpfen, meint Niklas Guttenberger. „Man vergleicht sich vom Wohlstand her mit dem Westen. Man ist da immer noch nicht gleichauf, daher gibt es diese gefühlte Unzufriedenheit. Dabei ist es eigentlich eine relativ große Errungenschaft, dass es eine fortschreitende Angleichung gab und gibt.“

Beim Interview trägt Guttenberger ein hellblaues Hemd, er hat dunkelblondes Haar und einen akkurat gestutzten Vollbart. Er macht einen aufgeräumten Eindruck, ähnlich wie seine Heimatstadt Wittenberg, in der Tourist:innen auf Rädern durch die malerische Altstadt fahren. Guttenberger bietet beim Besuch Hafermilch für den Kaffee an. „Die habe ich hier auch eingeführt“, sagt er und lächelt. Es macht ihm sichtlich Spaß, sich

dem rechten Zeitgeist auch im Kleinen zu widersetzen.

Die Werte und Produkte seiner Firma seien unvereinbar mit den Inhalten der AfD, sagt er. Die Partei verkündet in ihrem „Regierungsprogramm“ für Sachsen-Anhalt unter anderem, „die Energiewendepolitik im Land beenden“ zu wollen. Guttenberger hingegen will den Klimaschutz in der Immobilienwirtschaft ausbauen. „30 bis 40 Prozent der Gesamtemissionen von Deutschland gehen auf den Immobiliensektor zurück“, sagt er. „Wenn wir es schaffen, den klimaneutral umzubauen, haben wir eigentlich relativ gute Chancen, unsere Klimaziele einzuhalten.“

Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Unter den Top 100 der Unternehmen sind die meisten keine heimischen, sondern international agierende Firmen, etwa die Deutsche Bahn, die Deutsche Post, Thyssenkrupp oder Rossmann. Die Drogeriekette gehört zu den wenigen Unternehmen, die sich deutlich von der AfD distanziert haben: Als der Wirtschaftsverband Die Familienunternehmer bekannt gab, sich für Gespräche mit der Partei öffnen zu wollen, verließ Rossmann die Organisation.

Einer der traditionsreichsten Wirtschaftszweige Sachsens-Anhalts ist die Chemieindustrie. Das mitteldeutsche Chemiedreieck Leuna-Buna-Bitterfeld bildete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hier wurden unter anderem Fotofilme und Plastikprodukte hergestellt. Zugleich siedelten sich Bergbau und Industrie an, mit verheerenden Folgen für die Umwelt. Heute gibt es noch Chemieparke an fünf Standorten: in Bitterfeld-Wolfen, Leuna, Böhlen, Zeitz und Piesteritz. In der ersten Jahreshälfte 2025 lag der Anteil der Chemieindustrie am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt bei knapp 20 Prozent. 13.000 Arbeitsplätze gibt es direkt in der Chemieindustrie, rund 50.000 hängen an ihr.

Die Chemiewirtschaft steckt mitten in der Transformation zu einer klimafreundlicheren Produktion. Im Stickstoffwerk Piesteritz werden heute zum Beispiel AdBlue für Diesel und um-

Fortsetzung auf Seite 26

75.300

ausländische Beschäftigte arbeiteten 2025 in Sachsen-Anhalt, zehn Jahre zuvor waren es nur 20.260

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

80

Prozent der Migrant:innen erwägen, Sachsen-Anhalt zu verlassen, sollte die AfD dort an die Macht kommen

Quelle: Landesnetzwerk Migrantenorg. Sachsen-Anhalt



Die Chemiewirtschaft hat in Sachsen-Anhalt viel Tradition. Nun steckt sie mitten in der Transformation

Fortsetzung von Seite 25

weltfreundliche Düngemittel hergestellt. Doch die Umstellung verursacht Kosten – neue Anlagen müssen erbaut, CO₂-Zertifikate im Rahmen des Europäischen Emissionshandels erworben werden. Dazu kommen aktuell die hohen Energiekosten, das teure Gas – bei Unternehmen wie dem SKW Piesteritz, Deutschlands größtem Gasverbraucher, fällt dies enorm ins Gewicht. Einige Werke müssen aufgrund des Kostendrucks bereits schließen: Das US-amerikanische Unternehmen Dow Chemical hat angekündigt, in Böhlen und Schkopau zwei Großanlagen aufzulösen. Das ehemalige Domo-Werk in Leuna kämpft weiter gegen die Insolvenz. Für Industriearbeiter:innen mag es angesichts dieser Probleme verlockend klingen, wenn die AfD vor der Wahl verspricht, „den wirtschaftlichen Niedergang und die damit verbundene De-Industrialisierung stoppen“ zu wollen. Dabei diskutieren auch die anderen Parteien längst, welche Maßnahmen die Industrie während des Strukturwandels entlasten könnten. Beim Klimaschutz auf die Bremse treten will auch Ministerpräsident Sven Schulze (CDU), er fordert Anpassungen des Europäischen Emissionshandels, um die Arbeitsplätze in der Chemieindustrie zu erhalten. Subventionen bekommt die Industrie auch: Erst kürzlich wurde bekannt, dass der Chemiepark Zeitz 18 Millionen Euro Fördergelder erhält. Zudem sind eigens Institutionen und Netzwerke entstanden, die den klimafreundlichen Umbau der Industrie begleiten sollen. Das Großforschungszentrum Center for the Transformation of Chemistry in Sachsen und Sachsen-Anhalt wird vom Bund bis 2038 mit 1,1 Milliarden Euro gefördert, und 2025 gründeten sich das Netzwerk grüne Chemie Ost und das Kooperationsnetzwerk Chemie+. Da entsteht also etwas. Diese komplexen Vorgänge sind aber offenbar viel schwieriger zu vermitteln als die Idealisierung einer scheinbar heilen Vergangenheit, wie sie die AfD betreibt. Neben der Chemieindustrie steht auch die Stahl verarbeitende Industrie vor Herausforderungen. Rund 40 Kilometer südöstlich von Magdeburg befindet sich das Schraubenwerk Zerbst. Hier werden Schrauben und Verbindungselemente für Kunden aus aller Welt hergestellt, vor allem im Bereich Eisenbahn, Windindustrie und Kranbau. 40.000 Tonnen Stahl werden pro Jahr verarbeitet, 350 Mitarbeiter:innen hat die Firma. Von 4 Millionen Euro Umsatz in den Neunzigern steigerte man sich auf heute 100 Millionen Euro. An einem Tag im August führt der geschäftsführende Gesellschafter Eckhard Schmidt, ein schlanker Mann Mitte 60, über das Firmengelände mit seinen zehn Werkshallen. In einer Halle wird der Stahl erhitzt und geschmiedet. Ein Roboter legt glühende Schraubenrohlinge in einen

„

„Fachkräfte aus dem Ausland würden sich dreimal überlegen, ob sie nach Sachsen-Anhalt ziehen sollen, wo sie sich sorgen müssten, kulturell anerkannt zu werden“

Niklas Guttenberger, Kalipe GmbH



Niklas Guttenberger ist Co-Geschäftsleiter der Firma Kalipe, die auch zu Solaranlagen berät Foto: privat

Behälter, ein Mitarbeiter überwacht den Prozess. In einer anderen Halle sieht man die bereits fertigen Schrauben in Eisenkisten gestapelt. Die Arbeiter hier, fast alles Männer, begrüßen Schmidt mit Handschlag. „Wir haben Menschen aus 24 Nationen bei uns im Schraubenwerk“, erzählt Schmidt, darunter seien Polen, Ukrainer, Russen, Bulgaren, Rumänen, Tunesier, Syrer, aber auch Männer aus Indonesien und Myanmar. Nach dem Rundgang nimmt Schmidt in einem Konferenzraum im Bürogebäude nahe dem Werktor Platz. Die politische Lage beschäftigt ihn. „Die Menschen müssen sehr enttäuscht sein vom Angebot der demokratischen Parteien. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass die AfD hier so großen Zuspruch hat“, sagt er. Schmidt wirkt nachdenklich, im Gespräch macht er öfters längere Pausen. Grundsätzlich versuche er, die Politik herauszuhalten aus dem Betrieb. „Hier geht es darum, dass wir in gutem kollegialem Miteinander etwas produzieren“, sagt er. Doch das bedeute nicht, dass er keine Werte vermittele. Er spreche auf Betriebsversammlungen zum Beispiel über sein Menschenbild. „Für mich sind alle Menschen gleich, egal wo sie herkommen. Für mich ist relevant, wie sich die Menschen verhalten, was sie machen, welche Möglichkeiten sie haben und welche ich ihnen bieten kann.“ In Sachsen-Anhalt dagegen drohe ein Weltbild salonfähig zu werden, in dem Menschen klassifiziert und separiert würden – in Ausländer und Deutsche, in Schüler:innen mit Behinderung und ohne. „Schrecklich“, sagt Schmidt und schüttelt den Kopf. Wenn eines Tages Fachkräfte mit Migrationshintergrund nicht mehr erwünscht seien, „dann würde hier die gesamte Struktur zusammenbrechen. Wir wären gar nicht mehr in der Lage, die Mengen zu produzieren, wie wir es jetzt tun.“ Dass die AfD die Zuwanderung beschränken will, kann er kaum glauben. „Sachsen-Anhalt ist ein schrumpfendes Land, wir brauchen die Menschen. Laut Prognose werden wir ohne Zuwanderung hier 2040 nur noch 1,8 Millionen sein, 400.000 Menschen weniger als jetzt.“ Auch sein Betrieb hat mit hohen Energiekosten zu kämpfen. Schmidt und seine Leute versuchen so ressourcenschonend wie möglich zu arbeiten. Die Abwärme des Kühlturms wird zum Beispiel zum Heizen der Gebäude genutzt. An den Klimaschutzzielen solle man festhalten, sagt Schmidt, auch wenn ihn das mehr koste, etwa wegen der CO₂-Zertifikate. „Der Klimaschutz ist doch elementar. Meine größte Sorge ist, dass uns in Mitteleuropa die Lebensgrundlage durch den Klimawandel verloren gehen wird. Um die Firmen zu entlasten, muss es andere Hebel geben.“ Zum Beispiel bei der Bürokratie, glaubt Schmidt. „Die kostet uns Unmengen, und es ist eine oft

völlig sinnentleerte Arbeit. Ich glaube nicht, dass sich die ganzen Formulare überhaupt irgendwo jemand anguckt.“ Neben Eckhard Schmidt nimmt etwas später Ricardo Andrés Marquez Yalastasi Platz. Er ist 22 Jahre alt, kommt aus Venezuela und macht ein duales BWL-Studium. Den praktischen Teil absolviert er beim Schraubenwerk im Vertrieb, die Theorie an der Universität Magdeburg. Ihn kann die AfD nicht meinen, wenn sie sagt, die „kultur-fremden Fachkräfte sprechen häufig kein ausreichendes Deutsch“. Marquez Yalastasi gibt das Interview mühelos auf Deutsch, die Sprache hat er nach seiner Ankunft 2023 gelernt. „Wenn diese Partei jetzt an die Macht käme, wäre das wirklich schlimm für mich“, sagt er, ohne die AfD beim Namen zu nennen. „Es ist klar, dass sie Menschen aus anderen Kulturen nicht akzeptiert und respektiert.“ Es sei der Traum seiner Eltern gewesen dass er im Ausland ein besseres Leben führen könne, als sie es haben. Sein Aufenthaltstitel läuft noch bis März kommenden Jahres, dann schließt er sein Studium voraussichtlich ab. Schmidt möchte ihn gerne weiterbeschäftigen. Aber klappt das, auch wenn die AfD regieren sollte? Marquez Yalastasi zuckt mit den Schultern. Dass es in Sachsen-Anhalt nach der Wende bereits einen großen Strukturwandel gab, sieht man, wenn man durch das Land fährt. Ähnlich wie im Ruhrgebiet wurde dabei auch auf Industriekultur gesetzt. Zum Beispiel in der Stadt Gräfenhainichen: Einst befand sich, wo nun der Gremminer See ist, der Tagebau Golpa-Nord. Anfang der Neunziger entstand auf der Halbinsel das Kulturprojekt „Ferropolis – Stadt aus Eisen“. Riesige Braunkohlebagger überragen nach wie vor das Gelände. Musikfestivals wie das Splash!, das Hive oder das Whole finden hier statt. Was Thies Schröder bei der aktuellen Transformation im Bundesland fehlt, sind Zuversicht, Vertrauen, Anpackergeist. Schröder ist Geschäftsführer der Ferropolis Stiftung Industriekultur gGmbH und Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau. „In dieser Region sind mehrfach große Transformationen gelungen, es gab von den 1940ern an den Umstieg von der Kohle- zur Petrochemie, den großen Umbuch 1989“, sagt er. „Warum glauben die Leute nicht daran, dass auch die Transformation zur klimafreundlichen Kreislaufwirtschaft gelingt?“ Schröder sitzt in einem Büro, das in einem Container auf dem Ferropolis-Gelände untergebracht ist. Neben ihm Co-Geschäftsführerin Janine Scharf und Lilli Förster vom Forum Rathenau – einer Institution, die 2019 eigens zur Begleitung des Strukturwandels gegründet wurde. Ferropolis bietet auch Führungen zur Industriekultur, Sportveranstaltungen, Flohmärkte, Arbeit mit Schulklassen. Hauptgesellschafter ist die Kommune, das Open-Air-Gelände wird an Veranstalter und Ausrichter vermietet. Rund 120.000 Menschen haben nach Angaben Schröders Ferropolis in diesem Jahr bereits besucht, in der Veranstaltungssaison arbeiten etwa 900 Personen „auf Ferropolis“, wie sie hier sagen. Dank der Events hat der Einzelhandel in der Gegend einer Studie zufolge 5 Millionen Euro mehr Einnahmen. „Sehr viele Menschen haben sehr viel Arbeit hier reingesteckt und an Ferropolis geglaubt. Sie haben dafür gekämpft, dass wir diese Halbinsel hier so erhalten und heute dieses positive Beispiel sein können“, sagt Janine Scharf. Auch Ferropolis müsse sich immer wieder anpassen. Gemeinsam mit dem Forum Rathenau wird wenige Kilometer weiter das ehemalige Kraftwerk Zschornowitz wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, dort sollen Tagungen und Konferenzen stattfinden. An diesem Standort sollen zudem Solarparks errichtet werden. Irgendwann soll auch die alte Grubenbahnlinie wieder nutzbar sein, die einst den Tagebau mit dem Kraftwerk verband. Auf dem Ferropolis-Gelände räumen die Veranstalter:innen des queeren Whole-Festivals an diesem Tag Mitte Juli auf. Das Event ist gerade zu Ende gegangen, Menschen in knappen Outfits mit bunt gefärbten Haaren und Piercings stromern zwischen Baggern und Lagerhallen herum. Wie es hier weitergehe, darüber machten sich viele Veranstalter:innen Gedanken, erzählt Scharf. „Wir werden gefragt, wie wir uns denn für 2027 aufstellen, was die Wahl für uns als Location bedeuten könnte und ob die Gefahr besteht, dass dieses bunte Publikum nicht mehr zu uns finden könnte.“ Auch sie Sorge sich darum. Einen Vorteil aber habe Ferropolis: Was die Finanzierung betreffe, sei das Unternehmen nicht abhängig von Landesmitteln. Im Worst Case einer AfD-Regierung müssten sie noch stärker auf den Bund oder die EU setzen, sagt Thies Schröder. „Wegge-

20,5

Prozent betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt im Jahr 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt

8,1

Prozent betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt im Jahr 2025

Quelle: Statistisches Bundesamt

hen ist für uns ohnehin keine Option. Dazu sind die Bagger viel zu schwer.“

Nicht nur klassische Unternehmen oder gemeinnützige Stiftungen wie Ferropolis, auch Bildungsinstitutionen gehören zu den Arbeitgebern in Sachsen-Anhalt. Zum Beispiel die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Mehr als 4.000 Mitarbeiter:innen im akademischen Bereich und mehr als 19.000 Studierende zählt die größte und älteste Universität des Bundeslandes derzeit. Als Arbeitgeber und als Wissenschaftsstandort wäre sie von einer möglichen AfD-Landesregierung betroffen.

Claudia Becker ist die frisch wiedergewählte Rektorin, sie soll bis 2030 die Geschicke der Universität leiten. „Nun stehen wir erst mal gemeinsam für die demokratischen Parteien und die Demokratie ein und versuchen den Wähler:innen klarzumachen, wie wichtig Wissenschaftsfreiheit ist“, sagt sie im Zoom-Gespäch Mitte Juli, „Die Wahl ist ja noch nicht gelaufen.“ Becker sitzt in ihrem Büro, hinter ihr liegen Aktenordner. Die 58-jährige trägt kurzes Haar und Ohrhänger. Sie spricht sachlich, ihr Auftreten erinnert an Angela Merkel. Natürlich spüre man auf den Campus eine gewisse Anspannung, sagt sie. „Aber wir setzen uns mit dem Thema ja schon länger auseinander.“

Weil bei Bildung und Wissenschaft vieles Ländersache ist, hat die AfD hier sehr deutlich gesagt, was sie vorhat. Die Partei will die Gender Studies abschaffen, die „kritische Islamforschung“ stärken und einen Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft einrichten – da sie „das Absterben [sic] unseres Volkes“ fürchtet. Studien zur Kolonialgeschichte plant die AfD zu streichen, zu entsprechenden Studiengängen hat die Partei bereits Anfragen im Landtag gestellt. Die Politik der Gleichstellung von Frauen soll beendet werden.

Mit ihr, sagt Claudia Becker, werde es solche Eingriffe nicht geben. „Zum Glück haben wir eine im Grundgesetz verankerte Freiheit der Wissenschaft“, sagt sie. „Die Universität darf entscheiden, wozu sie forschen und was sie lehren will.“ Eine Landesregierung könne lediglich Vorschläge machen. Um die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen, würde sie auch die notwendigen juristischen Schritte gehen. Dass Frauen bevorteilt würden, stelle die AfD im „Regierungsprogramm“ bewusst falsch dar, erklärt Becker. „Wir verfolgen an unserer Universität eine aktive Gleichstellungspolitik. Wo Frauen unterrepräsentiert sind, ist es unser Ziel, dies zu ändern. Dazu stehen wir auch. Zugleich betreiben wir aber auch Bestenauslese.“

Die Universitäten bemühen sich um Resilienz – angreifbar sind sie jedoch beim Geld. Ihre Grundfinanzierung erfolgt durch das Land Sachsen-Anhalt, eine AfD-Regierung könnte sie finanziell austrocknen. „Natürlich sind Finanzen ein Hebel, da machen wir uns nichts vor“, sagt Claudia Becker. In den USA hat die Regierung versucht, milliardenschwere Fördermittel für die Uni Harvard einzufrieren, ein Gericht erklärte dies am Ende für rechtswidrig. In Halle droht ein ähnliches Szenario.

In ihrem „Regierungsprogramm“ kündigt die AfD zwar eine bessere Grundfinanzierung durch das Land an, gleichzeitige will sie den „Drittmitelzirkus“ beenden. Drittmittel kommen zum Bei-

spiel aus Bundesministerien, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder der EU – diese Player in der Wissenschaftspolitik will die AfD offenbar schwächen.

Nun könnte man auch sagen: Eine Universität muss die Wissenschaftsfreiheit gegen die AfD verteidigen. Aber wie ist es mit klassischen Unternehmen? Viele der Firmen, die der taz absagten, argumentierten, Unternehmen sollten sich besser aus der Politik heraushalten. Doch gilt das auch, wenn Grund- und Menschenrechte infrage gestellt werden?

Eine Mehrheit der Deutschen denkt, in dem Fall sollten sich Firmen einmischen. Das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik an der Universität Halle hat eine bundesweite Untersuchung zur gesellschaftspolitischen Verantwortung von Unternehmen vorgelegt. Darin sagten 55 Prozent der Befragten, Extremismus sei ein Grund, sich als Unternehmen zu positionieren. „Raushalten‘ liegt nicht im Trend“, konstatieren die Wissenschaftler:innen. „Die Menschen sehen mehrheitlich die freiheitliche Demokratie in Gefahr. Und sie befürworten mehrheitlich gesellschaftspolitisches Engagement gegenüber Passivität von Unternehmen.“

„Es wäre schön, wenn die Leute merken, dass wir hier sind, um einen Beitrag für dieses Land zu leisten“

Ricardo A. Marquez Yalastasi, Student

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung wiederum kommt zu dem Ergebnis, dass sich die meisten Unternehmer:innen in Deutschland zur Demokratie bekennen. Dazu haben die Wissenschaftler:innen 903 deutsche Unternehmen befragt. Fast 60 Prozent sagen, man solle für das demokratische Engagement auch wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen.

Vielleicht liegt hier eine Erklärung, warum sich viele Unternehmen in Sachsen-Anhalt so still verhalten. In der Studie zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen West und Ost. 73 Prozent der Unternehmen im Westen halten die Demokratie für „sehr wichtig“, im Osten sind es nur 56 Prozent.

In Hintergrundgesprächen erfährt man, dass einige Unternehmer, die sich auf Social Media gegen rechts engagieren, unter Druck gesetzt würden. In mindestens einem Fall soll ein Firmenchef auf der Straße von Nazis bedroht worden sein. Oft nennen die Gesprächspartner noch einen anderen möglichen Grund für die politische Zurückhaltung vieler Firmen: Entweder seien die Chefs eben selbst AfD-Anhänger. Oder die Unternehmer wollten ihre AfD wählenden Mitarbeiter:innen und Kund:innen nicht verprellen.

„Wenn alle so denken würden, könnten wir einpacken“, sagt Schraubenwerkchef Eckhard Schmidt. Er sei in der DDR groß geworden und

Geschäftsführer Eckhard Schmidt (r.) würde den Venezolaner Ricardo A. Marquez Yalastasi gerne weiter im Schraubenwerk Zerbst beschäftigen



erinnere sich noch gut an Zeiten, in denen kein politischer Widerspruch geduldet gewesen sei.

Wie geht es weiter in Sachsen-Anhalt? Noch drei Wochen sind es bis zur Wahl, drei Wochen Zeit für Unternehmen, sich zu Wort zu melden. Breite unternehmerische Bündnisse wie etwa im Nachbarland Sachsen sind allerdings nicht entstanden. Es gibt eine Initiative namens „Sachsen-Anhalt weltweit“, sie wird aber weitgehend von Sozialverbänden, Kirchen, sozialen Arbeitgebern, Gewerkschaften, NGOs und Kulturvereinen unterstützt. Klassische Unternehmen sind wenige dabei.

Eckhard Schmidt sorgt sich für den Fall einer rechtsextremen Regierung vor allem um seine Mitarbeiter:innen. „Die meisten meiner Leute, die aus Ländern außerhalb der EU kommen, haben ein begrenztes Bleiberecht. Da wäre die Frage, ob das verlängert würde.“ Gegen mögliche Ablehnungen beim Bleiberecht würde er sich wehren, „mit allen Mitteln“, sagt er. Und wiederholt: „Mit allen Mitteln.“

Sein Mitarbeiter Marquez Yalastasi hofft noch auf einen Umschwung kurz vor den Wahlen. „Es wäre einfach schön, wenn die Leute merken, dass wir hier sind, um für uns eine bessere Zukunft zu finden und um Deutschland zu unterstützen. Wir wollen einen Beitrag leisten für die Gesellschaft und dieses Land.“ Sollte die AfD doch an die Macht kommen, müsse er abwarten, wie die Lage sich entwickle – und im schlechtesten Fall das Bundesland verlassen.

Uni-Rektorin Claudia Becker hofft ebenfalls noch auf eine Trendwende: „In dem Moment, wenn die Menschen an der Wahlurne stehen, überlegen sie vielleicht doch noch mal.“

Thies Schröder und sein Ferropolis-Team haben kurz vor der Wahl noch die Social-Media-Kampagne #stolzaufvielfalt gestartet. Museen, Kulturvereine und Gedenkstätten posten unter diesem Motto und heben die Stärke der Vielfalt hervor.

Kalipe-Geschäftsführer Niklas Guttenberger sagt, man müsse „die AfD als destruktive, zukunfts- und wirtschaftsfeindliche Kraft klar benennen und auch in Kauf nehmen, dass das wirtschaftlich gegebenenfalls Nachteile haben kann“. Er habe für seine klare Haltung auch Zuspruch bekommen.

Für ihn ist die deutsche Geschichte ein mahnendes Beispiel. „Wenn Rechtsradikale unser Bundesland regieren, werden sie vielleicht politische Werkzeuge nutzen, die wir noch gar nicht auf dem Schirm haben.“ Für den Fall, dass es so kommt, könne er nicht ausschließen, den Standort Wittenberg zu verlassen. Doch auch er gibt sich kämpferisch. Noch könne man „den Bock umstoßen“.



Wetten, die Demokratie gewinnt?

Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/!tw26

39 Prozent der deutschen Bevölkerung befürworten gesellschaftspolitisches Engagement von Unternehmen, 30 Prozent lehnen es ab, 31 Prozent sind unentschieden

Quelle: Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik

80 Prozent der Unternehmen in Deutschland geben an, sich in den vergangenen drei Jahren in mindestens einer Form für die Demokratie engagiert zu haben

Quelle: Studie der Bertelsmann Stiftung, 2026



Im Urlaub den Blick schärfen – mit der taz auf Reisen gehen

TAZ-REISEN IM SOMMER + HERBST 2026

Gruppenreisen für Individualist*innen in Begleitung von taz-Korrespondent*innen

Helsinki – Vaalimaa – Tallinn – Narva – Tartu – Tallinn

FINNLAND / ESTLAND

mit Barbara Oertel

27. August bis 5. September

2.280 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Breslau – Schweidnitz – Kreisau – Oppeln – Kattowitz

SCHLESIEN (POLEN)

mit Gabriele Lesser, taz-Korrespondentin in Polen

12. bis 20. September

1.890 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Sarajevo – Jablanica – Mostar – Višegrad – Srebrenica

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

mit Erich Rathfelder und Amela Maldosevic

18. bis 24. Oktober

1.880 € (DZ/HP/ohne Anreise)

ISTANBUL

mit Nihat Gencosman und Derya Türkmen

10. bis 18. Oktober

1.330 € (DZ/3 x HP + 5 x ÜmF/ohne Anreise)

Kombinierbar mit dieser Türkei-Busreise:

Istanbul – Kappadokien – Diyarbakır – Mardin – Konya – Istanbul

OST-ANATOLIEN

PER BUS VON ISTANBUL IN DIE KURDENREGION UND ZURÜCK

mit Nihat Gencosman

17. bis 27. Oktober

2.170 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Palermo – Corleone – Syrakus – Catania

SIZILIEN

mit Michael Braun, taz-Korrespondent in Italien

29. Oktober bis 7. November

1.980 € (DZ/HP/ohne Anreise; ab Palermo, bis Catania)

Alle Infos (Programm, Preise und Leistungen, Reiseveranstalter etc.) zu den taz-Reisen unter: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (030) 2 59 02-117

Anzeige

„Ich habe große
Hoffnung in die
Menschen. Wir
werden das
herumreißen –
irgendwann,
irgendwie“:
Tülin Sezgin
in Berlin



„Frau Deutschland war großartig“

Tülin Sezgin wurde als „Conny from the Block“ mit Beamten-Comedy auf Social Media bekannt. Ihren Job in der Berliner Verwaltung kündigte sie. Jetzt hat sie ein Buch geschrieben über ihr Leben zwischen zwei Kulturen

Ein kleines Café in Berlin-Kreuzberg am Landwehrkanal. Tülin Sezgin hat noch nicht Platz genommen, da kreischen am Nebentisch schon die ersten Fans: „Wir arbeiten auch auf dem Amt. Alle lieben Sie!“ Tülin Sezgin war früher im Bezirksamt Berlin-Neukölln tätig, als „Conny from the Block“ parodierte sie ihren Alltag als Beamtin und wurde damit schnell bekannt. Ein paar Selfies später setzt Tülin Sezgin sich hin und sagt: „Ich habe die nicht bestellt, wirklich.“

taz: Frau Sezgin, worauf sind Sie vor allem stolz: auf Ihr Abitur, den deutschen Pass oder die Auszeichnung „Sonnenschein des Jahres“, die Ihnen während der Ausbildung als Hotelfachfrau verliehen wurde?
Tülin Sezgin: Am ehesten wohl auf mein Abitur, auch wenn mein Durchschnitt nur 3,1 war.

taz: Das ist nicht wirklich gut.
Sezgin: Ja, und wenn mir jemand gesagt hätte, dass man mit 3,1 keinen Studienplatz kriegt, hätte ich mir vielleicht auch mehr Mühe gegeben. Aber da mir schon in der siebten Klasse die eigene Lehrerin erklärt hat, dass das nichts wird mit dem Abitur, bin ich schon stolz.

taz: Was hat die Lehrerin denn gesagt?
Sezgin: Die hat ein paar Migra-Mädels gesehen, die sich geschminkt haben, und damit war ihr Urteil klar: Das sind Tussis aus Neukölln, die alles Mögliche im Kopf haben, aber bestimmt nicht die Schule. Dass das rassistisch war, ist mir aber erst sehr viel später klar geworden, eigentlich erst vor einigen Monaten. Da hatten wir eine Art Klassentreffen, allerdings nur mit dem Dutzend aus meiner Klasse, die einen Migrationshintergrund hatten. Wir haben uns über diese Lehrerin ausgetauscht und über die Schule, die uns Migrantenkinder alle in eine Klasse gesteckt hat – und damit dafür gesorgt hat, dass wir eine Clique wurden. Für den Rest der Schule waren wir die „Ausländerklasse“.

taz: Sie haben gerade ein neues Buch veröffentlicht, das von Ihrem Leben zwischen zwei Kulturen handelt. Darin zählen Sie – als eine Botschaft an die Lehrerin von damals – genüsslich auf, welche Berufe die Kinder von damals heute haben: Architekt, Lehrerin, Bauingenieur, Modedesignerin, Geschäftsführerin.
Sezgin: Ja, aus all denen ist was geworden. Wir haben darüber geredet, wie viel schwerer wir es hatten. Ich will es mir jetzt gar nicht in der Opferrolle bequem machen, aber uns allen wurde gesagt: Das wird nichts. Abitur? Kannste vergessen!

taz: Wie war das Gefühl bei diesem Treffen? Befriedigung, vielleicht sogar Triumph?
Sezgin: Ja, tatsächlich: Triumph. Genugtuung. Wir haben es geschafft. Wir haben es bewiesen. Und wir wünschen uns alle, wir könnten mit dieser Klassenlehrerin noch einmal sprechen und sagen, wie falsch es war, dass sie uns so abgestempelt hat. Wir waren halt pubertär und dann auch noch eine marginalisierte Gruppe. Wir haben nach Zugehörigkeit gesucht und uns gefragt: Was bin ich denn jetzt, bin ich deutsch? Bin ich türkisch? Bin ich beides? Was will ich sein?

taz: Klingt anstrengend.
Sezgin: Ja, aber ab der zehnten Klasse wurde es besser. Da haben wir eine neue Lehrerin bekommen, die hieß – kein Witz! – Frau Deutschland. Und Frau Deutschland war großartig, die war das genaue Gegenteil. Die hat uns all diese Ängste wieder genommen, die hat uns gepusht und gesagt: Ihr macht das schon, ihr habt das Talent. War leider ein bisschen zu spät für ein wirklich gutes Abitur.

taz: Später haben Sie eine Ausbildung in einem großen Hotel gemacht. Sie waren die einzige Auszubildende mit türkischem Background. Warum wurden Sie dort als „Sonnenschein des Jahres“ ausgezeichnet?
Sezgin: Weil ich so nett und witzig war.

taz: War das Ihre Methode damals, mit dem Rassismus umzugehen?

Tülin Sezgin

Der Mensch
Tülin Sezgin, Jahrgang 1988, wächst in Berlin-Neukölln auf. Sie arbeitet nach einer Ausbildung als Hotelfachfrau in der Gastronomie und als Stewardess. Sie absolviert mit einem Begabtenstipendium ein Studium der Öffentlichen Verwaltung und arbeitet im Bezirksamt Berlin-Neukölln.

Die Künstlerin
Conny from the Block, Jahrgang 2020, wird auf Social Media geboren und verarbeitet Sezgins Erfahrungen als Beamtin. Sezgin ist damit so erfolgreich, dass sie 2023 den Beamtenstatus aufgibt und als Comedian und Schauspielerin arbeitet. Ab Herbst 2026 ist bei ZDFneo die Serie „Nine To Five“ zu sehen, inspiriert von den Figuren von Conny from the Block. Tülin Sezgin spielt auch darin mit. Ihr Buch „Almançı-Mädchen. Wie ich mir Deutschsein beigebracht habe“ ist am 13. August im dtv-Verlag erschienen, 240 Seiten, 18 Euro.

Sezgin: Ich denke schon. Heute bin ich beruflich witzig, aber damals war das mein Überlebensmechanismus. Ich habe früh gemerkt: Wenn du lustig bist, kommst du anders an. Dann bist du nicht mehr die aus Neukölln, sondern eben die Lustige. Und dieser andere Blick auf mich, der hat mir nicht nur gut gefallen, der hat mich auch weitergebracht. Das ist ganz schnell ein Coping-Mechanismus geworden, also eine Bewältigungsstrategie, aber eben auch eine Überanpassung.

taz: Wie äußerte sich diese Überanpassung?
Sezgin: Ich habe zum Beispiel sehr lange meinen Nachnamen falsch ausgesprochen, um es den Deutschen einfacher zu machen.

taz: „Setzkin“ statt „ßässsginn“?
Sezgin: Genau. Ich habe auch selbst die diskriminierenden Witze gemacht, bevor es mein Gegenüber konnte. Klar, trinke ich keinen Alkohol, und morgen werde ich zwangsverheiratet, hahaha. Viele meiner Freunde sind ganz anders: Denen ist egal, wie die Deutschen sie sehen. Die sagen: Ich bleib so, wie ich bin.

taz: Wann ist Ihnen die eigene Überanpassung bewusst geworden?
Sezgin: Sehr spät, eigentlich erst, als ich mit Ende 20 meine Ausbildung auf dem Amt begonnen habe. Da hatte ich plötzlich dieses Gefühl: Nein, du machst jetzt mal nicht alles mit, du musst dich nicht anpassen. Die Spezies, die du bist, ist auch eine besondere – und eine wertvolle für die Gesellschaft.

taz: Man könnte also sagen, das Amt hat Ihnen den Humor ausgetrieben.
Sezgin: Sehr witzig. Ich würde sagen, dort habe ich einen anderen Humor gefunden. Ich kam ja aus der Dienstleistungsbranche, ich bin Hotelfachfrau, Eventmanagerin, Stewardess gewesen. An meinem zweiten Tag im Praktikum klingelt das Telefon, es ist zwölf Uhr und die Kollegin stellt das Telefon leise: Mittagspause! Das habe ich gar nicht verstanden. Wie kann man nicht ans Telefon gehen? Am Ende ist dieser Umgang, sich nicht totzumachen für die Arbeit, natürlich viel gesünder als die Serviceeinstellung, die ich mit ins Amt gebracht habe.

taz: Diese Erfahrungen haben Sie dann in Instagram-Reels als Conny from the Block verarbeitet, so begann Ihre Karriere als Comedian. War Ihnen das in die Wiege gelegt?
Sezgin: Ich habe schon als Kind Haysuz Virjin imitiert, den berühmtesten türkischen Travestiekünstler. Ich habe mich verkleidet, mir Ketten umgehängt und habe Dragqueen gespielt. Spätestens in der Grundschule habe ich gemerkt: Wenn die Leute lachen, können sie mir nicht böse sein. Ich wurde dopaminsüchtig, würde ich heute sagen. Das hat auch in der Pubertät und beim ersten Job noch funktioniert: Mit Humor, ein bisschen sarkastisch, mit verstellter

Stimme oder einem Dialekt, konnte ich Sachen sagen, die ich mich sonst nicht trauen würde.

taz: Sie waren also schon als Teenagerin eine Comedian, Sie wurden aber erst als 35-Jährige erfolgreich damit. Warum mussten Sie so viele Umwege nehmen, um dahin zu kommen?
Sezgin: Ich glaube, weil mir nie bewusst war, dass es überhaupt einen Zugang zu dieser Welt für mich gab. Die Vorstellung, Künstlerin, Schauspielerin oder Schriftstellerin zu werden, war für mich als Kind vollkommen abwegig. Wir konnten bestenfalls „was Anständiges“ werden. Das haben unsere Eltern uns mitgegeben, denn die waren ja selbst auf der Suche nach Sicherheit in einem Land, das ihnen fremd war. Also wurden wir Lehrerin, Anwältin, Ärztin – oder eben wie ich Beamtin. Das war das Nonplusultra für meine Eltern. Wow, she made it! Deutscher geht es nicht.

taz: Sie haben dann die Sicherheit einer Beamtenlaufbahn aufgegeben, um ganz als Schauspielerin und Influencerin zu arbeiten. Wie fanden Ihre Eltern das?
Sezgin: Mein Vater war komplett schockiert. Ich musste allerhand Überzeugungsarbeit leisten. Nur mit Instagram hätte ich ihn nicht überzeugt, aber als ich erzählen konnte, dass mir ein Buchvertrag angeboten wurde, hat er es verstanden. Wenn ich ihn heute anrufe, meldet er sich am Telefon mit: Hallo, meine Schriftstellerin. Oder: Hallo, meine Schauspielerin. Aber: Hallo, meine Content Creatorin, das würde ihm nicht über die Lippen kommen.

taz: War es eine Befreiung für Sie, den Beamtenstatus aufzugeben, weil Sie dann als Conny from the Block kein Blatt mehr vor den Mund nehmen mussten?
Sezgin: Ich glaube schon. Ich habe mich zwar nicht bewusst zensiert, aber ich hatte schon ein paar Filter im Kopf. Als ich einmal krankgeschrieben war und darüber eine Instagram-Story gemacht habe, war das schon ein Thema bei den Vorgesetzten. Ich wurde grundsätzlich sehr unterstützt, weil relativ schnell klar wurde, dass Conny als Rekrutierungsmechanismus für das Amt funktioniert. Ich habe ja sogar offiziell Werbung für den öffentlichen Dienst gemacht.

taz: Gut bezahlt hoffentlich.
Sezgin: Gar nicht. Ich habe jahrelang unbezahlte Werbung fürs Amt gemacht. Aber auch aus eigener Überzeugung, weil ich den Job wichtig finde. Ich denke auch heute noch, dass da die richtigen Menschen sitzen müssen an diesen Positionen, wo entschieden wird, ob jemand im Land bleiben darf, ob er arbeiten darf oder ob jemand Grundversicherung bekommt. Ich wäre auch gerne weiter Beamtin geblieben. Aber Amt in Teilzeit und daneben als Influencerin arbeiten, das war dann doch nicht möglich. Ich habe das sogar juristisch prüfen lassen, aber das ist eine große Grauzone. Deshalb habe ich irgendwann den Sprung gewagt.

taz: Wie erklären Sie sich Ihren großen Erfolg als Amtsfluencerin?
Sezgin: Es gibt kaum etwas Deutscheres als eine deutsche Behörde. Jeder war schon mal auf dem Amt, jeder hat sofort ein Bild vor Augen. Aber wie es genau dort zugeht, das ist für Außenstehende eine Blackbox – und die öffne ich und präsentiere sie mit Humor. Dazu kommt noch, dass geschätzt die Hälfte meines Publikums selbst auf dem Amt arbeitet. In meinen Shows sitzen ganze Behörden nebeneinander im Saal, Teams machen ihre Betriebsausflüge zu mir. Die erkennen die Stereotypen, die ich darstelle, ob Gegen-alles-Gisela oder Tief-einatmen-Petra, denn die gibt es tatsächlich überall, ob im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf oder in der Kreisverwaltung in Oberfranken.

taz: Umgekehrt gefragt: Wie viele haben sich aufgeregt, dass eine Deutschtürkin es wagt, sich lustig zu machen über unsere schöne deutsche Bürokratie?
Sezgin: Niemand. Finde ich auch erstaunlich. Vielleicht liegt es daran, dass

ich das wirklich sehr genau beobachtet habe – und diese Bürokratie trotz aller Probleme immer noch sehr liebevoll darstelle.

taz: Welche Bürokratie ist schlimmer – die deutsche oder die türkische?
Sezgin: Die türkische, eindeutig. In der Türkei will man nicht aufs Amt, denn da ist das Machtgefälle größer. Die lassen es dich wirklich spüren, dass du am kürzeren Hebel sitzt.

taz: Sie haben in der Gastronomie gearbeitet, waren Stewardess und Beamtin – alles Jobs, in denen man viel mit Menschen zu tun hat. Wo haben Sie am meisten über sich und Ihr Deutsch- und Türkischsein gelernt?
Sezgin: Ich glaube im Hotel. Denn einerseits gab es in diesem Riesenhotel mit sechshundert Mitarbeitern natürlich viele Migras, vor allem aus Vietnam und vom Balkan, ich war die einzige Türkin. Auf der anderen Seite gab es das internationale Publikum, und da habe ich das erste Mal gemerkt: Es ist okay, dass du beides bist – deutsch und türkisch. Im Hotel habe ich ganz viel mitgenommen, aber der Moment, in dem sich die Identitätskrise dann positiv verkehrt hat, der kam auf dem Amt.

taz: Da haben Sie dann für sich festgestellt, was Sie im Buch so beschreiben: „Wir sind nicht halb. Wir sind doppelt.“

„

„Heute bin ich beruflich witzig, aber damals war das mein Überlebensmechanismus. Ich habe früh gemerkt: Wenn du lustig bist, kommst du anders an“

Sezgin: Ich habe immer eine große Zerrissenheit gespürt. Noch heute bekomme ich eine Gänsehaut, wenn ich in der Türkei lande. Das ist kein bisschen nationalistisch, aber ich spüre eine große Sehnsucht nach diesem Land. Und dann freue ich mich, wieder zurückzukommen in meine deutsche Sicherheit. Auf dem Amt habe ich diese Zerrissenheit zwischen zwei Kulturen endlich als Bereicherung verstanden. Dass ich nicht zweimal ein halber Mensch bin, sondern zwei komplette, vollständige Menschen. Ich habe einen Bachelor und einen Master, ich korrigiere die E-Mails des Chefs auf Rechtschreibfehler, jetzt nehme ich mir auch heraus, eine eigene Stimme zu haben und zu sagen: Nein, wir können die Bewerberin nicht deswegen ablehnen, weil sie ein Kopftuch trägt. Und nein, es ist auch nicht okay, dieses eine Wort zu benutzen, das du da immer benutzt für eine bestimmte Gruppe von Menschen.

taz: Statt sich anzupassen, haben Sie Ihre Perspektive vertreten?
Sezgin: Ich habe entschieden, es positiv zu sehen, dass zwei Welten hier drin sind, komplett mit allem, mit Musik, mit Essen, mit Filmen, mit Werten. Dieses Doppelte ist eine Bereicherung, egal ob für Arbeitgeber, für die Gesellschaft, für Partnerschaften oder Freundschaften. Zugegeben, von der türkischen Welt fehlen mir viele Fetzen, mein Türkisch ist nicht so gut wie mein Deutsch, aber von der deutschen Welt fehlt mir auch immer mal was. Ich habe sehr an akuter Alman-Fomo gelitten.

taz: Fomo steht für „Fear of missing out“. Was haben Sie befürchtet zu verpassen?

Sezgin: Wenn ich drüber nachdenke, habe ich die immer noch, die Alman-Fomo, die geht nicht weg. Mir fehlen immer noch Sprichwörter oder Redewendungen. Jahrelang habe ich gesagt: Geh mir nicht auf den Senker! Erst kürzlich habe ich erfahren, dass das „Senkel“ heißt. Und nee, der frühe Vogel schießt nicht tot. Ich kann einfach keine deutschen Redewendungen. Und ich kenne wenige deutsche Schauspieler.

taz: Eine sehr berührende Stelle im Buch ist Ihre Erfahrung mit dem ersten Kitaessen als 5-Jährige. Es gab Leberkäse, nach dem Essen hatten Sie Angst, Sie könnten sich in ein Schwein verwandeln.
Sezgin: Diese Schweinefleisch-Experience, die kennen unglaublich viele Migras. Als Kind aus Versehen Schweinefleisch gegessen zu haben und dann zu denken: Oh Gott, ich werde sterben. Oder mindestens wächst mir ein Schweinerüssel. Darum ging es mir: Diese abstrakte Migrationsdebatte mal mit Leben, mit persönlichen Erfahrungen und Emotionen zu füllen.

taz: Sie schreiben im Buch auch: „Deutschland kann ich vertrauen. Auf Almanya ist Verlass.“ Empfinden Sie das immer noch so, auch wenn die AfD stärker wird?
Sezgin: Tatsächlich habe ich in den letzten Jahren aus politischen Gründen ein paar Ängste entwickelt. Ich habe feststellen müssen, dass meine Zweifel und Gefühle, die ich seit der Oberschule mit mir herumtrage, doch berechtigt waren: Es gibt in diesem Land einen tief-sitzenden Rassismus. Immer wenn ich mich zu sicher fühle, kriege ich einen rassistischen Spruch. Oder es passiert Hanau und ich denke: Bloß, weil ich anders aussehe, kann ich einfach so abgeknallt werden?

taz: Sie haben sich einbürgern lassen zu einer Zeit, als es noch nicht möglich war für Türken, beide Staatsbürgerschaften zu behalten. Bereuen Sie es heute, dass Sie den türkischen Pass nicht mehr haben?
Sezgin: Ich frage mich schon: Wohin geht die Reise? Trotz alledem bin ich hier aufgewachsen und durch meine Eltern so geprägt, dass ich mir sage: Hier ist es immer noch besser und sicherer als irgendwo anders. Ich gebe allerdings zu: Ich habe die doppelte Staatsbürgerschaft beantragt und auch schon genehmigt bekommen, ich warte nur noch auf meinen türkischen Pass. Wenn die AfD hier regiert, glaube ich nicht, dass ich hier bleiben kann. Ob dann die Türkei das Land ist, in dem ich wirklich leben will, das weiß ich nicht. Ich kenne auch viele, die noch auf dem Amt arbeiten. Die fragen sich: Was mache ich, wenn mein Haus von einem AfD-Politiker geleitet wird? Dann muss ich Entscheidungen treffen und ausführen, die sich gegen meine eigenen Leute richten.

taz: Die AfD würde wohl sagen: Aber Sie sind doch nicht gemeint, Frau Sezgin.
Sezgin: Ja, vielleicht, wahrscheinlich. Ich glaube auch, wenn jetzt hier ein AfD-Wähler sitzen würde, dass ich den rumkriegen würde. Dass der eigentlich ganz nett ist und ich ihn überzeugen könnte, dass Vielfalt eine gute Sache ist. Ich glaube, sogar Björn Höcke würde sagen, wenn er mir gegenüber säße: „Sie meinen wir überhaupt nicht, uns geht es nur um Ihre kriminellen Brüder und Schwestern.“ Ich habe zu lange die gute Ausländerin gespielt, um dem noch zu trauen. Also, um Ihre Frage zu beantworten: Ich habe keine Angst, aber ich fürchte, ich vertraue Deutschland nicht mehr.

taz: Das klingt nicht gerade Hoffnungsvoll.
Sezgin: Doch, ich habe große Hoffnung in die Menschen. Ich liebe die Menschen sehr. In meinen Shows sitzt das junge Mädchen mit Kopftuch neben einer 67-jährigen Sibylle, und wenn am Ende ein türkisches Volkslied läuft, dann tanzen alle miteinander. Das hat in Erfurt geklappt und in Dresden, überall. Wir Menschen werden das herumreißen – irgendwann, irgendwie. Daran glaube ich fest.



Alina Schwermer
Hin und weg

Wir sollten die Welt
als Teppich erzählen

Monterrey hat einen seltsamen Vibe. Ich wohne im Zentrum der nordmexikanischen Stadt, aber es fühlt sich nicht wie ein Zentrum an. Überall sind umzäunte Fabriken, rauchende Schloten ragen in die Luft, Förderbänder ziehen sich durch die Stadt wie in einem Klischeefilm übers Ruhrgebiet aus den 1950ern. In kleinen Werkstätten sitzen Männer um Berge von Industriegütern und Elektronik. Monterrey ist ein Fertigungszentrum Mexikos, vor allem für den US-amerikanischen Markt. Die Luftqualität ist an schlechten Tagen eine der schlimmsten der Welt; auch, weil die USA fast die Hälfte ihrer exportierten Giftabfälle hierher bringen. Wie die ausgelagerten Kosten des Kapitalismus aussehen und wie sie Tausende Leben pro Jahr fordern, das kann man in Monterrey erleben.

All das ist das Thema meiner Recherche, und auch im Privaten lässt sich ihm nicht entkommen. Ich habe Halsschmerzen von der Luft, bin kurzatmig, und bald bleibe ich möglichst drinnen. Ohnehin ist Monterrey bei Nacht die einzige Stadt in Mexiko, in der ich mich nicht sicher fühle: Die Straßen sind bis auf wenige Männer menschenleer, es ist unüblich still. Meine beiden vorherigen Stationen, das hübsche Morelia und das lebhaftes Guadalajara, wirkten sehr mexikanisch. Die vollen Plätze, auf denen Menschen bis spät in die Nacht Tacos oder Süßigkeiten kaufen, die jugendlichen Subkulturen und die Musik auf den Straßen. Monterrey mit seinen Malls und breiten Highways, den Vorstadtsiedlungen und der Autokultur fühlt sich an, als sei ich schon halb in den USA.

Auf meinem Roadtrip zur Fußball-WM auf fast 4.000 Kilometern im Bus lerne ich eines: Wie konstruiert sie ist, diese Erzählung von der Nation. Die Städte vom Süden Mexikos bis ins Zentrum der USA wirken wie ein Teil eines Teppichs: miteinander verknüpft und dabei fließend von einer Teppichfarbe in eine andere übergehend. Oft tragen sie noch Teile des Garns der vorigen Stadt in sich. In Dallas durchquere ich Viertel, in denen sich endlos mexikanische Restaurants und Läden aneinander reißen. Der ÖPNV ist zweisprachig; ein Taxifahrer erzählt mir, ein Gutteil seiner Kundschaft spreche nur Spanisch. Auch in den Supermärkten ist alles wie drüben, aber in US-amerikanischer Gigantik.

Die Nation ist wirkmächtig, weil sie eine geschlossene Diskursbubble bildet. Aber viel akkurater bei der Erzählung der Welt sind Kulturregionen. Sie lassen sich nicht in ein Label pressen. Sie sind fluide. Und keine Mauer der Welt kann ihre jahrhundertealten Verbindungen kappen. Die Menschheit wäre wohl besser dran, würden wir die Welt als Teppich erzählen. Und nicht als ein Nebeneinander von Fliesen.

Alina Schwermer schreibt alle vier Wochen übers Gehen, Bleiben und über Reisebegegnungen.



herzensort

Tief unten
wartet der Fluss

Korsika wird „Île de Beauté“ genannt, Insel der Schönheit. Und es stimmt: Das Meer mit seinen vielen Blautönen, die feinsandigen Strände, die bewaldeten Berge, die schroffen Klippen, all das ist wunderschön. Nur hätten wir vielleicht nicht unbedingt im Juli hinfahren sollen. Schon am Vormittag wurde es so warm, dass wir uns nur mühsam durch die Macchia schleppten, so heißt das Gebüsch, das große Teile der Insel bedeckt. Bleibt man halt im Schatten und liest, könnte man denken. Aber leider ist das mit dem Denken in der Hitze auch nicht so leicht.

Umso herrlicher war es im Asco-Tal zwischen hohen Bergen im Inselinneren. Wir kraxelten zwischen Bäumen den Hang hinunter, mit jedem Meter wurde es kühler. Ganz unten sucht sich der Fluss zwischen größeren und kleineren Felsen seinen Weg. Wir badeten im glasklaren eisigen Wasser, sprangen von Felsen in natürliche Becken, lagerten im Schatten auf glatten, hellgrauen Steinen.

Als wir wieder aus dem Tal auftauchten, war die größte Hitze vorbei. Die lauen korsischen Sommerabende, die hätte ich nicht missen wollen.

Antje Lang-Lendorff

Das kann man doch alles NochMall verwenden!
Foto: F. Anthea Schaap/imago



Shoppen auf die alte Art

Mit dem Niedergang der Kaufhäuser geht auch eine Einkaufskultur zu Ende. In Berlin gibt es allerdings einen speziellen Ersatz: die NochMall, betrieben von der Stadtreinigung. Alles, was man hier kaufen kann, wäre sonst im Müll gelandet

Von Waltraud Schwab

Es gibt das Glücksgefühl. Und das Solidaritätsgefühl. Das Wirgefühl auch. Und noch eins, das unter Radar läuft: das Kaufhausgefühl. Diese Melange aus Erwartung, Sicherheit, Neugierde und schwebender Zeitlosigkeit stellt sich bei vielen ein, die ein Warenhaus besuchen. Bei mir auch. Sicher fühle ich mich, dass ich das, was ich haben will, bekomme. Und neugierig bin ich auf das, was es beim Stöbern im Kaufhaus zu entdecken gibt und mich anspricht. Als schärfe ich dabei mein Gefühl für das, was ich schön finde. Kaufen muss ich es nicht. So vergeht die Zeit. Wer ein Kaufhaus betritt, erlebt, wie er sich vom Alltagsstatisten des Einkaufens zum Komparansen des Begehrens wandelt.

Halt. Stopp! Da stimmt etwas nicht. Richtiger wäre, die vorherigen Sätze kämen nicht im Präsens daher, sondern im Präteritum. „Betrat“, nicht „betritt“. „Erlebte“, nicht „erlebt“. Warum? So viele Kaufhäuser haben dichtgemacht. Hertie, Karstadt, Kaufhof – mancherorts gibt es gar keine mehr. Passé der Kaufhauslogos „Alles, was ich will.“ Oder: „Der Kaufhof bietet tausendfach alles unter einem Dach.“

Doch jetzt die gute Nachricht: Auf's Kaufhausgefühl muss ich dennoch nicht verzichten. Ich spüre es neuerdings wieder, und zwar in der NochMall in Berlin-Reinickendorf, im Norden der Hauptstadt. Dort geht es nicht szenig zu. Ich wohne nicht weit davon.

„NochMall“ ist ein geniales Wort. Gefunden von den PR-Leuten der Berliner Stadtreinigung BSR, einem kommunalen Versorger. Das Unternehmen wirbt gern mit Sprachwitz. „Gib's mir“, steht auf Mülleimern in Berlin. Oder: „Müllorca“, „Kot d'Azur“, „Im nächsten Leben werd ich Briefkasten“ und vieles mehr. Witzig ist das, auch wenn es kaum dabei hilft, der Vermüllung der Hauptstadt Herr zu werden.

Nun also die NochMall. Die Mall steckt drin und noch mal – und das ist keine Lüge. Alles, was es zu kaufen gibt, wurde vorher auf Recyclinghöfen zusammengesammelt oder abgegeben, ist aber noch brauchbar. Second

Hand auf 2.000 Quadratmetern und zwei Etagen. Die sind unterteilt in diverse Bereiche. Haushaltswaren, Möbel, Deko, Sport, Kleidung, Bücher, Elektrogeräte, Musikinstrumente, Spielwaren, Medien.

Zero Waste – das ist der schöne Begriff, der das alles leitet. Die Müllentsorger haben eigens eine Abteilung, die sich mit Müllvermeidung beschäftigt. Und eine für Innovation. Frieder Söling gehört dazu. Jetzt sitzt er im Café der NochMall an einem Tisch, den es für 49 Euro zu kaufen gibt und auf einem Stuhl für 28 Euro. Das Inventar des Cafés wechselt ständig, wie auf einem Basar.



Frieder Söling, der Miterfinder der NochMall Foto: imago

650.000 Waren wurden im Jahr 2025 verkauft, 550 Tonnen Müll auf diese Weise vermieden

Söling, bis vor Kurzem Geschäftsführer der NochMall GmbH, oder nostalgischer: Kaufhausdirektor, kann davon berichten, wie es zum Gebrauchtwarenkaufhaus kam. Dass sie in andere Städte gefahren seien, wo es ähnliche Einrichtungen gibt, München, Wien, Stockholm, um zu gucken, wie die das machen. Dass sie auf jeden Fall Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen wollten, was ihnen gelungen ist, 35 sind es. „Annehmen, sortieren, säubern, Regale auffüllen, Kunden beraten, kassieren – das sind zeintensive Aufgaben“, sagt Söling

An ein Kaufhaus sei nicht zuerst gedacht worden, als sie 2018 angingen, erzählt Söling. Zuerst hätten sie aus dem, was auf den Recyclinghöfen ankommt, noch brauchbare Waren aussortiert und es etwa von Sozialkaufhäusern oder Büchertischen abholen lassen. Das war für die betreffenden Projekte, die meist mit Ehrenamtlichen arbeiten, jedoch nicht zu leisten gewesen. Zu viel sei angefallen. Deshalb die Idee mit dem Kaufhaus, sagt Söling: „2020 haben wir dann die NochMall eröffnet, mitten in der Coronapandemie.“

Zu ihren Zielen zählt dabei, dass sie den bestehenden Second-Hand-Strukturen keine Konkurrenz machen wollten. Zu den Besonderheiten gegenüber vergleichbaren Konzepten gehört auch, dass sie das ganze Warensortiment bedienen wollen, um möglichst viele Dinge aus dem Müll zu retten. Und dass sie ein Ambiente vor sich sahen, das an die Kaufhäuser von früher erinnerte. Deshalb die großzügige Gestaltung. „Da soll Luft zwischen den Dingen sein“, sagt Frieder Söling.

Es scheint zu funktionieren. „2025 hatten wir 420.000 Besucher und Besucherinnen.“ Am Eingang ist ein Kundenzähler installiert. An Tagen unter der Woche seien um die 1.000 Kund*innen in der NochMall. „An Samstagen aber ist der Zulauf riesig, da kommen im Schnitt 2.000“, sagt Söling. „Manchmal sind die Regale leer geräumt und müssen schnell wieder aufgefüllt werden.“ 650.000 Waren seien im vergangenen Jahr über den Ladentisch gegangen, 550 Tonnen Müll so vermieden worden.

Anders gerechnet: 1.500 Tonnen CO₂ wurden durch den Wiederverkauf gebrauchter Waren eingespart. „Mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, immerhin entspricht es über 500.000 Liter verbranntem Diesel.“ Frieder Söling mag es nicht, wenn Leute sagen, sie könnten nichts bewirken.

Eine Idee, um die Wahrnehmung zu stärken, dass bewusster Konsum einen Unterschied macht, gibt es. Nämlich auf den Kassensbons auszuweisen, wie viel CO₂ durch den Kauf von etwas eingespart wurde. Bisher sei es bei der Idee geblieben. „Innovation darf man nicht nur wirt-

schaftlich und technisch denken, sondern auch sozialökologisch und nachhaltig“, sagt Söling. Deshalb auch die vielen Veranstaltungen in der NochMall – Repair-Cafés, Versteigerungen, Workshops zur Nachhaltigkeit und zum Upcycling. Selbst Weihnachtsfeiern und Totenschmause seien schon im Café veranstaltet worden. So entsteht Community.

2027 will die NochMall schwarze Zahlen schreiben. „Und wenn das gelingt, ist an Expansion gedacht.“ Wohin? In den Süden der Stadt, dahin, wo Berlin szeniger ist. „Wir müssen der BSR recht danken, dass sie das Konzept so unterstützt.“

Inzwischen werden viele der Waren, die wiederverkauft werden, von den Berliner*innen direkt zur NochMall gebracht – es gibt eine Annahmestelle vor Ort. „Ich bin beeindruckt, was die Leute uns schenken“, sagt Frieder Söling. Inzwischen kann man Sachen gegen eine Gebühr abholen lassen. Bringt man gute Sachen hin, kriegt man einen 10-Prozent-Gutschein für den nächsten Kauf. So geht Kundenbindung.

Bei mir wirkt's. Ich komme gern. Gleich hinter der Eingangssperre der NochMall gibt es die Haushaltswaren. Sie sind mein Safe Space. Denn wenn ich in den anderen Abteilungen nichts finde, finde ich sicher ein Glas, eine Tasse, einen Teller. Manchmal auch eine Blumenvase. Wenn ich später merke, die gefällt mir doch nicht, gebe ich sie beim nächsten Mal wieder ab. So ist mein Konsumverhalten Teil eines Kreislaufs.

Die Lampe in unserem Arbeitszimmer, der Stuhl im Wohnzimmer, der Toaster, alles haben wir aus diesem Kaufhaus. Das Beste ist das Schränkchen, das nun in unserem Flur steht. Vollholz, Design der 50er/60er Jahre. „Mit Midcentury können Sie keinen Fehler machen“, sagt ein junger NochMall-Mitarbeiter. Der Satz versöhnt mit dem Muff von damals.

Und jetzt das Allerbeste: Selbst Freundinnen aus dem In-Bezirk Kreuzberg besuchen uns, um mit uns in der NochMall zu shoppen. Dort frönen wir dem Kaufhausgefühl. Wir sind so old-school.

Mieter als Masthähnchen

Mit Wohnraum schnell reich werden? Das versprechen Influencer in den sozialen Netzwerken, die sogenannten Immo-Bros. Ihre Tipps sind alles andere als harmlos

Von Lara Schulschenk

Ein junger Mann fährt im Cabrio durch die Sonne in hügeliger Landschaft und singt freudestrahlend den italienischen Popklassiker „Azzurro“ mit. Oben im Bild steht: „POV: Du hast gerade eine Runde Mieterhöhungen rausgeschickt“. POV steht für „Point of View“ und signalisiert, dass eine persönliche Perspektive folgt. @timotheuskünzel hat das Video ins Internet gestellt, es zeigt ihn selbst. Auf seinem Instagram-Kanal mit rund 59.300 Followern gibt er Tipps rund um Immobilien und Lifestyle und gehört damit zu einer noch relativ neuen Bubble in den sozialen Netzwerken: den Immo-Bros.

Immo-Bros, das sind überwiegend junge oder junggebliebene Männer, die auf den sozialen Netzwerken darstellen, wie sie angeblich erfolgreiche Geschäfte mit Wohnraum machen – von Verwaltung über Vermietung bis hin zu Kauf und Verkauf. Wie toll das läuft, malen die Herren in schillerndsten Farben für das Internet aus. @timotheuskünzel beispielsweise fokussiert sich laut eigener Aussage auf Kauf und Vermietung, er will 100 Häuser im Bestand haben und gibt alles, um seinen Instagram-Kanal nach Old Money aussehen zu lassen: luxuriös, aber unaufdringlich.

@fabilehner hingegen ist eher der Mario Barth unter den Immo-Bros. Statt mit Seriosität versucht er es mit Provokation: „Ich habe 35 Millionen Schulden, aber lasse sie von armen Studenten zahlen, damit ich Helikopter fliegen kann. So geht’s. Lies die Caption!“ In der Beschreibung führt er aus, dass er mit den 35 Millionen Euro Wohnungen gekauft und renoviert habe, um sie dann als Wohngemeinschaften an Studierende zu vermieten. In einem anderen Beitrag schreibt er: „POV: Jeder sieht das Auto. Niemand sieht die 100 Mieter, die wie Masthähnchen in 10 Wohnungen gequetscht werden, um die Rendite zu maximieren.“

Dieser Beitrag dürfte bloß Ragebait sein, also Content, der bewusst provoziert, um Aufmerksamkeit und Likes zu generieren. Ob provokant oder authentisch, spielt letztlich keine Rolle. Wie andere Immo-Bros erklärt er seinen fast 56.000 Instagram-Followern aggressiv und schambefreit, wie er sich an Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt bereichert. Für den Masthähnchen-Beitrag erntet @fabilehner nicht mal 500 Likes und Kommentare. Damit ist der Beitrag ziemlich schlecht

bei seinen Followern angekommen – vorausgesetzt, diese sind überhaupt real.

Mit ihrer Bandbreite von elegant bis provokant sprechen Immo-Bros ganz unterschiedliche Zielgruppen an. In den Kommentaren versammeln sich insbesondere junge Männer. Es gibt viel Beifall für den teuer anmutenden Lifestyle und die vermeintlichen geschäftlichen Erfolge.

Hinter den Posts der Immo-Bros verbirgt sich ein verlockendes Versprechen: raus aus den Geldsorgen, weg von Chef und Finanzamt. Ihre Geschichten versprechen Wohlstand, Freiheit und Anerkennung. Immobilien und Vermietung sollen die Lösung sein. Jemand wie Timotheus Künzel, der auch mal vor Investments ohne Eigenkapital warnt oder über die Arbeitsbelastung als Vermieter spricht, stellt eher eine Ausnahme dar. Vielmehr dominieren in der Bubble Leute, die Dinge raten, die unerfahrene Immobilienkäufer ruinieren können. Ein besonders be-

Mit ihrer Bandbreite von elegant bis provokant sprechen Immo-Bros ganz unterschiedliche Zielgruppen an

liebster Tipp ist die Finanzierung von Immobilien ohne Eigenkapital. Expert:innen warnen ausdrücklich vor dem Immobilienkauf ohne Rücklagen, weil Reparaturen oder Mietausfälle bei diesem fragilen Konstrukt schnell zur Zahlungsunfähigkeit führen können.

Diese Finanzierung nennen Immo-Bros gern „Money Glitch“. Sie suggerieren, das System auszutricksen, indem sie sich Immobilien von ihren Mieter:innen abbezahlen lassen, ohne selbst einen Cent in die Hand zu nehmen. Banken lassen sich solche Kredite – wenn sie die denn überhaupt vergeben – aber teuer bezahlen. Die hohen Zinsen werden dann über die Mieten abbezahlt. Finanzierungen ohne Eigenkapital laufen also zu Lasten der Mieter:innen.

Damit möglichst schnell möglichst viel Geld reinkommt, bedienen sich Immo-Bros verschiedenster „Vermietungsstrategien“: mö-

blierte Vermietung, Aufteilung von Wohnungen in WGs, Kurzzeitvermietung oder auch zusätzliche Serviceverträge. „Die Mietpreisbremse gilt nur für Leute, die nicht wissen, wie man sie umgeht“, wird da auch laut ausgesprochen.

Doch mit hohen Mieteinnahmen ist es nicht getan, auch bei den Steuern wollen Immo-Bros sparen. In dem Video „Keine Steuern zahlen einfach erklärt“ verspricht @marceiss seinen 90.700 Instagram-Followern, zu erklären, wo sich mit Immobilien Steuern sparen lassen. @mr.steuer_martinrichter motiviert seine 45.200 Follower auf Instagram mit Titeln wie „Der Staat nimmt dich aus? Dreh den Spieß einfach um“ oder „Einfach keine Steuern zahlen“.

Nicht alle Immo-Bros belassen es bei fragwürdigen Tipps. @immo.tommy machte 2024 Schlagzeilen. Er hatte laut <i>Spiegel</i> Immobilienkäufe beworben, von denen sich die Kund:innen getäuscht sahen. Ermittlungen wurden aufgenommen. Mit 1,1 Million Followern auf Tiktok und über 800.000 auf Instagram ist er der größte Immo-Bro Deutschlands. Für einen besseren Schutz vor gefährlichen Tipps will die Finanzaufsicht Bafin Influencer nun genauer in den Blick nehmen und die Aufklärungsarbeit verstärken.

Die Sprüche vieler Immo-Bros klingen nicht gerade nach Gemeinwohlorientierung, ihre Geschäftsidee – Mieter:innen auspressen, Steuern nicht zahlen – unterscheidet sich im Wesentlichen aber kaum vom Gebaren größerer Wohnungsunternehmen: Ob es nun die Firma Heimstadten ist, die versucht hatte, die Mietpreisbremse zu umgehen, und erst angesichts hunderter Streitfälle einknickte. Oder die Vonovia, die ihre Einnahmen 2025 durch Zehntausende fragwürdige Mieterhöhungen steigern wollte und die bei der Übernahme der Deutsche Wohnen ein Steuerschlupfloch genutzt hat und so die Zahlung von schätzungsweise einer Milliarde Euro Grunderwerbsteuer umgehen konnte.

Die großen Wohnungsunternehmen machen seit Jahren vor, wie sich möglichst viel Geld aus Wohnraum herausholen lässt – auf Kosten der einzelnen Mieter:innen und der Allgemeinheit. Diese Entwicklung treiben die Immo-Bros weiter voran. Auch, indem sie ihre Tipps und Tricks bei Coachings, Seminaren, Festivals und Konferenzen versuchen, an den Mann zu bringen. Wie erfolgreich das ist, bleibt fraglich. Die Cashflow Conference 2026 musste Insolvenz anmelden, nachdem

sich dort 2025 noch die Crème de la crème der Bubble getroffen hatte.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich der eine oder andere Immo-Bro erfolgreicher präsentiert als er tatsächlich ist. In der aktuellen Aufmerksamkeitsökonomie gehört Klappern zum Handwerk, mindestens für Coaches und Influencer. In diesem Kontext wirken auch steile politische Thesen der Immo-Bros folgerichtig, schließlich klicken die in den sozialen Netzwerken.

Besonders auf die Spitze treibt das unter anderem @alex_duesseldorf_fischer. Er schimpft auf „Klima-Fanatismus, Gendersprache und moralische Überlegenheit“ und behauptet, dass Minderheiten verantwortlich für Insolvenzen, Entlassungen und steigende Lebenshaltungskosten wären. Ähnlich der in Dubai lebende @daniel.garofoli, der angesichts der Kritik am Sondervermögen nicht weniger fordert als: „Wir müssten eigentlich mit wehenden Fahnen und Fackeln vor dem Bundesreichstag stehen, weil das ist Wahlbetrug auf allerhöchstem Niveau.“

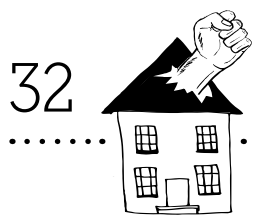
Vor allem aber reproduzieren die Immo-Bros das, was die etablierte Immobilienlobby seit Jahren predigt: Mit Wohnraum muss sich Geld verdienen lassen, Investoreninteresse schafft Wohnraum, staatliche Regulation schadet dem Markt, die Nachfrage treibt die Preise, Neubau kann die Wohnkrise beenden. Das sind die üblichen Erzählungen der Immobilienbranche, die sich als Glaubenssätze in den Köpfen der Menschen festsetzen, je öfter sie wiederholt werden. Diese Arbeit muss die Immobilienlobby nicht mehr allein machen, seitdem die Immo-Bros da sind.

Dabei dürfte es gestandenen Immobilienlobbyist:innen sicherlich manchmal kalt den Rücken hinunterlaufen, wenn sie das karrikaturenhafte Auftreten der Immo-Bros verfolgen. Martialische Musik, schnelle Autos, teure Hotels und dicke Uhren – diese Darstellung der eigenen Person als erfolgreicher Businessman kann befremdlich wirken. Doch letztlich sind die Immo-Bros damit nur die Personifikation einer Vermietungskultur, die die großen Unternehmen vormachen. Nicht nur der Wohnungsmarkt in Deutschland steckt in einer Krise, auch die Vermietungskultur tut es. Und das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

Lara Schulschenk, 33, ist Publizistin und Content Creatorin; sie ist außerdem tätig beim Mieterverein zu Hamburg.



Links ein Post von @mr.steuer_martinrichter, in der Mitte von @timotheuskünzel, rechts von @fabilehner Screenshots: Instagram



Allein zu leben, kommt nicht infrage

Venkatesh P. kam zum Studieren nach Deutschland, mit Freunden wohnt er in einem überteuerten Mehrbettzimmer. Vor der Uni arbeitet er als Küchenhilfe, abends geht er in die Sprachschule – und träumt vom Leben auf der Farm

Von **Florian Nass** (Text) und **Miriam Klingl** (Fotos)



Venkatesh P. teilt sich mit seinem Freund Kavin ein Doppelbett. Für über 500 Euro im Monat

Nach Berlin kam Venkatesh P. zum Studieren. Mit einem Freund, einem Koffer und zwei Kilo Reis im Gepäck. „Vorsichtshalber“, sagt er und lacht.

Draußen: Knapp außerhalb der Berliner Ringbahn wohnt Venkatesh im ersten Stock eines Altbaus in Prenzlauer Berg, zusammen mit fünf Mitbewohnern. Was alle teilen: ihre Heimat. Die liegt 7.000 Kilometer entfernt, in Indien.

Drinne: Hinter der Tür ein kurzer Flur, rechts die schmale Küche, der Tisch steht längs zur Wand. Mit etwas gutem Willen kann man hier zu dritt sitzen. Auf dem Boden stehen zwei Reiskocher, es gibt Chicken Biryani, Venkateshs Lieblingessen, heute weniger scharf. „extra für die Gäste“. Zu sechst wohnen sie hier, drei Betten im Zimmer links vom Flur, drei im Zimmer rechts. Für jeden ein weißer Kleiderschrank, ein paar Kosmetikartikel, ansonsten wenig Persönliches – auf den ersten Blick mehr Menschen als Möbel. Die Wohnung ist ordentlich, es gibt einen kleinen Balkon, groß genug für zwei Raucher. Geraucht wird hier aber nicht: „Rauchen ist ein No-Go für die Familie.“ Venkatesh und Kavin teilen sich ein Doppelbett. Viele trüfe es schlechter, sagt er.

Deutschland: Nach Deutschland kam Venkatesh im März vor einem Jahr, um Data Science zu studieren an einer Privatuni in Potsdam. „German Engineering“ war ihm ein Begriff, ansonsten wusste er wenig vom Land, in dem er leben würde.

Indien: Der 28-Jährige wuchs in Pollachi auf, einer kleineren Stadt im südindischen Bundesstaat Tamil, die dank des tropischen Klimas für den Kokosnussanbau bekannt ist. Auch die Eltern leben von der Landwirtschaft, besitzen eine Farm, gehören zur oberen Mittelschicht. Zwischen Kokosnusspalmen, Kühen, Ziegen und Hühnern verbrachte er mit einer Schwester dort Kindheit und Jugend. Umgeben von der üppigen Natur tropischer Regenwälder und den grünen Gipfeln der West-

ghats. Die Familie schlief bis zuletzt in einem Raum. Ein eigenes Zimmer hatte Venkatesh noch nie – allein zu leben, kommt für ihn nicht infrage. Das Gemeinschaftsleben sei in seiner Kultur verankert, man stellt Fragen, ist neugierig. Dass Deutsche selbst ihre Nachbarn nicht kennen, bleibt ihm ein Rätsel.

Wegbegleiter: Im Flieger nach Berlin saß Venkatesh neben Kavin, die beiden kennen sich seit 15 Jahren. Sie schliefen schon zu Internatszeiten im selben Zimmer – die Eltern wohnen nur drei Kilometer voneinander entfernt in Pollachi. Auch heute sitzen die beiden nebeneinander auf der Matratze des gemeinsamen Doppelbetts. Auf der anderen Seite im Zimmer hat ein weiterer Mitbewohner seinen Schlafbereich. An dessen Kopfende hängen zwei Prints, die mit indischen Klischee-Motiven und dem Slogan „See India“ „fehlleiten“, wie Venkatesh

es ausdrückt. Die Plakate hingen schon beim Einzug da. Venkatesh meint: Die Motive zeigten eine nicht existente Realität, sie seien „wie die gesamte Wohnsituation: Resultat einer Marketingmasche“. Am ehesten erinnert ein kleiner Ventilator auf dem Nachttisch an die Heimat. Außer den Fotos auf seinem Handy hat er keine Souvenirs von zu Hause mitgebracht. „Dinge bedeuten mir nichts“, sagt er. Was zählt: Die täglichen Telefonate mit den Eltern per Videocall, frühmorgens oder kurz vor dem Schlafen, angepasst an die Zeitverschiebung.

System: Venkatesh glaubt, dass die Wohnung schon vorher an indische Studierende vermietet wurde. Er und sein Freund jedenfalls fanden das Inserat auf einem Onlineportal, auf dem Vermieter aus Deutschland Plätze in Mehrbettzimmern anbieten. Pro Bett zahlt jeder 545 Euro, so viel wie andere

für ein WG-Zimmer. Trotzdem, es sei vergleichsweise günstig: Freunde von Venkatesh wohnen zu fünft für ähnliche Preise in einem Ein-Zimmer-Apartment. Das alles sei Abzocke, oft bekämen Bekannte aus fadenscheinigen Gründen auch ihre Kautions nicht zurück. Von Angeboten zur kostenlosen Rechtshilfe für Mietminderung wüssten sie zwar, Stress mit dem Vermieter wolle aber niemand. Sie nutzen den Service nicht.

Deutschstunde: Der Wecker klingelt morgens um halb sechs. Pendelt er nicht zur Uni nach Potsdam, beginnt um sieben die Schicht in der Restaurantküche. Dort arbeitet er als Küchenhilfe, bereitet Sandwiches vor, presst Orangen und spült bis 16 Uhr dreckiges Geschirr. Ohne gutes Deutsch sei es schwer, einen anderen Job zu finden, sagt Venkatesh. Deshalb geht er fünfmal pro Woche abends zur Sprachschule und kommt nach vier Stunden Unterricht um halb zehn zurück. Da sitzen andere Studierende schon in Bars. Für ihn aber bleibt gerade noch Zeit zum Essen und für den Anruf in die Heimat. Dann wird geschlafen.

Überqualifiziert: Kavin und Venkatesh kochen abwechselnd füreinander; zwischen Uni, Nebenjobs und Sprachschule bleibt wenig Zeit. Alle hier haben mindestens einen Bachelor in MINT-Fächern, also Mathe, Informatik, Naturwissenschaft oder Technik, arbeiten aber überqualifiziert im Niedriglohnsektor, spülen oder fahren Essen aus. Kavin putzt am Wochenende schon in den frühen Morgenstunden in einem Berliner Spa, so hat Venkatesh das Bett ein paar Stunden für sich.

Illusion: Gerade hat er die Bi-Deutschprüfung bestanden. Trotz des Fortschritts fehlt die Sprachpraxis im Alltag. Noch in Indien glaubte er, an einer großen Uni zu studieren, sprachlich und sozial vom Campusleben zu profitieren, Teil der Gesellschaft zu werden. Eine Illusion: Alle Mitbewohner sind an einer Privatuni eingeschrieben. Dass die Uni statt eines klassischen Campus bloß den zweiten Stock eines Potsdamer Bürogebäudes belegt und an derselben Adresse noch

Im Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg leben die fünf Mitbewohner in zwei Zimmern



eine weitere Privatuni gemeldet ist, irritiert ihn. In Indien waren die Dozierenden engagiert und unterstützten sie wohlwollend, hier aber sei, außer der Sprache, die gesprochen wird, „alles sehr deutsch“. Keine persönlichen Beziehungen zu den Lehrenden, um 16 Uhr ist Feierabend und der Campus leergefegt. Dafür zahlt jeder von ihnen 15.300 Euro für das Studium.

Missstände: Dass er den gleichen Master problemlos an einer öffentlichen Uni für ein Zehntel des Preises hätte studieren können, erfuhr Venkatesh erst nach seiner Ankunft in Berlin. Da waren die Verträge schon unterschrieben, die Gebühren an Vermittlungsagenturen gezahlt, die das Bindeglied zwischen deutschen Privatunis, Vermietern und indischen Studierenden bilden und für ihre Services vierstellige Summen verlangen. „Fake agencies“, meint Venkatesh, er kommt sich „verarscht“ vor: Ausgebeutet von einer Infrastruktur, die genau auf indische Studierende wie ihn abzielt, um Profit aus deren finanzieller Not zu schlagen, in die sie ihn und seine Kommilitonen zwingt. Warum die Bundesregierung nichts ändert, vor Ort in Indien nicht ausreichend Informationen bereitstellt, obwohl sie anwirbt, versteht auch keiner der Mitbewohner. Ein Freund, der in der gleichen Lage ist wie er, informiert inzwischen auf Instagram eine große indische Followerschaft über die Möglichkeiten, die er selbst verpasst hat.

Zugzwang: Wer in Indien bis 30 nicht verheiratet ist, hat es schwer, meint Venkatesh und lacht: „Verheiratet bin ich gerade mit der deutschen Sprache.“ Für Dating bleibt inmitten von Mehrfachbelastungen keine

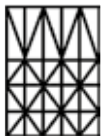
Zeit, die Sprachschule geht vor und die Uni will bezahlt werden. Den Kopf frei kriegt er sonntags beim Cricket: „Die größte Freude in meinem Leben.“ Stolz zeigt er das Trikot seines Teams.

Balance: Ein Kuhschädel zielt die Brust des gelb-blauen Trikots, farblich inspiriert von seinem Lieblingsteam, den „Chennai Super Kings“. Die Kuh steht für Leben, Fürsorge und Gewaltlosigkeit, gilt traditionell als heilig, kaum jemand würde sie essen. Generell gilt der Verzehr von Tieren, die mehr wiegen als ein Durchschnittsmensch, als „ungesund“. Venkateshs Lieblingstier, der Löwe, steht für Mut. Auch er zielt sein Trikot. Morgen ist wieder ein Turnier. Auch wenn er sich des Sieges fast sicher ist, müsse man im Leben auf alles vorbereitet sein, auch auf die Niederlage. Getreu diesem Motto leben er und Kavin: „Wir stellen uns allem, was kommt“, sagen sie.

Zukunft Seine Schwester wohnt noch immer im Haus der Eltern, führt ein kleines Restaurant. Später will Venkatesh mit seiner Familie dort leben. Und Maschinen mitbringen, die die Arbeit erleichtern, leisten kann er sie sich hoffentlich dank der Ausbildung in Deutschland. Dann hätte er genug Zeit, sich um die Eltern zu kümmern. Sie ins Altersheim zu stecken, kommt für ihn nicht infrage. Da ist sie wieder: die Fürsorge. Das zeigt sich auch daran, dass er seit Ewigkeiten dieselben fünf Freunde hat. „Qualität ist wichtiger als Quantität“, sagt er und träumt für einen kurzen Augenblick vom Farmleben. Da ist Berlin dann plötzlich ganz weit weg: „no rush, no pollution, only the sound of birds.“ Keine Hektik, keine Luftverschmutzung, nur das Gezwitscher von Vögeln.



Ein großer Topf Chicken Biryani, sein Lieblingessen



Fotografiert
vom gegen-
überliegenden
Dach des
frizzforums
Foto:
Jens Gyarmaty



Dekor eines Hauses – Zeichen der Zeitung

Einst prangte am Rudi-Dutschke-Haus der taz die Gemächt-Kunst von Peter Lenk. Am taz-Neubau gibt es nun wieder Kunst. Zu Axel Maliks irritierenden Zeichen an unserer Friedrichstraße 21

Von Jan Feddersen

Das Thema „Die taz und die Kunst am Bau“ ist ein zwiespältig zu verstehendes. In unserer Zeitung sind seit ihrer Gründung etliche Texte hierzu erschienen, immer in einem gewissen Ton der Wohlgefälligkeit verfasst. Aber in eigener Sache? Im Herbst 2009 war an einem kalten Novemberwochenende, quasi über Nacht, eine Installation an die ungeschmückte Seite des Rudi-Dutschke-Hauses angebracht worden.

Der Künstler war Peter Lenk, und das Werk zeigte das Gemächt des Bild-Zeitungsmannes Kai Dieckmann – aus Gründen der satirischen Markierung. Inzwischen haben sich die Gemüter, so weit zu überblicken, beruhigt, aber

damals verbrachte die taz-Belegschaft etliche Stunden mit der Empörung beziehungsweise teils dem stillen Einverständnis über diese Kunstaktion.

Heutzutage, da die taz nicht mal im Traum darüber nachdenkt, mithilfe ihrer LeserInnenschaft eine Kampagne zur Rettung dieser Zeitung ins Werk zu setzen, weil die betriebswirtschaftlichen Kennziffern uns als ein ausgesprochen solide arbeitendes Unternehmen ausweisen, darf gesagt werden: Das Peter-Lenk-Gemächt-Ding rief zwar taz-intern starke Resonanz hervor („Patriachale Ermächtigung“, „Wer will schon unter so einem D*del zu Mittag essen?“, „Ist das jetzt die Bildzeiterisierung der taz?“ usw. usw.), aber es ging auch eine ökonomische Chance verloren.

Denn die Installation war gerade bei TouristInnen beliebt, in Sonderheit asiatisch zu lesenden, die kichernd am

Zaun vor dem Garten stehen blieben – und knipsten. Für jedes Foto, was zwischen 2009 und dem Auszug aus dem Haus 2018 aufgenommen wurde, hätte unser Haus einen hohen Betrag an Sondervergütungen zahlen können. Nie war die taz unter Berlin-TouristInnen beliebter – mit viel Gelächter seitens der Fotografierenden.

Tempi passati, das Ding hat schließlich Moos und Metropolaustauschieren angesetzt, unbeachtet bleibend inzwischen, weil die Mieter des Doppelhauses inzwischen andere sind.

Maliks Inskriptionen

Dafür sieht man am neuen Haus die Inskriptionen des Zeichenkünstlers Axel Malik. Er ist ein Baden-Württemberger von imposanter Größe und starkem Gestaltungswillen. Seine Zeichen sind dem traditionellen, von der Band

der Talking Heads in den frühen Achtzigern zelebrierten Motto „Stop Making Sense“ (ältere SemesterInnen erinnern sich bestimmt gern) gewidmet. Maliks Zeichen sind allesamt jeweils einzig, kein Bild ist identisch mit einem anderen, allenfalls ähnlich.

Sie schmücken aktuell noch an markanten Stellen unser neues Haus – und sie hängen dort nicht zufällig: Sie gehorchen nicht, wie in einem Medienbetrieb so notwendig wie üblich, der These, dass die Welt keinen Sinn macht. Doch, Medien, gleiche welche, müssen Sinn hervorrecherchieren, sie müssen aufklären, etwa bei uns durch Texte (und Bilder zu ihnen), über das, was die Welt an Erläuterung braucht. Maliks Kunst folgt, so muss man den Künstler, den wir zum taz lab 2026 in diesem Jahr einladen, verstehen, keinen Regeln des Sinnvollismus oder des Originellis-

mus – sie sind keine Mosaiksteinchen, die sich in das Gewöhnliche der taz einfügen: Sie sollen irritieren.

Inzwischen sind einige der rötlich gehaltenen Zeichen, gelockert durch Winde, mit Kabelbinder wieder akkurat vertäut worden. Weil eine Filmcrew aber im August Dreharbeiten an der taz machen wird, werden ein paar Zeichen weichen müssen.

Es ist uns leider nicht gelungen, für die taz-lab-Mediathek einen ordentlichen Mitschnitt des Gesprächs Maliks mit dem berühmten Literaturwissenschaftler Joseph Vogl parat zu halten, aber die Introduction, die der Inskripturalist unserer taz-Kulturkollegin Sophie Jung gab, die ist in der Mediathek nachzuhören. Zugang erhalten Sie mit dem von Ihnen bereits erworbenem Ticket oder indem Sie hier noch eines bestellen: tazlab.de/tickets

schluss mit gemütlich Nostalgie lohnt nie

Neulich am alten taz-Haus vorbeigeschlendert, nach dem einstigen Studentenfürer Rudi Dutschke wurde es benannt. Herrliche Jahre dort selbst drin verbracht. Das bestätigen noch viele, die im neuen taz-Haus an der Friedrichstraße arbeiten. Hier ist es jetzt leiser, nicht wie bis 2008, als die Fenster und die Türen zu den Austritten geschlossen zu bleiben hatten, weil zu viele Autos in der Häuserschlucht lärmten. Sieht immer noch schön aus, das alte Gebäude aus vergangenen Medientagen. Aber Wehmut? Kommt sie auf, wenigstens ein bisschen? Nein, Blicke ins Gestern lohnen fast nie.



Jan Feddersen, Redakteur für besondere Aufgaben und diese Seite. Kuratiert das taz lab und die taz Talks. Seit 1996 bei der taz in Berlin.

spendenkooperation Alles beginnt im Zentrum

Ist doch Ehrensache für uns: Wir – über taz zahl ich – unterstützen ab sofort „Alles beginnt im Zentrum“, eine Spendenkampagne der Monom Stiftung mit Sitz in Leipzig. Sie ermöglicht linke Kultur-, Jugend- und Begegnungsorte finanziell mit. Denn wahr ist ja: Gewalttätige Angriffe, Kürzungen im Kultur- und Jugendbereich und finanzielle Engpässe bedrohen alternative Zentren in ihrer Arbeit. Dabei sind sie wichtige Begegnungsorte für Menschen, die sich in der von ihnen angebotenen Gemeinschaft engagieren. Deshalb kooperiert die taz mit der Spendenkampagne Alles beginnt im Zentrum: Bis zum 30. September fließen 50 Prozent aller Einnahmen aus neuen Anmeldungen bei unserem freiwilligen Onlinebezahlmodell taz zahl ich an die Kampagne, die linke, selbstverwaltete Orte unterstützt und Freiräume erhalten will. Ihr Beitrag wirkt also doppelt: Sie sichern unseren unabhängigen Journalismus und halten die Zivilgesellschaft fit.

Näheres zur Kooperation der taz mit der Kampagne erfahren Sie hier: taz.de/abiz

Unterstützen Sie ...

Ruhe schenken. Widerstand stärken

Mit dem Auszeitstipendium „Rest & Resilience“ ermöglicht die taz panterstiftung bedrohten unabhängigen Journalist:innen aus Krisen- und Kriegsregionen eine Zeit der Sicherheit und neuen Kraft.

Sechs Monate Auszeit und Weiterbildung in Berlin.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung



Anzeige

Die Welt verstehen.

Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



Von **Sebastian Moll**

Dreiundzwanzig Uhr in Manhattan, ein gewöhnlicher Dienstagabend in der Stadt, von der behauptet wird, sie schlafte nie. Die Wolkenkratzer des Finanzbezirks sind nur halb beleuchtet, der Hudson River an der Westseite der Insel ist umso schwärzer. Glasig und still wie ein See liegt er da, in der kurzen Pause zwischen Ebbe und Flut, der Fluss, der in beide Richtungen fließt.

Die Stimmung am alten Anlegedock 25, ist friedlich und doch ominös. Andreas Waschburger wirkt unruhig. Den ganzen Nachmittag sei es ihm nicht so gut gegangen, sagt der 1,90-Mann, dem man schon von Weitem die Schwimmerfigur ansieht. Nicht ideal für das, was er vor hat in dieser Nacht: In Rekordzeit schwimmend die Insel Manhattan zu umrunden. 5 Stunden und 34 Minuten Zeit mit der Strömung hat er für die 52 Kilometer – das ist die Bestmarke, die der Mexikaner David Olivera vor einem Jahr aufgestellt hat.

Der Rekord wäre das Ausrufezeichen hinter Waschburgers sagenhafter Karriere als Marathonschwimmer. In der kleinen Subkultur von Extremschwimmern hat Waschburger alles erreicht, was es zu erreichen gibt. Er hat den Weltrekord für die Durchquerung des Ärmelkanals gebrochen – dem „El Capitan“ der Langstreckenschwimmer. Er hat die Ocean's Seven in Rekordzeit beendet: Die Durchquerung der sieben berühmtesten und gefährlichsten Meerengen der Welt. Die Manhattan-Umrundung, wegen der Anzahl der Brücken unter denen es durch geht, auch 20 Bridges genannt, ist nun die letzte Etappe der „Triple Crown“ im Marathonschwimmen – dem Hattrick aus Ärmelkanal, der Meerenge zwi-

schen Catalina Island und Los Angeles und eben den 20 Bridges. Mit dem Rekord hielt er auch den Rekord der Triple Crown.

Jetzt ist der Herr der Meere erst einmal erleichtert. Ein Küchengehilfe hat ihm das Restaurantschiff auf dem Pier 25 aufgeschlossen. Waschburger hat Durchfall. Wie vor jedem Rennen. Das gehört dazu, verrät sein Trainer, Jan Wolfgarten, selbst einstiger Weltklasse-Krauler.

Vor vielen Jahren waren die beiden noch Gegner. Vor den Olympischen Spielen 2012, zu denen Wolfgarten die Qualifikation verpasste und Waschburger im 10-Kilometer-Rennen im Londoner Hyde Park Achter wurde. Ein heraus respektables Ergebnis. Für Waschburger, der lange an der Spitze gelegen hatte, eine Enttäuschung. Ebenso wie die verpasste Qualifikation zu den Spielen von Rio 2016. Waschburger war leer, orientierungslos, brauchte neue Ziele. So entstand der Plan, in die Marathon-szene einzusteigen und den Rekord für den Ärmelkanal anzupeilen.

Heute, nach Tausenden gemeinsamen Trainingskilometern und Hunderten von Rennkilometern von Gibraltar bis Hawaii sind die beiden mehr als nur ein Team. Wolfgarten, der auf dem Boot steht, jede Situation kühl analysiert und nur durch knappe Handzeichen und einzelne Worte kommuniziert. Und Waschburger, der ihm blind vertraut und sich auf ihn stützt, wenn er die bei Schwimmmarathons durchaus normalen Gefühlsschwankungen durchläuft.

Um kurz nach zwei Uhr springt „Waschi“, wie ihn Trainer und Freunde nennen, ins Wasser. Er schwimmt ein paar Züge in die Mitte des Flusses, eine der offiziellen Beobachterinnen gibt den Countdown und er beginnt mit seinen rhythmischen Krawlzügen. Kein Jubel, keine Kapelle, keine Fähnchen. Er

schwimmt ruhig den Harlem River hinauf durch die Nacht. Der Fluss riecht faulig, Waschburger schlägt mit den Armen immer wieder auf undefinierbare Gegenstände. Autoreifen und Müll treiben vorbei.

Nach etwas über einer Stunde öffnet sich der Harlem River zu einer Bucht und ergießt sich in den Hudson. Die Holländer hatten im 17. Jahrhundert die Ecke „Spuyten Duyvil“ genannt – der spuckende Teufel –, weil die Strömung für die Schifffahrt hier tückisch

Auf dem Gipfel der Marathon-schwimmwelt angekommen, muss Waschi erst mal kotzen. Mehrmals

ist. Andres Waschburger bekommt das sofort zu spüren. In der Mitte des zwei Kilometer breiten Stroms sind die Wellen so hoch, dass der Schwimmer immer wieder zwischen ihnen verschwindet. Nur die kleine Lampe an einer seiner Hose blinkt ab und zu zwischen den dunklen Wogen hindurch.

Der erfahrene Begleitkajakker hält Waschburger in der Mitte des Stroms. Waschburgers Arme durchschneiden die Wellen wie ein Messer, seine Schlagzahl bleibt konstant. Und doch gesteht er später: „Wenn das die ganze Nacht so gegangen wäre, hätte ich aufgehört.“

Was man nicht glaubt, wenn man seine Geschichte kennt. Im Molokai-Kanal in Hawaii brach er sich gleich nach dem Start an einem Felsen die Nase. Beinahe zehn Stunden kämpfte er gegen Wellen, gegen die des Hudson

kleine Kräusel sind. Und er gab trotzdem nicht auf. In der Tsugaru Strait zwischen Honshu und Hokkaido in Japan änderten sich während des Versuchs die Strömungsverhältnisse so drastisch, dass die Durchquerung drei Stunden länger dauerte als geplant. Anstatt 33 schwamm Waschburger 44 Kilometer. Erlebnisse, durch die man überhaupt erst lernt, wie leidensfähig man eigentlich ist.

Heute hält die harte Phase keine zwei Stunden an. Als die kleine Flottille um Waschburger mit der Strömung an der Skyline von Manhattan vorbeigleitet und es leicht zu dämmern beginnt, erfasst die gesamte Crew eine Art von Euphorie. Waschburger scheint mit seinen langen Zügen nur so dem Rekord entgegenzuschießen. Nur Jan Wolfgarten wirkt etwas besorgt. „Waschi“ hat gegenüber dem Rekordfahrplan drei Minuten verloren. Das klingt bei fünfteinhalb Stunden nach wenig. Doch Wolfgarten weiß, dass es am Ende um Sekunden gehen könnte.

Um kurz nach sechs Uhr kommt Waschi exakt zur gleichen Zeit an den Südzipfel von Manhattan an wie die Staten-Insel-Fähre. Es bricht Hektik und Verwirrung aus im Team. Der Kajakker meint, Waschi solle vor der Fähre vorbeisprinten, doch die Fähre nimmt an Fahrt auf. Zu warten, bis sie vorbeifährt ist keine Option, dann wäre der Rekord futsch. Am Ende wird es ein Zentimetermanöver. Die Fähre ist schnell genug, um knapp vor Waschburger vorbeizuhuschen. Er verliert kaum Zeit, doch der Sprint hat Kraft gekostet. Und eine Verpflegung, eine dringend nötige Dosis von 100 mg Kohlehydrate, hat er verpasst.

Nun ist er sieben Minuten hinter dem Plan. Wolfgarten ist still. Er raunt Waschi nur unaufgeregt, beinahe zart zu: „Nicht aufgeben. Nicht aufgeben.“ Die Aufmunterung ist im Grunde nicht

nötig. Waschi und Wolfgarten hätten sich auch so verstanden. Andreas Waschburger zeigt, warum er der König der Meere ist, lässt den Wellengang und die Winde der Nacht und das Rennen gegen die Fähre ohne Verzug hinter sich. Er vergisst, dass er jetzt schon vier Stunden mit einer Geschwindigkeit schwimmt, die selbst ambitionierte Freizeitathleten keine Minute lang durchhalten würden, und zieht durch.

Unter der Brooklyn Bridge liegt der Rückstand nur noch bei zwei Minuten; unter der Williamsburg Bridge ist es nur noch eine. Waschburger scheint zu fliegen. Immer höher heben sich seine breiten Schultern aus dem Wasser, immer kräftiger wird sein Beinschlag. Als er auf der letzten Viertelmeile zum Mills Rock zum Sprint ansetzt, macht sich in der Crew Jubelstimmung breit. Am Ende liegt Waschi mit zwei Minuten vorne.

Auf dem Gipfel der Marathon-schwimmwelt angekommen, muss Waschi erst mal kotzen. Mehrmals. Doch bis das Motorschlauchboot sich an der Freiheitsstatue und dem World Trade Center vorbei wieder den Weg zur Anlegestelle gebahnt hat, hat er sich wieder erholt. Und der härteste Mann, der je ein offenes Gewässer durchkault hat, verwandelt sich wieder in den freundlichen, beinahe schüchternen saarländischen Beamten, der er ist, wenn er nicht schwimmt.

Er freut sich überschwänglich, seine Frau Jasmin und sein Baby in die Arme zu nehmen und redet ausführlich mit einem Mitschwimmer, der in dieser Nacht ebenfalls Manhattan umrundet hat – und eine Stunde langsamer war. Und schließlich kommt die Energie zurück. Nur noch zwei Tage New York und noch so wenig gesehen. Die Frage, was es jetzt noch zu durchschwimmen gibt, wo alles erreicht ist, interessiert ihn nicht. Das wird sich schon finden.

Härter als der Hudson River

Andreas Waschburger ist Beamter und Extremschwimmer. In New York hat er jetzt einen ganz besonderen Rekord aufgestellt



Rekordschwimmer vor Traumkulisse: Andreas Waschburger in New York Foto: Hylo®Sport

Nur ein Fantasie-
gebilde? So würde
der Campus nach
Vorstellungen von
Bayer Leverkusen
aussehen
Visualisierung:
rendertaxi,
Entwurf: kadawitt-
feldarchitektur
GmbH



Warum Bayer 04 auf einem Acker verliert

Der Werksklub aus Leverkusen will in Monheim am Rhein einen neuen Campus errichten. Doch die Fläche liegt in einem Regionalen Grünzug. Der neue Stadtrat hat das Projekt gestoppt.

Aus Monheim **Arne Steinberg**

Majestätsfliegt der Bussard an diesem heißen Sommertag Anfang August 2026 über einen vertrockneten Acker in Monheim am Rhein. Doch seine Suche nach Mäusen verläuft erfolglos, sodass er sich in das kleine Waldstück auf dem Acker zurückzieht.

Der Acker gehört der Bayer AG, seit Jahren soll hier etwas Besonderes entstehen: Der „Bayer O4-Campus“, die geplante Heimat für den Bundesligisten. Im benachbarten Monheim ist Bayer der größte Arbeitgeber, die 2.000 Mitarbeitenden der Sparte Crop Science beschäftigen sich gegenüber dem Acker mit Agrarwirtschaft.

Und Bayers Fußballsparte braucht ein neues Trainingszentrum. Der Ausbau der Autobahn A1 wird dem bisherigen Vereinsgelände in Leverkusen ab 2030 Fläche nehmen. Nach eigenen Angaben hat Bayer 04 bereits etwa 70 mögliche Standorte in Leverkusen und Umgebung geprüft, übriggeblieben ist der Acker in Monheim, nordwestlich angrenzend an ein Wohngebiet. Bislang ist das Projekt aber nicht über den Status eines Bauvorhabens hinausgekommen – denn der Monheimer Stadtrat stoppte das Projekt. Bei einer Abstimmung am 15. Juli 2026 votierte der Stadtrat mit 25 zu 19 Stimmen gegen die „Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens“. Bayer ist seinem Ziel also bislang kein Stück nähergekommen.

Monheim am Rhein liegt zwischen Köln und Düsseldorf, das Stadtgebiet grenzt im Süden an das von Leverkusen. Die knapp 44.000-Einwohner-Stadt galt lange als Hochburg der lokalen Partei Peto (Lateinisch für „Ich fordere“). Unter Bürgermeister Daniel Zimmermann senkte Monheim 2012 den Gewerbesteuerhebesatz auf den niedrigs-

ten Wert in Nordrhein-Westfalen. Unternehmen siedelten sich an, die Einnahmen stiegen, Schulen wurden saniert, Busse und Kitas waren kostenlos.

Mit den Jahren wuchsen die Ausgaben. Prestigeträchtige Projekte wie Kulturraffinerie, Geysir oder geplanter Jachthafen sorgten für Kritik. Gleichzeitig gingen die Gewerbesteuer-einnahmen zurück. Laut Bund der Steuerzahler weist Monheim mit rund 23.000 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Nordrhein-Westfalen auf.

Bei der Kommunalwahl 2025 verlor Peto rund 20 Prozentpunkte. Ein Bündnis aus CDU, SPD, Grünen und FDP übernahm die Mehrheit, Bürger-

**120 Millionen
Euro will Bayer
investieren
und damit laut
eigener Aussage
150 Arbeitsplätze
schaffen**

meisterin wurde die parteilose Sonja Wienecke. In einem Punkt waren sich die Bündnisparteien einig: Der Bayer-Campus sollte nicht gebaut werden.

Bayer O4 plante Anfang 2025 noch mit 12,5 Fußballplätzen und einem Funktionsgebäude. Über die nächsten Monate, in denen mit den Ratsfraktionen verhandelt wurde, reduzierte der Klub seine Planungen um zwei Plätze. 120 Millionen Euro will Bayer investieren und damit laut eigener Aussage 150 Arbeitsplätze schaffen. Die rund 15 Hektar große Fläche, die der Klub bebauen will, gehört größtenteils zum Regionalen Grünzug von Monheim. Laut Raumordnungsgesetz ist ein Grünzug ein Vorranggebiet, das vier

Funktionen erfüllen muss: Es darf nicht in Wohngebiete umgewandelt werden und muss zur Naherholung, Biotopvernetzung und zum klimaökologischen Ausgleich dienen.

Eine Vertreterin der Bezirksregierung Düsseldorf sagte in einem Vortrag im März 2025, dass sich an diesem Standort in Monheim Fluchtkorridore für Tiere verkleinern würden, wenn der Campus gebaut werde. Das käme einer „Art von Verschluss“ gleich. Die Fläche biete außerdem ein „Freilandklima mit einer hohen thermischen Ausgleichsfunktion“. Bei einer „intensiven sportlichen Nutzung“ seien die vier Funktionen des Grünzugs nicht mehr erfüllt.

Der taz liegen Dokumente einer Standortanalyse vor, die ein von Bayer O4 beauftragtes Stadtplanungsunternehmen erstellt hatte. Im Dokument aus 2023 heißt es darin, die Fläche sei „aufgrund der widersprechenden Darstellungen des Regionalplans (Regionaler Grünzug) ungeeignet“, ein „Funktionsverlust des Regionalen Grünzugs“ sei zu befürchten.

In einem Dokument aus 2025 steht, eine „Rücknahme des Regionalen Grünzugs“ sei nötig, um einen „Zielkonflikt“ mit der Regionalplanung zu vermeiden. Darüber könne der Regionalrat Düsseldorf „im Rahmen einer Änderung des Regionalplans entscheiden“. Nach Informationen der taz deutet derzeit nichts darauf hin, dass der Regionalrat den Regionalen Grünzug für das Projekt anpassen wird. Sowohl die Bezirksregierung als auch ein von Bayer 04 beauftragtes Planungsbüro hatten den Standort bereits vor der Ratsentscheidung als problematisch eingestuft. Trotzdem beantragte der Klub die Einleitung des Bauleitverfahrens.

Lucas Risse, Fraktionsvorsitzender von Peto, kritisierte bei einem Ortstermin mit der taz die „Blockadehaltung des

Bündnisses“ und schob hinterher: „Der Antrag hatte zum Ziel, die Planung fachlich prüfen zu lassen. Das Ganze hatte am Ende aber mit Sachpolitik nichts mehr zu tun. Der Rufschaden für Monheim als Wirtschaftstandort hat darunter gelitten.“

Die Fußballsparte des Weltkonzerns reagierte verärgert. Fernando Carro, Vorsitzender der Bayer-Geschäftsführung, sprach von einer „großen Enttäuschung“, auf der Plattform LinkedIn schob er die Frage nach, ob die Zukunft eines europäischen Fußballklubs von einer Abstimmung in einem Stadtrat beeinflusst werden könne – für Monheim ist die Antwort klar.

Wie es nun weitergeht, ist völlig offen. Ein Bürgerbegehren wäre der nächste Schritt. Dafür hatte sich auch Bayers Sport-Geschäftsführer Simon Rolfes ausgesprochen. Dafür müssten ausreichend Stimmen gesammelt werden, bevor es zu einer erneuten Abstimmung käme. Die Bürgerinitiative „Campus möglich machen“ antwortete der taz, auf das „Instrument des Bürgerbegehrens vorbereitet“ zu sein, sie stehe mit Bayer 04 in Kontakt.

Engagierte Monheimer*innen, die gegen den Campus sind, machen hingegen weiterhin für die Erhaltung des Grünzugs mobil. Ein Vertreter der Initiative betont im Gespräch mit der taz, Bayer O4 müsse akzeptieren, wie Monheim tickt und wie der Rat entschieden habe. Es sei nicht rechtens, sich „über demokratische Entscheidungen hinwegzusetzen“.

Auf taz-Anfrage schreibt der Bundesligist, „unvermindert von unserer Idee überzeugt“ zu sein, den Campus zu bauen. Daher überprüfe der Bundesligist, „aktuell verschiedene Optionen, wie sich der Campus in der zur Verfügung stehenden Zeit am besten umsetzen lässt“.

Ein Bürgerbegehren sei in Monheim denkbar, das wisse man „aus den öffentlich geführten Diskussionen“, die eigene Haltung dazu sei noch nicht abschließend diskutiert worden. Auch die Ergebnisse einer eigens in Auftrag gegebenen Telefonumfrage unter der Monheimer Bevölkerung habe Bayer O4 gestärkt, „das Projekt weiterzuverfolgen“.

Der Fall zeigt, dass sportliche Ambitionen, kommunale Planung und Klimaschutz nicht immer vereinbar sind. Über diese Abwägung entscheidet am Ende

nicht der Bundesligist, sondern die kommunale Politik. Insofern ist es fast schon ironisch, dass der Ausbau einer Autobahn, der A1, dafür sorgt, dass sich ein Fußballunternehmen und die Bevölkerung einer hochverschuldeten Stadt über einen Acker streiten.

Eine Anfrage an die Bürgermeisterin von Monheim blieb indes unbeantwortet. Ein Ende der Geschichte ist noch lange nicht in Sicht.

Der Bussard wird noch eine ganze Weile über dem Acker kreisen.

Anzeige

taz & FUTURZWEI
Magazin für **Zukunft und Politik**

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

The cover of the magazine 'NACHSPIELZEIT' features a black and white photograph of a soccer player, likely Gerd Müller, in a white jersey with a dark collar. He is looking towards the camera with a slight smile. The title 'NACHSPIELZEIT' is printed in large, bold, white letters at the bottom of the cover. Above it, the 'taz & FUTURZWEI' logo is visible. There is also some smaller text at the top of the cover.

Was wäre,
wenn wir mutig sind?
das neue Buch
von Luisa Neubauer

mit Abo-Prämie

**JETZT
ABONNIEREN!**
Vier Ausgaben für 38 €
tazfutura2wei.de/abo

The book cover is bright blue with the title 'WAS WÄRE, WENN WIR MUTIG SIND?' in large, bold, white capital letters. The author's name 'LUIA NEUBAUER' is at the top in smaller white letters. There is a small logo on the left side of the cover.

traueranzeigen

„Fürchtet doch nicht so den Tod und
mehr das unzulängliche Leben!“
„Ändere die Welt, sie braucht es!“
B. Brecht

Wir trauern um

Gerd Heide

* 18. März 1937 † 27. Juli 2026

Lehrer, Maler, Romantiker –
ein streitbarer Geist.

Alexander vPlato	Dieter Keidel	Heike Ruch	Paul Dietrich
Amei Binns	Doris Dünges	Heilwig Jacob	Philipp Dünges
Antje Reineck	Dorothee Albrecht	Helga Hirsch	Renée Verdan
Barbara Fittges	Eckart & Gisela Stern-	Helmut Ruch	Rita Spielhoff
Barbara Pier	berg-Frey	Hiltrud & Volker	Rolf Walder
Bruni Römer	Ekkehard Putz	Vietheer	Simon Heide
Carl-Heinz Koch	Elke Heide	Imke Ruch	Stefan Börner
Carsten Lenz	Friedrich & Liane Walz	Irene & Norbert	Ulrich Lenze
Charlotte Bunsen	Gabi Oberstenfeld	Rudolph	Ulrich Thormann
Christian Heinrich	Gerhard Stamer	Kirsten Rautenstrauch	Urs Walder
Christine Stecker	Gerhard Strate	Matthias Oppermann	Ute Klapschuweit
Claus-Peter Lieckfeld	Hannes Pietschmann	Michael Spielhoff	Werner A. Schöffel
Detlef Klein	Hans-Werner Wolf	Michel Walz	

sowie: Galerie Morgenland und Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Morgenland e.V.

Kondolenzadresse: simon-heide@gmx.net

Bodo Frömgen-Siebenmorgen

geboren am 9.2.1957
gestorben am 21.7.2026

**Unser Architekt für gemeinschaftliches Wohnen,
zusammen mit seiner Partnerin Birgit Siebenmorgen,
bekannt als DIE ALTE WINDKUNST.**



Ein langjähriger Begleiter und ein Künstler,
nicht nur in der Vermittlung zwischen
Behörden, Banken und Bedenkenträgern.
Seine Geduld, Herzlichkeit und Bereitschaft
zu kreativen Lösungen waren groß. Sein
Vertrauen in den gemeinsamen Prozess mit
der Gruppe hat uns inspiriert. Wir fühlen
uns über seinen Tod hinaus mit ihm und
seiner Baukunst verbunden.

**Wir verabschieden uns von einem
wunderbaren Menschen:**

BewohnerInnen aus den Bonner genossenschaftlichen Wohnprojekten
Amaryllis, Villa Emma, WohnWerk und BonnVivant:

Andreas Hancock, Anja Wagemann, Anneke Burger, Annette Riegel, Ariane Körner,
Barbara Fricke, Bettina Mehr, Brian Ring, Christian Schmitz, Christiane Hoinka, Elke
Förster, Frank Drücke, Gerd Hönscheid-Gross, Gerd Kulesza, Gudula Kaeser-Hancock,
Hans-Georg Wicke, Helga Born, Ingeborg Wick, Kathleen Battke, Katja Minchau, Kuni
Hübner, Martina Zywietz, Michael Schneider, Peter Hübner, Ralf Linden, Silke Gross,
Thomas Bebiolka, Tina Arndt, Toni Varnus, Ute Neumann, Wolfgang Kiehle

stellenmarkt

taz

Die taz sucht eine neue

EDV-Abteilungsleitung

Deine Aufgaben

- Strategische Leitung des Bereichs EDV
- Personalverantwortung und Abteilungsorganisation
- Entscheidungsprozesse und Arbeit im Team strukturieren
- Vertretung der EDV in Gremien und gegenüber der Geschäftsführung
- Verbindliche Strukturen schaffen und einfordern

Dein Profil

- Informatiker:in mit einschlägiger Erfahrung in den Bereichen Service & Administration, Betriebssystem-Plattformen, Software-Entwicklung, Apps und Online
- Fähigkeit zu Organisieren und Moderieren
- Transparente Kommunikation fördern
- Hartnäckigkeit & Frustrationstoleranz, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität

Wir bieten

- Unbefristete Stelle in Vollzeit (36,5 Stunden)
- Homeoffice in begrenztem Umfang
- Bezahlung nach taz-Vergütungsvereinbarung mit Verantwortungszulage
- Arbeit in einem politisch motivierten Umfeld mit vielfältig interessanten Menschen

Aussagekräftige Bewerbungen mit Lebenslauf bitte per E-Mail an **edv-leitung@taz.de**.
Weitere Informationen zur Stelle und Bewerbung:
taz.de/edvleitung

sonstiges

taz

MACHT'S EUCH UNBEQUEM

In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

taz.de/abo



10 x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital,
samstags gedruckt

taz **thema**

Kulturrausch



Anzeigenschluss:
Freitag, 21.08. 2026
Erscheinungstermin:
Samstag, 05. 09. 2026

Die Verlagsseiten taz Thema Kulturrausch am Samstag, 05. September, führen durch das Kulturprogramm in den Bereichen Musik, Kunst, Theater und Museen. Es erwarten Sie folgende Themen:

Kunst: Bukolische Tropen.
Museum: Denken und Sein.
Theater: Vom suchenden Dichter bis zum städtischen Raum.

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
taz Anzeigenabteilung | Tina Neuenhofen
anzeigen@taz.de

taz **presso**

Kaffee trinken und Zeitung lesen ist eine wunderbare Kombination.
taz.de/shop



wochentaz für Gefangene!

In Gefängnissen gibt es keinen Zugang zu digitalen Informationen.

Bitte spenden Sie ein Printabo der »**wochentaz**« an: Freiabonnements für Gefangene Sozialbank, IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »**wochentaz**«
www.freiabos.de

40 JAHRE
Information und Bildung für Menschen in Haft
Freiabonnements für Gefangene e.V.

Illustration © Mathias Hühn

taz **thema**



Vererben & schenken

Anzeigenschluss:
Freitag, 28.08.2026
Erscheinungstermin:
Samstag, 12.09.2026

Gutes bewirken. Jetzt und über das Leben hinaus. Mehr dazu im taz Thema Vererben & schenken:

Entwicklungszusammenarbeit: Kürzungen und deren Folgen
Engagement: Macht zufrieden und stärkt die Demokratie
Digitaler Nachlass: Zu Lebzeiten regeln
Recht: Erbschaft, Vermächtnis, Testament- u. Testamentsspende

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
taz Anzeigenabteilung | Anke Fest
T (0 30) 2 59 02-940 | anzeigen@taz.de

taz

Die taz sucht für die Erstellung des Jahresabschlusses und allgemeine Beratung

eine*n neuen Steuerberater*in

Nach über 40 Jahren Tätigkeit für die taz geht unser Steuerberater Bernhard Brugger zum Jahresende in den Ruhestand. Wir suchen deshalb eine Nachfolge und würden uns freuen, wenn es dafür aus dem Kreis der Genossenschaft Interessent*innen gibt bzw. Hinweise auf möglicherweise geeignete Steuerberater*innen.

Die Aufgaben

- Erstellung der Jahresabschlüsse der Firmen der taz-Gruppe
- Unterstützende Begleitung der Wirtschaftsprüfung durch den Genossenschaftsprüfungsverband (Prüfung des JA taz Genossenschaft und taz Verlags- und Vertriebs GmbH) und Beratung zu aktuellen und strategischen Steuerfragen

Die Anforderungen

- gute Allrounderin mit besonderen Kenntnissen im Umsatzsteuerrecht, Besteuerung von Personengesellschaften, beste Buchführungskenntnisse, Bilanzgestaltung und -konsolidierung
- Beherrschung der einschlägigen DATEV Programme, DATEV Unternehmen Online, incl. zukünftiger Themen zur Automatisierung von Buchungen, Bilanzbericht, Anwendung von fachlicher KI sowie gute Excel-Kenntnisse
- ca. 3–4 Arbeitswochen Zeit in der Zeit von Januar bis Juni sowie entsprechende Sekretariatskapazitäten
- Bereitschaft und Fähigkeit, nicht nur mit der Geschäftsführung und dem Controller, sondern mit allen Mitarbeiter*innen im taz Büro und den verschiedenen Bereichen in der taz respektvoll zusammenzuarbeiten
- Gutes Verständnis der taz, sowohl was formelle, aber auch informelle Ebenen betrifft

Sollten Sie Interesse an der Position haben freuen wir uns über ein Bewerbungsschreiben mit einem Überblick über Ihre bisherige Steuerberatungserfahrung an die Geschäftsführung an **gf@taz.de**.

Eine ausführlichere Tätigkeitsbeschreibung finden Sie unter **www.taz.de**

veranstaltungen

Staatliche Museen zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz

arte Sommer Kino

17. Juni – 28. August
Kulturforum Berlin



york.de

Theater vorschau

ufaFabrik ☎ 75 50 30

Sa.,	15. 08.	16:15	9. Irish Festival Berlin 2026
So.,	16. 08.	15:00	Afrikanische Frauen im Fokus – Mode, Musik und Kultur erleben
Do.,	20. 08.	20:00	Barbaren Barbies – Neue Show
Fr.,	21. 08.	20:00	Barbaren Barbies – Neue Show

Der gesamte Spielplan auf: **www.ufafabrik.de**

Werben auch Sie in unserem Theaterkasten!
Fon: 0 30 - 259 02 314 | anzeigen@taz.de



Demonstration gegen hohe Mieten, Berlin, Juni 2024
Foto: Stefan Boness/lpon

Conny und der Mietenkampf

gebots-E-Mail versendet, darin seien die AGBs sowie die Erfolgsvereinbarung angehängt. Und sobald Kund*innen mit „Okay“ auf die E-Mail antworteten, komme der Vertrag zustande. Im Nachhinein räumt Witte ein, dass er vermutlich unaufmerksam gewesen sei und mit dem simplen „Okay“ auf die E-Mail geantwortet haben könnte. Er habe sich gedacht, solange er nichts unterschrieben habe, sei noch nichts fix.

„Die aktuelle Form des Vertragsschlusses ist mindestens intransparent“, kritisiert die Person aus dem ehemaligen Anwaltsteam der Rechtsanwalts-gesellschaft, „Mieter*innen treten derzeit zahlreiche Ansprüche ab, ohne dies überhaupt zu erkennen und ohne zu wissen, was mit diesen Ansprüchen in der Zukunft passiert. Conny sollte vor Vertragsschluss offen über die Vergütungsvereinbarung aufklären und auch das eigene prozessuale Vorgehen erläutern, um Transparenz zu schaffen, wie ‚teuer‘ ein Verfahren werden kann.“

Das sei mal anders gewesen: Conny hat Anfang 2025 von einem Onlineformular mit Bestellbutton auf die individuelle Kommunikation per E-Mail um-

gestellt. Zuvor war die anteilige Provision von Conny auf eine feste Anzahl an Monaten festgelegt. Mittlerweile treten Mieter*innen die komplette überzahlte Miete und gegebenenfalls einen Teil der Kautions an Conny ab.

Paul Witte wohnte bereits seit einem Jahr in seiner Neuköllner Wohnung, als er den Vertrag mit Conny abschloss. Das Verfahren dauerte ein weiteres Jahr. Die Miete, die er im gesamten Zeitraum zu viel gezahlt hatte, wird nun als Provision an Conny gehen. „Ich würde das nicht nochmal machen und auch nicht weiterempfehlen“, so Witte. Das nächste Mal würde er direkt zu einem Mieterverein gehen, sich beraten lassen und die Rüge an den Vermieter selbst schreiben. Ganz ohne Conny.

Conny wirbt zwar damit, dass man nicht extra an sie zahlen müsse, aber die Krux ist: Mieter*innen zahlen Conny in Form der Provision. Die überzahlte Miete, die bei einer erfolgreichen Mietminderung an Mietende zurückgezahlt werden würde, wird komplett an Conny abgetreten. Würden sich Mieter*innen hingegen kostenlose Rechtsberatung holen, würden sie die Rückzahlung selbst

bekommen. Nur falls sie vor Gericht verlieren, müssten sie die Prozesskosten tragen. Auch der*die Anwalt*in empfiehlt: „Ein Rügeschreiben kann man mithilfe von KI erstellen und erst mal nicht viel falsch machen, außer den Vermieter in der Hinsicht zu nerven, dass man Recht geltend macht.“ Wenn der Fall komplexer sei, könne man sich immer noch rechtliche Beratung suchen.

Bornstädt hingegen sagt, sie sei mit der Dienstleistung von Conny zufrieden und habe gewusst, auf was sie sich einlasse. Ihr Prozess habe knapp zehn Monate gedauert, Anfang Juli kam die freudige Nachricht: 130 Euro weniger Miete.

„Im Idealfall braucht es Dienstleister wie Conny nicht“, so der*die ehemalige Anwalt*in, „Solange aber die Politik es nicht hinbekommt, die Mietpreisbremse ‚scharf‘ zu machen, ist es verständlich, dass Leute darauf zurückgreifen.“ Dabei sollten aber nicht die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens im Mittelpunkt stehen, sondern die der Mieter*innen.

**Der Name wurde geändert, ist der Redaktion aber bekannt.*

Viele Berliner*innen nutzen das Portal Conny gegen zu hohe Mieten. Doch es gibt auch Kritik seitens der Kund*innen und von einem ehemaligen Teammitglied der Rechtsanwalts-gesellschaft

Von Selina Hellfritsch

st deine Miete nun offiziell Wucher? Mach den Conny-Check!“, lockt die Werbung auf Instagram. Als Legal-Tech-Unternehmen ist Conny dafür bekannt, für Kund*innen die Mietpreisbremse rechtlich durchzusetzen. Im Schnitt werde man 400 Euro sparen, so das Versprechen der Werbung. Ein attraktives Angebot, bedenkt man, dass die Mieten immer höher und der Wohnraum immer knapper werden. Allerdings zweifelt eine Person aus dem ehemaligen Team der Conny-Rechtsanwalts-gesellschaft die Transparenz und Absichten des Unternehmens an und auch die Erfahrungsberichte sind durchwachsen.

„Ich bin immer skeptisch, wenn ich Werbung auf Instagram sehe“, sagt Nasthasia Bornstädt gegenüber der taz. Sie wohnt im Berliner Stadtteil Lichtenberg. „Aber als ich bei Conny alles durchgelesen habe, hatte ich ein gutes Gefühl.“ Sie gab ihre Daten beim Rechner auf der Website ein, der Nutzer*innen innerhalb weniger Minuten das Sparpotenzial aus-spuckt. „Mir wurde ausgerechnet, dass ich zwischen 200 und 400 Euro sparen könnte.“

Im Juni veröffentlichte der Berliner Mieterverein eine Auswertung von 330 neuen Mietverträgen: 95 Prozent wurden als zu hoch eingestuft. Der Mietspiegel dient dabei als Anhaltspunkt. Und mit der Mietpreisbremse wurde 2015 ein entsprechendes Tool eingeführt, das bei der Regulierung helfen soll. Vermieter*innen dürfen dadurch höchstens zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen.

„Aber bei einem Verstoß gibt es keine Bestrafung“, erklärt die

Person, die mehrere Jahre als Anwalt*in für Conny gearbeitet hat und in diesem Text anonym bleiben möchte. Und: Mieter*innen müssen selbst aktiv werden, um gegen die über-teuerten Preise vorzugehen.

Hier kommt Conny ins Spiel: Das Unternehmen verspricht, für Kund*innen das Recht auf eine niedrige und faire Miete durchzusetzen und im Zweifelsfall einzuklagen. Laut eigenen Angaben hat Conny rund 10.000 Mietpreisbremsen-Fälle erfolgreich abgeschlossen, während 1.000 weitere gerade bearbeitet werden. Dabei wird oft die Erfolgsgeschichte des Unternehmens hervorgehoben, ganz nach dem Motto: „Vermieter wissen: Wenn Conny kommt, wird es ernst.“

„Im Idealfall braucht es Dienstleister wie Conny nicht“

Ehemaliges Teammitglied der Rechtsanwalts-gesellschaft

Aber auch bei denen, die Connys Dienstleistungen in Anspruch nehmen, kann es ernst werden. Das zeigt der Fall von Paul Witte*, der gegenüber der taz erzählt: „Es gab nie den einen Moment, in dem ich mich aktiv für Conny entschieden habe. Ich habe immer wieder Werbung auf Instagram gesehen und wollte nur mal schauen, wie viel ich sparen könnte.“ Dabei habe er aus Versehen einen Vertrag mit dem Inkasso-Unternehmen abgeschlossen.

Der Mietpreisrechner habe kalkuliert, dass Witte 120 Euro sparen könnte. Eigentlich ein guter Anreiz, aber er habe das

erst mal nicht weiter verfolgt. Dann kamen E-Mails und Anrufe, Conny wollte ihn beraten. „Ich dachte mir, so eine Beratung schadet nicht“, sagt Witte, „Aber das hatte ein bisschen den Eindruck von einem Callcenter. Die Person hat sehr generische Fragen gestellt.“

Im Anschluss habe er vermehrt Post bekommen, wobei er etwa dazu aufgefordert worden sei, Fotos vom Haus und der Wohnung zu schicken. Eingängiges Vorgehen, um festzustellen, ob eine Mietminderung möglich ist. Allerdings habe Witte zu diesem Zeitpunkt noch nicht bemerkt, dass er bereits einen Vertrag mit dem Legal-Tech-Unternehmen abgeschlossen hatte.

„Ich wurde erst aufmerksam, als ich einen Brief von Conny bekam, in dem sie Schadensersatz in Höhe von 3.000 Euro forderten, weil ich meiner Mitwirkungspflicht nicht nachkam“, erzählt Witte. „Das hat mich geschockt, weil ich noch gar nichts unterschrieben hatte.“ Dann habe er alle Unterlagen nachgereicht, er wollte keinen Stress.

„Das Ziel war nicht, Geld vom Kunden einzuklagen, sondern ihn zur vertragsgemäßen Kooperation zu bewegen“, antwortete Conny auf allgemeine Nachfrage der taz. „Inzwischen haben wir die Praxis geändert: Wir fordern keinen Schadensersatz mehr, sondern nehmen den Kunden in diesen besonderen Fällen auf Mitwirkung in Anspruch.“ Der Geschäftsführer Daniel Halmer erklärt, dass jeder Vertragsschluss mittels individueller Kommunikation geschehe.

Der Ablauf sehe so aus: Nach der Online-Registrierung versuche Conny jeden Interessenten telefonisch zu erreichen. Anschließend werde eine An-

PSYCHOLOGIE HEUTE

Ich bin Seiltänzerin

... und balanciere zwischen meinen beiden Polen



oder hier bestellen



Jetzt im Handel



Valérie Catil
Der Kriminalfall

Wenn der schlimmste Horror sich in den eigenen vier Wänden abspielt

Stellen Sie sich vor, Sie mieten eine Wohnung in Paris. Was würde Sie am meisten gruseln? Wenn nachts laute Geräusche aus dem Hausflur tönen? Eine Nachbarin, die sich suizidiert hat? Oder Roman Polański, der in die Wohnung gegenüber einzieht?

Kein Alptrauumszenario, sondern bittere Wahrheit für die Hauptfiguren in „The Tenant“, einem Horrorfilm von 1976, bei dem Polański nicht nur Regie führte, sondern gleich noch die Hauptfigur, den zurückhaltenden Franco-Polen Trelkovsky, spielt.

Der will eine kleine möblierte Wohnung in Paris anmieten. Die französische Hauptstadt wirkt in „The Tenant“ gar nicht so französisch, da alle amerikanisches Englisch sprechen – selbst Cops und Clochards klingen wie Cowboys, was allein akustisch für eine unheimliche Atmosphäre sorgt.

Bei einer Besichtigung erfährt Trelkovsky jedenfalls, dass sich die Vermieterin aus dem Fenster gestürzt, den Sturz jedoch überlebt hat. Deswegen wird die Wohnung überhaupt frei. Simone Choule heißt die Frau, und er besucht sie bald im Krankenhaus. Sie stößt, wer kann es ihr verübeln, beim Anblick Polańskis einen verstörenden Schrei aus. Und stirbt wenige Stunden später im Krankenhaus, was bedeutet, dass Trelkovsky einziehen kann.

Seltsame Dinge tragen sich bald bei ihm zu: Nachbarn beschwerten sich über Geräusche aus seiner Wohnung, er findet einen Zahn in einem Loch in der Wand, und aus einem Raum auf der gegenüberliegenden Seite des Innenhofs

Wem der Film nicht gruselig genug ist, der kann sich stattdessen näher mit dem Regisseur Polański auseinandersetzen

wird er ständig beobachtet. Auch wenn es ihm allein beim Anblick der Wohnung hätte klar sein müssen – sie ist verwinkelt, finster, staubig, alles knarzt, und jedes Dekorstück schreit: „Hier spukt es!“ – spätestens jetzt überdenkt Trelkovsky seinen Einzug.

Polański weiß, dass das Alltägliche, wie die eigene Wohnung, einen idealen Ausgangspunkt für das Horrorgenre darstellt: Gerade, weil Wohnungen keine fremden fantastischen Orte sind, ist die Vorstellung umso unmittelbarer, dass der Spuk im eigenen Zuhause einzieht. Eine ganze Reihe, die sogenannte Apartment-Trilogie, widmet er dem Ort. In „Ekel“ (1965) verbarrikadiert sich eine junge Frau mit Wahnvorstellungen in ihrer Wohnung. In „Rosemary’s Baby“ (1968) sind es satanische Nachbarn, die die junge Mia Farrow in eine psychische Krise stürzen. Und in „The Tenant“?

Auch da ist die Wohnung kein Refugium. Mit jedem Augenblick, den Trelkovsky dort verbringt, scheint ihm die Wirklichkeit etwas mehr aus den Händen zu gleiten. Wer benutzt die Schminke, die Simone Choule dagelassen hatte? Wer hat ihr Kleid getragen, das noch im Schrank hing, als Trelkovsky eingezogen war? Und wen hatte er da in seiner Wohnung gesehen, als er selbst vom Zimmer gegenüber in seine Wohnung blickte?

Wem das nicht gruselig genug ist, der kann sich stattdessen näher mit dem Regisseur auseinandersetzen. Etwa durch den ausführlichen „Verfahren wegen Vergewaltigungen“-Teil seines Wikipedia-Beitrag scrollen und „The Girl“ von Samantha Geimer lesen. Oder entsetzlicher noch, nachsehen, wer 2009 die Petition unterzeichnete, die Polańskis Freilassung forderte, nachdem er in Zürich wegen eines seit 1978 ausstehenden Haftbefehls aus den USA verhaftet worden war.

„The Tenant“, 126 Min, zu leihen und kaufen bei Prime Video oder Paramount+

reality show

Mies viel Provision

Die beste Ablenkung gegen Mietenwahnsinn sind Immobilienpornos wie „Selling the OC“

Haben Sie auch Probleme, eine Wohnung zu finden, und zweifeln am Mietmarkt deutscher Großstädte? Gute Tipps, wie man eine Wohnung findet, gibt es viele. Die meisten bringen nichts, hilfreich ist nur: Verdammt viel Geld haben oder eine Immobilienmakler_in daten. Wenn Sie beides nicht zur Hand haben, hilft nur Ablenkung. Zum Beispiel mit den Problemen der anderen.

Wussten Sie, wie schwer es ist, millionenschwere Villen an der Westküste der USA unter die Leute zu bringen? Die Makler_innen

Alex, Gio und Brandi wissen es, denn sie versuchen in der ersten Staffel von „Selling the OC“ eine Villa mit 8 Zimmer und 15 Badezimmern für 106 Millionen US-Dollar in Laguna Beach – natürlich mit einer Treppe, die zu einem privaten Strand führt, und einem Schlafzimmer, in dem sich per Knopfdruck das Dach zur Seite schiebt – zu verkaufen. Es winkt eine Kommission von 3 Millionen Dollar.

Wer wissen möchte, ob es ihnen gelingt, muss 8 Episoden der Reality-Show angucken, in der die Arbeit des Immobilienbüros der Oppenheim Group in Orange County,

Kalifornien, begleitet wird. Und ist dann wahrscheinlich längst Fan geworden.

Die Show wurde bislang nicht verlängert und befindet sich in einer nicht näher definierten Pause. Doch Sie müssen keine Langeweile fürchten, denn Netflix ist voll mit Immobilienpornos. Angefangen mit dem Klassiker „Selling Sunset“ aus Los Angeles, in dem nur Frauen miteinander um die besten Hausverkäufe konkurrieren. Aber auch die Show „L’Agence“, in der eine französische Familie millionenschwere Apartments in Paris verhökert, oder „Buying Beverly Hills“, wo die Kinder Umanskys um die Gunst ihres Vaters buhlen, sind unterhaltsam.

Egal ob in New York, Tampa oder Paris: Die vollkommen ungescripteten und zu hundert Prozent realen Shows laufen immer gleich ab. Die Luxusimmobilien mit Heimkino und Whirlpool werden zum Nebenschauplatz, eigentlich geht es um das Drama. Zum Frühstück gibt es Kaviar, zum Lunch Spray-Tan und zum Dinner einen stundenlangen Streit zwischen intriganten Makler_innen. Wer bekommt die besten Listings? Wer wird von seinem Mann betrogen? Und wieso hat die eine der anderen gesagt, dass wiederum eine ganz andere eine hinterhältige Bitch ist?

Zwischen Infinity Pools und Tennisplätzen wird schnell klar: Hier gönnt niemand jemand anderem irgendwas. Also alles ganz wie auf dem Mietmarkt deutscher Großstädte.

Carolina Schwarz

„Selling The OC“, vier Staffeln bei Netflix



hörbuch

Mieser Mitarbeiter

„Bartleby, der Schreiber“ ist einer, der einfach sitzen bleibt. Ist er der ideale Mieter?

Im frühen Neuhochdeutschen „ist miete besonders auf lohn, gabe, geschenk bezogen, das zu erlangung eines unberechtigten vorteils gegeben wird, namentlich an obrigkeitliche personen“. Doch auch die ältere Bedeutung „von miete, lohn für eine leistung, einen dienst“, erscheint noch, so das Grimmsche Wörterbuch.

Was ist also los mit diesen Mietern? Zeigen sie sich erkenntlich, dass sie das Eigentum eines anderen nutzen dürfen? Oder sind sie auf den „unberechtigten vorteil“ aus, sich als Mietmaden im Fremden festzusetzen?

Die klassische Verkörperung des passiven Hockenbleibers ist Hermann Melvilles Bartleby, der Antiheld seiner Erzählung „Bart-

leby, der Schreiber“, die es schön eingelesen von Benno Schulz in der ARD-Mediathek, ja, gewissermaßen zu mieten gibt: Denn frei verfügbar ist sie nur bis zum 1. 11. 29.

Bartleby ist dabei nicht in erster Linie Mieter einer Wohnsache. Sondern er ist Angestellter, eine gemietete Arbeitskraft also, die das ihm zugewiesene Büro nicht mehr verlässt, nicht für Aufträge, aber eben bald auch überhaupt nicht mehr. Sein Arbeitgeber, ein duldsamer Anwalt und Notar, zieht es im Lauf der Handlung vor, selbst das Büro zu verlassen. Seine Nachfolger sind mit Bartleby weniger gnädig, lassen ihn ins Gefängnis werfen, wo er alsbald verstirbt.

Ein Dialog zwischen Bartleby und seinem Chef, in dem unser Schlüsselbegriff

vorkommt, geht so: „Wollen Sie nun eigentlich gehen oder nicht?“, fragte ich jählings aufgebracht und trat nah an ihn heran. ‚Ich möchte lieber nicht gehen‘, erwiderte er, mit einer zarten Betonung auf dem ‚nicht‘. ‚Mit welchem Recht wollen Sie denn aber bleiben? Zahlen Sie hier Miete? Zahlen Sie meine Steuern? Gehört dieses Büro Ihnen?‘ Er gab keine Antwort.“

Auf Fragen keine Antwort zu geben, ist das Privileg der Mächtigen. Bartleby scheitert, aber er bleibt ein Stachel für jeden, der sich seines Besitzes zu sicher ist.

Ambros Waibel

„Bartleby, der Schreiber“, sechs Folgen bei ARD Sounds

reality show

Miese Mieter?

„Albtraum(ver)mieter“ schlachtet Wohnungsnot aus und will Mieter als Problem zeigen

Die britische Reality-TV-Serie „Nightmare Tenants, Slum Landlords“ (in deutscher Fassung „Albtraum(ver)mieter“) will sich dem Thema Mietverhältnis mal von einer anderen Seite widmen. Die Message: Es gibt nicht nur die schlimmen Vermieter:innen, nein, auch die Mieter:innen können problematisch sein.

In einer Folge macht sich Zwangsraumungsanwalt Chris Sharpe auf den Weg, um für das Recht seiner älteren Klientin zu kämpfen. Schockschwerenot hat die nämlich festgestellt, dass ihr Haus besetzt wurde – nachdem sie sich zwei Jahre nicht darum gekümmert hat. Es stand also leer in Tottenham, einem Ortsteil von London. Einer Stadt, in der es an Wohnraum mangel und mehr als 180.000 Menschen wohnungslos sind.

Anwalt Sharpe wirft einen Blick über den Gartenzaun des besagten Hauses. Er sieht, dass auf der Wäscheleine Kleidung hängt und die Hintertür offen ist. Sharpe ist sich sicher: Hier wohnt wer. Nur scheinen die „Squatters“ ausgeflogen zu sein.

Sharpe legt sich auf die Lauer und tatsächlich, am frühen Abend kehren drei Männer zum Haus zurück. Mit Polizei im Schlepptau überrumpelt der Anwalt sie: Was sie tun, sei illegal. Die Männer sind überrascht, aber nicht unfreundlich.



Kennt sich mit Zwangsraumungen aus: Anwalt Chris Sharpe Foto: imago

Sie erklären, dass sie aus Rumänien seien und in Tottenham auf dem Bau arbeiten. Miete hätten sie aber sehr wohl bezahlt. In bar an einen Unbekannten, der kam, um das Geld einzusammeln. Der Mann hat sie betrogen.

Ohne Diskussion packen sie ruhig ihre Koffer und verlassen das Haus. Wo sie jetzt hingehen, fragt sie niemand.

Sind diese Mieter „albtraumhaft“? Eher doch der Mietenmarkt und die, die mit der Not der anderen Geld scheffeln. Dazu gehört auch der Sender, der auf der Wohnungs-krise sein Sendungskonzept aufbaut – mittlerweile in sechs Staffeln.

Clara Dünkler

„Albtraum(ver)mieter“, sechs Staffeln bei Amazon Prime Video



Berliner Altbau in der Rigaer Straße mit Hausbesetzern drinnen, Neubau draußen Foto: Karsten Thielker

Die Macht der Mietenden

Die deutsche Gegenwartsliteratur handelt oft vom Mietverhältnis. Erzählerische Vielfalt geht damit aber nicht zwangsläufig einher: Statt sozialer Fragen widmet sie sich bevorzugt identitäts-politischen. Bereitet sie so die Flucht ins Eigentum vor?

Von Benno Schirrmeister

Zur Miete zu wohnen, bleibt in der Zukunft ein Elend: „Wie soll sie dann für das verschimmelte fensterlose Zimmer zahlen“, sorgt sich Hauptfigur Jov in Aiki Miras 2025 erschienenem Roman „Denial of Service“, „für das sie einen viel zu teuren Mietvertrag abgeschlossen hat?“ Die Geschichte spielt zwar im komplett privatisierten Frankfurt am Main des frühen 22. Jahrhunderts. Aber Jovs Frage könnte sich auch heute einer Berufseinsteigerin stellen, die Schiss hat, in der Probezeit entlassen zu werden. Auch in Miras soziologisch avancierter Science-Fiction hat sich da nix geändert. Gerade in Deutschland setzt Literatur derzeit massiv Miet-

probleme in Szene: „Wir leben in einer Wohngesellschaft“, hatte Selim Özdoğan schon 2016 eine weise Narrenfigur erkennen lassen. Die stellt das Prinzip des Eigentums und die Idee, Miete zu zahlen, offensiv infrage. Ihr zufolge nämlich tun die Vermieter „so, als würde man ihnen die Häuser wegkonsumieren, und nehmen Geld dafür“, heißt es in „Wieso Heimat, ich wohne zur Miete“. Özögans neuester Roman, der kommende Woche erscheint und „Ihr kriegt uns hier nicht raus“ heißt, lebt die Absage an den Wohnungsmarkt dann ganz aus – allerdings in der Vergangenheit. In einem viel realistischeren Modus erinnert er darin an die große Zeit der Hausbesetzungen: Vermittelt über die Kinder Orkun und Baran kommen eine migranti-

sierte Familie und eine links-autonome Gruppe trotz unterschiedlichster Lebensziele in der Überzeugung zusammen, dass wohnen notwendig, Miete zahlen aber ein Fehler ist. Als echte Befreiung feiert der Vater die Aussicht auf mietfreie „fünf Zimmer, Küche und Bad“ in der Kerpener Straße, wo Köln die Besetzung duldet: „Diese Wohnung wird uns Luft lassen, um mit dem Laden richtig Asche zu machen.“ Ein Blick auf Erzählmotive zwingt dazu, „die ganze schöne Literatur“, wie Robert Musil anregt, als „einen Zitatenteich“ zu betrachten und, statt Einzelwerke rauszufischen, Strömungen, „die in die Tiefe sinken und aus ihr wieder aufsteigen“, zu detektieren. Dann merkt man zum Beispiel: Nicht nur durch

die Spielorte, sondern auch, indem er dessen identitätspolitischen Konsens eine Absage erteilt, stellt sich Özdoğan in der Wohnfrage quer zum literarischen Mainstream. Der erlebt seine Mietabenteuer in Berlin und fasst noch jede Kündigung als narzisstische Kränkung auf. Die Wände seines Appartements sind ihm nämlich Gedenkstätte der eigenen „Erinnerung, Identität, Geschichte“. Und „wenn all das verloren zu gehen droht“, hat sich der Berliner Autor Jan Brandt 2019 in einem Interview zu seiner Autofiktion „Ein Haus auf dem Land / Eine Wohnung in der Stadt“ beklagt – er besitzt beides –, „steht plötzlich das ganze Leben auf dem Spiel“. Klar, „im Umgang der Menschen mit Wohnräumen vollziehen sich komplexe Aneignungsprozesse“, an Kulturhistorikerin Adelheid von Salderns Einsicht gibt's nichts zu rütteln. Und ebenso ist klar, dass genau deshalb die ökonomisch banale Praxis des Mietvertrags – laut Friedrich Engels ein schlichter Warenverkauf – erzählerisch brisante Verhältnisse stiftet. Das 19. Jahrhundert entwickelt aus ihnen Schauplätze für Romane von Glanz und Elend, allen voran Honoré de Balzac und dann Dickens, Zola, Fontane, Hauptmann ... Bei denen geht es allerdings immer auch um soziale Probleme. Das Wohnen zur Frage der Identität zu machen, verdrängt die Beziehungen zwischen Eigentümer*innen, Immobilie, ihrem Nutzer und seinen Vorgänger*innen gleichsam ins Innere, und erst wer die Tapete abfittzelt und im Loch in der Zimmerwand herumprokelt, kann die geheimnisvollen Relikte des Vergangenen freilegen: „Zwei oder drei Minuten stocherte er, eher er den Gegenstand fassen konnte“, heißt es in Roland Topors Roman „Der Mieter“ über die schimärische Hauptfigur Trelkovsky, die keinen Vornamen trägt. „Es war ein Zahn. Genauer gesagt, ein Schneidezahn.“ Seine Vermutung: Seine Vorgängerin hat ihn hier in der Wand vergraben vor ihrem suizidalen Fenstersturz, dank dem er an die Wohnung kommt. Warum? Trelovsky hat keine Ahnung und verliert sich in der barocken Suche nach dem Moment, in dem die unsterbliche Seele den Körper verlässt: „Von welchem Augenblick an, fragte sich Trelkovsky, besteht das Individuum als solches nicht mehr?“ Topors „Le locataire chimérique“ ist 1964 erschienen: Das war die Zeit, in der Frankreich gerade begann, um Paris herum Trabantenstädte aus dem Boden zu stampfen, um der grassierenden Landflucht Herr zu werden. Die materielle Bedrängnis steht der metaphysischen Frage also nicht im Weg. Sie veranlasst, dass sie überhaupt gestellt wird. Sie kann sogar Lyrik ermöglichen. So grundiert die soziale Katastrophe beklemmend – und doch rhythmisch und klanglich umwerfend – Gwendolyn Brooks' Erstling „A Street in Bronzeville“ von 1945. Die Gedichte dieser vielleicht bedeutendsten US-amerikanischen Lyrikerin des 20. Jahrhunderts gibt's nicht auf Deutsch, leider, aber es ist halt sehr schwierig, Entsprechungen für die virtuose Vielschichtigkeit ihrer Worte zu finden, mit denen sie das Leben in den berüchtigten „kitchenette buildings“ ungeschönt, aber wunderschön besingt. Hinter dem Namen verbirgt sich die obszöne Antwort auf die extreme Wohnungsnot im Schwarzen Chicago: Weil sich die Community binnen weniger Jahre mehr als vervierfacht hatte, wurden auch die mit Klein-

küche ausgestatteten Apartments vervierfacht – durch Zwischenwände. Die 1940er Jahre erleben 80.000 Umwandlungen von Einfamilienwohnungen à 56 Quadratmeter in fünf bis sechs, informiert die „Encyclopedia of Chicago“. In dieser Enge lässt Brooks die Frage auftauchen, ob das leichtsinnig-taumelige Wort Traum – der Slogan vom American Dream ist damals noch frisch und verheißungsvoll – durch die Hausgemeinschaft aus Zwiebelmief mit den Reimschleiern des Frittierfetts und Müllausdünstungen kämpfen und ein Lied zwitschern könnte: „Could a dream send up through onion fumes / Its white and violet, fight with fried potatoes / And yesterday's garbage ripening in the hall?“ Doch Schluss damit, „Since Number Five is out of the bathroom now, / We think of lukewarm water, hope to get in it“, keine Zeit mehr fürs Sinnieren, der Nachbar ist raus aus dem Gemeinschaftsbad, und nur, wer flott ist, schafft's in die Brühe, solange sie noch warm ist. Solche Zustände gibt's in der deutschen Gegenwart nur in den Wohnquartieren der Schlachthofarbeiter*innen auf dem Land. Von denen weiß der

Es überrascht, wie gleichförmig und auf Berlin verengt Fragen des Mietens in der deutschen Gegenwart den Plot bestimmen

Gegenwartsroman nichts zu berichten, und das ist schon okay: Alle sollen ruhig je ihre eigenen Nöte erzählen dürfen, mit denen sie sich auskennen. Auch der Schmerz einer Avocadohand ist ein echter Schmerz, der ärztlicher Behandlung bedarf. Wo bei überrascht, wie gleichförmig und auf Berlin verengt Fragen des Mietens den Plot bestimmen, wo doch der Wohnungsmarkt im Vergleich zu München, Frankfurt oder Hamburg dort fast entspannt wirkt: Ohne Anspruch auf Vollständigkeit hat Literaturwissenschaftlerin Hanna Henryson 60 Berlinromane aus der Zeit von 2000 bis 2020 ausfindig gemacht. Ihr Befund: Fremd ist diesen Gentrifikationen das Thema Zwangsräumungen und die Welt der Armut. Ihr Personal rekrutiert sich bis auf wenige Ausnahmen aus der Mittelschicht, „und auffällig viele Figuren sind Journalisten oder Schriftsteller“, die infolge von Luxussanierungen raus-

sollen: „In den hier diskutierten Romanen sind die Möglichkeiten der Gentrifizierung den Wohlhabenden vorbehalten“, resümiert Henryson. Mit Blick auf die Personengestaltung hat sie „in allen untersuchten Fällen“ eine „Figurenkonstellation“ herauspräpariert, die „gewissermaßen standardisiert ist“. Darin sind Mietende der Willkür ihrer Vermieter*innen ausgesetzt wie einst in den Sams-Romanen der Herr Taschenbier den wütenden Wischmob-attacken der Frau Rotkohl, die ihm „jederzeit kündigen“ kann. Paul Maar beseitigt die Ambivalenz aber aus guten, erzählerischen Gründen: Er braucht das simple Gut-böse-Schema, um desto ungehemmter seine frapierend deleuzianische Erzählung von einem schizoiden Helden zu entfalten, der mit Wunschmaschinen umzugehen und sein schamlos an die Oberfläche drängendes Es zu lieben lernt. Wo die Wohnsituation aber zum Thema avanciert, wäre da Mehrdeutigkeit kein narrativer Gewinn? Sollte es nicht auch heute einen gütig-weltfremden Vermieter geben können, der, wie vor 50 Jahren Milliardär Bartlebooth in Georges Perecs „Das Leben. Gebrauchsanweisung“, sein Pariser *immeuble* so mit Mieter*innen und ihren Schicksalen besetzt, dass es zum Theater der Welt wird? Gäbe es nicht auch ein Vermieten aus der Not heraus, wie in Marie Belloc Lowndes' Roman „The Lodger“? Denn wie einen Erlöser empfangen ja die Zimmerwirtin Ellen Bunting und ihr Gemahl den seltsamen Mr. Sleuth, hätscheln und hegen ihn, obwohl ihnen klar ist, dass er, der Titel der deutschen Übersetzung spoilert's, Jack the Ripper ist: Mrs. Bunting fühlt sich schon bald „auf eigenartige Weise mit Mr. Sleuth verbunden“. Sie ist in seinem Bann. „Der Mieter“, hatte Engels bemerkt, „tritt als *vermögender Mann* auf“, auch wenn er ein armer Wicht ist. Er habe aber „die Nabelschnur“ durchtrennt, die ihn „an den Grund und Boden knüpfte“ – das sei halt Bedingung „geistiger Emanzipation“. Jaja, der Sexismus nervt und diese peinlichen Metaphern. Aber auch bei Virginia Woolf markiert den Anfang von Freiheit, für einen Raum die Miete zu zahlen. Die Gegenwart dagegen kann sich sogar genderfluide Mietende vorstellen. Nur, ihrem Status Macht zuzubilligen, das will sie sich offenbar nicht ausmalen: Mieter*innen, die gegenwärtig deutschsprachige Romane bevölkern, wollen keine revolutionären Subjekte sein. Sie wollen wohnen, möglichst so günstig, dass sie was zurücklegen können. Damit die Flucht ins Eigentum gelingt.

Anzeige

»Deutschland in Miniatur«
Juliane Voigt, NDR

HIDDENSEE

EIN FILM VON ANNEKATRIN HENDEL



Jetzt Trailer ansehen:



weltkino JETZT IM KINO

Einfach mal abtauchen in Mitte



Das „Volksbad“ vor der Berliner Volksbühne sorgte schon vor seiner Eröffnung für Debatten. Zuletzt musste eine Veranstaltung für Schwarze Jugendliche abgesagt werden

Bahnen ziehen zwischen Volksbühne und Fernsehturm
Foto: David Baltzer

Von **Beate Scheder**

Die zweite Schwimmrunde muss leider ausfallen. Wegen nicht funktionsfähiger Duschen wird der Badebetrieb am wenige Tage zuvor erst eröffneten „Volksbad“ in Berlin-Mitte für Dienstag und Mittwoch abgesagt. In der Instagram-Story, mit der die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz die kurzzeitige Schließung kommuniziert, steht außerdem noch: „Learning nach Woche 1: Es ist nicht so leicht, ein Freibad zu betreiben.“

Normalerweise gehört eben das auch nicht zu den genuinen Aufgaben eines Theaters. Expertise im Umgang mit mobilen sanitären Anlagen steht nicht in den Stellenbeschreibungen. Die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz aber hat zum Start der Intendanz von Matthias Lilienthal und um die anstehenden Sanierungsarbeiten an der Obermaschinerie zu überbrücken, ein temporäres Freibadbecken vor dem eigenen Haus installiert. Am 7. August startete der Badebetrieb. Dienstags bis samstags kann man da jetzt eigentlich kostenfrei schwimmen und planschen, wenn man sich zuvor ein Zeitfensterticket organisiert hat.

Vor Ort am Dienstagnachmittag wiederholt die freundliche Servicekraft, was man ohnehin schon wusste: Schwimmen fällt erst mal ins Wasser. Immerhin lässt sie, die vom Plastikstuhl aus den Eingang hütet, alle fragen, zum Gucken kurz hinein, aber: „Ab der Treppe Schühchen ausziehen und keine Fotos!“

Und so wandert der Blick vom Beckenrand aus über das Wasser. Türkisblau ist es, blauer noch als jenes, das David Hockney auf seinen Bildern kalifornischer Pools festhielt, verlockend glitzernd in der Augustsonne.

Auch der zur Pommesbude umfunktionierte Pavillon hat trotzdem geöffnet. Ohne Wasser im Ohr und ohne Chlorgeruch in der Nase sind die besten Pommes nur frittierte Kartoffelstäbchen. Gut besucht ist der Imbiss dennoch, ob das nur am kross gebakenen Fast Food liegt?

Gefühlt noch nie hat irgendein Berliner Theaterereignis so sehr für Gesprächsstoff gesorgt. Mitte der Woche schlugen die Wellen hoch und noch höher. Am Freitag hätte das Bad für ein paar Stunden für ein Ferienprogramm für Schwarze Kinder und Jugendliche des rassismuskritischen Vereins Each one teach one (Eoto) reserviert sein sollen. Erst entzündete sich daran eine Kampagne rechter Medien. Dann stimmte die AfD in die Hetze mit ein und die CDU-Abgeordnete Aileen Weibeler ging auf Social Media viral, indem sie behauptete, sie würde aufgrund ihrer weißen Hautfarbe diskriminiert. Als hätten sie allesamt noch nie davon gehört, dass Schwimmbäder mitunter zeitweise Vereinen überlassen werden.

Trauriger Höhepunkt war, als am Donnerstagnachmittag die Veranstaltung von Volksbühne und Eoto aus Sicherheitsgründen abgesagt wurde: „Der Schutz unserer Gäste, Partner und Mitarbeiter*innen hat für uns oberste Priorität“, heißt es in der Erklärung des Theaters. Sie hätten die sichere An- und Abreise der angemeldeten Besucher*innen ebenso wenig garantieren können wie einen entspannten Ferienachmittag. Weitere „positive Maßnahmen für strukturell benachteiligte Menschen“ soll es aber geben.

Auch vorab schon hatte das Volksbad die Gemüter erregt und aufgeteilt in diejenigen, die die Idee feiern, und in diejenigen, die sie für den größten Blödsinn aller Zeiten halten: für eine Verschwendung von Steuergeldern in ohnehin klammen Kassen, erst recht im Kulturhaushalt. 300.000 Euro kostet die Produktion des 25 Meter breiten und gut 1,30 Meter tiefen Volksbads. So viel, wie auch mal für eine aufwendigere Theaterproduktion benötigt wird. Der größte Part davon, 210.000 Euro, sind für Personalkosten eingeplant, für Bademeister:innen und Wachpersonal. Kleinere Häuser hätten mit diesem Geld unterstützt werden können, Jugendtheater insbesondere, kritisierte etwa die SPD-Abgeordnete Dunja Wolff, deren Partei ja aber die Kürzungen in der Kultur selbst zu verantworten hat.

Sie hätten ja nur versucht, wahrzumachen, was die Erbauer dieses Hauses sich gedacht hätten, so erklärt es Lilienthal während der Eröffnung, deutet dabei auf das Intarsienband an der Muschelkalkfassade des Panzerkreuzers Volksbühne, das sich zwischen Schriftzug und Säulen schiebt. Schwimmer, die in knappen Höschen zum Sprung ansetzen, könnte man darin erkennen. Wahrgemacht hat Lilienthal mit dem Volksbad gleichsam auch, was Frank Castorf damals am Ende seiner Intendanz verlauten ließ: „Wenn's nicht funktioniert“ – seinen glücklosen Nachfolger Dercon meinte er damit –, „kann man aus dem Haus immer noch eine Badeanstalt machen.“

Eigentlich will Lilienthal das Ganze aber auch als politischen Protest verstanden wissen. Auf die vor sich hin verfallende Infrastruktur Berlins will er aufmerksam machen, wo eben nicht nur in der Kultur, sondern auch im sozialen Bereich hart gespart wird und so manches Bad derart marode ist, dass es gar nicht erst öffnen kann.

Zum Einstand in den öffentlichen Raum zu gehen, das hat bei Lilienthal aber auch Tradition. In München etwa, wo er 2015 die Intendanz der Kammer-spiele antrat, hat er aus Material vom Recyclinghof DIY-Wohneinheiten zusammenbasteln lassen, die „Shabby-shabby Apartments“. Auf die Frage, ob das Volksbad nun Aktivismus, Performance oder einfach nur ein Freibad sei, sagt er schnell: „alles drei“. Den Ticketverkäufen für Premieren und andere Stücke im Oktober schadet die neuerliche Darbietung des erweiterten Theaterbegriffs jedenfalls nicht, die laufen sogar überdurchschnittlich gut.

Und selbstverständlich hat es auch mit der Choreografin Florentina Holzinger zu tun, die Lilienthal ins Leitungsteam der Volksbühne berufen hat und die in diesem Jahr für die Biennale in Venedig den österreichischen Pavillon flutete. Inspiriert auch von „Ophelia's got Talent“, einer Volksbühnenproduktion, Holzingers Durchbruch.

Vielleicht liegt es an den Debatten über globale Wasserknappheit oder daran, dass man angesichts der gegenwärtigen

Polykrisen gern zwischendurch einmal abtauchen will, aber Wasser ist definitiv ein Thema, auch in der Kunst, da schwimmt die Volksbühne gut mit. Wasserspiele gibt es in Venedig unter anderem auch noch im polnischen Pavillon, wo Bogna Burska und Daniel Kotowski einen Chor im Schwimmbad unter Wasser setzen. In Porto indes, im Museum Serralves, hatte die Künstlerin Anne Imhof unlängst einen eher dystopisch anmutenden Pool samt Sprungturm für ihre Einzelausstellung „Fun is a Stahlbad“ installiert. Und auf Theaterbühnen sieht man Wassertanks und Pools eh immer häufiger, länger schon. Auch in der letzten Volksbühnen-Gemeinschaftsproduktion von René Pollesch und Fabian Hinrichs „ja nichts ist okay“ war ein Pool Teil des Bühnenbilds. Und Christoph Schlingensiefel könnte einem einfallen, dessen Aktion „Baden im Wolfgangsee“ Oder „Tropéz“, der Kiosk im Berliner Sommerbad am Humboldtthain, den die Kunsthistorikerin Nele

Lilienthal will das Ganze auch als politischen Protest verstanden wissen und auf die vor sich hin verfallende Infrastruktur Berlins aufmerksam machen

Heinevetter bereits 2017 gepachtet hat und wo seitdem nicht nur Eis verkauft wird, sondern auch Ausstellungen und Performances stattfinden.

Derlei Veranstaltungen wird es im Volksbad wahrscheinlich eher nicht geben. Also solche, die im engeren Sinn als Performances gelten könnten, nur ganz am Ende eine „Étude“ von Florentina Holzinger. „Das hätten wir gerne gemacht. Aber ich habe die letzten 3 Euro zusammengekratzt, um die Scheiße überhaupt bezahlen zu können“, sagt Lilienthal. Pro Event hätte

das 3.000 Euro gekostet, die er nicht habe. Das Volksbad solle daher pur für sich stehen: „Ich brauche kein Cellokonzert oder keine Einzelperformance. Allein schon die Bilder, die durch diese fast nackten Menschen direkt zwischen dem Fernsehturm und der Volksbühne entstehen, finde ich super.“

Also erst mal einfach nur schwimmen. Meditativer freilich wäre es, sich in einem menschenleeren See treiben zu lassen, aber wo gibts den? Bestimmt nicht im Berliner mit ÖPNV erreichbaren Umland. Und mit denen konkurriert das Volksbad ohnehin gar nicht. Auch nicht mit den öffentlichen Freibädern. Im Volksbad sind die Routinen zwangsläufig andere als im Prinzen- oder Olympiabad: Frühschwimmer*innen, die vor der Arbeit ein paar Bahnen ziehen wollen, kann es gar nicht geben. Das Volksbad öffnet erst zur Langschläferzeit um die Mittagsstunden. Den ganzen Tag am Beckenrand rumlungern ist auch nicht angedacht. Armbändchen in verschiedenen Farben sind den Zeitslots zugeordnet. Zwei Stunden darf man drinbleiben, damit möglichst viele Menschen zum Zug kommen.

Vielleicht ist es am ehesten noch das sozialistische Gegenmodell zum Pool des in Nachbarschaft zum Rosa-Luxemburg-Platz gelegenen Berliner Soho Houses. Mit ähnlicher Aussicht, nur eben ohne teure Mitgliedschaft und mit bunterem Publikum. Ein fast schon utopischer Ort, einer von denen, von denen es kaum mehr welche gibt, öffentliche Orte, die soziale Interaktion zum Ziel haben und an denen man sich aufhalten kann, ohne zu konsumieren.

Am Eröffnungstag versammeln sich Schaulustige auf dem Rosa-Luxemburg-Platz vor dem Zaun, um das Treiben zu beobachten, als handle es sich um eine Performance. Wird es sie auch noch geben in ein paar Wochen? Das Volksbad läuft noch bis zum 1. Oktober. Oder wird der Hype nachlassen und es dann einfacher sein, an die Zeitfenstertickets zu kommen?

Die braucht man übrigens gar nicht unbedingt. Mit etwas Glück kommt man vor Ort auch ohne hinein. Große Empfehlung, es macht viel Spaß dort.

RollingStone

GERMANY

MINI-ABO

3 Ausgaben
zum Sonderpreis
bequem nach Hause



3 AUSGABEN
STATT 29,70 €
NUR 9,95 €

Jetzt bestellen:
rollingstone.de/abo

40 kultur

Schmeichelnd, wortgewandt und fake

Onlinebetrüger haben es neuerdings auch auf Buchautoren abgesehen. Die Methoden sind oft raffiniert und perfide. Ein Erfahrungsbericht

Von Sara Piazza

Nicht mit mir ...“, dachte ich, erleichtert darüber, nicht reingefallen zu sein. Eine E-Mail von einer angeblichen „Sophia Williams“ war in meinem Posteingang aufgetaucht. Der selbstbewusste Betreff lautete: „Positionierung von ‚Jim Jarmusch: Music, Words and Noise‘, stärkere Verankerung in der Filmwissenschaft, der Soundtheorie und bei einem cinephilen Publikum.“ Mein vor über zehn Jahren in London veröffentlichtes Buch über das Kino des Independent-Regisseurs stand nie auf Bestsellerlisten, und das ist nicht weiter schlimm. Bei aller Zufriedenheit, dass sich nach all den Jahren jemand zum Thema überhaupt meldete, war mein erster Gedanke zur E-Mail von Frau Williams: Die Sache stinkt.

Aus reiner Neugier trotzdem schnell zu Ende gelesen. Sie behauptet, „mehr Sichtbarkeit“ anbieten zu können, um mein Buch strategischer zu vermarkten und die Nische der Leser, die sich für das Thema interessieren könnten, zu erweitern. Geld also. Sicherlich für sie, eventuell auch für mich. Doch warum würde ein „echtes“ Angebot mit einer hochtönenden und etwas hölzernen Inhaltsangabe der Themen meines Buchs beginnen? Darunter Sätze wie: „Das Buch bietet eine originelle und intellektuell anregende Neuinterpretation des Gesamtwerks von Jim Jarmusch, indem es den Klang nicht als bloß unterstützendes Element, sondern als zentrale strukturierende Kraft filmischer Sinnproduktion begreift.“ Fünf lobend beschreibende Absätze von Frau Williams fühlten sich zu übertrieben an, um mich von ihren Marketingtalenten zu überzeugen.

Trotzdem wollte ich herausfinden, wer oder was dahintersteckte. Eine kurze Recherche reichte, um zu bestätigen, dass es womöglich überhaupt keine solche Sophia Williams gibt. Wie ich bald entdeckte, hatte die amerikanische Autorin Claudia Ricci auch ein Angebot von Frau Williams bekommen. Sie war deutlich weitergegangen als ich und hatte mit Williams das Gespräch gesucht. Erst nach mehreren E-Mails war es schließlich ein dubioser und technisch gescheiterter Zoom-Call, der Frau Ricci zum Zweifeln brachte, worauf sie die Kommunikation abbrach. Sie veröffentlichte danach die komplette Korrespondenz online, um andere zu warnen.

Etwas über einen Monat später interessierte sich wieder jemand für mein Buch. Die E-Mail stammte diesmal von Tim Ehrenberg, dem Marketing-

direktor des „Nantucket Book Festival“. Seit 15 Jahren zieht das Festival Autoren und Literaturbegeisterte auf die exklusive Atlantikinsel des US-Bundesstaats Massachusetts, die als Luxus-Sommerkolonie vieler Wohlhabender gilt. Ich hatte noch nie von dem Festival gehört und es schien mir unwahrscheinlich, dass man sich dort für mein Jarmusch-Buch interessieren könnte. Allerdings erlebt der 73-jährige Regisseur im Moment eine Art Comeback.

Also prüfte ich, ob es diesen Herrn Ehrenberg auf Nantucket wirklich gibt, was das Festival für einen Ruf hat, ob Freunde in den USA es kannten. Die Antworten waren alle positiv. Dazu kam, dass es nicht um ein Angebot irgendwelcher Marketingdienste ging, sondern um eine Einladung für eine „Spotlight-Session“ über mein Buch.

„

Das kanadische Literaturfestival warnt inzwischen Autoren auf seiner Webseite vor KI-Betrug

Anders als bei der E-Mail von „Frau Williams“ war der Text von Herrn Ehrenberg gut aufgebaut, knapp und glaubwürdig. Schon ein bisschen zu lobend, aber das klang nach den üblichen amerikanischen Übertreibungen.

Für einen ziemlich langen Augenblick freute ich mich. Kurz, jedoch wohlwollend antwortete ich Herrn Ehrenberg, dass ich gern mehr über sein Angebot erfahren wollte. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Sie begann mit enthusiastischen Worten über mein Interesse und die vielen Möglichkeiten, die eine Anwesenheit auf dem Festival, selbstverständlich auch eine virtuelle, bieten würde. Sie endete aber mit einer ganz konkreten Frage: Wäre ich bereit, eine Standard-Produktionspauschale von \$ 75 zu zahlen? Falls ja, würde er mir das entsprechende Formular zusenden und mein „Platz an der Sonne“ wäre gesichert.

Eigentlich wäre spätestens dies der Moment gewesen, um

zu merken, dass es sich um einen schamlosen Scam handelte. Trotzdem wurde mir dies erst klar, als kurze Zeit später eine weitere „Einladung“ auftauchte. Diesmal aus England, und zwar vom „Theakston Old Peculier Crime Writing Festival“ in Harrogate. In der Nachricht stand sogar ein Absatz, der vertrauenerweckend wirken sollte, um klarzustellen, dass sich das Publikum dort nicht nur für Krimis und Thriller interessiert, sondern auch für Film-Sachbücher wie meins. Die ursprüngliche Freude wich wachsender Wut.

Phishing E-Mails kommen selten allein, und wie mich die Erfahrung dann lehrte, oft von @gmail.com-Adressen. Es dauerte nicht lange, bis ich weitere ähnliche Nachrichten bekam, angeblich aus Kanada – Wordfest, Calgary – und danach sogar aus Australien – Mudgee Readers' Festival.

Das kanadische Festival hat inzwischen auf seiner Webseite eine offizielle Stellungnahme veröffentlicht, die Autoren vor KI-Betrug warnt. Sie würden ausschließlich über Verlage einladen und niemals Gebühren verlangen. Auf meine Frage, warum ausgerechnet Autoren in letzter Zeit das Ziel solcher Scams geworden sind, antwortete Paula Turcotte, zuständig für die Jugendprogrammgestaltung des Festivals, es sei ihr Eindruck, dass „Autoren aufgrund der prekären Lage in der Verlagsbranche ausgenutzt werden; sogar Penguin Random House war bereits Ziel solcher Betrugsversuche.“

„Besorgniserregend und skrupellos“ findet die Lage auch Rebecca Saunders, die mit dem australischen „Mudgee Readers' Festival“ zusammenarbeitet und deren „Doppelgängerin“ mich ebenfalls „eingeladen“ hatte. „In einer Zeit, in der Schriftsteller ohnehin schon unter erheblichem finanziellen Druck stehen, sind Betrugsversuche, die ihre Hoffnungen auf Festivalauftritte und den Kontakt zu Lesern ausnutzen, besonders grausam.“

Wenn man dazu bedenkt, dass es heutzutage durch aggressive Self-Publishing-Kolosse wie Amazon sehr einfach geworden ist, ein Buch ganz ohne Verlag online zu stellen, versteht man, dass die Scammer immer mehr potenzielle Opfer finden: Laut einer im National Bureau of Economic Research publizierten Studie haben sich von 2022 bis Ende 2025, einem Zeitraum, in dem Large Language Models (LLM), also KI-generierte Sprachmodelle, immer weiterentwickelt worden sind, die monatlichen Online-Buchveröffentlichungen auf Amazon auf über 300.000 Titel verdreifacht.

Die Großen des HipHop schätzten ihn sehr

Kompromisslos bis zum Schluss, war der Rapper Sensational ein genialer Brückenbauer. Ein Nachruf

Von **Henrik von Holtum**

HipHop hat einen seiner großen Charismatiker verloren, Sensational, bürgerlich Colin Julius Bopp, ist tot. Geboren wurde er am 18. Oktober 1974 in New York. Sensational tauchte erstmals 1993 auf, als Featuregast für einen Track der Jungle Brothers, damals firmierte er noch unter dem Alias Torture.

Der Künstler flog damals noch ziemlich unter dem Radar. Mehr Aufmerksamkeit bekam er Ende der 1990er für seine Alben auf dem New Yorker Avantgarde-HipHop-Label Word-Sound. Sein Soloalbumdebüt „Loaded with Power“ erschien 1997. Der Sound klingt nach einer Nacht in einem kleinen dunklen Zimmer, einem Vierspurtape und einem billigen Mikrofon direkt am Mund. Mit seiner Lo-Fi-Ästhetik, fragmentierten Rhythmen und hingeworfenen und frickligen Flows etabliert es Sensationals Stil. Ein Track darauf heißt passenderweise „Freakstyle“.

In dem sehenswerten Dokumentarfilm „The Rise and Fall of Sensational“ wird der Künstler porträtiert. Laut dem umtriebigen Bassisten und Produzenten Bill Laswell, der den Jungle Brothers und Sensational Zugang zu seinem Studio und seiner Plattensammlung gab, hatte der Rapper einen radikalen Musikgeschmack: Free Jazz, alter Blues, alles, nur eben fast nichts von dem handelsüblichen Funk, aus dem der meiste frühe HipHop seine Inspiration und Samples bezog.



Sensational (1974–2026) Foto: privat

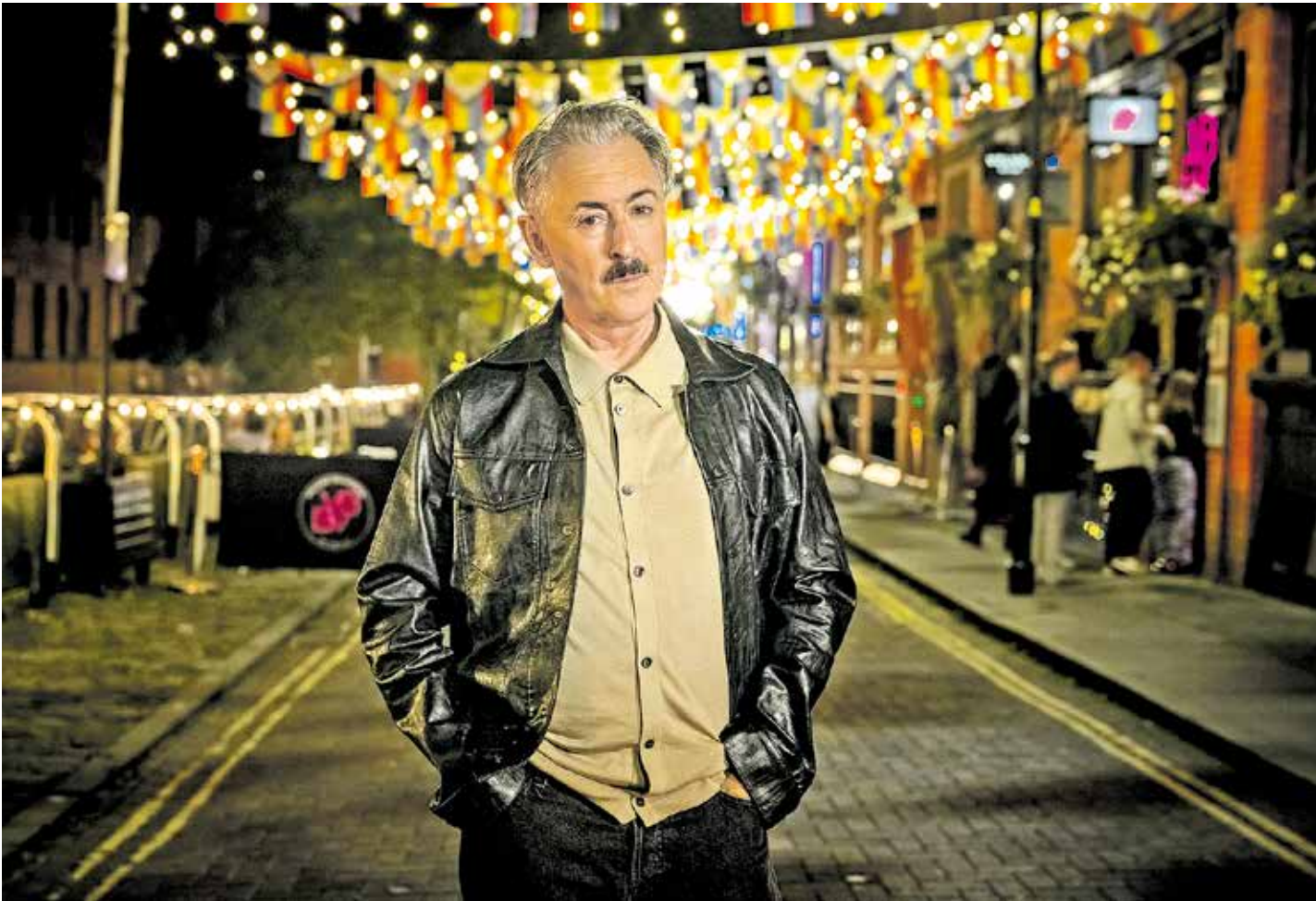
Sensational war Produzent und Rapper, als Rapper aber war er wahrnehmbarer; seine markante nasale Stimme machte ihn unverkennbar, seine radikale Offness fanden die einen genial, die anderen stümperhaft, aber viele der Großen des HipHop wie zum Beispiel der Produzent Prince Paul schätzten Sensational gerade deshalb sehr und luden ihn immer wieder als Gast ein.

Sensationals Fangemeinde reichte weit über die HipHop-Szene hinaus, wahrscheinlich wegen seiner Unkonventionalität. Seine Stimme ist in den zehner Jahren auf experimentellen Elektronik- und Dancefloorplatten zu hören. Unter anderem hat er mit dem Elektronikproduzenten Kid606 gearbeitet und dem japanischen Illustrator Kouhei Matsunaga. Auf dem wunderbaren Album „Sensational Meets Kouhei“ sind zwei Remixe des britischen Elektronikduos Autechre zu finden. Eine ganze Reihe von jungen Non-HipHop-Produzenten konnten sich für ihn begeistern.

Das viele Grasrauchen wird ihn sicher nicht stabiler gemacht haben, dann kam Crack, er flog aus seiner Wohnung, verkaufte sein Equipment, um Geld für Drogen zu bekommen. Er wurde wieder clean, blieb aber obdachlos. Trotz allem blieb Sensational immer ein Künstler, kompromisslos bis zum Schluss, mit allen existentiellen Härten, die so ein Lebensweg mit sich bringt.

Sein Tod wurde am 11. August gemeldet. Manche meinen, Sensational sei auf dem Olymp gewesen, um dann in die Hölle abzustürzen. Sicher ist: Wenn es einen HipHop-Himmel gibt, dann ist Sensational jetzt dort. Als Rapper hat er gezeigt, wie weit HipHop reichen kann. *You are sensational. Rest in peace.*

Schutzlos ins Freie: Clubbesitzer Leo (Alan Cumming) in „Tip Toe“
Foto: HBO Max



„Ich bin fest entschlossen zu kämpfen“

In der Miniserie „Tip Toe“ erzählt Regisseur Russell T Davies von den Gefahren der Homophobie. Die Trauer über enttäuschte Hoffnungen der sexuellen Befreiung hält ihn nicht davon ab, gesellschaftliche Missstände genau zu analysieren

Interview
Thomas Abeltshauser

In „Tip Toe“ kehrt Russell T Davies dorthin zurück, wo er vor 27 Jahren mit „Queer as Folk“ Fernsehgeschichte schrieb: ins queere Manchester. Der 63-jährige Waliser gehört zu den einflussreichsten britischen Fernsehautoren der Gegenwart. Er belebte „Doctor Who“ neu und schuf unter anderem „Years and Years“ und das Aids-Drama „It’s a Sin“. Im Zentrum seiner neuen fünfteiligen Serie stehen der schwule Clubbesitzer Leo (Alan Cumming) und sein Nachbar Clive (David Morrissey), zwei einsame Männer, zwischen denen alltägliche Reibungen zu tödlichem Hass eskalieren. Davies erzählt von Onlineradikalisierung, ökonomischer Kränkung und einer Sichtbarkeit, die queere Menschen nicht nur befreit, sondern auch angreifbar gemacht hat. Das Gespräch fand wenige Tage vor dem Anschlag am Rande des Berliner Christopher Street Day statt, bei dem am 25. Juli eine Frau getötet und 29 Menschen verletzt wurden. Davies’ eindringliche Warnung vor einer gewaltsamen Eskalation bekam damit kurz darauf eine bedrückende Aktualität. „Tip Toe“ läuft bei HBO Max.

taz: Herr Davies, als Sie vor 27 Jahren „Queer as Folk“ schrieben, erschien queere Sichtbarkeit fast wie eine Form der Befreiung. In „Tip Toe“ sagt ein älterer schwuler Mann, diese Sichtbarkeit habe queere Menschen schutzlos ins Freie treten lassen, wo sie nun angegriffen werden können. Sehen Sie Sichtbarkeit heute anders?

Russell T Davies: Ja, das ist seltsam. Denn man muss natürlich auch sagen, wie viel besser unser Leben geworden ist. Als ich „Queer as Folk“ schrieb, war das genau die Zukunft, auf die ich hoffte. Aber ich habe nie ernsthaft darüber nachgedacht, was danach passieren würde. In meiner Vorstellung – und heute staune ich über meine eigene Naivität – dachte ich wohl, wir könnten irgendwann eine Gesellschaft mit vollkommener Gleichberechtigung, Harmonie und Frieden erreichen. Inzwischen ist mir klar, dass es so etwas nicht gibt. Trotzdem ist die Lage besser als früher, auch

wenn noch ein weiter Weg vor uns liegt. Unsere trans Schwestern und Brüder müssen noch gewaltige Berge überwinden. Gleichzeitig werden Nachrichten und Informationen von den sozialen Medien bestimmt. Diese Plattformen sind voller Wut und Aggression. Sie gehören Milliardären, die sie als Waffen einsetzen und mit ihnen noch mehr Geld verdienen wollen. Sie treiben Menschen zu polarisierenden Aussagen, im Extrem in Richtung Hassrede. Dadurch steigt die gesellschaftliche Temperatur. Es geht um den Zustand der gesamten Welt, aus meinem queeren Blickwinkel.

„Unsere trans Schwestern und Brüder müssen noch gewaltige Berge überwinden“

taz: Sie haben „Tip Toe“ als Ihr wütendstes Werk bezeichnet. Zugleich steckt darin sehr viel Trauer – auch um eine Zukunft, von der wir gehofft hatten, dass sie eintreten würde. War das womöglich die stärkere Motivation?

Davies: Vermutlich handelt alles, was ich schreibe, auf die eine oder andere Weise von Trauer, seit mein Mann 2018 einem Hirntumor erlag. Damit finde ich mich allmählich ab – auf eine kraftvolle Weise, nicht nur auf eine traurige. Viele Menschen meiner Generation trauern um die Gesellschaft, von der wir gehofft hatten, dass sie entstehen würde. Aber tatsächlich erleben wir inzwischen das Gegenteil: Wut, Intoleranz, Vorurteile und Bigotterie, von denen ich aufrichtig glaubte, wir hätten sie hinter uns gelassen. Ich weiß nicht, ob diese neue Onlinestimme von den sozialen Medien hervorgebracht wurde oder ob sie nur eine Wut sichtbar macht, die schon immer vorhanden war. Ich bin traurig über das, was verloren gegangen ist, aber zugleich fest entschlossen zu kämpfen, damit wir nicht noch mehr verlieren.

taz: Leo und Clive sind im Grunde zwei einsame Männer auf gegenüberliegenden Sei-

ten. Wie schwierig war es, Clive zu verstehen, ohne damit seine Homophobie und sein Handeln zu entschuldigen?

Davies: Das war meine größte Herausforderung. Aber auch Leo sehe ich kritisch. Er ist selbstbezogen, geradezu besessen von Sex. Mit seinen Witzen geht er manchmal zu weit. Selbst seine beste Freundin Stephanie sagt ihm, dass er sich Frauen gegenüber bisweilen unmöglich verhält – und so etwas kenne ich von vielen schwulen Männern. Der Balanceakt bestand darin, Leo ein wenig herunterzuholen und Clive ein Stück weit emporzuheben. Deshalb konzentriert sich die dritte Folge auf Clive. Wir erfahren, woher er kommt, und lernen andere Seiten seines Lebens kennen. Trotzdem bleiben seine ganze Wut, seine Vorurteile und seine Bigotterie erhalten. Dieser aufrichtige Blick auf den Mann ändert nichts daran, wie fundamental falsch er liegt.

taz: Clives Radikalisierung hat aber nicht nur mit sozialen Medien zu tun, sondern auch mit ökonomischer Wut.

Davies: Ich glaube, dass sie hinter beinahe allem steckt, was gerade schiefläuft. Darüber sprechen wir zu wenig. Noch nie habe ich in einem Drehbuch so viel über Geld gesprochen. Im Club reden sie ständig über ihren Stundenlohn. Ein kleiner Zehn-Pfund-Schein wandert von Clive zu seinem Sohn, dann gibt Leo Clive Geld. Das steht für eine Welt der Milliardäre, in der die Preise immer weiter steigen. In meiner Heimat wurde eine Brexit-Szene in der Serie kritisiert, ich würde alles in einen Topf rühren. Aber in Wirklichkeit hängt doch jedes Problem mit den anderen zusammen. Der Brexit beeinflusst unsere Lebensmittelpreise. Das wirkt sich auf unsere Haushalte aus, die auf unsere Stimmung und wiederum unsere Wut. Es ist ein einziger gewaltiger Mahlstrom. Würde man das nicht erwähnen, wäre es verfälscht.

taz: War die Linke womöglich zu zögerlich, über Männer wie Clive zu sprechen und ihnen zuzuhören?

Davies: Absolut jeder trägt eine gewisse Verantwortung. Ich glaube, die Linke dämonisiert Menschen wie Clive zu schnell.

Allerdings muss ich sofort hinzufügen: Wenn mir ein Mann wie Clive auf der Straße oder bei einem Fußballspiel begegnen würde, hätte ich furchtbare Angst vor ihm. Wirklich furchtbare Angst. Das zeigt sich in den Gesprächen zwischen Leo und Stephanie. Die beiden sind beste Freunde. Stephanie ist zweifellos links und hat dennoch genderkritische Bedenken. Manche Menschen würden sie deshalb als TERF (*Trans-Exclusionary Radical Feminist, Anm. d. Red.*) bezeichnen. Leo blockt jedes Gespräch mit ihr sofort ab. Sie kommen nie dazu, die Auseinandersetzung wirklich zu führen, weil er nur mit den Augen rollt und das Gespräch beendet. Natürlich wird alles, was ich schreibe, im Kern hoffnungslos links sein. Anders könnte ich gar nicht schreiben. Aber wir werden diese Probleme nur überwinden, wenn wir alle unsere eigenen Unzulänglichkeiten eingestehen und endlich richtig miteinander sprechen.

taz: Sie zeigen auch die Konflikte innerhalb der queeren Community, etwa zwischen Stephanie und der trans Frau Zee, die nicht einer Meinung sind, aber angesichts der Bedrohung von außen solidarisch zusammenstehen.

Davies: Wenn es darauf ankommt, steht Stephanie auf der richtigen Seite. Am Ende kämpft sie darum, genau die trans Frau zu retten, der sie zuvor kritisch gegenüberstand. Als Sozialarbeiterin hat sie Fälle erlebt, in denen die Möglichkeit der Selbstidentifikation missbraucht wurde. Deshalb vertritt sie diesen Standpunkt. Ich wurde auch dafür heftig kritisiert, eine Figur wie Stephanie überhaupt in die Serie aufzunehmen. Dabei bestätigt diese Reaktion in gewisser Weise genau das, worum es mir geht: Wenn man überhaupt nicht mehr zuhört, sobald sich jemand auch nur einen einzigen Schritt aus dem eigenen Weltbild herausbewegt, wird sich diese ganze Situation niemals besser werden. Und sie muss besser werden, sonst wird am Ende Blut auf den Straßen fließen. Das meine ich vollkommen ernst.

„Tip Toe“, 5 Folgen, läuft bei HBO Max

Foto: Chris Pizzello/AP Photo



Russell T Davies wurde 1963 in Swansea geboren. Er studierte Englische Literatur in Oxford und Theaterstudien in Cardiff. Danach begann er bei der BBC zu arbeiten, wo er einen Kurs für Regisseure besuchte. Zu seinen bekanntesten TV-Serien zählen „Queer as Folk“, „Doctor Who“ und „Torchwood“.

In einer Weltgeschichte, die sich in blutigen Wiederholungen erschöpft

Der Schriftsteller Boris Schumatsky veröffentlicht mit „Die Seine fließt ins Schwarze Meer“ einen großen Roman über menschliche und politische Abgründe

Von Carsten Otte

Mit dem ersten Satz dieses in vielerlei Hinsicht herausragenden Buchs wird nicht nur der melancholische Grundton, sondern auch ein wesentliches Leitmotiv der Prosa etabliert, nämlich der leidvolle Konflikt zwischen politischen Gewaltverhältnissen und künstlerischer Bestimmung: „Statt zu schreiben, könnte ich fliegen, ich könnt meine Mutter wieder umarmen, vielleicht zum letzten Mal.“ Mit dem eindringlichen Textbeginn hatte Boris Schumatsky schon beim Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb im vergangenen Jahr überzeugt und mit dem Deutschlandfunk-Preis den zweiten Platz des Wettlesens am Wörthersee belegt. Aus der halbstündigen Erzählung ist ein 400 Seiten starker Roman mit dem anspielungsreichen Titel „Die Seine fließt ins Schwarze Meer“ entstanden, der die Ahnung des Klagenfurter Publikums bestätigt, aus diesem Stoff könne ein großer Wurf werden: Zunächst steht die Lebensgeschichte des Ich-Erzählers im Mittelpunkt, der – wie der Schriftsteller Schumatsky – Mitte der 1960er Jahre in Moskau geboren wurde und von Kindesbeinen an mit dem Gewaltsystem der Sowjetunion konfrontiert ist. Drill und körperliche Übergriffe gehören zum Alltag der sozialistischen Gesellschaft. Noch nicht einmal volljährig, droht der Einzugs ins

Militär, das nicht wenige Rekruten nur schwer verletzt und verstümmelt überleben. Schumatsky beschreibt mit der Genauigkeit eines Zeithistorikers, wie präsent die Gewalt des Militärsystems in der Umgangssprache ist und auf welche Weise die wiederkehrenden Phrasen der Erniedrigung die Soldaten auf zukünftige Kriege vorbereiten. Der feingeistige Boris entgeht der Einberufung, indem er sich an die Kunstakademie rettet, um später, als der Eiserner Vorhang fällt, nach Deutschland überzusiedeln. Er bleibt seiner Familie eng verbunden, insbesondere der literaturinteressierten Freundin seiner Mutter, die sich als Tante Natalie zur wichtigsten Bezugsgröße des Heranwachsenden entwickelt hat. Als junge Frau lebte sie noch in Paris, jobbte an der Rezeption eines Hotels – und lernte Paul Celan kennen, der sich dort einquartiert hatte. Mit Natalie führt Schumatsky nicht nur eine weitere Erzählinstanz, sondern auch eine empathische Figur ein. Vielleicht ist sie die einzige Heldin in dieser Geschichte. Natalie genießt Celans Vertrauen und wird Zeugin nicht nur der vielen Liebesdramen des Dichters, sondern auch seines Kampfes im und gegen den deutschen Literaturbetrieb. Was Natalie über die biografischen und gesellschaftspolitischen Hintergründe der Gedichte Celans zu erzählen weiß, wird die Germanistik vermutlich noch beschäftigen. Denn es fällt kein gutes Licht auf Autoren wie Böll und Grass, und Celans Immer-

mal-wieder-Geliebte Ingeborg Bachmann verhielt sich ebenfalls seltsam kaltherzig. Sie alle rieten dem Autor der „Todesfuge“, dessen Eltern von den Nazis deportiert und umgebracht worden sind, in Sachen Antisemitismus doch bitte nicht so überempfindlich zu sein. Auf einem Schriftstellerkongress hatte eine Autorin in Anwesenheit von Celan gesagt, sie könne Juden nicht riechen. Die Schumatskys Roman gehört zu den ersten Werken, die die gegenwärtigen Kriege und Kulturkämpfe mit der politischen und literarischen Vergangenheit verknüpfen verbalen Attacken nahmen zu, als Claire Goll ihre unfassbare Verleumdungskampagne begann und wahrheitswidrig behauptete, Celan habe von ihrem Mann, dem Dichter Yvan Goll, nicht nur einzelne Verse abgeschrieben, sondern die Ästhetik seiner Lyrik insgesamt kopiert. Die nachträglichen Manipulationen am Werk des Gatten gehören bis heute zu den schlimmsten und folgenreichsten Skandalen in der deutschsprachigen Literatur. Schumatsky zitiert den Rezensenten des Berliner *Tagespiegels* Günter Blöcker, der Ce-

lans Gedichtband „Sprachgitter“ mit den Worten verriss, man habe es mit „Spinnfäden aus Celans Sprachdrüsen“ zu tun: Der Dichter agiere, „im Leeren“, und das mag „an der Herkunft“ liegen“. Celan verzweifelte nicht nur, weil die alten Sprachmuster und Propagandabilder in der Nachkriegszeit noch verwendet wurden. Von einem wie Blöcker, der im Dritten Reich als „Dramaturg“ fürs Durchhaltekinno der UFA arbeitete, war nicht viel zu erwarten. Die mangelnde Unterstützung der früheren Schriftstellerfreunde aber brachte Celan im wahrsten Sinne des Wortes um den Verstand. Die Ereignisse in Paris, die Natalie in ihrem Tagebuch festgehalten hat und die sie ihrem Schützling Boris anvertraut, sind eng verbunden mit den anderen Zeitebenen des Romans, die bis an die jüngste Gegenwart heranreichen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, und das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel werden in schockierenden Detailszenen geschildert. Die Daten begreift Schumatsky als symbolhafte Wendepunkte in einer Weltgeschichte, die sich in blutigen Wiederholungen erschöpft. Alles hängt in diesen Passagen literarischer und digitaler Verdichtung mit allem zusammen. Die Hasstiraden unterschiedlicher Extremisten verfolgen dann auch den Erzähler, der sich erst durch den grassierenden Antisemitismus seiner jüdischen Identität bewusst wird. Zuweilen wirkt es, als hadere der

Autor damit, überhaupt weiterzuschreiben. Doch dann könnte er auch nach Russland fliegen, zur alten und kranken Mutter. In der alten Heimat drohen ihm Verhaftung und Verschleppung in ein Arbeitslager. Zu oft und zu deutlich hatte er von Deutschland aus gegen den Krieg Russlands Position bezogen. Wenn er doch flöge, hätte er immer ein tödliches Gift dabei. Dieser bewegende und stilistisch überzeugende Roman ist vermutlich in weiten Teilen autobiografisch grundiert; einiges wird den Briefwechseln der literarischen Berühmtheiten entlehnt sein, die im Anhang aufgelistet sind. Ob Natalie, die sich in einen russischen Agenten verguckt und ihm nach Moskau folgt, existiert hat, bleibt ein schönes Rätsel. Damit ist Schumatskys Prosawerk auch ein Buch über liebende Menschen, die in widrigen Zeiten die verrücktesten Dinge tun. Schließlich liest sich „Die Seine fließt ins Schwarze Meer“ als Hommage an die Dichtung Celans, die in Originalzitate eingestreut wird und dem vielschichtigen Text eine nahezu musikalische Note beifügt. Dessen Lyrik hat, allem Ressentiment zum Trotz, bis heute überlebt. Sie ist das Gegengift zur Sprache der Gewalt. Auch Schumatskys Roman wird in die Geschichte der deutschsprachigen Literatur eingehen, nicht zuletzt, weil er zu den ersten Werken gehört, die die gegenwärtigen Kriege und Kulturkämpfe mit der politischen und literarischen Vergangenheit verknüpfen. Kri-

tisch und selbstkritisch bleibt die Haltung des Erzählers, der sich nicht vereinnahmen lassen möchte. Das Leid auf der anderen Seite, das als medialer Dauerbeschuss auf ihn einwirkt, schockiert ihn nicht minder: „Ich schreibe Natalies Erinnerungen hier auf und denke dabei an Gaza. An die israelischen Raketen, Bomben und Artilleriegeschosse, die dort vielleicht in diesem Moment einschlagen. Die Einwohner werden zwar vor Angriffen manchmal gewarnt, ich sehe täglich viele solcher Warnungen bei Telegram.“ Der Roman, der als dröge Kopfgewalt hätte enden können, überzeugt auch dramaturgisch bis zuletzt: Der Sohn nimmt seine Mutter, die er nicht mehr wiedertreffen wird, in einer abschließenden Szene auf eine ganz besondere, nämlich virtuelle Reise mit. Das ist so anrührend wie poetisch gelöst, und es zeigt einen Schriftsteller, der sich von der Muttersprache emanzipierte, um in seiner Literatursprache brillieren zu können.



Die Ereignisse in Paris sind eng verbunden mit den anderen Zeitebenen des Romans Foto: imago



Boris Schumatsky: „Die Seine fließt ins Schwarze Meer“. Residenz Verlag, Salzburg 2026. 416 Seiten, 29 Euro

Anzeige

LE MONDE diplomatique

DIE AUGUSTAUSGABE

Wird Frankreich faschistisch? • Sterbende Gletscher unter der Mitternachtssonne • Crystal Meth in Mitteleuropa • Brief aus Minsk



Hier bestellen:
shop@taz.de
T (030) 25 90 2138

monde-diplomatique.de/zeitung



An jedem guten Kiosk

taz Verlags- und Vertriebs GmbH • Friedrichstraße 21 • 10969 Berlin

Wenn Don Gianni pfeift

Nach der Fußball-WM ist der Fifa-Boss in der Geschlossenen gelandet. Ein Insiderbericht aus einer Schweizer Klinik für infantinen Größenwahn

Von **Oliver Domzalski**

Von außen sieht das Mental-Sanatorium „Pro Bono Animis“ im schweizerischen Leukerbad, Kanton Wallis, so unscheinbar aus wie ein durchschnittliches helvetisches Fünf-Sterne-Haus: Hohe Maybach-Dichte auf dem Parkplatz, Angestellte in roten Livrees, vierschräge Leibwächter in Bataillonstärke und die Karte des Bistros ruft auch für „Kleine Speisen“ dreistellige Franken-Beträge auf. Nur die Nähe von Daubenhorn und Daubensee weisen den Sprachkundigen darauf hin, dass der Ort ganz spezielle VIPs beherbergt. „Taub“ und „doof“ haben bekanntlich denselben Ursprung.

Einem Whistleblower verdanken wir den Hinweis, dass sich aktuell auch ein führendes Mitglied der Fifa im „Pro Bono“ aufhält. Und wir haben uns den Fachkräftemangel des Hauses zunutze gemacht und als Hilfspfleger angeheuert. Dass Diskretion hier laut Homepage „gross“ geschrieben wird, hat sich zum Glück nicht bis in den Pausenraum des Personals herumgesprochen. „Der Don Gianni“, lacht der erfahrene Kollege Beat, „der ist ja öfter hier als draussen.“ Beat wie Beate, wohlgemerkt, nicht wie McCartney. Die Schweiz eben.

Also ist der König des Fußballs nicht zum ersten Mal hier? „Ach was! Wir sind hier schon so was wie das inoffizielle Fifa-Hauptquartier. Wobei wir seit 2018 intern nur noch Feefa schreiben.“ Beat freut sich sichtlich, als ich fragend schaue – er erzählt offenbar gern Dönekas. Ich erfahre, dass ein früherer Aufenthalt des Don im „Pro Bono“ mit dem wahnhaften Erfinden von Lizenzgebühren – englisch *Fees* – zusammenhing. „Wir hätten ihn damals am liebs-

ten zu den Kollegen in Saas-Fee verlegt“, grinst der bekennende Kalauerfreund. Jedenfalls wollte der Don, wie ihn hier alle halb spöttisch, halb ehrfürchtig nennen, damals Lizenzen für alles Mögliche einführen. Unter anderem sollte jeder zahlen, der ein Liedchen pfeift – Pfeiffe seien Fifa-Eigentum. Und auch das Überqueren von Bällen über die Torlinie sollte weltweit mit einem Fifa-Zoll belegt werden – egal ob per Fuß oder per Kopf. Nach diesem akuten Schub half wohl nur ein künstliches Koma.

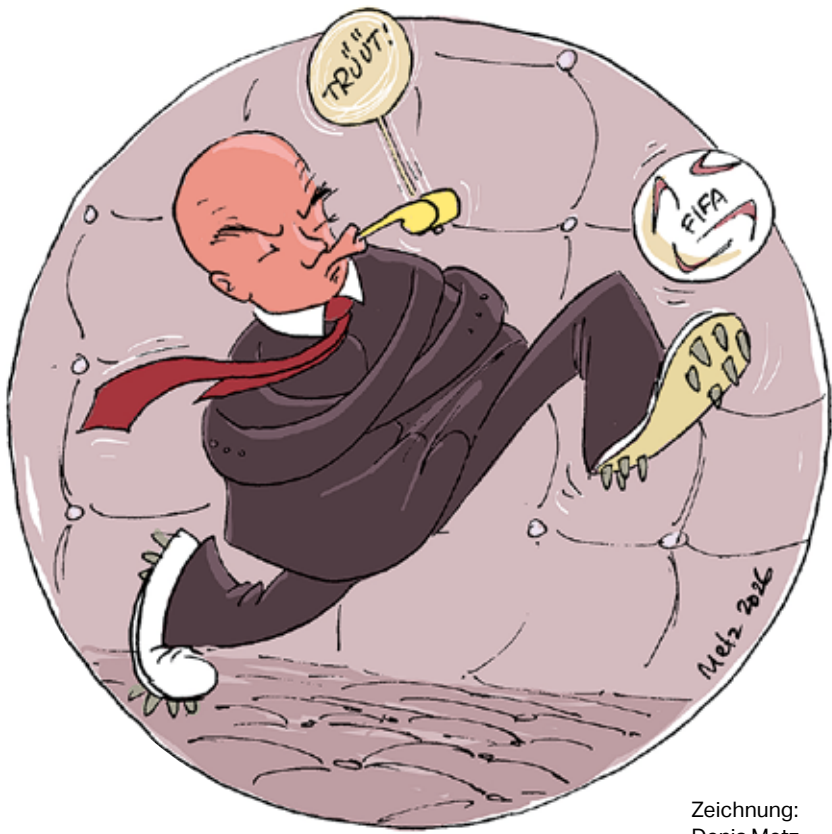
„Bei einer Idee wissen wir nicht mal, ob das Wahn oder Wirklichkeit war“, erinnert sich Beat. „Er sagte, 20 Prozent der Lizenzentnahmen gingen direkt

an die Familie Trump. Die würde ihm schließlich bei der Durchsetzung helfen. Jetzt prophezeit er übrigens, dass das Problem mit der Straße von Hormus letztlich mit Hilfe seiner Idee gelöst werde: Iran kassiert von jedem Tanker einen Zoll von 100 Millionen Dollar – und 20 Millionen gehen an die Sopran ... äh, Trumps.“ Beat zuckt die Achseln, während er kleine Kaviarhäufchen auf die Schalen mit dem Bircher muesli setzt. „Das werden wir alle an der Heizkostenabrechnung merken.“

Aber zurück zum Thema Nummer eins: Seit wann ist der Boss denn diesmal hier? „Warte. War das vor der Trump-WM? Da waren ja eh alle Doubles im Einsatz. Nee, er kam wohl erst kurz danach.“ Und kennt man den Auslöser? „Hmm. Das Verhöckern der Vermarktungsrechte an den WMs war es nicht. Da hielt ihn zumindest sein engerer Zirkel in der Fifa noch für zurechnungsfähig. Ich glaube, es war diesmal die Idee mit dem Finalsplitt.“ Welche Idee bitte? „Ach ja, das kam dann ja gar nicht mehr an die Öffentlichkeit ...“.

Nach Ansicht vieler Fachleute beginnt die eigentliche Fußball-WM erst mit dem Viertelfinale. Es gibt also sieben besonders kostbare Spiele. Damit möglichst viele Länder und Kontinentalverbände in den Genuss dieser Highlights kommen, wollte Don Gianni jeweils zur Halbzeit das Stadion wechseln lassen. Also zum Beispiel die erste Hälfte in Melbourne, die zweite Halbzeit in Montevideo spielen lassen. Er hat die Machbarkeit wohl durch 100 von der Fifa bezahlte Flüge persönlich getestet.

Dann kam er mit einer weiteren Lizenzidee. Diesmal war es die HBF. Die was? „Die ‚Hydration Break Fee‘. Wann immer jemand eine körperliche Akti-



Zeichnung: Denis Metz

„

„In der Straße von Hormus kassiert der Iran von jedem Tanker 100 Millionen Dollar, und 20 Millionen gehen an die Trumps.“

Beat,
Infantinos Pfleger

vität unterbricht und etwas trinkt, soll die Feefa mitkassieren. Ein Cent pro Schluck – aber das läppert sich natürlich. Soll übrigens nicht nur für Sportler und Bauarbeiter gelten, sondern auch für Haus- und Wildtiere.“

Da stellt sich die Frage aller Fragen: „Kriegen wir ihn auch mal zu sehen?“ Beat schaut zum ersten Mal ein wenig misstrauisch und schüttelt dann den Kopf. „Promigeil, oder? Solche hatten wir schon oft hier. Aber seit er im Freizeitraum auf die Leute am Tischkicker losgegangen ist und rote Karten verteilt hat, ist seine Suite mal wieder geschlossene Abteilung. Und außerdem ...“ – Beat senkt die Stimme und schaut sich verschwörerisch um – „... ist der DON gerade in wichtigen Verhandlungen. Weltfrieden!“

Das leichte Flackern in seinen Augen lässt erstmals zweifeln, ob Beat hier wirklich arbeitet. Aber es klingt schon überzeugend: Mit den neuen Fifa-Mit-

gliedern Baskenland, Salzburger Land und Sauerland arbeitet Don Gianni an einem globalen Friedensplan zur Beendigung aller Kriege – mithilfe der Fifa-Regeln: Die Abseitsregel verhindert Angriffe hinter der Front. Die Zehn-Sekunden-Regel sorgt für das schnellere Wiederaufstehen Verwundeter. Und auch Gefallene müssen in zehn Sekunden vom Schlachtfeld getragen werden, sonst muss der Nachschub eine Minute warten. Vor allem aber kann die VAR-Drohne jederzeit eingreifen und Angriffe unterbinden.

Ist der aufziehende Nebel aus den Bergen oder doch eher im Kopf? Oder ist das schon der Geist des Don selbst? Da ertönt über die Kliniklautsprecher ein gellender Pfiff. Die Magie des Moments ist wie weggeblasen. Beat steht seufzend auf und greift nach seinem Wasserglas. „Hydration Break. Jeder!“ Und er angelt genervt nach seinem Portemonnaie.

gurke der woche

Auf den gerade überall hängenden **Wahlplakaten** sticht der Slogan des BSW besonders hervor: „**Gefährlich ehrlich.**“ Damit will die Wagenknecht-Truppe „das politische Establishment herausfordern, etablierte Strukturen angreifen und Tabuthemen ansprechen“. **Der übliche Politsumms.** Aber woran erinnert der Spruch? An die Werbung des Möbelhändlers Porta: „**Gefährlich günstig.**“ Das würde auch auf den BSW passen. Die Zarenknechte sind günstige Türöffner für Putin. **Gefährlich gefährlich.**

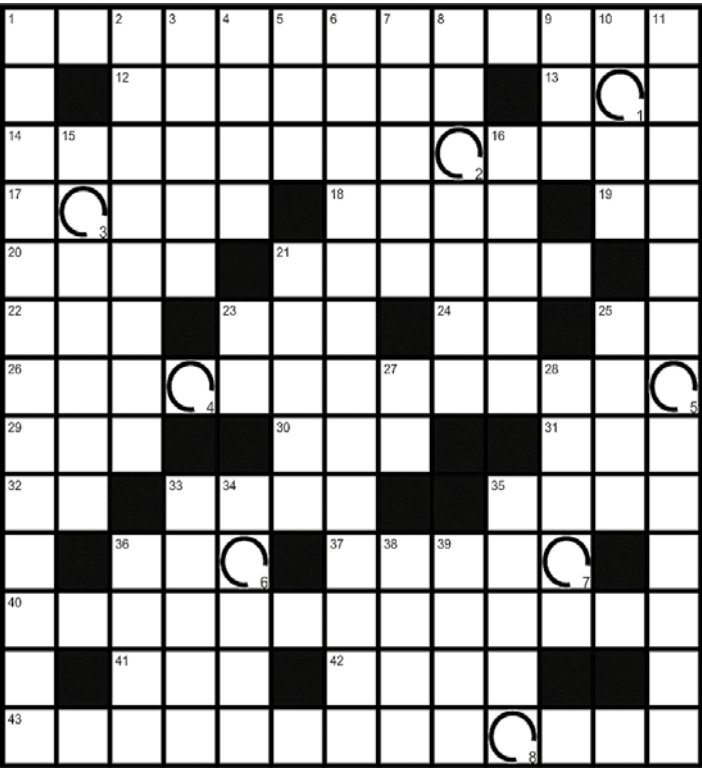


das wetter

Karrierehoch

Kaum vergessen, war sich die einst große Diseuse Doreen Dogan nicht zu schade, eine zweite Karriere als Friseur zu starten. Doch erst einmal musste sie warten, bis die Friseurin wieder modern war und nicht als abwertend empfunden wurde. Ein Pfund hatte sie derweil, ihre Pfunde, denn so rund wie Doreen Dogan war nie eine Chanteuse gewesen. Nicht bei dem Getöse. Das genaue Gewicht kannte nur ihre Masseuse, die bereits so lange

an ihr herumknetete, dass sie inzwischen Masseurin geworden war. Und als Friseurin ging Doreen Dogan schließlich ganz auf in ihrem neuen Beruf. Bis sie eines Tages platzte an ihrem Platz zum Schwatzen. Ihre Stimmbänder glühten noch, ihre Bonmots sprühten ein letztes Mal, mit oder ohne Fasson, voller Glitter und mit dem Klang der Zither, die ihrem zweiten Karrierehoch den musikalischen Hintergrund bot. Bitter wie ein Splitter.



Wahres Rätsel 726 von RU

Die Ziffern hinter den Fragen zeigen die Buchstabenanzahl.

- Er schließt das hölzerne Rauchutensil ab (13); (Sie kümmern sich auf dem Hof um die Reittiere (13)
- Die perfekte Glätte der Fläche (8)
- Menschliches Danebenliegen, zunehmend von Lügner eingesetzt (5)
- Sie hilft beim Trennen von Spreu und Weizen (4)
- Ob Adam auch mal so zu ihr sprach? (3)
- Sehr martialisches Tun im Umgang mit unterlegenen Feinden, in *Zementliedern* besungen (13)
- Ausschmückung und Zierde (5)
- Landabtrag (7)
- Bei E-Autos muss er nichts mehr säubern (Abk.) (3)
- Als Gurkenkeim verdächtigter Seuchenerd (Abk.) (4)
- Vagabund bringt Farbe ins Gelände (13)
- Dem Försterbericht wird ein B zur Lektüre vorgesetzt (7)
- So ist das also (3)

- Gas plus Öl plus Strom in Geld (13)
- Das dickste Teil im Atom (7)
- Brasilens rasend-tragische Legende (5)
- Passat zu Zellweger wie Bridget zu Jones (5)
- Ideal für Pillen und Schnupftabak (4)
- Tönt als Zwanzigfaches der nächsten Frage (2)
- Aspiriert und platt betrunken ist so schon mancher hingesunken (4)
- Dem Fisch fehlt noch was zur Heirat (6); Rudi Völlers erstes urbanes Spielfeld (5)
- Sommer in Paris (3)
- Weißhandgibbon (3); Artikel in Paris (2)
- Off off (2)
- Ruhe bitte! (2); Stillgewässer (4)
- Er soll zugespitzte Lagen meistern (13)
- Ton nach Kartenart (Abk.) (2)
- Er führte ein Schneekentagebuch (5)
- Zeit fürs teuflische Fliegenmahl (3)
- Römerzaster (3)

- Umdrehen! (3)
- In in Frankreich (2)
- Sehr dringend (4); Der antike Lafontaine (5)
- Meistermacher von Liverpool soll nun Nagelsmanns lahrende Hinterlassenschaft auf Vordermann bringen (5)
- Frau Radscha (4); Der Rest der Burg (5)
- Schmiert und schmeckt am Salat (3); Da gibt's kein Oder – sie will dahin (4)
- Buckelrinder (5)
- ηηηηη (4)
- Babyspeise, die zur Hälfte meist auf dem Lätzchen landet (4)
- Die Höhenmessung betreffend, vermutlich von Ihnen noch niemals ausgesprochen – ganz wie bei mir (13)
- Passt vor Art und Musik (3)
- Schwedens Bezirk (4)
- Bei der Tour Held für einen Tag (13) Umlaute sind nicht zugelassen. Die Buchstaben in den eingekreisten Zahlenfeldern ergeben in geänderter Reihenfolge: **Tierischer Lauscher im Buchgewerbe (8)**

Auflösung vom 8. 8. 2026: **SERENADE**
1 MORGENSTREICH, MORDSGESCHREI; 2 OTI; 3 RHABARBER; 4 GOLAN; 5 NIE; 6 SCHWARZARBEIT; 7 THEA; 8 EIERSCHEID; 9 ILM; 10 HAUSVERWALTER; 11 OTHO; 12 ICH; 13 IL; 14 RIAL; 15 EHEDEM; 16 DHAUEN; 17 BAR; 18 WAHR; 19 OS; 20 STAN; 21 TARTU; 22 RA, REN; 23 ASU; 24 UHL; 25 GAR; 26 VERSUCH, VEIEL; 27 SANE; 28 ERBSENZAHLER; 29 SPIEL; 30 STEPI; 31 ANNA; 32 CURIE; 33 RE; 34 LIMA; 35 IGGIT; 36 MASSE; 37 EL; 38 LEGAL, LISE; 39 REEL; 40 ENG; 41 LENINIST, LAS; 42 MAI, ML; 43 TSE; 44 INGOLSTAEDTER
Gewinner: Jana & Frank Seidel, Bonn; Stefan Giese-Rehm, Dessau-Roßlau; Janes Grewer, Nordhorn
Zu gewinnen gibt es je ein Buch eines taz-Autors oder einer taz-Autorin. Schicken Sie das Lösungswort bitte bis zum Einsendeschluss am 19. 8. 2026 (Datum des Poststempels) per Postkarte an: taz, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, oder per E-Mail an: raetsel@taz.de. Der Rechtsweg ist wie immer und für alle Ewigkeit ausgeschlossen.



Foto: Harald Krieg

Landjugend: Das ist also Gommern. Ein Städtchen im Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt. Als Sehenswürdigkeit findet sich hier eine Wasserburg, drumherum hat es vor allem Äcker, regelmäßig gibt es den Flohmarkt und demnächst im August wieder mal den „Rock am Rathaus“. Und eben diese Beschaulichkeit. Manche würden vielleicht sagen, dass da nicht wirklich was los ist in diesem Städtchen. Der Sportverein, natürlich. Und einen Jugendklub gibt

es auch in Gommern. Und Jugendliche, die sich politisch überhaupt nicht einig sind, so wie das in ganz Sachsen-Anhalt ist, wo unter Jugendlichen neben der Linkspartei vor allem die AfD sehr hoch im Kurs steht. Das wissen die Streetworker*innen, die auf dem Land unterwegs sind, in Gommern oder in Merseburg, durchaus, sie kennen die Jugendlichen ja. Und setzen in ihrer Arbeit auch aufs Zuhören. **46–47**

Alle Karten: OSM contributors

momentaufnahmen

Wenn nicht nur das Publikum seinen Spaß hat

Den ganzen Nachmittag regnet es in Strömen, aber das trübt die Stimmung beim Blue Moon Festival in Cottbus nicht. Der brachiale Sound, der hier im ehemaligen Strombad am Spreeufer gespielt wird – Stoner, Doom und psychedelischer Rock –, klingt eh nicht nach Sonnenschein. Und so schwingen Hunderte unverdrossen ihre nasen Köpfe im langsamen Takt der Musik.

Die Fete nimmt weiter an Fahrt auf, als der Himmel abends Erbarmen zeigt. Die unzähligen Fassbiere, die bis dahin über den Tresen gegangen sind, haben sicherlich auch Anteil an dieser Formkurve. Bei der finnischen Band Skyjoggers bricht sich die Energie dann als Mosh-pit Bahn. Die beiden Frontleute an Bass und Gitarre geben alles, um das Geschubse anzufeuern. Ein Bierschwall landet auf Rücken und Turnbeutel des Vordermanns. Egal.

Später, am Tischkicker, stößt ein neuer Mitspieler dazu. Den einen ist er unbekannt, andere sind begeistert. „Mann, ihr habt so abgerissen vorhin!“ Da müssen die Ahnungslosen doch mal fragen, wer er denn sei. Ach so, krass, bei Skyjoggers? Wir haben dich gar nicht gesehen! „Ich bin der Schlagzeuger“, sagt er, sicher nicht zum ersten Mal. *Hanno Fleckenstein*



Cottbus
95.100 Einwohner*innen. Musikalisch hat sich die Stadt in der Niederlausitz auch mit der Band Sandow, die sich hier 1982 im gleichnamigen Ortsteil gegründet hat, in die Popgeschichte eingeschrieben. Ihr Hit: „Born in the G.D.R.“ mit der schönen Textzeile „Wir können bis an unsere Grenzen geh'n“.

Wenn in Gemeinschaft gestaunt wird

Sie hätte so schön sein können, diese Sonnenfinsternis. Gemeinschaftliches Staunen, allerorten. Zumindest träumten die Medien des Landes davon, die gesellschaftliche Zerrissenheit kurz zu vergessen, während sich der Mond sachte vor die Sonne schiebt. Das Naturspektakel lädt zumindest dazu ein.

Mit vorsichtigen Schritten stapft gerade eine junge Mutter auf dem Teufelsberg durch die wenigen Flecke, die nicht besetzt sind. Platz macht ihr niemand, im Stimmengewusel ist ihr „Tschuldigung?“ nicht zu hören. Längst ist der Berg im Grunewald zum Ameisenhügel mutiert. „Man bräuchte eigentlich ‚nen Countdown, damit die Leute still sind und wir den Moment genießen können“, sagt ein junger Mann, der Sonne den Rücken zeigend.

20.08 Uhr, die Sonnenfinsternis erreicht ihr Maximum. Hunderte Hände applaudieren den Planeten für das, was sie immer tun. Schon schiebt sich der Mann die „Sofi“-Brille wieder von den Augen. „So, schnell zum Auto, sonst kommen wir nie vom Parkplatz.“ Spätestens um 20.11 Uhr ist klar: Die Besucher*innen des Teufelsbergs lehnen die Einladung zum Innehalten wieder einmal ab. *Laura Mies*



Berlin-Grunewald
11.100 Einwohner*innen. Der nach dem gleichnamigen Forst benannte Ortsteil zählt zu den wohlhabendsten Gebieten Berlins. Hier kann man Villen gucken. Oder vom 120 Meter hohen Teufelsberg – einen Trümmerberg voll mit Weltkriegsschutt – runter auf die Stadt.

Wenn man einen Blick hinter die Kulissen wagt

Die Jugendherberge liegt idyllisch in den Dünen von Norderney. Zwischen Gräsern und Kaninchen führt ein kurzer Weg direkt bis an den Strand. Weil es gerade aber regnet, wird der Speisesaal zum geteilten Wohnzimmer. Familien sitzen gemütlich um Brettspiele, andere haben sich mit Buch und Heißgetränk in ruhigere Ecken verzogen.

Plötzlich scheppert's: Ein kleiner Junge krabbelte unter einer Stellwand hervor und wirft eine Tasse um. Als ich noch beim Aufwischen helfe, ist er schon wieder verschwunden. Wenig später biegt ein Mann im Trainingsanzug die Stellwände an der gleichen Stelle auseinander und quetscht sich in die kaum einen Quadratmeter große Fläche dahinter. Als sich junges Mädchen kurz darauf ebenfalls an der Wand zu schaffen macht, wird sie von ihren Eltern zurückgepfiffen: „Mia, das muss doch jetzt echt nicht schon wieder sein!“ Grummelnd geht sie zurück zu Keksen und Kartenspiel.

Jetzt will ich es auch wissen. Betont beiläufig schlendere ich zur geheimnisvollen Wand und schiele durch den Spalt. Dahinter liegt in einem Knäuel aus Kabeln das, was hier bis eben noch so angenehm abwesend war: fünf blinkende Handys, ein Tablet und eine Nintendo Switch an einer riesigen Mehrfachsteckdose. *Jan-Paul Koopmann*



Norderney
6.180 Einwohner*innen und rund 2.000 weitere, die einen Zweitwohnsitz auf der ostfriesischen Insel angemeldet haben. Neben unzähligen Touris kommen dazu noch geschätzte 30.000 Wildkaninchen.

Eine Billardkugel kullert so laut über den Fußboden, dass ihr Klackern sogar den Lärm der sich unterhaltenden Teenager übertönt. Aber keiner der etwa zehn Jugendlichen dreht sich um. Sie haben sich längst daran gewöhnt, dass der Billardtisch keine Taschen mehr unter den Löchern hat und die Kugeln nach jedem Treffer auf dem Boden landen. Ronja Muth steht nebenan in der Küche des Jugendklubs in Gommern und sortiert die Zutaten für Spaghetti mit Tomatensoße, während sie Aufgaben an mehrere Kids delegiert. Mit ihrer streng-fürsorglichen Art hat sich die 37-Jährige bei ihren Schützlingen den Spitznamen „Mutter Ronja“ eingehandelt. Eigentlich ist sie Streetworkerin, doch bei über 30 Grad trifft sie keine Jugendlichen auf der Straße. Die Sonne hat sie von ihren üblichen Plätzen vertrieben, viele bevorzugen den schattigen Jugendklub der Kleinstadt in Sachsen-Anhalt.

Was sich aber auch im Haus nicht ändert: Die Sozialarbeitsform Streetwork geht aktiv auf ihre Zielgruppe zu, in diesem Fall Jugendliche von 14 bis 27 Jahren. Im Gegensatz etwa zur Schulsozialarbeit gehen die Mitarbeitenden an jene Orte, an denen sich ihre Zielgruppe selbstbestimmt aufhält: ob Parks, Bushaltestellen oder Fußballplätze.

Das Ziel der Streetworker:innen ist es, all jene Jugendlichen zu erreichen, welche andere Hilfsangebote nicht abholen – und das möglichst niedrigschwellig. Hilfe bei schweren Problemlagen wie Drogensucht, Armut oder Integration gehört genauso zum Angebot der Streetworker:innen wie die Unterstützung im Alltag, bei Wohnungssuche, Schulproblemen oder manchmal auch Liebeskummer.

Die Angebote gelten unabhängig von sozialer Schicht oder politischer Gesinnung. „Ich treffe Kinder, die im Durchgangszimmer schlafen müssen, und welche, die im Ralph-Lauren-Polohemd herkommen“, erzählt Muth. „Solange die Jugendlichen sich benehmen, schicke ich niemanden weg. Da wäre ich ja wieder jemand, der sie ausschließt, weil sie nicht funktionieren.“ Es geht vor allem darum, zuzuhören und Fragen zu stellen.

Gelegentlich trifft dieser Anspruch in der Realität auf Grenzen: Die Streetworkerin musste etwa schon durchgreifen, um zu verhindern, dass rechte Jugendgruppen den Jugendtreff übernehmen.

Politik ist zurzeit ein zentrales Thema: In Sachsen-Anhalt steht im September die Landtagswahl an. Gerade die Linke und die AfD können junge Wählergruppen für sich gewinnen. Bei der letzten Bundestagswahl wählte die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen in Sachsen-Anhalt hauptsächlich AfD (38,8 Prozent), zweitstärkste Kraft wurde die Linke (27 Prozent). SPD, CDU, Grüne und FDP kamen zusammenge-rechnet auf knapp 20 Prozent.

Rechte und Linke. Und die Unpolitischen

Auch bei Muths Schützlingen spielt Politik eine große Rolle. Vier der Teenager erzählen von ihrem Alltag: „Bei uns in der Schule gibt es eigentlich nur drei Gruppen: Rechte, Linke und die Unpolitischen“, sagt ein energischer Junge mit blonden Haaren. Er selbst sei ja links und würde gern eine Diversity-Woche an seiner Schule einführen, und ja, politische Inhalte sieht er häufig auf TikTok.

Seine Nachbarin ist schweigsamer. Bis vor drei Wochen sei sie noch rechts gewesen, aber dann habe sie gemerkt, dass sie dadurch Freunde verliert. Dann sei sie in das Lager der Unpolitischen gewechselt. Doch dem Algorithmus zu entkommen, ist nicht leicht. Noch immer werden ihr rechte Influencer:innen in den Tiktak-Feed gespült.

Gordon Bothur ist ebenfalls Streetworker, im rund 30 Autominuten entfernten Burg. Mit seinen gelockten blonden Haaren, breitem Grinsen und nackten Füßen macht er einen sehr offenen Eindruck. „Mir ist egal, ob einer der Teenager links oder rechts ist“, erzählt er: „Mir geht es um das Bedürfnis dahinter.“ Das heiße nicht, dass er ex-

Viel Platz für Frust

Unter Jugendlichen in Sachsen-Anhalt steht neben der Linkspartei auch die AfD hoch im Kurs. Im Umgang mit extremistischen Positionen setzen viele Sozialarbeiter:innen erst mal aufs Zuhören

Aus Gommern, Burg und Merseburg **Albrecht Kaiser** (Text) und **Harald Krieg** (Fotos)



Die Jugendlichen nennen sie auch „Mutter Ronja“: Streetworkerin Ronja Muth

„Solange die Jugendlichen sich benehmen, schicke ich niemanden weg“ Ronja Muth, Streetworkerin in Gommern

treme Gesinnungen unterstütze, doch direktes Gegenargumentieren würde wenig dazu beitragen, die Jugendlichen zu erreichen. Effektiver sei es, den Menschen, seine Wünsche und seine Ängste erst einmal kennenzulernen, um später gegebenenfalls radikales Gedankengut zu hinterfragen. Momentan wünscht sich die Jugend in Burg vor allem eins: Orte, an denen sie sich unkompliziert aufhalten kann.

Neben Bothur spielen mehrere Jugendliche über ein von ihm gespanntes Netz Volleyball. Bei einer Pause erzählt ein vom Sport verschwitzter Jugendlicher, dass egal wo er mit seinen Freunden chillt, sie immer irgendwie stören würden, ob in Parks oder auf Marktplätzen.

Fußballplätze sind ein Thema, oder das Freibad. Dort könnten sie sich zwar aufhalten, aber eben nur im Rahmen der Öffnungszeiten. Es ist nicht so, dass es gar keine Plätze gäbe: Die Jugendlichen hatten zum Beispiel mal einen guten Fußballplatz, aber weil die Bälle so laut gegen den Zaun knallten, ließen die Anwohnenden die Umzäunung entfernen. Jetzt ist es für die Anwesenden ruhiger, aber der Ball landet regelmäßig in den Dornenbüschen, die das Spielfeld umgeben. Im Park könnten sie keine Tore aufstellen, das würde die Parkverordnung verhindern.

Wenig hier, womit man sich identifizieren kann

Der Fußball treibt die Jugendlichen um, andere haben noch eine grundsätzlichere Perspektive: „Die Kinder haben hier kaum etwas, mit dem sie sich identifizieren können“, sagt etwa Merseburgs Oberbürgermeister Sebastian Müller-Bahr, „viele Lebensgeschichten sind geprägt von dem Frust, nicht gesehen zu werden.“ In der 35.000-Seelen-Stadt südlich von Halle (Saale) und westlich von Leipzig engagierte sich der gelernte Kaufmann viele Jahre als Jugendseelsorger.

„Genau bei diesem Frust setzt die AfD an. Sie bietet einfache Identifikationsmodelle.“ Dafür reicht ein Blick ins Wahlprogramm des rechtsextremen Landesverbands der Partei: „Der Osten ist kein schlechteres, er ist das bessere Deutschland.“

Auch sozial setzt die AfD auf einfache Lösungen: „Funktionierende Familien machen Schulsozialarbeiter überflüssig.“ Eine utopische Vorstellung, meint Müller-Bahr. Was definiere eine funktionierende Familie eigentlich? Abgesehen davon lassen sich Familienkonstrukte kaum politisch beeinflussen. Genau deshalb bräuchte es die Sozialarbeit: „Unsere aktuelle Gesellschaft ist das Resultat fehlender Jugendarbeit. In der Sozialarbeit wollen wir den jungen Menschen Perspektiven und Halt geben.“ Das funktioniere jedoch nur, wenn genau diese jungen Menschen ernst genommen würden und ihnen zugehört würde.

Viele Politiker:innen würden sich genau damit schwertun. Müller-Bahr berichtet von dem Besuch eines Politikers, der sich die Sorgen und Nöte der jungen Generation anhören wollte. „Nachdem er 45 Minuten selbst geredet hat, musste ich ihn unterbrechen, damit die Jugendlichen auch Zeit zum Reden bekommen.“

Ein weiteres Problem ist die Finanzierung, denn an Jugendsozialarbeit wird häufig gespart. Bothur und Muth gehen fast immer allein raus, es gibt keine zweite Stelle. Laut dem Sicherheitskonzept für Streetworker:innen sollten sie eigentlich immer zu zweit unterwegs sein. „Was wir machen, gefällt nicht allen. Wenn man abends unbekannte Gruppen anspricht, ist das nicht ungefährlich. Ganz abgesehen davon: Wenn Jugendliche mich aus irgendeinem Grund nicht mögen, habe ich direkt verloren“, erzählt Bothur. Überstunden, Druck und die unregelmäßigen Arbeitszeiten würden seine Arbeit zusätzlich erschweren. Er wird bald Vater. Sollten sich die Arbeitsbedingungen nicht ändern, wird er seinen Job wechseln. Das bereitet ihm sichtlich Unwohlsein – Bothur kann sich vorstellen, wie das Leben der Kids ohne ihn und ohne Streetworker aussehen würde. Ob die Stelle schnell nachbesetzt werden könnte, ist fraglich. Bothur und Muth haben jeweils ein Bud-

get von 1.500 Euro pro Jahr, im Juni war dies schon fast vollständig aufgebraucht. „Ich muss mir immer genau überlegen, was ich mit dem Geld mache: Erneuere ich den über 20 Jahre alten Backofen, der kaum über 150 Grad schafft, oder kaufe ich für mehrere gemeinsame Abendbrote ein?“, sagt Muth resigniert.

In dem ländlich geprägten Jerichower Land sind die beiden auf ihre Autos angewiesen, zum Beispiel, um Jugendliche bei Amtsbesuchen zu begleiten. Sprit könnten sie nicht abrechnen. Beide wünschten sich, dass es bei ihnen so wie in Merseburg laufen würde.

Dort gibt es zwei Vollzeitstellen für Streetworker:innen, es gibt ein eigenes Dienstfahrzeug und ein gut ausgestattetes Kontaktcafé inklusive Küche und Dusche, in dem die Streetworker:innen in Ruhe mit Jugendlichen sprechen oder gemeinsame Veranstaltungen planen können. Das sei auch Müller-Bahrs Einsatz für die Streetworker:innen zu verdanken.

Beim Betreten des Kontaktcafés könnte ein Besuchender den Eindruck eines US-amerikanischen Start-up-Büros bekommen: zwei Arbeitsplätze mit großen Bildschirmen, eine Dartscheibe und ein Boxsack in der Ecke. Doch die automatisierte Ansage einer deutschen Service-Hotline zerstört den Eindruck. Zwei Gestalten beugen sich über ein Handy, welches im Lautsprechermodus den Unwillen einer großen Wohnungsgesellschaft preisgibt, Mensch-zu-Mensch-Kommunikation ohne große Barrieren zuzulassen. Die Jugendliche braucht eine Wohnungsgeberbescheinigung. Maximilian Wozny hilft ihr. Nach einer Flut an automatisierten Ansagen finden die beiden die Möglichkeit, einen menschlichen Rückruf zu buchen.

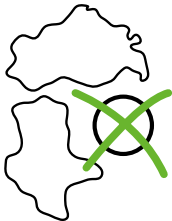
Max, wie ihn alle Kids nennen, wirkt ausgesprochen lässig und vermittelt die Gewissheit, dass mit seiner Hilfe kein Problem unlösbar ist. Nach einigen Minuten erfolgt der Rückruf, in wenigen Sekunden ist die Bescheinigung per E-Mail da, nicht der erste Erfolg des Streetworkers bei der Jugendlichen.

„Nur wegen Max habe ich überhaupt die Wohnung“, erzählt die Jugendliche. Viele Vermieter:innen würden Wohnungssuchende, die durch das Amt finanziert werden, benachteiligen, erzählt Wozny. Der Wohnungsmarkt in Merseburg ist umkämpft. Als die zwei endlich eine Wohnung für sie fanden, war die Miete 50 Cent teurer, als die Richtlinie des Amts vorsah. Pech, da sei nichts zu machen. Nach Verhandlungen mit der Vermietungsfirma ging diese mit der Miete runter.

Max dreht seine Runde durch Merseburg, das Thermometer zeigt 36 Grad. Die historische Stadt hat eine Universität mit circa 3.000 Student:innen. Max hat hier ebenfalls studiert. Doch seit Corona hat sich etwas verändert: Die meisten Studis würden aus Halle (Saale) und Leipzig pendeln, es gebe faktisch kein studentisches Leben mehr in Merseburg. Er läuft durch die ausschweifenden Parkanlagen Merseburgs, der Skatepark ist verlassen. Max zeigt auf eine Halbpfeife: „Die Stadt wollte Geld für junge Menschen investieren und hat die Halbpfeife gekauft. Doch die Jugendlichen haben mir erklärt, warum die dort gar keinen Sinn für Skater ergibt. Das hätte verhindert werden können, hätte die Stadt sie einfach gefragt, was sie für sinnvoll halten.“

Auf einem Marktplatz trifft Max auf einen jungen Mann Anfang 20. Der erzählt von Migranten, die vom Staat Geld zugeschoben bekämen, es müsse mehr abgeschoben werden. Statt das Gespräch an der Stelle zu beenden, fragt Max nach. Der junge Mann erzählt von seinen Freunden, von denen die meisten woanders hingegangen sind. Von seiner Arbeit in der Landwirtschaft, für die er täglich früh aufsteht und sich trotzdem immer weniger leisten kann. Von seinem Vater, der das Haus der Familie verkauft hat, um am Aktienmarkt zu spekulieren, und alles verlor. Und von dem Gefühl, dass er an manchen Orten nicht mehr erwünscht sei, weil er das Falsche sagt oder denkt. Am Ende geben sie sich die Hand und der junge Mann bedankt sich: „Mit vielen Leuten kann man heutzutage ja gar nicht mehr reden. Die meisten hören nicht zu.“

Platz ist ja da:
die Freifläche
vor dem
Jugendklub
Gommern



Wetten, die Demokratie gewinnt?
Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

Jugendarbeit mit Nazis

Seit Jahrzehnten wird darüber gestritten, wie Soziale Arbeit mit Rechtsextremismus umzugehen habe

Von **Jan-Paul Koopmann**

Wenn junge Menschen zu Nazis werden, ist die Frage ja erst mal naheliegend, was da schiefgelaufen ist – und wo man eventuell helfen könnte. Und wenn man dann zu dem Ergebnis kommt, dass gar nicht so wenige der frisch Radikalisierten aus zerrütteten Verhältnissen stammen und tatsächlich handfeste Probleme haben, dann ist das auch nicht falsch. Umgekehrt kann man sagen: Wer in der Jugendhilfe arbeitet, wird es früher oder später mit Nazis zu tun bekommen. Über die Frage allerdings, was dann passiert, lässt sich lange streiten. Und das tut man auch – in Deutschland seit bald 40 Jahren.

Denn auch wenn die Frage, ob man „mit Rechten reden“ solle und ihre „Sorgen ernst nehmen“, auch in jüngerer Zeit immer mal wieder durch linke Debatten geisterte, ist sie alles andere als neu. In den heute so genannten Baseballschlägerjahren der frühen 1990er-Jahre hat vor allem der Ansatz

„akzeptierender Jugendarbeit“ nicht nur pädagogische Fachkreise und die große Politik beschäftigt, sondern ganz konkret auch die Antifa.

Was los war: Bereits Ende der 1980er begann der Bremer Erziehungswissenschaftler Franz Josef Krafeld mit studentischen Mitarbeiter:innen, Skinheads aufzusuchen und ein Konzept pädagogischer Arbeit zu entwickeln. Dabei stand nicht die argumentative Überzeugungsarbeit im Mittelpunkt, sondern soziale Ursachenforschung, die die Erfahrungswelt der Jugendlichen ernst nahm. Vorbild und theoretischer Ausgangspunkt war die damals bereits etablierte akzeptierende Arbeit mit Suchtkranken.

Die politische Dringlichkeit der pädagogischen Fachfrage über marginalisierte Cliquen wurde wenig später unübersehbar: Nach den international mit Schrecken wahrgenommenen Ausschreitungen Ende September 1991 im sächsischen Hoyerswerda rief die damalige Jugendministerin Angela Merkel (CDU) das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) ins Le-

ben, unter dem bald 124 Projekte mit rechten Jugendlichen geführt wurden: von aufsuchender Arbeit an Szenetreffpunkten über regelmäßige Sportangebote, Fan-Arbeit beim Fußball, betreute Wohngruppen und so weiter.

Die Bewertungen des AgAG gehen auch heute noch auseinander, aber einige Probleme liegen doch auf der Hand: Weniger als die Hälfte der Mitarbeitenden war pädagogisch ausgebildet, die Übertragung der westdeutschen Forschung auf die Neuen Bundesländer war methodisch unsauber, die rabiate und ersatzlose Abwicklung der DDR-Jugendarbeit hatte ein Trümmerfeld hinterlassen. Zudem fand kaum Eingang ins Konzept, dass rech-

tes Gedankengut vor allem von Erwachsenen verbreitet wurde. Auch Franz Josef Krafeld bezeichnete das AgAG in der taz später als konzeptlos, schnell und billig aus dem Boden gestampft.

Ein ganz anderes Problem mit der Akzeptanz hatten Antifa-Gruppen, übrigens auch im Westen. In der damals bundesweit breit rezipierten Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut ...“ belegten norddeutsche Antifagruppen, dass organisierte Nazikader mit pädagogischen Zuwendungen durchaus etwas anzufangen wissen: Vom kleinen Tostedt bei Hamburg bis nach Düsseldorf zeigten die Antifaschist:innen, wie Neonazis die Strukturen akzeptierender Projekte für ihre eigene Mobilisierung nutzten. Unter der oft hilflosen Beobachtung überfordelter Sozialarbeiter entstanden Treffpunkte und teils bis heute wirksame Netzwerke.

Die Debatte zog weite Kreise. „Glatzenpflege auf Staatskosten“ titelte etwa *Die Zeit*, aber auch unter Sozialarbeiter:innen gab es heftige Auseinandersetzungen über Sinn und Zweck der Sache.

Wie gesagt: Aufgearbeitet ist die Debatte nicht, Folgen hatte sie dennoch. Als das Aktionsprogramm 1997 ausgelaufen war, rückten immer mehr Projekte nach, die den Fokus von den abgehängten Nazis auf die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft verschoben.

Weitere zehn Jahre später machte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus den Ansatz stark, zwischen organisierten Nazis und ihren Zielgruppen zu differenzieren. Das Projekt ist heute mit mehr als 200 Berater:innen in ganz Deutschland aktiv.

Ein Aktionsprogramm gegen die rechte Radikalisierung von Jugendlichen wie in den 1990er-Jahren ist derweil nicht in Sicht, und was aus der damaligen Auseinandersetzung gelernt wurde, steht erneut wieder zur Debatte: Der von Bundessozialministerin Karin Prien (CDU) angekündigte Umbau des Förderprogramms „Demokratie leben!“ setzt mit Kürzungen und Streichungen gerade bei den etabliertesten Akteuren an, darunter auch der Mobilen Beratungsstelle.



Jan-Paul Koopmann
Speckgürtelpunks

Ohne Verabredungen passiert gar nichts

Dass es nicht einfach sein würde, soziale Kontakte zu halten, wusste ich vorher. Vielleicht war das sogar die größte Hürde beim Umzug aufs Land, denn den Rest kannte ich schon aus meiner Kindheit: die abends hochgeklappten Bürgersteige, die soziale Kontrolle, das überschaubare Kulturprogramm und so weiter. Ich hatte keine Sorge, mich nicht wieder daran zu gewöhnen.

Was mich hingegen schon beunruhigte: mich ab jetzt für jedes Treffen verabreden zu müssen. Weil man hier draußen bei plötzlicher Langeweile nicht einfach ins Viertel schlendert, wo schon irgendwer zwischen Konzert, Kneipe und Theater unterwegs sein wird.

Im Kern hat sich das dann auch bewahrheitet. Die Spontaneität ist quasi restlos getilgt aus meinem Sozialleben. Dass dieser Zustand in der Praxis dann aber gar nicht so schlimm ist, liegt an all den Menschen, die sich viel Mühe mit mir geben: der Bremer Freund, der sich schon Tage vorher auf einen Kaffeespaziergang in Bahnhofsnähe festnageln lässt. Der andere aus der Gegenrichtung, der auch für einen kurzen Kartenspielabend ins Auto steigt. Und auch

Die Spontaneität ist quasi restlos getilgt aus meinem Sozialleben

alle, die mich in Hamburg oder Berlin zuverlässig aushalten, halten mein Sozialleben auf angenehm hohem Niveau.

Dafür bin ich dankbar und ich weiß auch, dass es vielen hier draußen schlechter geht. Und inzwischen habe auch ich Phasen erlebt, in denen es nicht so rund läuft – in denen man über Wochen nicht rauskommt, und in denen es hier einsam werden kann. Und wenn die Kraft fehlt, um Ausflüge zu planen oder Einladungen auszusprechen, dann passiert eben auch gar nichts.

Ich hatte nie viel übrig für Leute, die ihrer Schulzeit nachtrauern. Damals hatte ich viele ältere Freund:innen und ich kann mich noch gut erinnern, wie sie mich erst im Dreckscaff allein zurückließen, um mir nach einem Vierteljahr Studium oder Zivildienst Vorträge darüber zu halten, dass ich mir die Scheiße auch bald zurücksehnen würde.

Ich habe es nicht getan und werde wohl auch nicht mehr damit anfangen. Was ich mir aber tatsächlich manchmal wünsche, wäre ein offener Raum, in dem man alte wie neue Bekannte trifft, der durchlässig genug für Unerwartetes ist, aber auch verlässlich genug, um das zu pflegen, was schon da ist.

Wahrscheinlich habe ich die falschen Hobbys für so was und verhalte mich in politischen Zusammenhängen zu unberechenbar. Ich bin auch – glaube ich – überdurchschnittlich stark vom Verfall gesellschaftlicher Konventionen betroffen. Womit ich meine: Meine Freund:innen heiraten entschieden zu wenig und feiern ihre Geburtstage zu selten.

Am Anfang des Sommers, als plötzlich alle weg waren, habe ich schon kurz überlegt, mich um Mitgliedschaft in der Arno-Schmidt-Gesellschaft zu bemühen. Oder Kafka. So ein vergeistigter Zusammenhang jedenfalls, der einerseits nicht nur aus Linksradikalen besteht, andererseits aber auch keine bescheuerten Grillfeste veranstaltet. Irgendwas muss es doch geben in diesem Spannungsfeld.

Ich hoffe, Sie versprechen sich keine konkreten Vorschläge von diesem Text, denn mehr ist bei mir nicht zu holen. Außer vielleicht die Idee, etwas weniger Homeoffice zu machen, weil man auf Dauer schon unangenehm selbstgerecht wird davon.

Wobei ich mich jetzt gerade frage, ob es nach über 50 Folgen Speckgürtelpunks nicht langsam an der Zeit wäre, die „geistige Mülltrennung“ vom Anfang wieder in den Blick zu nehmen. Arbeiten in der Stadt, das Leben hier draußen – so war der Plan, aber so langsam schleicht sich dann doch die Ahnung ein, dass genau das Gegenteil passiert ist. Und das kann ja nicht gut gehen.

Jan-Paul Koopmann ist raus aus der Stadt und lebt jetzt im Bremer Hinterland

die ortsbegehung

Und am Abend noch ein Tänzchen

Man kann schon sagen, dass sie in Freiburgs Innenstadt öffentlichen Raum besetzt haben. Im Tanzbrunnen kann man andere Menschen treffen oder auch nur seine Runden drehen

Aus Freiburg **Johanna Weinz**

Wer nicht gerade auf sie achtet, könnte die alte Brunnenanlage glatt übersehen. Nur der Boden des großen Zementbeckens strahlt in kräftigem Blau. Doch Wasser ist hier keines mehr drin, das einstige Brunnendasein lässt sich nur noch erahnen. Zum Verweilen lädt das flache Relikt trotzdem ein. Gerade haben es sich an seinem Rand zwei Freundinnen bequem gemacht. Da sitzen sie nun und essen ihr Eis.

Hier, mitten in der Freiburger Innenstadt und nur wenige Meter von der Universitätsbibliothek entfernt, findet man umrahmt von etwas Wiese den Tanzbrunnen. Seit einigen Jahren wird er in Freiburg so genannt, und später am Abend versteht man warum. Jetzt drehen sich im Inneren des Beckens etwa 20 Paare ganz unterschiedlichen Alters zu einer Musik, die aus einer kleinen Box vom Brunnenrand kommt. Ganz ohne sich zu stoßen, finden sie dort Platz.

Fröhlich drehen im West Coast Swing

Da ist ein Vater, der sich selbst mit Kind auf dem Arm ganz gekonnt bewegt, und gleich daneben üben sich zwei junge Frauen in kompliziert aussehenden Drehfiguren. „West Coast Swing“, weiß eine Frau, die vom Rand aus auf die Szenerie schaut. Ob sie selbst auch tanzen wolle? Sie verneint, sie schaue gerne zu, zum Tanzen sei sie „viel zu schlecht“, sagt sie. Und dass das ältere Paar dort, das sich sehr langsam und doch im Rhythmus durch den Brunnen be-

wegt, „Fusion“ tanze, eine Variation verschiedener Styles also. Gebaut wurde diese nun doch festlich dreinschauende Brunnenanlage im 19. Jahrhundert. Damals besaß sie auch einen künstlichen Wasserfall und eine Figurengruppe, was im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Bis 2008 sei der Brunnen noch in Betrieb gewesen, teilt die Stadt auf taz-Anfrage mit. Erst danach begannen die Einheimischen, ihn als Tanzfläche zu nutzen. Ab wann genau das gewesen ist, das wisse die Stadt nicht. Ein Mann im Anzug, auch am Rande des Geschehens, sagt, dass er „archaisch gekapert“ worden sei. „Cool“ fände er, „dass alles so professionell“ sei, schließlich werde der Brunnen „selbst organisiert“.

Etwas 20 Ehrenamtliche kümmern sich um das Tanzen hier. An welchem Tag welcher Paartanzstil getanzt wird, ist fix, und am heutigen Abend stehen gleich drei Stile auf dem Programm. Dass es auch für diese einen bestimmten Tag gebe, dafür habe man – so ist es an dem Abend immer wieder zu hören – lange gekämpft. Während die Abende für die unterschiedlichsten Paartänze reserviert sind, beanspruchen tagsüber auch Hip-Hop-Gruppen den Platz.

Getanzt wird im Brunnen zwischen März und Oktober und Informationen dazu gibt es bei einer öffentlichen Telegram-Gruppe. Manchmal werden früher am Abend Einstiegerworkshops auf Spendenbasis angeboten. Später ist dann alles kostenlos.

Manche der Tanzenden grüßen sich und immer wieder fragen sie auch die, die vom Beckenrand aus zuschauen, ob sie

nicht Lust hätten zu tanzen. Wer sich hier mit seinem fehlenden Tanz-Know-how entschuldigt, darf gleich mit „Ich kann dir noch mal den Tanzschritt zeigen“ als Antwort rechnen. Ein Nein wird dann aber akzeptiert.

Sie sei an diesem Abend alleine gekommen, um tanzen zu lernen, sagt eine junge Frau. Und auch, weil sie neu in der Stadt sei. Den Tanzbrunnen kannte sie bisher nur vom Vorbeifahren: „Ich finde es toll, dass man hier einfach vorbeikommen kann, ohne sich vorher zu verabreden.“

Eine Tanzdemo als Protestaktion

Vor ein paar Jahren gab es Pläne von der Stadt, den Brunnen abzureißen und dort ein Fahrradparkhaus zu errichten. Dagegen protestierten die Freiburger:innen mit einer Tanzdemo. Die Stadt verwarf das Vorhaben – auch weil der Alleegarten, zu dem der Brunnen gehört, ein Kulturdenkmal ist. Die Grünanlage ist auf einer barocken Bastion errichtet worden, einer ehemaligen Befestigungsanlage.

Zeiten ändern sich, das zeigt der Boden des Beckens. Lange war er nur Zement und inzwischen ist er mit einer speziellen Schicht überzogen – einem Tanzboden. Die Gelder dafür sammelte die Szene über Spenden und auch Fördermittel.

An diesem Abend wird hier noch lange getanzt. Selbst als sich irgendwann die Person mit der Musikbox auf den Weg macht, findet sich schnell eine neue.

Dabei ist es gut für die Tanzenden, dass der Brunnen nicht in den Bereich des nächtlichen „Lautsprecherboxenverbots für

Parks“ fällt, wie es die Stadt andernorts verhängt hat, damit es zu keinen „nächtlichen Ruhestörungen“ kommt. Aber auch im Tanzbrunnen, so die Stadt, seien „die geltenden Lärmwerte einzuhalten“. Zumindest in dieser Nacht ist das wohl so. Ganz leise ist jetzt die Musik. Zu hören ist sie nur von denen, die noch im Brunnen stehen oder sich dort bewegen.

.....

Nix wie hin

Die Besonderheit
Eine Open-Air-Tanzfläche mitten in der Stadt, kostenfrei zugänglich für alle, die abends das Tanzbein schwingen wollen.

Das Zielpublikum
Alle, die sowieso schon tanzen können oder die es dort erst mit freundlicher Unterstützung der Mittanzenden lernen wollen.

Hindernisse auf dem Weg
Manchmal ist abends der Ansturm so groß, dass man im Brunnen aufpassen muss, nicht aneinanderzustößen beim Tanzen. Die meisten hier sind auch keine Anfänger:innen mehr. Außerdem werden an bestimmten Tagen nur bestimmte Stile getanzt. Wen das alles nicht abschreckt, muss damit rechnen, vom Brunnenrand beobachtet zu werden. Am Wochenende versammeln sich hier nicht wenige, um einfach zu schauen. Und manchmal auch, um die Tanzenden zu fotografieren und zu filmen.

.....

Mitten in der Stadt, die Einladung zu einem Tanz
Illustration: Jeong Hwa Min



Zurück zu den Eltern

Auch in Städten wie Stralsund steigen die Mieten: Es gibt mehr Zuzug, der Tourismus boomt. Die Politik ist darauf nicht vorbereitet

Aus Stralsund **Jonas Wahmkow** (Text und Foto)



Und doch noch was gefunden: Sandra Pritzkoileit und Willi Gert vor der neuen Wohnung

Die Wohnungssuche in Stralsund, ihrer Heimatstadt, sei keine einfache Sache, berichten Sandra Pritzkoileit und Willi Gert. „Das war ganz schön eine Katastrophe.“ Die beiden Mittzwanziger sitzen in einer geräumigen Wohnküche, ihre einjährige Tochter krabbelt über den beheizbaren Fußboden.

Gert und Pritzkoileit arbeiten in der 60.000-Einwohner-Stadt an der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern. Als klar war, dass sie ein Kind erwarten, wollten sie aus ihrer baufälligen Zweiraumwohnung in eine größere Wohnung ziehen. Doch etwas Bezahlbares, das ihren Bedürfnissen entsprach, fanden die beiden in Stralsund nicht. „Da zahlst du teilweise 1.600 Euro für eine Dreiraumwohnung, das ist schon fett“, sagt Pritzkoileit.

Willi Gert hat einen sicheren Job bei der Rentenversicherung, verdient 2.500 Euro netto, „ganz gut für hier oben“. Sandra Pritzkoileit arbeitet als Servicekraft im Autohaus, in Elternzeit bekommt sie nur 30 Prozent ihres Einkommens. „Bei diesen Mieten musst du auf etwas verzichten, wenn du dir eine Wohnung holst. Auto, Urlaub oder beides“, sagt Gert.

Noch hinken die Mieten in Mecklenburg-Vorpommern dem Bundesdurchschnitt hinterher: Die durchschnittliche Angebotsmiete liegt hier laut Daten des Immobilienmaklers Engel & Völkers bei 10,07 Euro netto kalt – in Berlin sind es aktuell 17,74 Euro.

Doch Mecklenburg-Vorpommern ist auch das Bundesland mit dem niedrigsten Lohnniveau, und wohnen wird immer teurer: Laut dem Stralsunder Mietenspiegel stiegen die Bestandsmieten in den vergangenen vier Jahren um 30 Prozent. Stralsund ist damit keine Ausnahme. „In Mecklenburg-Vorpommern sind fast alle Städte in einer ähnlichen Situation“, sagt Kai-Uwe Glause,

Geschäftsführer des Mieterbund-Landesverbands in Rostock. „Überall Mangel, und wo Mangel ist, steigen die Mieten.“

Nach der Wende hatten viele Städte im Osten vor allem mit Wegzug und Leerstand zu kämpfen. So auch Stralsund. Noch 2008 erreichte die Leerstandsquote mit 13,8 Prozent ihren vorläufigen Höhepunkt. Für Wohnungssuchende bedeutete das damals: Günstiger Wohnraum war en masse vorhanden, wenn auch nicht immer in guter Qualität.

Besonderes Sorgenkind war damals die historische Altstadt. Noch 2004 stand fast ein Drittel des Wohnungsbestands hinter den alten Stadtmauern der Hansestadt leer und viele der Wohnungen waren stark sanierungsbedürftig.

Schlendert man an einem Donnerstagnachmittag im August durch die Stadt, ist davon nichts mehr zu sehen. Statt Verfall überall frisch verputzte Fassaden und angebaute Balkone. Die Backsteinfassaden der historischen Bürgerhäuser sind aufwendig saniert. Auf den engen, kopfsteingepflasterten Straßen drängen sich Tourist:innen, Fotoapparat und Fischbrötchen in den Händen. Am Hafen dümpelt das imposante dreimastige Segelschiff „Gorch Fock“ vor sich hin. Vor der grauen geschwungenen Betonfassade des Ozeanums, des 2009 eröffneten Großaquariums, wartet wie üblich eine Menschenschlange.

Heute gehört die Altstadt des Unesco-Weltkulturerbes zu den teuersten Wohnlagen der Stadt. Und auch die Bevölkerung wächst seit 2015 wieder leicht und kratzt aktuell wieder an der 60.000 Marke.

Verantwortlich dafür sind vor allem die Zuzüge. Angesichts des damaligen Bevölkerungsrückgangs ließen Städte wie Stralsund nicht unversucht, um Menschen dazu zu bewegen, in die Region zu ziehen. Doch erfolg-

reicher als jede Werbekampagne sind die traumhafte Lage an der Ostsee und die vergleichsweise günstigen Grundstückspreise, die vor allem betagte Neuankömmlinge aus den alten Bundesländern nach Stralsund locken.

Grundsätzlich sei der Zuzug zu begrüßen, stellt Glause vom Mieterbund klar, nur habe man es „verpennt“, frühzeitig eine treffende Prognose zu erstellen. „Die Kommunen sind immer wieder nicht auf die Nachfrage vorberei-

Die traumhafte Lage an der Ostsee und die vergleichsweise günstigen Grundstückspreise locken vor allem betagte Neuankömmlinge aus den alten Bundesländern

tet“, sagt Glause. Neubau gebe es kaum, stattdessen priorisieren Kommunen vor allem den Bau von Einfamilienhäusern.

Das zeigt sich auch in Stralsund. 2024, im letzten statistisch erfassten Jahr, entstanden gerade einmal 17 Wohngebäude. 16 davon waren Einfamilienhäuser, nur eines ein Mehrfamilienhaus mit sieben Wohnungen.

Und dann ist da noch der Tourismus. Die Stadt Stralsund setzt wie auch die Landesregierung voll auf diese Branche als wirtschaftliches Zugpferd. Mit 33,3 Millionen Übernachtungen war 2025 laut dem Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern das zweitbeste Jahr überhaupt. Besonders stark

steigt darum die Nachfrage nach Ferienwohnungen- und -häusern.

Die Entwicklung wirkt sich auch auf Stralsunds Wohnungsmarkt aus. Unweit der Altstadt, am Ufer der namensgebenden Meerenge Strelasund, liegt eine kleine Marina mit Segelbooten. Der Platz davor ist eine Brachfläche, Campingurlauber mit ausladenden Wohnmobilen und umgebauten Minivans nutzen ihn als günstigen Übernachtungsplatz. Auf der Fläche will ein stadtbekannter Investor 95 Ferienapartments bauen lassen, dazu 33 Eigentumswohnungen.

Der angespannte Mietenmarkt bringt Begleiterscheinungen mit sich, von denen Stralsunder:innen bislang nur aus Metropolregionen gehört haben. „Freunde von mir sind gerade umgezogen und haben einen Staffelmietvertrag unterschrieben“, erzählt Sandra Pritzkoileit. Zu den 1.300 Euro für eine Dreiraumwohnung würden im nächsten Jahr schon wieder 20 Prozent dazukommen. „Die schauen sich schon wieder nach etwas Neuem um.“ Andere Freunde wohnten in Häusern, die als Kapitalanlage erworben wurden. „Die Eigentümer wohnen in Bayern, die kriegst du nie erreicht“, berichtet Willi Gert.

Auch Fälle von Eigenbedarfskündigungen häuften sich, berichtet Mieterbund-Geschäftsführer Glause: „Ein erheblicher Anteil davon ist auch vortäuscht.“ Auch das Phänomen, dass Wohnraum lukrativer als Ferienwohnungen auf Plattformen wie Airbnb vermietet werde, habe in den vergangenen Jahren zugenommen.

In Stralsund sind es wie woanders auch vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen, die als Erste unter der Wohnungsnot leiden: Rentner, Studierende, Geflüchtete und Alleinerziehende. So klagt der auf Suchthilfe spezialisierte Verein Chamäleon darüber, dass es zunehmend schwieriger wird, für seine jugendlichen Klienten nach

der Therapie Wohnungen zu finden. Für die Jugendlichen sei das frustrierend.

Zunehmend werden die steigenden Mieten auch zu einem Politikum. So antwortet ein Rentner, der auf Kleinanzeigen eine Zweizimmerwohnung suchte, auf taz-Anfrage: „Die Wohnungssuche in Stralsund ist aussichtslos für Deutsche Bürger denn Ukrainer und Araberber [sic] sowie Afrikaner haben ja VORRANG [sic]“, und schob noch nach: „Nur noch AFD diese Regierung muss weg.“

Tatsächlich ist es fast ausschließlich die Linke, die die Mieten im Wahlkampf thematisiert. „Für uns ist das ein Schwerpunkt“, sagt Hennis Herbst, fachpolitischer Sprecher der Partei, der im rund 30 Kilometer entfernten Greifswald lebt. Im September will Herbst mit dem Thema Mieten das Direktmandat holen.

Der politische Handlungsspielraum werde von der Landesregierung bisher kaum genutzt. Die „große Antwort“ sei der Mietendeckel auf Bundesebene, sagt Herbst. Aber auch die kommunalen Wohnungsunternehmen könnten die Mieten in ihren Beständen deckeln. „Das ist ein riesiger Hebel“, sagt Herbst. In Stralsund etwa ist etwa ein Drittel des Wohnungsbestands in kommunaler Hand.

Die Wohnungssuche von Sandra Pritzkoileit und ihrem Partner Willi Gert hat immerhin ein glückliches Ende gefunden. Statt beinahe die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Miete zu bezahlen, entschied sich das Paar, wieder zurück in das Haus von Willi Gerts Eltern zu ziehen, gelegen in einem kleinen Dorf im Speckgürtel Stralsunds. „Meine Eltern sind nach oben gezogen, wir haben hier unten alles ausgebaut“, erzählt der 27-Jährige.

750 Euro warm zahlt das junge Paar im Monat für 105 Quadratmeter mit allen Nebenkosten. Da ist dann immer noch ein Urlaub drin.

30.09. – 04.10.2026
Break the narrative!

LiMA

Jetzt Tickets buchen!



Linke Medienakademie

LiMA26.de

KLAPPE AUF FÜR ALLE!



Nur noch eine Woche bis zum Spielzeitbeginn!

Start am 28. August

Wir sind in der Spielzeitpause. In dieser Zeit können Karten online gebucht werden unter:
www.grips-theater.de



www.freiluftkino-kreuzberg.de



FREILUFTKINO KREUZBERG



Den Ausblick in der Habersaathstraße 48 ist durchaus okay. Drinnen in der Wohnung ist das nicht unbedingt so. Daniel Diekmann schaut aus einem Fenster

„Aufgeben ist keine Option“

Daniel Diekmann wohnt seit über 20 Jahren in einem Plattenbau in Berlin-Mitte. Das Gebäude steht inzwischen fast leer, denn der jetzige Eigentümer will es abreißen lassen. Doch Ausziehen kommt für Diekmann nicht infrage

Interview **Erik Peter** und **Jonas Wahmkow**
Fotos **Sophie Kirchner**

taz: Herr Diekmann, Sie wohnen hier in der Habersaathstraße als einer der letzten Mieter in einem Plattenbau, den der Eigentümer abreißen lassen will. Fühlen Sie sich hier noch zu Hause?

Daniel Diekmann: Ja, das hier ist nach wie vor nicht nur das Dach über dem Kopf, sondern auch mein Zuhause. Es wird einem mit all den Katastrophen natürlich schwer gemacht, das noch so zu empfinden. Aber wenn man so lange darum kämpft, kann man auch nicht einfach aufgeben.

taz: Ist es noch lebenswert, wenn der Vermieter es einem so ungemütlich macht, dass man möglichst auszieht?

Diekmann: Es ist umständlich, wenn man keine Heizung hat, kein Wasser und alles schleppen muss. Früher habe ich sündhaft teures französisches Mineralwasser hochgeschleppt, jetzt nur noch aufgefüllte Wasserkanister. Ich sehe das positiv: Bauch, Beine Po, dafür zahlen Leute viel Geld im Fitnessstudio – ich hab’ das gratis.

taz: Seit wann haben Sie kein Wasser mehr?

Diekmann: Ohne heißes Wasser lebe ich hier seit dem 9. August 2023, ohne Heizung seit dem 11. November ’25 und ohne Trinkwasser seit dem 22. Januar ’26. Ab dem 9. August ’23 war ich auch vier Tage ohne Strom, nachdem hier die Stromzähler rausgerissen wurden.

taz: Wieso wissen Sie die Daten so genau?

Diekmann: Weil ich so ein Akten- und Zahlenfresser bin, sagen zumindest andere. Und auch, weil das einschneidende Erlebnisse sind.

taz: Wie wehren Sie sich gegen die ganzen Schikanen?

Diekmann: Ich habe eine Standleitung zum Amtsgericht: Da gibt es dann eine Strafanzeige für den Vermieter über 250.000 Euro und dann geht das auf einmal ganz schnell. So war es zumindest beim Strom. Beim Trinkwasser haben wir das jetzt nicht gemacht. In den Wohnungen drunter und drüber sind die Leitungen abgeschlagen, da kann ich ja bei mir nicht aufdrehen. Ich möchte ja nicht im Schwimmbad wohnen.

taz: Aber duschen müssen Sie schon?

Diekmann: Es gibt viele solidarische Nachbarn. Ich kann mir hier fast in jedem Haus in der Nachbarschaft aussuchen, wo ich duschen kann. Das ist kein Problem. Und es schneit die Nachbarschaft auch zusammen. Das ist eine ganz andere Art von Haustürwahlkampf: Da geht man hin und spricht mit den Leuten und ist im Austausch. Die sind damit immer auf dem neuesten Stand.

taz: Die letzte Eskalation im Haus war im Januar. Was ist da passiert?

Diekmann: Da kam der Eigentümer Andreas Pichotta mit einem Schlägertrupp, so paramilitärische Typen, albanische Mafia, keine Ahnung. Die hatten Baseballschläger, Eisenstangen, Vorschlaghammer und haben dann zunächst in einem Aufgang alle Türen eingetreten, Türgriffe abgeschlagen, Schlösser kaputt gemacht. In den Badezimmern wurde alles kurz und klein geschlagen: Spülkästen, Toiletten- und Waschbecken, Badewannen. Dann haben sie noch auf die Wasserleitungen im Versorgungsschacht draufgekloppt, sodass dann hier alles überflutet war. Dann haben sie in einem zweiten Aufgang weitergemacht. Es sollte sichergestellt werden, dass in den Wohnungen niemand mehr leben kann.

taz: Zahlen Sie noch Miete?

Diekmann: Na ja, mit der Mietminderung ist das ja so eine Sache. Wenn man zwei Mieten nicht gezahlt hat, ist das ein kündigungsrelevanter Grund. Und deswegen zahlen wir die Mieten unter Vorbehalt. Ich zahle für meine 40 Quadratmeter 300 Euro warm: 200 Euro Miete, 50 Euro Vorauszahlung für Nebenkosten und 50 Euro für Heizung, die es ja auch nicht mehr gibt.

taz: Wie war die Situation, als Sie hier eingezogen sind?

Diekmann: Das war 2005 und das war ganz verrückt, Zeiten, an die sich heute keiner mehr erinnern kann. Über die Schwiegereltern hatte ich Kontakt zur

”

„Wohnen ist ein Menschenrecht, und nur weil die fette Rendite machen wollen, gehen wir nicht einfach“

Hausverwaltung – das Haus gehörte ja zur Charité – und dann habe ich hier den Verwalter getroffen und der hatte zehn Schlüssel mitgebracht. Ich durfte mir eine Wohnung aus-suchen.

taz: Wieso sind Sie nach Berlin-Mitte gezogen?

Diekmann: Nachdem meine Freundin damals verstorben war, konnte ich unsere große Wohnung in Wilmersdorf nicht halten. Da habe ich gesagt: Okay, der Lebensabschnitt ist beendet, jetzt kommt was Neues. Nach Mitte wollte ich eigentlich nie wegen den ganzen Hipstern. Aber es hat sich so ergeben. Und hier haben überwiegend Charité-Mitarbeiter gewohnt, von Putzkräften über Pflegekräfte bis hin zu Ärzten, viele davon Vietnamesen, die einst als Arbeiter aus dem sozialistischen Bruderland in die DDR geholt wurden. Ich habe da nur gute Erinnerungen dran.

taz: Dann ging das Ungemach los?

Diekmann: Das Haus wurde von der Charité 2006, ein halbes Jahr nach meinem Einzug, für 2 Millionen Euro – unter 400 Euro pro Quadratmeter – verkauft. Der damalige Finanzsenator Thilo Sarrazin versprach uns als Mieterbeirat damals, dass sich für uns nichts ändern wird. Doch das Theater begann direkt mit einer Modernisierungsankündigung: neue Fenster, Wärmedämmung. Mehrere Nachbarn haben sich vor Gericht erfolgreich gegen die hohe Modernisierungsumlage gewehrt. Doch die Ankündigung war: Hier wird kein Stein auf dem anderen bleiben.

taz: Wollten Sie nicht sofort wieder raus?

Diekmann: Nein, daran habe ich gar nicht gedacht. Ich hatte gerade hier neu angefangen, das Umfeld erkundet, die Nachbarn kennengelernt. Ich bin ja kein Nomade. Aber es ging mir auch damals schon um den Kampf um günstigen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht, und nur weil die fette Rendite machen wollen, gehen wir nicht einfach.

taz: Was haben Sie also gemacht?

Diekmann: Wir haben die Interessengemeinschaft Habersaathstraße gegründet, denn uns war völlig klar, dass wir uns dagegen organisieren müssen. Ich wurde direkt deren Sprecher. Ich bin ein alter Gewerkschafter, ich weiß, wie das geht. Aber viele, vor allem ältere Nachbarn, haben gesagt, das machen wir nicht mit und sind ausgezogen. Alle leer stehenden Wohnungen wurden dann saniert und nur noch befristet als möblierte Appartements vermietet. Viele standen auch leer. Das war Zweckentfremdung, und das haben wir angezeigt. Der Eigentümer hatte angesichts der dro-



Das Wasser, das in die Wohnung geschleppt sein will

henden Strafen die Schnauze voll und hat den Komplex direkt weiterverkauft – für 28 Millionen an die heutige Eigentümergesellschaft.

taz: In dieser Zeit brannte Ihr Auto.

Diekmann: Ja, 2018 war das; vorm großen Mietengipfel mit Merkel und Seehofer. Ein paar Wochen vorher stand auf der Windschutzscheibe in den Staub geschrieben: „Ausziehen oder brennen.“ Das habe ich gar nicht ernst genommen.

taz: Hat Ihnen das Angst gemacht?

Diekmann: Nein, ich halte das mit den Worten meines Vaters: Angst und Geld hatten wir nie.

taz: War Ihr Elternhaus auch schon politisch?

Diekmann: Oh ja. Ich komme aus einer westfälischen Großfamilie mit 17 Leuten. Wenn man von dort kommt, hat man eine stramme katholische Ausbildung hinter sich. Da geht es um Achtung vor dem Mensch, dem Tier, vor dem Nächsten. Mein Vater war Dekorateurmeister in Bochum, aber nach dem Umzug mit meiner Mutter in den Hochsauerlandkreis völlig orientierungslos. Dann ist er Mitte der 60er-Jahre zur Polizei gewechselt und war eine Art Dorf-Sheriff. Ich kann mich erinnern, wie ich einmal auf den Funkwagen geklettert bin, um Republikaner-Plakate abzumachen. Ich hatte Angst und habe gefragt, was ist, wenn die die Polizei rufen. Mein Vater sagte nur: „Die Polizei bin ich und die ist schon da.“

taz: Sind Sie hier im Kampf um dieses Haus zum Aktivisten geworden oder waren Sie es vorher schon?

Diekmann: Ich bin mit 19 in die Gewerkschaft eingetreten, mit 20 war ich das erste Mal Betriebsratsvorsitzender. Da hatte ich schon das erste Mal zerstochene Reifen und ein zerkratztes Auto, weil es Leute überhaupt nicht toll fanden, dass ich schon damals das Betriebsverfassungsgesetz umzusetzen wusste. Das war eine gute Vorbereitung für das, was noch kommen sollte.

taz: Welche berufliche Laufbahn haben Sie eingeschlagen?

Diekmann: Ein bisschen Privatsphäre muss ich wahren, aber so viel kann ich sagen: Ich hab in jungen Jahren eine mittlere Schule besucht, dann auf einer höheren Handelsschule Abitur und eine Ausbildung in einem Handwerksberuf gemacht. Aber das gefiel mir gar nicht. Ich war immer eher der weiche, softe Typ, keiner, der morgens um acht auf der Baustelle Bier gesoffen hat. Später habe ich eine kaufmännische Ausbildung bei einem großen Dienstleistungsbetrieb gemacht, bin Abteilungsleiter geworden. Ich

war also schon früh in Verantwortung für Kollegen und Mitarbeiter. Das ist auch eine gute Schule.

taz: Haben Sie heute neben dem ganzen Kampf um das Haus überhaupt noch Zeit für eine Erwerbsarbeit?

Diekmann: In Berlin habe ich lange noch in dem Dienstleistungsberuf gearbeitet. Seit 15 Jahren arbeite ich für einen Verwaltungsbetrieb. Das ist in der Regel vormittags. Mittags bin ich dann zu Hause, dann geht das Elend und das Chaos hier weiter.

taz: Wie viele Altmietler leben noch im Haus?

Diekmann: Es sind noch fünf Altmietparteien. Bei insgesamt 120 Wohnungen in dem Häuserkomplex.

taz: Wie ist die Situation Ihrer Mitstreiter:innen?

Diekmann: Ambivalent. Es brauchte viele Durchhalteparolen in dem arschkalten Winter, der hinter uns liegt. Die Zeit mit Eis und Minusgraden war lang und ohne Heizung war das ein absoluter Härtestest. Statt der im Mietvertrag zugesicherten Fernwärme haben wir Ölradiatoren gekriegt. Die Kosten kriegen wir dann, wenn überhaupt, in 10 Jahren erstattet.

taz: Durchhalten wollen alle?

Diekmann: Es ist eine Dauerbelastung. Neulich hat mir eine Nachbarin gesagt, sie wolle jetzt doch verhandeln und gucken, welche Abfindung sie bekommen könnte. Ich kann verstehen, wenn es nicht mehr geht, aber es wäre schade. Ich hab ihr gesagt: Wir sind fünf. Wie fünf Finger an einer Faust.

taz: Hat Ihnen der Eigentümer jemals Geld für einen Auszug geboten?

Diekmann: Ja, das hat er immer wieder. Erst waren es 2.000 Euro, dann 5.000. Dann waren es 30.000 und schließlich 50.000. Ich hab irgendwann mal bei einem Interview gesagt, ab 250.000 Euro könnte es losgehen. Das hat er dann gelesen und unseren Anwalt angerufen und gesagt: Wir können doch über alles reden.

taz: Und haben Sie geredet?

Diekmann: Nein, ein Zuhause ist ja mehr als ein paar Euro. Ich weiß, wenn das einer liest, denken die Leute: „Mann, ist der bescheuert. Dem wurde Ersatzwohnraum angeboten, dem wurde Geld angeboten, warum nimmt er das nicht an?“ Das ist diese kapitalistische Verwertungslogik: Wenn ich dir was gebe, kann ich dir was wegnehmen. Da mache ich nicht mit. Und: Es gab auch Nachbarn, den wurden 30.000 Euro versprochen, aber sie haben am Ende nur die Hälfte bekommen.

taz: Wie gucken Sie auf Ihren Eigentümer?

Diekmann: Ich habe mich immer an Recht und Gesetz gehalten, sämtliche Prozesse um meine Wohnung gewonnen und habe immer dafür gesorgt, dass es den Menschen um mich herum besser ging. Nur dann scheint die Sonne auch auf mich. Das sehe ich bei Andreas Pichotta völlig anders. Der guckt ja in erster Linie danach, dass es ihm gut geht und er seine Rendite hat. Und er verfährt hier nach dem Motto: legal, Illegal, scheißegal.

taz: Neben Altmietern wie Ihnen wohnen in der Habersaathstraße noch etliche Bewohner:innen ohne Mietvertrag. Wie ist es dazu gekommen?

Diekmann: Die Besetzung war mitten in der Pandemie. Da gab es den Satz „Stay at home“. Aber wie geht das, wenn man kein Zuhause hat? Damals hat sich die Initiative „Leerstand hab ich Saath“ dazu entschieden, mit einer Gruppe von Wohnungslosen einen Teil der leer stehenden Wohnungen zu besetzen. Die erste Besetzung im Dezember 2020 wurde geräumt, bei der zweiten ein Jahr später konnte man das nicht mehr halten, die Leute durften bleiben. Etwa 60 Wohnungslose durften sich beim Sozialamt melden und einziehen.

taz: Wie viele sind es heute noch?

Diekmann: Vielleicht 30, die noch hier wohnen. Nach diesen ganzen Verdrängungsstrategien ...

taz: Im August 2023 ließ der Eigentümer allen Bewohner:innen ohne Mietvertrag den Strom abstellen.

Diekmann: Genau. Und im vergangenen Oktober gab es 12 Räumungstitel. Die meisten Betroffenen haben die Wohnungen schon vorher verlassen. Viele, die von der Straße kommen, haben schon eine Geschichte hinter sich und sagen: Noch eine Zwangsräumung, das halt' ich nicht aus.

taz: Wie ist das Verhältnis zu den neuen Bewohner:innen?

Diekmann: Für mich war es von Anfang an eine schwierige Lage, da ich ja die Interessen der Langzeitmieter vertreten musste. Dazu kommt: Ich halte es für keine gute Idee, Leute von der Straße in eine Wohnung zu sperren und dann sich selbst zu überlassen. Weil, die Menschen brauchen Hilfe. Es heißt zwar „Housing first“, aber das heißt nicht „Housing only“ oder „Housing lonely“.

taz: Eigentlich plante der Bezirk nach der Besetzung, dauerhaft zwei Sozialarbeiter vor Ort einzusetzen, doch das Angebot wurde schon nach anderthalb Jahren eingestellt.

Diekmann: Ja, dabei wäre das notwendig gewesen. Viele der Menschen hatten eine massive

Drogen- und Suchtproblematik, viele sind heroinabhängig, viele alkoholabhängig, viele mit massiven Gewalterfahrungen, psychischen Erkrankungen, Paranoide, Schizophrenie. Da standen Leute am Fenster und haben laut geschrieben oder nachts Geister gesehen.

taz: Der Bezirk hat dem Treiben des Eigentümer nie so wirklich Grenzen gesetzt, ihm sogar eine Abrissgenehmigung erteilt. Ist Ihr Glauben an die Politik erodiert?

Diekmann: Das kann man so nicht sagen. Ich bin in diesen ganzen Prozessen aber erwachsener geworden. Ich lasse mich einfach nicht so schnell verarschen. Diese Hinhaltestrategien von diesen ganzen Politikern. Das ist schon schwierig. Diese Untätigkeit. Wenn ich immer höre vom Bezirksamt, uns sind die Hände gebunden, wir suchen noch nach dem Hebel, damit wir was machen können. Da halte ich überhaupt nichts von. Was ich sagen kann, die meisten Politiker, mit denen wir in den letzten Jahren zu tun hatten, sind Geschichte und uns gibt es immer noch.

taz: Im September sind Abgeordnetenhauswahlen. Verbinden Sie Hoffnungen damit?

Diekmann: Mein Herz schlägt links, ich hoffe dass wir nach den Wahlen im September eine stabile linke Regierung haben, die dafür sorgt, dass endlich die Volksentscheide „Deutsche

Wohnen & Co enteignen“ und „100 Prozent Tempelhofer Feld“ umgesetzt werden. Ich will keine Wohnsilos auf dem Tempelhofer Feld. Wir haben genügend Leerstand in Berlin, wir haben genügend Wohnraum, wir haben einen demografischen Wandel. Wir brauchen nicht Tausende neue Wohnungen, die kein Mensch bezahlen kann. Ich will es noch mal sagen: Mieten steigen nicht, Mieten werden erhöht. Und dafür brauchen wir wirksame Instrumente, die dem einen Riegel vorschieben.

taz: Was ist Ihr Best-Case-Szenario für das Haus und Ihre Zukunft hier?

Diekmann: Im Dezember stehen die Entscheidungen der fünften Klagewelle bei unseren Räumungsklagen an. Wenn wir auch die gewonnen haben, hoffe ich, dass der Bezirk, wie angekündigt, die Abrissgenehmigung wieder zurückzieht. Und grundsätzlich wäre es das Beste, wenn die Wohnungen in eine Genossenschaft überführt werden.

taz: Wenn es aber doch so weitergehen solle wie bisher, wie lange halten Sie es noch durch?

Diekmann: Aufgeben ist keine Option. Wir dachten immer, es kann nicht schlimmer kommen und dann kam es schlimmer. Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben. So lange ich gesund bleibe, werde ich weitermachen. Ich bin ja nicht allein.

Anzeigen

taz  **newsletter**

Reportage & Recherche

Die Geschichte hinter der Geschichte

Jeden zweiten Samstag im Newsletter:

taz.de/recherche

 **Bremer Volkshochschule**

Volkshochschule
Adult Education Center
Université Populaire

Programm
Herbst/Winter
Plus Stadtteilangebote

2026

füreinander reflektiert demokratisch

Programm zum download 

bayern blues (1)

Von **Florian Bachmeier**
Vincent und Taani chillen an der improvisierten Badestelle gegenüber dem Ortskern von Schliersee. Seit mehr als zehn Jahren ist hier aus ein paar Brettern ein Gerüst mit Schaukel, Plattformen und Sprungmöglichkeiten entstanden, immer wieder erweitert von denen, die den Platz nutzen. Kein Eintritt, kein Kiosk, kein Konsumzwang, kein massiver Andrang von Tagestouristen. Dafür Lagerfeuer in Sommernächten und das Gefühl von Freiheit.

Der Fotograf Florian Bachmeier ist im bayerischen Oberland, in Schliersee, aufgewachsen. Für seine Bildserie will er hinter die Postkartenidylle blicken und vom gesellschaftlichen Wandel, von Brüchen und Widersprüchen erzählen.



großbraumdisco

Oben der Traum vom Fliegen und die
Schweißhände beim Zugucken unten

Ein artistisches Spektakel lockt in den Berliner Volkspark Friedrichshain:
Die Flugtrapezshow dort vom Gogo Home Project schmeckt nach Festival

Moritz Haase steht in 7 Meter Höhe auf einer schmalen Plattform und streift sich eine schwarze Maske mit kleinen Katzenohren über den Kopf. Seine Augen sind nun bedeckt. Er macht eine demonstrative Krallengeste mit seiner Hand und tastet dann nach der Trapezstange, die ihm eine andere Artistin von der Seite hinhält. Die Musik, brasilianischer Funk, die die Vorstellung der Artist:innen in weiten Teilen begleitet, wird gerade ruhiger, verwandelt sich in eine zarte Klangblase, die die Menschen in der Luft mit ihrem unten auf dem Rasen sitzenden Publikum verbindet – und das scheint jetzt in diesem Moment kollektiv den Atem anzuhalten.

Gleich wird Haase da oben Schwung nehmen. An der Stange hängend wird er auf die andere Seite des großen Flugtrapezes schwingen, um dann – hoffentlich – im exakt richtigen Augenblick loszulassen und im Flug von dem auf der anderen Seite kopfüber an einer Art Schaukel schwingenden Fänger gepackt zu werden. Jetzt lässt sogar der Typ, der etwas abseits des Publikums am Grill steht und seine Aufmerksamkeit bislang mehr dem Fleisch vor ihm gewidmet hatte, die Grillzange sinken.

Ein Großstadtpark ist im Sommer ein eigener Mikrokosmos. Hier hat man den latenten Rauchgeruch der Grilltrupps in der Nase und dort den Bibi- und Tina-Soundtrack vom Kindergeburtstag im Ohr, wieder ein Stück weiter fällt jemand ständig von einer zwischen zwei Bäumen aufgespannten Slackline.

Da hinten im Park dezentes Cruising, weiter vorn im Bild Beachvolleyball, und drumherum rennen, sit-uppen und klimmzugen die, die auch bei 30 Grad im Schatten ein Training zu absolvieren haben.

Diesem Mikrokosmos hat im Berliner Volkspark Friedrichshain die Artist:innengruppe The Gogo Home Project ein weiteres Element hinzugefügt: Für sechs Wochen haben die Artist:innen ein großes Flugtrapez aufgebaut. Sie trainieren und geben Vorstellungen draußen, öffentlich und umsonst, Spender

Jetzt lässt sogar der
Typ, der etwas
abseits am Grill
steht, die Grillzange
sinken

den sind gern gesehen. Haase zufolge ist die von ihm und seiner Schwester gegründete Gruppe hierzulande die Einzige, die mit dem großen Flugtrapez arbeitet.

Schon eine Viertelstunde vor Veranstaltungsbeginn breiten die ersten Besucher:innen Decken aus, öffnen den Picknickkorb oder einen Piccolo. Jemand verteilt ein cocktailartiges Getränk auf Gläser, irgendwo kreist ein Joint und jemand versucht, mit einer Kamera eine Perspektive zu finden, die die an einem Seil hängende Diskokugel und die Artist:innen gleichermaßen in Szene setzt.

Das Publikum feiert nicht nur die artistische Leistung – sondern auch, dass die Gruppe mit

der traditionellen Zirkuslogik und deren klassischer Ästhetik bricht. Keine „Mann stark/Frau grazil“-Rollenteilung gibt es hier, die Outfits spielen mit einer Kink-Ästhetik, und spätestens wenn gegen Ende eine Artistin mit pinkfarbiger Rauchfackel in der Hand auf der Stange schwingt, weht ein Hauch von Festival durch den Park.

Wer wissen will, wie es bei den Artist:innen hinter den Kulissen zugeht, kommt unter der Woche vorbei. Dann ist weniger Make-up und Pose, dafür hat man bei den Proben den Zauber des Unperfekten: hier ein Trick, der noch nicht zuverlässig klappt, da Manöverkritik, quer übers Netz gerufen, aus der sich erahnen lässt, wie viel Training, Feinarbeit und Vertrauen nötig sein muss, um diese Arbeit zu machen.

Und der Flug mit Maske? Loslassen. Gefangen. Erster Teil geschafft. Rückweg. Die Trapezstange schwingt in die Mitte. Moritz Haase dreht im Flug, erreicht die Stange, schwingt noch mal nach, erreicht die Plattform. Jubel auf der Wiese, Haase reißt sich die Maske vom Kopf, die Grillzange klopft auf Alu.

Nach einer guten halben Stunde das Finale. Die Picknickgruppe hat ihr Essen kaum angerührt, die Gläser der Cocktailistas sind noch halb gefüllt. Kinder werden nach vorne geschickt, um Geld in die Mützen zu werfen. Ein Kind erklärt seiner Mutter sehr bestimmt, es wolle das später auch machen – aber der Rauch, der müsse dann bitte unbedingt orange sein.

Svenja Bergt



Die Flugtrapezshow
von The Gogo Home Project gastiert noch bis Ende August im Berliner Volkspark Friedrichshain. Unter der Woche stehen Training und Proben, am Wochenende die Vorstellungen auf dem Programm.

ortsgespräch

In Hamburg-Altona müssen
Bewohner eines baufälligen
Hauses ihren Besitz zurücklassen

Am vergangenen Dienstag war es so weit: Zwei haushohe Kräne waren an einer viel befahrenen Straße in Hamburg-Altona aufgestellt, um dabei zu helfen, den hinteren Teil eines Wohngebäudes abzureißen. Vor einer Absperrung standen Polizist:innen und Baggerfahrer in Warnwesten neben Medienvertreter:innen und Schaulustigen. Von den Bewohner:innen waren nur wenige da. Tags zuvor hatten sie noch eine größere Kundgebung vor dem Haus abgehalten, das sie auf Anordnung der Behörden wegen Einsturzgefahr fluchtartig hatten verlassen müssen.

Die Räumung hatte so schnell gehen müssen, dass Möbel und die meisten persönlichen Gegenstände zurückgelassen werden mussten. „Meine ganzen Sachen sind da noch drin“, sagte eine aufgelöste Bewohnerin. Sie stand vor dem Absperrgitter, das den Zugang zum Hinterhof versperrte, in dem der Abriss beginnen sollte. „Es macht mich fassungslos.“

Später kamen weitere Bewohner*innen dazu. Dem NDR erzählte eine Frau von dem Silberbesteck ihrer Oma, dass sie in dem Schuttberg, der sich hinter dem Haus allmählich auftürmte, nicht mehr zu finden hoffte. Ein Mann erzählte von seinem ersten Liebesbrief, der noch in der Wohnung sei und den ihm niemand ersetzen könne. „Ein emotionaler Wert ist leider nicht ersatzfähig“, sagte ein Experte vom Hamburger Mieterverein, der in der Sendung zu Wort kam.

Besonders gemein an der Geschichte ist, dass der Hinweis auf die Schäden aus dem Umkreis der Bewohner*innen selbst kam. Bereits Ende Juni hatte ein Angehöriger dem zuständigen Bezirksamt Altona „Probleme am Gebäude“ gemeldet, so das Bezirksamt. Das Amt erhalte „täglich unterschiedlichste Anliegen und Beschwerden über Zustände im Zusammenhang mit Gebäuden, so dass nicht unmittelbar und sofort auf

die einzelnen Nachrichten eingegangen werden kann“, so die Erklärung, warum nicht früher gehandelt wurde.

Im Juli dann hatten Bewohner:innen des Hauses an den Wänden in der Wohnung Risse bemerkt und die Feuerwehr gerufen. Die Prüfung durch einen Statiker ergab, dass das Gebäude nicht mehr sicher nutzbar ist, das Bezirksamt ordnete die Evakuierung an. Bei einer erneuten Prüfung Anfang August kam heraus, dass die Risse sich verändert hatten und das Haus, ein Altbau aus dem Jahr 1894, abgerissen werden muss.

Die Bewohner*innen mussten teils in Hotels untergebracht werden, teils kamen sie bei Freund:innen unter oder in einer benachbarten Kirche. Ob sie jemals in ihre Wohnungen zurückkehren können, ist noch nicht klar, weil es sein kann, dass auch die noch stehende vordere Hälfte des Hauses abgerissen werden muss. Die Frage ist jetzt, wer für die Unterbringungskosten und die Verluste aufkommt. Rechtsanwalt Marc Meyer vom Hamburger Verein „Mieter helfen Mietern“ zeigt auf den Eigentümer, den Immobilienunternehmer Wolf-Peter Schneider: „Der Bezirk muss ihm Daumenschrauben anlegen. Der Typ hat Asche ohne Ende.“

Die Wut der Anwohner:innen richtet sich nun gegen Schneider: „Kümmern statt verkümmern! Miete ist nicht für deine Yacht, Wolf-Peter!“ steht auf einem Transparent, das an einem Balkon gegenüber hängt. Schon bevor die Bagger anrollten, hatte die *Bild*-Zeitung über den Mann und seine Partys auf Sylt berichtet.

In Hamburg fragen sich jetzt manche Altbaubewohner:innen, wie es eigentlich bei ihnen aussieht. Bisher gibt es in Deutschland keine gesetzliche Pflicht zur regelmäßigen Sicherheitsüberprüfung von Wohngebäuden. Marc Meyer von Mieter helfen Mietern fordert deswegen einen „Wohnhaus-TÜV“. Vielleicht setzt der Abriss in Altona ja eine Diskussion in Gang.

Rida Agha



taz  **shop**

taz-Shirt „Car is over!“. Verkehrswende zum Anziehen: Das Unisex-T-Shirt aus GOTS-zertifizierter Biobaumwolle eignet sich dank seines lockeren Schnitts ideal zum Radfahren und hat eine klare Botschaft für motorisierte Drängler. Mit reflektierendem Aufdruck und kleinem taz-Logo auf der Rückseite. **30,00 €**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Hitzschlag, Sonnenstich, Erschöpfung – hitzebedingt herrscht Hochsaison für Rettungssanitäter und Notärztinnen. Foto: Jens Volle

Nachts lüften, Hut aufsetzen

Politik

Von Gesa von Leesen

Der Rhein hat zu wenig Wasser für die Schifffahrt, es gibt einen Krisengipfel. In diesem Sommer gab es in Deutschland bis Mitte Juli 11.900 Hitzetote, davon 2.500 in Baden-Württemberg, und es passiert – nichts.

Deutlicher können Politiker:innen nicht zeigen, was für sie wichtig ist. Wenn die Warenketten gestört sind, wird gehirnt, wenn Menschen sterben, wird abgewartet. Der Kanzler (Friedrich Merz, CDU) haut raus, dass die Deutschen zu wenig arbeiten. Zur Hitze sagte er Mitte Juli: „Ich werde selbstverständlich auch in den nächsten Tagen

begradigen und ausbaggern. Damit die nächste Flutkatastrophe auch mindestens Ahrtal-Auswirkungen erreicht.
In Westeuropa waren Juni und Juli so heiß wie noch nie seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen, meldete das EU-Klimabeobachtungsprogramm Copernicus Anfang dieser Woche. Wer



Stein statt Grün: Beim Umgestalten des Marienplatzes hat die Stadt Stuttgart viel falsch gemacht. Foto: Joachim E. Röttgers

und Wochen, wenn sich diese Wetterentwicklungen fortsetzen, die Lage weiter beobachten und dazu gegebenenfalls auch öffentlich etwas sagen.“
Und nun? Ist er im Urlaub. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), genannt Gas-Kati, sorgt weiterhin zielstrebig dafür, dass erneuerbare Energien ausgebremst werden, Umweltminister Carsten Schneider (SPD) erklärte in einem Interview mit der „Apothekenumschau“ im Mai, vor allem die Städte müssten sich besser an Hitze anpassen. Und wälzt die Verantwortung von sich weg: „Die Kommunen müssen Pläne zur Klimaanpassung aufstellen. Dabei können sie selbst entscheiden, wie sie die Menschen, Unternehmen und ihre Infrastrukturen schützen wollen.“
Weil in den Flüssen die Wasserstände sinken und die Binnenschifffahrt blockieren, berief Verkehrsminister Steffen Bilger, CDU, einen Krisengipfel ein. Die Warenströme stocken! Lösung: Lkw am Sonntag auf die Straße, Flüsse

in Städten in Süddeutschland lebt, zum Beispiel im Kessel Stuttgart, weiß, wie sehr die Betonwüsten das Leben und das Gehirn lähmen, wenn das Thermometer auf 32, 34, 36 Grad klettert. Der Arbeitsschutz setzt aus gutem Grund Grenzwerte und ordnet Maßnahmen an, damit Beschäftigte sich abkühlen können, unter anderem Duschen, kühle Räume, Hitzeschutzklamotten.
Ausgerechnet bei Kranken und Alten wird gespart
In Krankenhäusern und Pflegeheimen, also dort wo Menschen operieren, pflegen, putzen, damit es kranken, schwachen, dementen Menschen gut geht, da gibt es Bundesempfehlungen für den Fall, dass es heiß wird. Empfehlungen, kein Geld! Laut dem Deutschen Städte- und Gemeindebund besteht allein in den Krankenhäusern ein geschätzter Investitionsbedarf von mindestens 20 Milliar-

den Euro für eine Ausstattung mit Klimaanlage für Patient:innen und Klinikpersonal.
Und an Schulen kann ja hitzefrei gegeben werden. Baden-Württemberg überlässt die Entscheidung den Schulen selbst, weil die Bedingungen in jedem Gebäude anders sind. Oberstufen- und Berufsschüler:innen allerdings dürfen nicht gehen, wenn die Räume 30 Grad oder mehr haben. Lehrer:innen natürlich auch nicht.
Das ist schon deprimierend, zumal es ja nicht neu ist, dass es wärmer und wärmer wird. Die Pariser Klimaziele werden wir eher nicht mehr erreichen können, dennoch bleibt es wichtig, eine nachhaltige Klimapolitik und Klimaanpassung zu betreiben.
So schwer ist das ja nicht: Klimaanlage, Wasserkältespeicher, Luftwärmepumpen vor allem dort, wo besonders belastete Menschen sind (siehe oben). Und in Städten Bäume pflanzen, Wasserspiele, Bäume pflanzen, Gartenversiegelungen und Schottergärten verbieten, Bäume pflanzen, Fassaden und Dächer begrünen, Bäume pflanzen, Parks statt Betonplätze, Arkaden statt Glasdächer, Bäume pflanzen.

Und noch ein Arbeitskreis

Weil das alles Geld kostet, erstellen viele Kommunen vor allem Flugblätter und Social-Media-Posts, um kühle Orte wie Bibliotheken, Museen und Kirchen bekannt zu machen, und um zu mahnen, viel zu trinken, draußen einen Hut aufzusetzen und nachts zu lüften. Danke für nix.
Nun ist Nörgeln natürlich einfach. Selbstverständlich beschäftigt sich Politik auch mit Hitzeanpassung. Zum Beispiel hat der baden-württembergische Gesundheits- und Sozialminister Oliver Hildenbrand, Grüne, nun eine Hitze-Taskforce eingerichtet. Sie soll „bestehende Hitzeschutz-Aktivitäten besser vernetzen und gezielt ausbauen – unter anderem im Gesundheits- und Pflegebereich – und die Bevölkerung noch besser über Hitzeschutzmaßnahmen informieren“. Von Geld ist hier aber auch nicht die Rede. Hildenbrands Vorgänger Manfred Lucha (Grüne) hatte das Verbundprojekt HOT-BW gestartet, in dem es um die Rolle und Aufgaben des Öffentlichen



Bläse und Bäume: Der Marienplatz vor der Umgestaltung 2001. Foto: Kraufmann/Hörner, Stadtarchiv Stuttgart, 9200 F 61997

Gesundheitsdienstes ging und wer auf Landes- und Kreisebene eingezogen werden sollte, um Hitzeaktionspläne umzusetzen. Vor über einem Jahr war dieses Diskussionsforum zu Ende, die Ergebnisse liegen derzeit beim Bundesgesundheitsministerium, das den Bericht erst freigeben muss, bevor das Land ihn veröffentlichen darf, erklärt das Gesundheitsministerium auf Anfrage.
Auch sonst plant das Gesundheits- und Sozialministerium hier im Land einiges: Es gibt Kommunen Tipps, was sie baulich machen können, hier und da gibt es sogar Geld. Und seit August 2025 müssen laut Klimagesetz baden-württembergische Kommunen ein Klimaanpassungskonzept erstellen. Und zwar bis Mitte 2031 oder bis Mitte 2034.

Warum nicht mal beim Nachbarn lernen?

Natürlich kommt nun der Hinweis auf Frankreich. Dort ist die damalige Regierung 2003 (!) zusammengezuckt, als der Hitzesommer mehr als 15.000 Tote forderte. Es wurde ein Hitzeaktionsplan erarbeitet, der im Folgejahr in Kraft trat. Berichtet worden ist viel über den Umgang Frankreichs mit Hitze: Krankenhäuser und Seniorenheime müssen kühle Räume vorhalten, Sozialarbeiter:innen rufen ältere, alleinlebende Menschen an oder gehen vorbei, es gibt Abkühlungszentren für Obdachlose und Ältere. Ab Stufe Rot können Behörden in Industrie, Verkehr und Landwirtschaft eingreifen, Notdienste und Gesundheitseinrichtungen müssen auf eine ungewöhnlich hohe Zahl von Patient:innen vorbereitet sein, es wird dazu aufgerufen, sich um seine Nachbar:innen zu kümmern. Parks werden zum Schlafen geöffnet, nun sollen auch Postbot:innen bei älteren Kund:innen fragen, ob alles in Ordnung ist.

Lyon, wie Stuttgart eine Stadt im Kessel, kalkt die Straßen weiß, es gibt mittlerweile 300 Trinkwasserbrunnen im Zentrum, Straßen wurden in Alleen umgewandelt, Autoverkehr verbannt. 35 Hektar Grün wurden hinzugewonnen, berichtete kürzlich die „Zeit“. Die Stadt wird übrigens linksgrün regiert.
All das verhindert nicht jeden Hitzetoten, aber es verringert die Zahl. Und es vermittelt den Bewohner:innen vielleicht das Gefühl, dass ihre Politiker:innen sich auch um sie kümmern.
Jetzt kommt natürlich: Frankreich ist ein Zentralstaat, da ist es total einfach, was zu ändern, im deutschen Föderalismus ist alles viel schwieriger. Mag sein, ist aber kein Argument fürs Verharren in Arbeitskreisen. Der Bund gibt jeden dritten Euro für Rüstung aus, gerade mal 14 Prozent der gesamten deutschen Steuereinnahmen landen in den Kommunen, also dort, wo die Menschen zur Schule, in die Kita, ins Krankenhaus, ins Pflegeheim, ins Schwimmbad, ins Theater, in Parks gehen. Man muss kein Käpsele sein, um zu erahnen, dass hier was nicht stimmt.
Aber Hauptsache die Räder rollen. Baden-Württembergs Verkehrsministerin Nicole Razavi, CDU, hat jetzt dem Vorschlag ihres Partei- und Amtskollegen Bundesverkehrsminister Bilger zugestimmt: Auch im Südwesten dürfen Lkw nun am Sonntag fahren.

Vom Schiff auf den Lkw? Doch keine Lösung

Weil die großen deutschen Flüsse wegen der Hitze zu wenig Wasser haben, die Binnenschiffe deswegen nur wenig Ware laden können, sollen nun auch am Sonntag Laster fahren können, hat Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) vorgeschlagen. Die ersten Bundesländer machen schon mit, auch Baden-Württemberg hat eingewilligt. Problem gelöst? Mitnichten. Wie Frank Huster, Hauptgeschäftsführer des Speditions- und Logistikverbands am Dienstag, 11. August, im Deutschlandfunk erklärte, gibt es gar nicht so viele Lkw geschweige denn Fahrer, die die Fracht der Binnenschiffe übernehmen könnten. Huster rechnete vor: Für ein Binnenschiff mit 3.000 Tonnen Fracht und vier Personen Besatzung würden 150 Laster mit Fahrer:in benötigt. Im Monat befördern Binnenschiffe im Schnitt 15 Millionen Tonnen Fracht. (lee)

Jetzt muss Bio wirklich Bio sein

Politik

Von Johanna
Henkel-Waidhofer

Was ist seit vielen Jahren nicht alles behauptet worden, um Verbraucher:innen zum Kauf angeblich umweltfreundlicher Produkte zu verführen. Damit ist Schluss: Ab dem 27. September greifen die neuen EU-Vorgaben. In Deutschland werden sie scharf umgesetzt – zum Wohle der Ehrlichen.



Bislang war es nicht immer einfach, die unterschiedlichen Öko-Zeichen, Bio-Siegel und Klima-Label richtig einzuschätzen. Foto: Jens Volle

Aufmerksamen Kund:innen kann sie gar nicht entgehen, die neue Optik im Schokoladeregale. Sogar die Alfred Ritter GmbH & Co.KG aus Waldenbuch („Wer heute nicht handelt, hat morgen keine Zukunft“) sah sich zur Nacharbeit aufrufen. Trotz zahlreicher einschlägiger Errungenschaften, wie eigener Kakao-Produktion und Lieferketten-Transparenz, wurde die berühmte quadratische Tafel umetikettiert: Der Eye-Catcher „100% zertifiziert nachhaltiger Kakaobezug“ ist überklebt mit der ziemlich nichtssagenden Auskunft „100 g“. Denn die Bundesregierung hat sich anders als andere europäische Länder entschlossen, aus der EU-Greenwashing-Richtlinie, offiziell EmpCo-Richtlinie oder Empowering Consumers for the Green Transition, schon jetzt Alltagspraxis werden zu lassen: Übergangsfristen für den Abverkauf vorhandener Packungen gibt es keine.

Die Begründung ist leicht fasslich. Die Praxis der mannigfaltigen Täuschung muss beendet werden. Wie so oft, wenn es um veränderte EU-Regelungen geht, wurde seit sehr langer Zeit über Greenwashing diskutiert. Anfang der Neunziger Jahre und in Folge der UN-Klimakonferenz in Rio de Janeiro entdeckten zahlreiche Branchen – Lebensmittel, Kosmetik, Textil, Energie, Finanzen etc. – wie verkaufsförderlich vermeintlich grüne Argumente sein können. Erste Eigenlabels entstanden. Kitschige Floskeln und Begriffe wie „bio“, „recyclebar“, „emissionsfrei“ oder „nachhaltig“ kamen massenhaft und derart ungeniert in Umlauf, dass Konsument:innen mit gesteigertem Interesse an der jeweiligen Ware nur mit Lupe und intensiver Lektüre des Kleingedruckten auf der Hülle, dem Etikett oder dem Beipackzettel der Wahrheit nahekommen.

Schon vor fast einem Vierjahrhundert nahm sich die EU dem Wildwuchs an und sah sich aufgerufen, gegen „unlautere Geschäftspraktiken“ vorzugehen. Zu unbestimmt jedoch, wie sich in der Folge herausstellte, und ohne durchschlagen-

den Erfolg. Phantasievoll erfundene Öko-Siegel schossen weiter ins Kraut und vor allem blieben sogenannte Kompensationsgeschäfte erlaubt als umweltfreundlich: Hersteller konnten, statt tatsächlich ökologisch zu produzieren, ihren CO₂-Ausstoß ausschließlich oder weit überwiegend durch den Ankauf von Zertifikaten für Aufforstungsprojekte irgendwo auf der Welt ausgleichen.

Nachweispflicht liegt bei Unternehmen

Im März 2023 stellte die EU-Kommission die neuen strengen Rahmenbedingungen endgültig vor, 2024 wurden sie beschlossen. Zeit genug für Hersteller, argumentiert Bundesjustizministerin Stefanie Hubing (SPD), sich zum Beispiel durch veränderte Verpackungshinweise, durch neue Werbung und eine Sammlung des ernsthaft Unternommenen auf die künftige Rechtslage einzustellen. Verbraucher und Verbraucher:innen hätten ein Recht auf korrekte Informationen, so die promovierte Juristin, und alle redlichen Unternehmen, die schon heute „echte und messbare Nachhaltigkeit“ betrieben, ein Recht auf fairen Wettbewerb.

Die Überprüfung der EmpCo bewegt sich in einem interessanten Spannungsfeld. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürger:innen werden im Rahmen der Bestrebungen zum – gerade von Baden-Württemberg so sehr vorangetriebenen – Bürokratieabbau noch oft aufeinandertreffen. Ursprünglich war geplant, verbunden mit beträchtlichem Aufwand und hohen Kosten für die öffentliche Hand, die angepassten einschlägigen Claims und Produktangaben behördlich bewilligen zu lassen. Brüsseler Fachleute warfen die Idee. Jetzt liegt die Nachweispflicht bei den Herstellern. Jede Aussage auf Verpackungen, auf Werbematerialien, Flyern oder im Netz muss belegbar sein. Auch für die Bundesrepublik gilt, dass nicht staatliche Kontrollinstanzen Verstöße

aufdecken, sondern Verbraucherschutzzentralen und Verbände. Im offiziellen Anhang zur nationalen Umsetzung ist ausführlich vermerkt, was unter Irreführung zu verstehen ist und abgemahnt werden kann.

Wer sich nicht wie Ritter-Sport längst auf den richtigen Weg gemacht hat, den kann es hart treffen. Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) wollte eine zusätzliche Übergangsfrist erwirken, Umweltministerin Thekla Walker (Grüne)



Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) unterstützte die Umsetzung ohne zusätzliche Frist. Foto: Julian Rettig

unterstützte die Umsetzung ohne Puffer. Die für den Fall von Uneinigkeit der Koalitionspartner vorgesehene Enthaltung im Bundesrat war die Folge. Aufhalten hätte die Länderkammer das Gesetz aber ohnehin nicht können, nur verzögern. Der harte Schnitt zum Stichtag 27. September war beschlossen und wurde Februar im Bundesgesetzblatt verkündet.

Zeit zur Vorbereitung war genug

Arbeitgebervertretungen und -kammern kritisieren die fehlenden Übergangsfristen, müssen selber aber – zumindest indirekt – einräumen, dass Zeit zur Vorbereitung vorhanden gewesen ist. Die Industrie- und Handelskammern hatten vor mehr als zwei Jahren in einer Pressemitteilung bundesweit mitgeteilt: „Die EmpCo-RL ist am 27.03.2024 wirksam geworden“, nun hätten die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit für die Umsetzung in nationales Recht.“

Wenig überzeugend ist es deshalb, wenn gerade große Hersteller, etwa Drogerieketten oder der Deutsche Handelsverband, mehr Zeit verlangen und hervorheben, sie hätten gegenwärtig schon die Jahre 2028 oder 2029 im Blick. Würden sie tatsächlich so vorausschauend han-

deln, wären sie nun mit einer Punktlandung in Sachen Ehrlichkeit belohnt worden zum Wohle der Verbraucher:innen. Und international tätige Unternehmen wissen erst recht schon länger, was die Stunde geschlagen hat. Auf der anderen Rheinseite sind seit drei Jahren harte Verbote in Kraft. Frankreich gehört zu den europäischen Vorreitern, ebenso die vom deutschen Markt nicht eben weit entfernten Niederlande mit ihrer besonders strengen Marktaufsicht in Sachen falsche Bio- und Öko-Versprechen.

Dazu ist völlig aus dem Blick geraten, dass gerade Handelsketten die Weichen längst im aufrichtigen Kampf gegen den Klimawandel ganz anders hätten stellen können. Niemand war gezwungen, Produkte mit Halbwahrheiten und Verschleierungen ins Sortiment aufzunehmen, Phantasiesiegel ohne Aussagekraft zu ersinnen, um Umweltbewusstsein nur vorzugaukeln und Kasse zu machen. Dass es auch anders geht, hat ausgerechnet Aldi Süd schon vor 20 Jahren bewiesen. Allerdings nicht in Deutschland, sondern in Österreich und dank der zu hundert Prozent zur Unternehmensgruppe gehörenden Discount-Kette Hofer.

Zwei Marken in Österreich sind Vorreiter

Mit ein paar Dutzend steirischen Milchbetrieben wurde „Zurück zum Ursprung“ gegründet. Seit 2009 sind alle Artikel – inzwischen 400 – mit einem extern wissenschaftlich erstellten und kontrollierten CO₂-Fußabdruck ausgestattet. Die „Weltsensation“ wurde damals beworben, ohne den Erfolg nach Deutschland zu importieren. Die zweite österreichische Bio-Marke „Ja! natürlich“, inzwischen vertrieben von REWE, ist sogar stattliche 32 Jahre alt und erwirtschaftet rund 400 Millionen Euro im Jahr. Selbst Greenpeace lobt die beiden Marken als „sehr vertrauenswürdig“. Die Produkt-rückverfolgung ist Standard. Per Klick stellt Hofer „unsere Bäuer:innen“ vor. „Wir sind sehr stolz darauf, bei all unseren Produkten Palmöl durch Rezeptänderungen und den Einsatz alternativer Öle ersetzt zu haben“, heißt es bei Rewe Österreich.

Für Baden-Württemberg sind vor allem für den alle zwei Jahre verliehenen Umweltpreis des Landes nominierte Unternehmen und ihre Kund:innen auf der vergleichsweise sicheren Seite. Etwa der Trocheltfinger Nudelhersteller Alb-Gold, der beharrlich dokumentiert, Klimaberichte vorlegt und angeforderte Infos zum Thema Nachhaltigkeit per Knopfdruck präsentieren kann. Ritter-Sport dagegen hat im vierundneunzigsten Jahr seines Bestehens noch ein ganz spezielles Problem, eines, das so einfach nicht zu lösen sein wird: Seit Langem experimentiert der Schokoladenhersteller mit Papierverpackungen, die bisherigen Fortschritte reichen aber nicht.



Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) wollte eine zusätzliche Übergangsfrist erwirken. Foto: Jens Volle



Auf Schloss Bartenstein tut sich kulturell wieder was. Foto: Julian Rettig

Startschuss im Dornröschenschloss

Zeitgeschehen

Von Gunter Haug

Wo wurde die französische Fremdenlegion gegründet? In Paris? Bordeaux, Lyon? Weit gefehlt. Geburtshelfer der berühmt-berüchtigten Militäreinheit war ein winziges Nest im hintersten Winkel von Hohenlohe. Dort steht ein Schloss, das ausschaut, als sei es die Heimat von Dornröschen: Schloss Bartenstein.

Bartenstein liegt auf einem engen Bergsporn über dem Tal. Nur eine einzige Straße führt hinein. 300 Einwohner:innen hat das Örtchen und besitzt dennoch sogar Stadtrechte. Die hat es in den 1970er-Jahren bei seiner Eingemeindung ins Dorf Schrozberg weitervererbt, weshalb sich Schrozberg seitdem ebenfalls mit dem Titel „Stadt“ schmücken darf. Noch immer säumen die Häuser der ehemaligen Hofbeamten und Dienstboten die Straße, die kerzengerade vom Stadttor aus in Richtung Schloss der Fürsten von Hohenlohe-Bartenstein führt. Das Idealbild einer Stadt aus der Zeit des Spätabsolutismus, das sich nahezu unverändert bis ins 21. Jahrhundert gerettet hat. Ein Ensemble wie aus dem Märchenbuch, dank seines jahrhundertelangen Dornröschenschlafs.

Kaum zu glauben, dass es hier vor gut 200 Jahren gänzlich anders zugegangen sein soll, vor allem im Schloss, einer zu jenen Zeiten in höchstem Maße prunkvollen Residenz der Fürsten von Hohenlohe-Bartenstein. Denn zu seinen Glanzzeiten durfte sich Bartenstein mit Fug und Recht als einer der kulturellen Mittelpunkte nicht nur von Hohenlohe, sondern von ganz Süddeutschland rühmen lassen.

Die Zauberflöte in der Pampa

Hier fand beispielsweise im Winter des Jahres 1796 eine der allerersten Aufführungen von Mozarts „Zauberflöte“ statt, einer Oper, die erst fünf Jahre zuvor in Wien ihre Premiere erlebt hatte. Für dieses vielbestaunte kulturelle „Highlight“ hatte der kunstsinnige Fürst Leopold von Hohenlohe im Garten seines Schlosses sogar extra ein Theater bauen lassen. Aber das war noch längst nicht alles: der Erbprinz Ludwig Aloys höchstpersönlich hat als „Tamino“ mitgesungen, sein Bruder Prinz Karl Joseph war der „Sarastro“ und ihr Hofrat Godin spielte den „Papageno“. Für die weiteren Rollen hat man Diener und Einwohner vom Residenzstädtchen Bartenstein verpflichtet. Es muss ein Bild für Götter gewesen sein! Musikalisch begleitet wurde die Aufführung von der fürstlichen Hofkapelle, die sich die vornehmen Herrschaften natürlich ebenfalls geleistet haben. Anmerkung am Rande: Wie sich die Zeiten doch ändern, denn heutzutage sind es die Hohenloher Großkaufleute, die sich solchen Luxus leisten. Man denke nur an den Schraubenhändler Würth mit seinem Orchester samt eigenem Konzertsaal in Künzelsau.

Aber zurück ins 18. Jahrhundert: Schon zur Zeit der Zauberflöten-Inszenierung hatte sich Ludwig Aloys noch auf einem ganz anderen Gebiet einen Namen gemacht – und zwar als Oberbefehlshaber des Bartensteinischen Jägerregiments mit dem er auf der Seite der Bourbonen

gegen das französische Revolutionsheer zu Felde gezogen ist. So hat er sich zwischen 1792 und 1794 mit seinem aus 900 Hohenlohern bestehenden Regiment in der Armee des Prinzen Condé in sämtliche Schlachten gestürzt und ist nach der Niederlage der Königstreuen erst in holländische, dann in österreichische Dienste gewechselt, wo er weiterhin wacker gegen das revolutionäre Frankreich kämpfte. Inzwischen war er nach dem Tod seines Vaters auch noch regierender Fürst der Linie Hohenlohe-Bartenstein geworden und gab in seinem Residenzstädtchen mehreren hundert französischen Offizieren aus der geschlagenen Armee der Bourbonen Unterschlupf. Zeitweise haben damals mehr Franzosen in Bartenstein gewohnt als Einheimische. Was im Übrigen auch der Grund dafür ist, dass manch heutiger Bartensteiner einen französischen Vorfahren in seinem Stammbaum finden kann.

Was ist denn Böfflamott?

Kein Wunder bei so viel französischer Präsenz, dass es auch die eine oder andere kulinarische Spezialität aus Hohenlohe später bis in die Markthallen von Paris geschafft hat: allen voran das wunderbare Fleisch der Hohenloher Rinder. Womit die Frage geklärt wäre, weshalb seit dem frühen 19. Jahrhundert das „boeuf de Hohenlohe“ in den Pariser Feinschmeckertempeln so bekannt und gleichermaßen begehrt gewesen ist. Und weswegen auf den Speisekarten in Hohenlohe und Franken ein Gericht mit dem rätselhaften Namen „Böfflamott“ zu finden ist. Dabei handelt es sich schlicht und ergreifend um einen Rindschmorbraten, auf französisch also „Boeuf a la mode“. Aber so einen unaussprechlichen Zungenbrecher konnte (und kann) natürlich keine native Hohenloher:in aussprechen, weshalb es kurzerhand als Böfflamott in den regionalen Speiseplan aufgenommen worden ist.

Aber zurück zum militärischen Startschussgeber, zu Fürst Ludwig Aloys von Hohenlohe-Bartenstein. Der soll nicht nur ein äußerst tapferer Soldat, sondern auch ein glänzender Strategie gewesen sein – einer der wenigen Offiziere, die sogar dem gewieften Taktiker Napoleon Bonaparte das Wasser reichen konnten. Kein Wunder, dass Napoleon alles darangesetzt hat, den lästigen Gegner in seine Reihen zu ziehen. Er hat sogar versucht, dem Hohenloher einen Seitenwechsel mit dem Versprechen schmackhaft zu machen, im krassen Gegensatz zu seiner ansonsten ja drastisch verlaufenen „Bereinigung der deutschen Landkarte“ werde er die Souveränität von Bartenstein nicht antasten. Doch gleich zweimal hat Ludwig Aloys das Angebot Souveränität gegen Frontenwechsel brüsk ausgeschlagen.

Er war und blieb ein Königstreuer – der „Usurpator“ Napoleon war ihm zutiefst zuwider, so hoch der Preis auch sein würde, den sein kleines Fürstentum deswegen dafür zahlen musste. Und das war er. Denn der Kaiser der Franzosen war wegen der brüskten Ablehnung seiner sensationell großzügigen Offerte auf das heftigste verschnupft und fackelte nun nicht mehr lange, sondern ließ das neu entstandene Königreich Württemberg mit dem dicken König Friedrich an der Spitze sich die schöne Residenz des Bartensteiners im Jahr 1806 ruckzuck einverleiben. Ausgerechnet die Württemberger! Tja ... selber schuld.

Doch wer zuletzt lacht, lacht am besten, mag sich der nunmehrige „Fürst ohne Land“ möglicherweise gedacht haben und kämpfte weiterhin in den verschiedensten Armeen



Ludwig Aloys Prinz von Hohenlohe-Bartenstein, Marschall von Frankreich. Bild: Autor unbekannt, meisterdrucke.us, gemeinfrei.

wacker gegen Bonaparte – bis zu dessen vollständiger Niederlage.

Nach Napoleons Ende trat Ludwig Aloys auf Bitten des neuen französischen Königs als Generalleutnant endlich doch noch in Frankreichs Dienste, jetzt aber, um die Bourbonen beim Neuaufbau einer Armee zu unterstützen. Ausgerechnet die französische Armee, gegen die er doch so viele Jahre lang gekämpft hatte! Das ist der Grund, weshalb man ihn hinter vorgehaltener Hand auch als den „Landsknecht im Fürstenrang“ tituliert hat. Immerhin erhielt Ludwig Aloys vom König als Dank für seine Mitarbeit das Schloss von Lunéville zum Geschenk und dazu die Erlaubnis, sein eigenes Regiment, die „Legion

Hohenlohe“, aufzustellen. Insgesamt ist dabei die stattliche Zahl von 2.450 Mann zusammengekommen: eine bunt gemischte Truppe, die er aus den Resten der ehemaligen napoleonischen Fremdregerimenter zusammengewürfelt hat: Schweizer, Deutsche, Polen und andere, die nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren konnten oder wollten.

Von der Legion Hohenlohe zur Fremdenlegion

Auch dabei ist er offenbar mit einem solchen Geschick zu Werke gegangen und hat sich im französischen Militärdienst dermaßen hervorgetan, dass ihn der höchst zufriedene König mit weiteren Ehrungen geradezu überhäuft hat. So hat Ludwig Aloys von Hohenlohe-Bartenstein die französische Ehrenbürgerwürde erhalten, er war Pair von Frankreich und außerdem durfte er sich auch noch Graf von Lunéville titulieren. Im Jahr 1827 wurde er überdies zum Marschall von Frankreich ernannt. Gestorben ist er am 21. Mai 1829 im Alter von 64 Jahren und mit höchsten Ehren auf dem Pariser Soldatenfriedhof beigesetzt worden.

Kurz nach seinem Tod ist dann aus der „Legion Hohenlohe“ im März 1831 die französische Fremdenlegion hervorgegangen, die bis heute den Fürsten aus Hohenlohe als einen ihrer Gründerväter betrachtet.

Ob dies freilich eine Tatsache ist, auf die man voller Stolz verweisen sollte oder lieber doch nicht, das scheint angesichts der nicht immer rühmlichen Geschichte der Fremdenlegion zwar höchst fraglich, aber dennoch ist es Fakt: Ein Hohenloher hatte entscheidenden Anteil an der Gründung der französischen Fremdenlegion!

Und was ist aus Bartenstein geworden, dem Heimatort von Ludwig Aloys, der zu dessen Lebzeiten so viele rauschende Feste erlebt hatte? Die große Zeit der kleinen Landresidenz war ja mit der Einverleibung ins Königreich Württemberg endgültig vorbei. Weitgehend unbeachtet von der Weltgeschichte dämmerte man jahrzehntelang im nordöstlichen Windschatten des Landes so vor sich hin: Am abblätternden Putz an der Schlossfassade konnte man das bis vor Kurzem überdeutlich erkennen.



Ordner passend für DIN-A4-Papier? Solcherart einheitliche Systeme gibt's bei Behördensoftware nicht. Foto: Joachim E. Röttgers

Antrag online, Arbeit offline

Politik

Von Florian Kaufmann

Der baden-württembergische Landkreistag will die Software seiner Sozialämter vereinheitlichen. Was nach effizienter Verwaltung klingt, führt mitten hinein in alte Daten, kommunale Eigenwege und den Streit um die Kontrolle über digitale Infrastruktur.

Grundsicherung im Alter, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt – in Freiburg gibt es für diese Leistungen inzwischen digitale Wege. Doch im Amt kommt der Onlineantrag nicht automatisch im richtigen Format und im richtigen System an. Bei Neuansträgen „müssen die Daten vom Sachbearbeitenden in das Fachverfahren eingetragen werden“, bestätigt die Stadt. Die Schnittstellen der großen Programme, die in Baden-Württemberg genutzt werden, übernehmen aktuell „nur wenige Grunddaten“. Eine automatische Übertragung wurde zwar getestet, doch sie ist teuer und braucht Fachleute, die sie betreuen.

Das ist kein Einzelfall. Viele Landkreise beschreiben die Lücke auf Kontext-Anfrage fast wortgleich, eine „durchgängig medienbruchfreie, vollständig digitale Antragstellung“ sei noch nicht flächendeckend umgesetzt. Auch die Anbieter verweisen auf Grenzen, die nicht allein in ihrer Software liegen: Daten können nur dann automatisch übernommen werden, wenn Schnittstellen passen, Standards eingehalten werden und Behörden auf nötige Register zugreifen dürfen, etwa bei Einkommensdaten.

Wenn der Onlineantrag im Amt stecken bleibt

Das Versprechen der digitalen Verwaltung ist seit Jahren dasselbe: weniger Kopien, weniger doppelte Angaben, weniger Abtippen im Amt. Um diesem Ziel näherzukommen, haben sich die baden-württembergischen Landkreise im November 2024 auf eine gemeinsame Linie verständigt: Sie haben sich auf das „Vorhaben zur Vereinheitlichung der IT-Fachverfahren in den Sozialbereichen“ geeinigt. „flächendeckend“ in allen Landkreisen. Beteiligt sind auch der Städtetag, der Kommunalverband für Jugend und Soziales und Komm.ONE, der kommunale IT-Dienstleister des Landes.

„IT-Fachverfahren“ sind die Programme, mit denen Sozial- und Jugendämter ihre Arbeit machen. Dort entstehen Fallakten, Bescheide, Zahlungsanweisungen, Fristen und Statistiken. Dort liegen sensible Informationen über Armut, Krankheit, Pflege, Flucht, Familie und Kinderschutz. Was in diesen Systemen steckt, kann für Betroffene schnell sehr konkret werden: ein später Bescheid, eine Zahlung, die auf sich warten lässt, ein Nachweis, der noch einmal angefordert wird.

An dieser Stelle setzt die Vereinheitlichung an: nicht beim Onlineformular allein, sondern bei den Systemen, in denen anschließend gearbeitet wird. Wenn weniger unterschiedliche Programme nebeneinander laufen, so

die Hoffnung, könnten Gesetzesänderungen, Datenmeldungen, Schulungen und Schnittstellen einfacher werden.

44 Kreise, viele Verfahren

Der Landkreistag will so der heutigen Zersplitterung begegnen. In einem Kontext vorliegenden Rundschreiben heißt es, die Land- und Stadtkreise hätten „viele unterschiedliche IT-Fachverfahren im Einsatz“. Datenmeldungen liefen über „administrativ aufwendige und langsame manuelle Prozesse“, Schnittstellen müssten meist für alle 44 Stadt- und Landkreise einzeln gebaut werden. Ein einheitlicheres System soll vor allem Sozialhilfe, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe betreffen: weniger Sonderlösungen, schnellere Updates, bessere Daten. Auch beim Städtetag Baden-Württemberg hofft man auf „größtmögliche Synergieeffekte“.

Bislang bestimmen die einzelnen Verwaltungen selbst, welche Software sie nutzen. Viele beschreiben ihre bestehenden Lösungen trotz Schnittstellenproblemen als funktionierend. In Freiburg seien die Erfahrungen trotz allem „gut“, in Ulm liefen alle Fachanwendungen „zuverlässig“, Tübingen meldet, „es funktioniert gut“, Rottweil spricht von „hoher Akzeptanz“. Manche Kommunen haben gerade erst umgestellt: In Karlsruhe wurde die aktuelle Software im Sozialen Dienst erst im vergangenen Jahr eingeführt. Die Ausgangslage ist in jedem Kreis anders – und damit auch der Wunsch nach Veränderung.

Warum gemeinsame Standards oft wichtiger sein können als eine einzige Software, zeigt Heidelberg. Die Stadt beschreibt nicht nur ein Softwareproblem, sondern ein Behördenproblem. Jugendhilfe, Schule, Migration, Medizin, Krankenhilfe und Arbeitsverwaltung arbeiten mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und eigenen Programmen. Bei Migration seien Bund, Land, Kliniken, Krankenkassen, Ausländerbehörden, Schulämter und Jugendämter beteiligt. „All diese Akteure arbeiten mit eigenen Software-Lösungen. Diese sind jedoch nicht aufeinander abgestimmt.“

Politischer Beschluss, offener Auftrag

Eine Schlüsselrolle soll dabei Komm.ONE spielen, der kommunale IT-Dienstleister des Landes. Der Landkreistag nennt ihn als zentralen Partner für Betrieb und technische Umsetzung; auch bei Fragen zu Ausschreibung, Pilotierung und Datenmigration verweist er an das kommunale Rechenzentrum. Gerade deshalb fällt die Antwort von Komm.ONE auf Anfrage auf: Ein formelles Gesamtprojekt zur Vereinheitlichung sei dort derzeit nicht bekannt, ein entsprechen-

des Mandat habe man nicht erhalten. Auch eine Pflicht, eine bestimmte Software über Komm.ONE abzunehmen, bestehe nicht.

Während der Auftrag also noch offen wirkt, ist der Konflikt auf dem Markt längst da. „Der Markt für kommunale Fachverfahren ist seit Jahren von wenigen spezialisierten Anbietern geprägt“, erklärt der Städtetag auf Anfrage. Vor allem Prosoz aus Herten und Lämmerzahl aus Dortmund dominieren den kleinen Markt. Mit der „Konzentration auf einen Anbieter“ hoffe man auf mehr Einfluss: Städte und Landkreise könnten ihre Anforderungen gebündelter durchsetzen. Doch diese Konzentration kann auch neue Abhängigkeiten schaffen. Der Städtetag selbst warnt davor, dass Daten oder Prozesse dann nicht einfach zwischen Systemen gewechselt werden könnten. Es brauche „offene, standardisierte und verbindliche Schnittstellen“.

Prosoz weist den Vorwurf dauerhafter Abhängigkeit zurück. Die Daten gehörten nicht dem Anbieter, sondern den Kommunen. Diese könnten über ihre Daten verfügen und sie bei einem Anbieterwechsel migrieren lassen; bei Cloud-Leistungen verweist das Unternehmen zudem auf Vorgaben des europäischen Data Acts.

Die Grenzen der Einheitslösung

Die Lämmerzahl GmbH, selbst Anbieter und Konkurrent von Prosoz, greift das Projekt scharf an. Die Dortmunder Firma schreibt, sie sehe die Vereinheitlichung von Fachverfahren „höchst kritisch“. Sie schwäche den Wettbewerb zwischen den Softwareanbietern und berge „mehr Risiken als Nutzen“. In Überlegungen zur Vereinheitlichung sei Lämmerzahl nicht eingebunden worden. Man habe von Kund:innen von dem Beschluss erfahren. Zudem erhebt Lämmerzahl den Vorwurf: „Es entsteht bei uns auch hier der Eindruck, dass gerne private und leistungsfähigere Marktteilnehmer ausgeschlossen werden, um politische Entscheidungen leichter durchsetzen zu können.“

Lämmerzahl ist nicht neutral, immerhin verdient die Firma selbst an Sozialamtsoftware. Doch ihre Kritik trifft eine offene Stelle im Verfahren. Denn parallel zu den Vereinheitlichungsplänen gibt es bereits einen Rahmenvertrag zwischen Komm.ONE und Prosoz. Prosoz verweist darauf, über ein EU-weites Vergabeverfahren der Komm.ONE den Zuschlag erhalten zu haben und als Lieferant bei Komm.ONE gelistet zu sein. Lämmerzahl kritisiert, daraus dürfe keine landesweite Festlegung auf Prosoz abgeleitet werden. Der Rahmenvertrag sei nicht ausreichend darauf geprüft worden, ob er für eine landesweite Lösung taugte; eine solche Vereinheitlichung sei in der damaligen Ausschreibung „in keiner Weise erwähnt“ gewesen. Eine Produktentscheidung für eine landesweite Vereinheitlichung bestätigte Komm.ONE jedoch nicht.

Eine weitere offene Frage ist die Zukunft der Prosoz-Software selbst. Prosoz arbeitet an NEO, einer neuen Produktgeneration, die bestehende Programme nach und nach ablösen soll. Prosoz nennt für die Einführung keinen konkreten Termin. Die neue Produktgeneration soll bestehende Programme „sukzessive“ ablösen; zunächst werde die Kinder- und Jugendhilfe komplettiert, Sozialhilfe und Eingliederungshilfe sollen folgen. Der Umstieg ist kein einfaches Update: NEO sei eine Neuentwicklung, ein verbindlicher Migrationspfad bestehe nicht. Welche Daten übernommen werden können, hänge vom jeweiligen Projekt und von der Qualität der vorhandenen Daten ab.

Dass die Kritik nicht nur von Lämmerzahl kommt, zeigt ein weiteres Schreiben an verschiedene Ministerien, das Kontext vorliegt. Mehrere konkurrierende Softwarefirmen – darunter Lämmerzahl und Prosoz – befürworten

gemeinsame Standards und Schnittstellen, wenden sich aber „entschieden gegen eine verpflichtende Vereinheitlichung der Fachverfahren“. Auch der Deutsche Landkreistag formuliert auf Bundesebene vorsichtiger: einheitliche digitale Infrastruktur ja, „undifferenzierte Vereinheitlichung“ nein.

Die Kosten einer Umstellung bleiben schwer greifbar. Der Landkreistag nennt keine landesweite Gesamtsumme. Pforzheim beziffert mehrere Programme in fünf Jahren auf rund 1,2 Millionen Euro, der Landkreis Karlsruhe nennt fast 1,5 Millionen Euro für Betrieb, Wartung und Support plus gut 224.000 Euro für zusätzliche Lizenzen. Heidelberg rechnet allein für ein Kita-Kommunikations- und Verwaltungstool mit rund 720.000 Euro. Prosoz nennt als wichtigen Kostentreiber einer Umstellung die „vollumfängliche Übernahme von Daten einschließlich der Historien“.

Baden-Württemberg will Ordnung in eine gewachsene Softwarelandschaft bringen. Das kann vieles erleichtern. Es kann aber auch bedeuten, funktionierende Systeme abzulösen und neue Abhängigkeiten zu schaffen. Der digitale Antrag ist nur der sichtbare Anfang. Ob die Arbeit dahinter wirklich weniger wird, entscheidet sich in den Fachverfahren – dort, wo heute noch Daten nachgetragen werden.

Mehr Kontext online auf kontextwochenzeitung.de:

Der Preis ist dreist

Der Mechanismus der Preisbildung entlarvt die Marktwirtschaft als perverses System der Menschenschinderei. Unser Autor schmolzt, weil er sich keine Klimaanlage leisten kann.
Von Minh Schredle

Ganz ohne „First Gentleman“

Ilse Aigner (CSU) ist ledig, kinderlos und verteidigt ihren Familienstand offensiv. Das sorgt in den eigenen Reihen für Vorbehalte. Parteifreunde versuchen, sie als erste Bundespräsidentin dieser Republik zu verhindern.
Von Johanna Henkel-Waidhofer

Schauprozess-Vorwurf aus Irland

Seit September sitzen fünf Palästina-Aktivist:innen in Untersuchungshaft, seit April stehen sie in Stuttgart vor Gericht. Das Verfahren zieht sich, obwohl die Tat klar ist: Die Angeklagten sind beim israelischen Rüstungskonzern Elbit in Ulm eingebrochen und haben dort randaliert. Irische Abgeordnete üben Kritik am Prozess.
Von Korbinian Strohhuber

Trumps Hinterland

Rechte Wählerfolge, Wohnungslosigkeit, Polizeigewalt: Der US-amerikanische Fotograf Richard Sharum richtet seinen Blick auf gravierende Probleme, mit denen sein Land konfrontiert ist. Drei Fotoserien zeigt er im Stadthaus Ulm.
Von Dietrich Heißenbüttel

Süßkirschen mit Sonnenbrand

Die Zierschale fehlt noch. Aber seit vergangener Woche steht auf dem Stuttgarter Wasen wieder eine Fruchtsäule. Die alte war über 50 Jahre alt, da war es Zeit für eine Erneuerung.
Von unserer Redaktion

Kontext fördern

Unterstützen Sie Kontext dauerhaft mit einer Spende von 10,00 € | Monat – gerne auch mehr. Sie finden das Soli-Formular unter www.kontextwochenzeitung.de/soli. Gerne schicken wir Ihnen auch per Post oder E-Mail ein Formular zu.
Unser Spendenkonto bei der GLS Bank:
IBAN: DE80 4306 0967 7011 8506 00
BIC: GENODEM333
KONTEXT e. V. ist gemeinnützig. Sie erhalten automatisch zum Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Adresse mit. Wenn Sie Fragen haben, senden Sie uns eine E-Mail an verwaltung@kontextwochenzeitung.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 0711 66 48 65 48.

Impressum

KONTEXT:Wochenzeitung ist unabhängig. Sie wird von keinem Wirtschaftsunternehmen oder anderen Lobbyisten finanziert. Getragen wird sie von Menschen, die wissen, dass eine freie Presse das Brot der Demokratie ist.
KONTEXT:Wochenzeitung erscheint mittwochs online auf www.kontextwochenzeitung.de und samstags als Beilage der wochentaz.
Herausgeber: KONTEXT Verein für ganzheitlichen Journalismus e. V., Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, verein@kontextwochenzeitung.de
Der Verein wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder Frank Böhringer (Vors.), Anni Endress Annemarie Raab, Michael Schulze und Johannes Rauschenberger.
Redaktion: KONTEXT:Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, redaktion@kontextwochenzeitung.de
Redaktionsleitung: Anna Hunger (verantw. gem. § 8 PresseG BW | § 55 RStV)
Produktion: büro uebele visuelle kommunikation Marci Hager, Lukas Osele, Andreas Uebele
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg; MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen.
Die KONTEXT:Wochenzeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Redaktion strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in der KONTEXT:Wochenzeitung-Printausgabe, im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.